

## Mindestens 39 Migranten in Gewahrsam verbrannt; Mexiko

taz, die tageszeitung

Mittwoch 29. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 212 words

### **Body**

---

Mexiko

Bei einem Brand in einer mexikanischen Unterkunft für Migranten sind in der Nacht zum Dienstag nach Angaben der Regierung mindestens 39 Menschen getötet worden, lokale Medien berichteten bereits von 41 Toten. Der Brand brach in einer Einrichtung in der Stadt Ciudad Juárez nahe der Grenze zu den USA aus, in der Migranten festgehalten werden. Einem Rettungshelfer zufolge sollen sich insgesamt rund 70 Menschen in dem Gebäude aufgehalten haben, die meisten von ihnen aus Venezuela. Das Feuer brach kurz vor Mitternacht aus und löste einen Großeinsatz der Rettungskräfte aus. Ein Journalist der Nachrichtenagentur AFP beobachtete vor Ort, wie Feuerwehrleute und Retter abgedeckte Leichen auf den Parkplatz vor der Unterkunft trugen. Rund um die Brandstelle gab es eine hohe Militär- und Polizeipräsenz. Die Brandursache blieb zunächst unklar, in lokalen Medien wurde allerdings unter Berufung auf Zeugen und Sicherheitskräfte berichtet, Insassen hätten möglicherweise aus Protest Matratzen angezündet und so das Feuer verursacht. Ciudad Juárez ist eine mexikanische Grenzstadt, die dem texanischen El Paso direkt gegenüberliegt. Zahlreiche Migranten, die in den USA Zuflucht suchen, stranden in Ciudad Juárez, oftmals weil ihnen die nötigen Dokumente fehlen. (afp/taz)

**Load-Date:** March 28, 2023

**brief des tages; Sprachliche Hürde Im freien Fal**

taz, die tageszeitung

Montag 18. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 202 words

## **Body**

---

brief des tages

Sprachliche Hürde

Im freien Fall , taz vom 6. 12. 23

Die Ergebnisse in Mathematik wundern mich als ehemalige Lehrerin nicht. Hat sich doch viel in den Anforderungen und Aufgabenstellungen geändert. Wurden früher Türmchen gerechnet und am Ende gab es noch eine Textaufgabe, an der auch viele scheiterten, sind heute textlastige Anforderungen üblich, so auch bei PISA. Um diese mathematischen Aufgaben zu bewältigen, muss man sinnentnehmend lesen können und einen umfangreichen Wortschatz haben, erst dann kann man verstehen, was man eigentlich rechnen soll. Da inzwischen viele Kinder aus einer nicht deutschsprechenden Familie kommen, ist das eine zusätzliche Herausforderung, an der sie oft scheitern. Es sollen mathematische Kenntnisse abgeprüft werden, jedoch muss die sprachliche Hürde erst überwunden werden, bevor sie zeigen können, was sie mathematisch draufhaben. Zurzeit übe ich gerade mit einem Jugendlichen mit **Migrationshintergrund** für die Gesellenprüfung die Texte strotzen vor Wörter und Ausdrücken, die völlig veraltet sind und die kein Mensch versteht, der nicht alt ist, aus einem wortgewandten Elternhaus kommt, und mit **Migrationshintergrund** erst recht nicht. Kirsten Kruzek, Ellerbek

**Load-Date:** December 17, 2023

unterm strich; Hans-Georg Maaßen und der jurist

taz, die tageszeitung

Freitag 20. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 15

**Length:** 282 words

## Body

---

unterm strich

Hans-Georg Maaßen und der juristische Zweig des Münchner C. H. Beck Verlags beenden ihre Zusammenarbeit. Damit hat ein seit Wochen schwelender Streit sein Ende gefunden. Der nach rechtsaußen gerückte ehemalige Verfassungsschutzchef konnte zuletzt im vom C. H. Beck Verlag herausgegebenen Grundgesetz-Kommentar Epping/Hillgruber ausgerechnet Artikel 16a, das Grundrecht auf Asyl, erläutern. Nachdem der Verlag angekündigt hatte, den Vertrag zu beenden, hat Maaßen von sich aus die Zusammenarbeit eingestellt. Die FAZ zitiert eine Verlagsstellungnahme mit den Worten: Wir distanzieren uns von allen extremen politischen Äußerungen von Autoren, die die Grenzen des verfassungsrechtlich Vertretbaren austesten. Da wir als Verlag diese Grenzen als unantastbar ansehen, lehnen wir derartige Äußerungen ab. Tatsächlich waren die letzten Äußerungen von Hans-Georg Maaßen nur noch als bizarr zu bezeichnen. In einem Beitrag für die Züricher Weltwoche zu den Silvesterkrawallen unterstellte Maaßen Parteien und Medien, sie verschleierten gezielt die Migranten-Kriminalität, um eine ungesteuerte Massenzuwanderung nicht zu gefährden. Ziel sei eine Enthomo-genisierung der Bevölkerung, ein Menschenzuchtprogramm, das einem antideutschen und antiweißen Rassismus entspringe. Nun hat der juristische Teil des C. H. Beck Verlags, der unabhängig von dem historischen und literarischen Zweig des Hauses agiert, die Reißleine gezogen. Der Rechtsprofessor Stefan Huster, der gegen die Autorenschaft Maaßens zuletzt heftig protestierte und seine eigene Beteiligung an dem Grundgesetzkommentar einstellen wollte, wenn Maaßen weiterhin als Autor geführt wird, kann sich bestätigt sehen.

**Load-Date:** January 19, 2023

## Brüssel definiert Krise noch mal neu; EU-Innenminister einigen sich auf Einschränkungen von Flüchtlingsrechten im Krisenfall

taz, die tageszeitung

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 10

**Length:** 557 words

**Byline:** Eric Bonse, Christian Jakob

**Highlight:** EU-Innenminister einigen sich auf Einschränkungen von Flüchtlingsrechten im Krisenfall

### Body

---

Höhere Gewalt, Massenankünfte und Instrumentalisierung – das sind die Fälle, in denen die EU künftig die Rechte Geflüchteter einschränken will. Am Donnerstag berieten die Innenminister die so genannte Krisenverordnung der EU. Sie ist ein Element des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, kurz GEAS genannt. Unter anderem könnten die Staaten sich im Fall einer Krise mehr Zeit mit der Registrierung der Geflüchteten lassen, sie könnten die Menschen für längere Zeit internieren und die Hürden für Asyl-Schnellverfahren direkt an den Grenzen würden abgesenkt.

Schon 2020 hatte die EU-Kommission Vorschläge dafür präsentiert. Zunächst waren nur Höhere Gewalt – also etwa Naturkatastrophen – und Massenankünfte als auslösende Ereignisse vorgesehen. In diesem Jahr kam Instrumentalisierung hinzu: Immer dann, wenn ein Nachbarstaat eine größere Zahl Flüchtlinge schickt oder schleust, um einem EU-Staat zu schaden, sollen die Rechte der Ankommenden beschränkt werden.

Hintergrund dafür ist, dass die Türkei, Marokko und Belarus seit 2020 die Grenzen Richtung Griechenland, Spanien und Polen mal länger, mal nur kurz für Flüchtlinge geöffnet hatten, um durch deren Ankünfte politischen Druck aufzubauen.

In Gesprächen mit dem spanischen EU-Ratsvorsitz konnte Deutschland am Donnerstag nun offenbar noch einige Verbesserungen durchsetzen. So soll klarer definiert werden, was eine Krise in der Asylpolitik ist. Berlin setzte sich zudem für humanere Aufnahmebedingungen für Asylbewerber sowie für eine Ausnahme von Familien bei der geplanten Internierung in Auffanglagern ein.

Allerdings war lange unklar, ob diesem Ergebnis auch genug andere EU-Staaten zustimmen können. Österreich und Tschechien hatten die Krisenverordnung abgelehnt, weil sie ihnen nicht weit genug geht. Seine Skepsis begründete Österreichs Innenminister Gerhard Karner in Brüssel damit, dass wir in Teilbereichen sehen, dass es zu noch mehr Anziehung kommen könnte.

## Brüssel definiert Krise noch mal neu EU-Innenminister einigen sich auf Einschränkungen von Flüchtlingsrechten im Krisenfall

Die Krisenverordnung ist Teil eines Pakets zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, über das die Mitgliedstaaten mit dem Europaparlament verhandeln. Weil die EU-Staaten sich bisher nicht einig waren, hatten die Abgeordneten die Gespräche ausgesetzt.

Die Innenminister schoben das heiße Eisen am Donnerstag den EU-Botschaftern zu, die sich in Brüssel zu einer Sondersitzung trafen. Ob dieses ungewöhnliche Verfahren normalerweise entscheidet der Ministerrat zu einer Einigung führen würde, war bis Redaktionsschluss offen. Die Chancen stünden 50:50, sagte ein EU-Diplomat. Optimistischer zeigte sich Spaniens Innenminister Fernando Grande-Marlaska: Wir sind sehr nah an einer Einigung, erklärte er.

Wenn die Verständigung gelingt, können die EU-Staaten die Verhandlungen mit dem Europaparlament wieder aufnehmen. Das Parlament steht den deutschen Wünschen aufgeschlossen gegenüber. Mit einer abschließenden Einigung im sogenannten Trilog zwischen Rat, Parlament und EU-Kommission wird erst in einigen Wochen gerechnet. Faeser und die meisten EU-Innenminister streben eine Verabschiedung noch vor der Europawahl im Juni 2024 an. Damit solle Populisten der Wind aus den Segeln genommen werden, heißt es in Brüssel. Bis die neuen Regeln umgesetzt sind, könnte es bis zu zwei weitere Jahre dauern.

Eric Bonse, Brüssel und Christian Jakob, Berlin

Berlin will Familien von der Internierung in Lagern ausnehmen

**Load-Date:** September 28, 2023

## Großer Bahnhof, kleine Resultate; Italiens Regierungschefin Meloni will das EU-Abkommen mit Tunesien zur Eindämmung der Migration auf weitere Länder ausweiten

taz, die tageszeitung

Dienstag 25. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 596 words

**Byline:** Michael Braun

**Highlight:** Italiens Regierungschefin Meloni will das EU-Abkommen mit Tunesien zur Eindämmung der Migration auf weitere Länder ausweiten

### Body

---

Aus Rom Michael Braun

Die am Sonntag von der italienischen Regierung in Rom ausgerichtete Konferenz zu Entwicklung und Migration brachte 21 Staaten aus Europa, Afrika und dem Nahen Osten mit dem Ziel zusammen, neue Wege bei der Bekämpfung irregulärer Migration zu definieren.

Am Tisch saßen Vertreter\*innen der südeuropäischen Ankunftsstaaten (Italien, Griechenland, Zypern, Malta abwesend war Spanien), der nordafrikanischen Mittelmeeranrainer von Marokko über Algerien, Tunesien, und Libyen bis Ägypten, diverser Länder des Nahen Ostens, nicht nur Libanon und Jordanien, die von Fluchtbewegungen stark betroffen sind, sondern auch der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Vertreten waren zudem aus Subsahara-Afrika Mauretanien, Niger und Äthiopien. Zusätzlichen Glanz verlieh der Konferenz die Präsenz der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie des europäischen Ratspräsidenten Charles Michel, und auch die Weltbank, der IWF, die Europäische Entwicklungsbank waren da.

Einer aber war eindeutig der Ehrengast: Tunesiens Präsident Kais Saied. Er bekam gleich nach der Eröffnungsrede der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni das Wort und behauptete vorneweg, die Konferenz in Rom finde auf tunesische Initiative hin statt. So ganz stimmt das nicht.

Wahr aber ist, dass das erst am Sonntag der vergangenen Woche zwischen der EU und Tunesien geschlossene Abkommen Pate für das von Meloni eilends zusammengetrommelte Treffen stand, vorneweg mit der Formel, dass die EU 255 Millionen Euro an Tunesien zahlt, im Gegenzug aber erwartet, dass Saied in Zukunft die Abreise irregulärer Mi-gran-t\*in-nen effizienter verhindert.

## Großer Bahnhof, kleine Resultate Italiens Regierungschefin Meloni will das EU-Abkommen mit Tunesien zur Eindämmung der Migration auf weitere Länder ausweiten

Rom-Prozess nannte Meloni am Sonntag ihr ehrgeiziges Vorhaben, dieses Modell auszudehnen, unter dem Beifall von der Leyens, die sich wünscht, das EU-Tunesien-Abkommen werde auch anderswo nachgeahmt werden.

Auf mehrere Jahre sei dieser Prozess vertiefter Nord-Süd-Kooperation angelegt, und er solle auf Augenhöhe stattfinden, so Meloni, die den Tunesien-Deal überall wirksam sehen will, sprich das Tauschgeschäft von Ressourcen für die wirtschaftliche Entwicklung südlich des Mittelmeers gegen die Unterbrechung der irregulären Migration.

Stattdessen versprach die italienische Regierungschefin mehr reguläre Zuwanderung vorneweg aus kooperationsbereiten Ländern, mehr Mittel für deren wirtschaftliche Entwicklung, mehr Mittel auch für Bildung. Augenhöhe heiße allerdings, so führte sie aus, dass die Geberländer sich nicht das Recht anmaßen sollten, darüber zu befinden, wie die Ressourcen von den Empfängern verwendet werden.

Und Augenhöhe heißt auch, dass Italien, dass Europa es mit Menschenrechtsfragen nicht allzu genau nimmt. Auf die Frage, was sie zur Menschenrechtslage in Tunesien sage, fiel Meloni nur ein, das Land sei halt in einer schwierigen Situation. Nur der Vertreter Libyens kam auf das schreckliche Foto der afrikanischen Mutter mit ihrer Tochter zu sprechen, die an Tunesiens Grenze zu Libyen tot im Wüstensand liegen. Ausgerechnet er bemerkte, solche Bilder wollten wir nie wieder sehen, redete dann aber nicht weiter über die Menschenrechtsverletzungen an Libyens Grenzen und in Libyens Lagern.

Entscheidungen, die auch nur entfernt operativen Charakter hätten, fielen auf der Konferenz nicht. Nur die Vereinigten Arabischen Emirate stellten 100 Millionen Dollar in Aussicht. Ansonsten einigten sich die Teilnehmerstaaten, voraussichtlich im Oktober den Rom-Prozess mit einer Geberkonferenz fortzuführen. Laut Abschlusserklärung soll sie in Tunis stattfinden, mit dem Gastgeber Kais Saied.

**Load-Date:** July 24, 2023

## Hessens Koalition steht; Schwarz-Rot in Wiesbaden setzt auf eine Bildungsoffensive und einen strikten Kurs bei der Migration. Die SPD stellt künftig drei, die CDU acht Ressorts

taz, die tageszeitung

Freitag 15. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 538 words

**Byline:** Christoph Schmidt-Lunau

**Highlight:** Schwarz-Rot in Wiesbaden setzt auf eine Bildungsoffensive und einen strikten Kurs bei der Migration. Die SPD stellt künftig drei, die CDU acht Ressorts

### Body

---

Aus Wiesbaden Christoph Schmidt-Lunau

In Hessen haben sich CDU und SPD am Mittwochabend auf einen Koalitionsvertrag zur Bildung einer neuen Landesregierung geeinigt. Unter der Führung von Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) setzen die künftigen Regierungsparteien Schwerpunkte in der Bildungspolitik, bei der Stärkung des Rechtsstaats, bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie bei der Begrenzung der irregulären Migration. In öffentlichen Einrichtungen – also auch Schulen und Unis – soll auf das Gendern mit Sonderzeichen verzichtet werden.

Das Papier, um das die Verhandlungsdelegationen der beiden Parteien bis zuletzt gerungen haben, umfasst fast 200 Seiten. Der Zeitplan war ins Rutschen gekommen, weil Hessens SPD-Landesvorsitzende Nancy Faeser in ihrer Rolle als Bundesinnenministerin bei den Beratungen über den Haushalt in Berlin unabkömmlich war.

Vor allem bei der frühkindlichen Bildung will die künftige Landesregierung Akzente setzen. Angekündigt wird ein Investitionsprogramm für den Ausbau der Kindertagesstätten, zusammen mit den Kommunen soll zudem eine langfristige Finanzierungsstrategie für die Betreuungskosten erarbeitet werden, um Städte und Gemeinden nachhaltig zu entlasten. CDU und SPD bekennen sich zum Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems, inklusive Noten und Sitzenbleiben.

In ihrem Vertragsentwurf versprechen CDU und SPD eine echte Rückführungsoffensive, mit der irreguläre Einwanderung gestoppt werden solle. Angestrebt werde zudem eine bundesweite Lösung, die den Übergang zum Sachleistungsprinzip regelt; im Gespräch mit den Kommunen solle erreicht werden, dass Geflüchtete keine monetären Auszahlungen mehr erhalten.



Hessens Koalition steht Schwarz-Rot in Wiesbaden setzt auf eine Bildungsoffensive und einen strikten Kurs bei der Migration. Die SPD stellt künftig drei, die CDU....

CDU und SPD bekennen sich außerdem zu Nachhaltigkeit für Klima, Umwelt und stabile erneuerbare Energie . Dabei setzen die neuen Partner auf Innovation statt Ideologie, mit Anreizen statt Verboten . Das klingt nach den Slogans, mit denen Ministerpräsident Rhein und seine CDU im Wahlkampf auf Distanz zum bisherigen grünen Koalitionspartner gegangen waren.

Keines der 11 Ministerien wird den Klimaschutz im Namen führen. Allerdings wird es, anders als von der CDU versprochen, auch kein selbstständiges Landwirtschaftsministerium geben. Landwirtschaft und Umwelt werden weiterhin in einem Ressort verwaltet.

Die SPD soll für drei Ressorts verantwortlich sein, die CDU erhält acht Ministerien. Zur Einhaltung der Schuldenbremse versprechen die Koalitionspartner eine klare Prioritätensetzung; allerdings sollen die Regelungen des Ausführungsgesetzes zur Schuldenbremse im Lichte der Erfahrungen der vergangenen Jahre evaluiert werden, heißt es. Auch andere CDU-geführte Landesregierungen hatten Beratungsbedarf angemeldet, weil die Schuldenbremse auch Kredite für dringend nötige Zukunftsinvestitionen strikt begrenzt.

Bevor der Koalitionsvertrag in der kommenden Woche unterschrieben werden kann, müssen die Parteigremien zustimmen. Die Billigung durch den CDU-Landesausschuss gilt als Formsache. Die SPD hat für Samstag zu einem Landesparteitag im südhessischen Groß-Umstadt eingeladen, bei dem es eine kontroverse Debatte -geben dürfte. Dass die Hessen-SPD dem Vertrag die Zustimmung verweigert, gilt indes als unwahrscheinlich.

**Load-Date:** December 14, 2023

**Bei allen verbreitet; Expertise zu antisemitischen Einstellungen unter Muslim\*innen und Menschen mit Migrationshintergrund vorgestellt**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 560 words

**Byline:** Jonas Wahmkow

**Highlight:** Expertise zu antisemitischen Einstellungen unter Mus-li-m\*in-nen und Menschen mit Migrationshintergrund vorgestellt

## Body

---

Von Jonas Wahmkow

Die antisemitischen Äußerungen, die Teil-neh-me-r:in-nen einer propalästinensischen Demonstration in Neukölln am Osterwochenende gerufen hatten, hat die Debatte über Judenfeindlichkeit innerhalb von migrantischen und muslimischen Bevölkerungsteilen neu entflammt. Doch wie groß ist das Problem wirklich? Der Mediendienst Integration stellte am Mittwoch eine Auswertung der aktuellen Studienlage vor und mahnt, nicht pauschal von muslimischen Antisemitismus zu reden.

In der gesamten Gesellschaft ist Antisemitismus weit verbreitet, stellt Autorin Sina Arnold bei der Vorstellung der Studie klar. Dennoch gebe es bei Mus-li-m:in-nen und Menschen mit Migrationshintergrund Unterschiede. Demnach komme es darauf an, welche Ausprägung von Antisemitismus untersucht wird.

Gerade klassischer Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus seien unter Mus-li-m:in-nen deutlich stärker verbreitet als unter Nicht-Muslim\*innen. Bei Ersterem werden Juden:Jüdinnen negative Eigenschaften zugeschrieben, bei Letzterem werden zum Beispiel allen Juden:Jüdinnen für die Politik Israels verantwortlich gemacht. Sekundärer Antisemitismus, der sich vor allem in der Relativierung der NS-Verbrechen äußert, komme allerdings deutlich seltener bei Muslimen und Menschen mit Migrationshintergrund vor. Analysiert wurden vor allem quantitative Befragungen der letzten Jahre, bei denen nach Zustimmung zu antisemitischen Aussagen gefragt wurde, wie in etwa Die Juden haben zu viel Einfluss in der Welt.

Gründe für die Verbreitung von Judenfeindlichkeit sind laut der Expertise für den Mediendienst Integration vielfältig. Zum einen gäbe es in vielen arabischen Ländern wie Syrien eine weit verbreitete antizionistische Tradition. Antisemitismus sei in vielen Ländern des Nahen Ostens Teil der staatlichen Propaganda. So bestehe ein deutlicher Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Herkunftsregion.

Bei allen verbreitet Expertise zu antisemitischen Einstellungen unter Muslim\*innen und Menschen mit  
Migrationshintergrund vorgestellt

Die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen nehme aber ab, je länger Mi-gran-t:in-nen in Deutschland leben. Arnold führt dies darauf zurück, dass Mi-gran-t:in-nen soziale Normen Deutschlands erlernen und sensibilisiert würden.

Dass auch unter in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen judenfeindliche Einstellungen verbreitet sind, hat laut Arnold einen anderen Grund. Die Ausgrenzung, die Mi-gran-t:in-nen von der Mehrheitsgesellschaft erfahre, könne das Bedürfnis nach der Identifikation mit einer Eigengruppe stärken. Damit gehe eine Abgrenzung zu einer vermeintlichen Fremdgruppe der Juden:Jüdin-nen einher. Gerade bei Jugendlichen gäbe es eine Überidentifikation mit Palästina .

Weniger klar ist der Zusammenhang zwischen Religiosität und Judenfeindlichkeit. Dogmatische und fundamentalistische Strömungen seien klarer antisemitisch als säkulare. Antisemitismus ist weniger ein Effekt der Religion als von autoritär-konservativen Einstellungen , erklärt Arnold.

Angesichts der vielfältigen Ursachen können man nicht pauschal von einem muslimischen Antisemitismus sprechen. Stattdessen helfe es zu differenzieren: Man muss wissen, wo die ideologischen Quellen sind, dann kann man besser intervenieren , sagt Arnold. In Bezug auf die Bildungsarbeit mit migrantischen Jugendlichen hieße das zum Beispiel, auch die eigenen Diskriminierungserfahrungen zu thematisieren.

Ausgrenzung könne das Bedürfnis nach der Identifikation mit einer Eigengruppe stärken

**Load-Date:** April 19, 2023

## Sicherer Hafen? Großbritannien pfercht Flüchtlinge auf ein Schiff; aufreger

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 9

**Length:** 422 words

**Byline:** Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

### Body

---

aufreger

Der winzige Hafen Portland in Dorset im Südwesten Englands soll ab nächster Woche auf einem 93,4 Meter langen und 27,4 breiten Lastkahn mit darauf montierten Fertigbauunterkünften bis zu 500 **Asylsuchende** beherbergen. Normalerweise dienen solche Unterkünfte Ma-ri-ne-ar-bei-te-r:in-nen auf hoher See. Die Bibby Stockholm, die jetzt in Portland andockte, ist Teil des Versuchs der derzeitigen britischen Regierung, billigere Unterkünfte für **Asylsuchende** zu finden.

2022 gab es im Vereinigten Königreich 74.751 Asylanträge für 8.398 Personen, die höchste Zahl in zwei Jahrzehnten. Die Behörden kommen nicht hinterher, zu Jahresende bestand ein Rückstau von 132.000 unbearbeiteten Anträgen. Solange werden die Asylsuchenden auf Staatskosten untergebracht und dieses Jahr steigt die Zahl der Bootsflüchtlinge, die die britische Küste erreichen, weiter.

Ausgediente Militärkasernen waren schnell übertoll. Laut Immigrationsminister Robert Jenrick befinden sich weiterhin 51.000 Asyl-be-wer-be-r:in-nen in Hotels, was den Staat umgerechnet 6 Millionen Euro pro Tag koste. Umgebaute Kreuzfahrtschiffe oder Lastkähne sollen nun Abhilfe bieten.

Doch der Plan ist umstritten. Ver-tre-te-r:in-nen von Flüchtlingen halten die Schiffe für eng, inhuman, gefängnisähnlich und für traumatisierte Menschen ungeeignet. Flüchtlingsgegner wehren sich gegen Hunderte fremder Menschen vor ihrer Gemeinde auf Anker. Richard Drax, der konservative Unterhausabgordnete für South Dorset, vergleicht das Schiff in Portland mit einem Gefängnis. Auch die örtliche Gemeinde ist besorgt und stellt Fragen zur Sicherheit auf dem Schiff und in der Umgebung. Am Dienstag und Mittwoch kam es in Portland zu Protesten von verschiedenen Gruppen.

Größere Städte, etwa Edinburgh und London, haben sich von Anfang an aus ideologischen Gründen gegen Schiffe zur Unterbringung von Asyl-be-wer-be-r:in-nen in ihren Häfen gewehrt, weshalb das Schiff nun in Portland steht. Die ersten 50 Bewohner sollen kommende Woche einziehen. Die Personen, die auf dem Schiff wohnen sollen, haben freien Ausgang, solange sie mit der Unterkunft im Kontakt bleiben, aber nur ein sehr kleines Taschengeld. Die kleine felsige Insel Portland, für ihre Steinbrüche berühmt und nur durch einen Damm mit dem britischen

## Sicherer Hafen? Großbritannien pfercht Flüchtlinge auf ein Schiff aufreger

Festland verbunden, gehört zu den ärmeren Gemeinden Süd-englands. Sie beherbergt seit dem 19. Jahrhundert eine große festungsähnliche Haftanstalt direkt über dem Hafen, früher für jugendliche Intensivtäter, aktuell für Sexualverbrecher.

Daniel Zylbersztajn-Lewandowski, London

**Load-Date:** July 19, 2023

---

End of Document

## **Finnland macht Grenzposten zu Russland dicht; Weil Russland Flüchtlinge aus arabischen Ländern durchlässt, werden vier Übergänge gesperrt**

taz, die tageszeitung

Montag 20. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 402 words

**Byline:** Reinhard Wolff

**Highlight:** Weil Russland **Flüchtlinge** aus arabischen Ländern durchlässt, werden vier Übergänge gesperrt

### **Body**

---

Von Reinhard Wolff, Stockholm

Drei Grenzschutzbeamte reißen einen Mann zu Boden und halten ihn fest. Ein Dutzend andere Beamte versperren einer Gruppe von **Flüchtlingen** den Weg. Tränengas kommt zum Einsatz. Szenen wie diese zeigte das finnische Fernsehen YLE am Freitagabend vom finnisch-russischen Grenzübergang Niiralan.

Samstagnacht hat Finnland Niirala und drei andere Grenzstationen nach Russland für drei Monate geschlossen. Wir wollen, dass dieses Phänomen aufhört, begründete Ministerpräsident Petteri Orpo den Schritt. Das Phänomen: Eine wachsende Zahl von Asylsuchenden, die über diese Übergangsstellen nach Finnland kamen auf Fahrrädern, weil die Grenze nur mit Fahrzeugen überquert werden darf.

Finnland wirft Russland vor, die bisherige Praxis, Reisenden ohne ausreichende Papiere die Passage zu verweigern, geändert zu haben. Orpo: Das ist organisiert. Moskau wies den Vorwurf am Freitag zurück, hatte aber tatsächlich am 21. Oktober angekündigt, man werde die Grenzzusammenarbeit mit Finnland beenden. Das finnische Innenministerium beziffert die Zahl der seither über die Grenze gekommenen Asylsuchenden auf rund 300 Personen.

Die Maßnahme trägt die Handschrift der rechtspopulistischen Wahren Finnen, denen Innenministerin Marin Rantanen angehört. Sie rühmte im Parlament die zentrale Rolle ihrer Partei bei einer Änderung des Grenzüberwachungsgesetzes, das Grenzsicherungen möglich macht für den Fall, dass von Handlungen eines anderen Staats eine ernste Gefahr für die Sicherheit Finnlands ausgeht. Das ist, was man nun behauptet. Diskriminierungsombudsfrau Kristina Stenman warnt aber, Finnland laufe Gefahr, unverhältnismäßig zu reagieren. Zumal stammten die bisher aus Russland gekommenen Flüchtlinge in der Mehrzahl aus Ländern wie Syrien, Jemen und Irak.

Finnland macht Grenzposten zu Russland dicht Weil Russland Flüchtlinge aus arabischen Ländern durchlässt, werden vier Übergänge gesperrt

Zwei Grenzstationen in Nordfinnland bleiben offiziell für Asylanträge offen. Allerdings liegen diese rund 1.000 Kilometer weiter nördlich. Auf Abgeordnetenfragen, wie Finnland denn reagieren wolle, wenn demnächst Flüchtlinge in den Grenzwäldern erfrieren, wollten sich Orpo und Rantanen nicht äußern.

Am Samstag protestierten Hunderte in Finnland lebende RussInnen in Helsinki. Zehntausende finnisch-russische Familien leben in Finnland, sie können nun Verwandte nicht mehr direkt besuchen. Die Demonstrantin Nataliia Eliakina fragt: Warum erlaubt man nicht zumindest den Busverkehr? Dort würden doch alle Reisedokumente geprüft.

**Load-Date:** November 19, 2023

---

End of Document

*Der bequeme Antirassismus mit deutschem Pass; Simone Dede Ayivi*  
*Diskurspogo*

taz, die tageszeitung

Montag 02. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 14

**Length:** 512 words

**Byline:** Simone Dede Ayivi

## Body

---

Simone Dede Ayivi Diskurspogo

Neulich ist mir in einem Gespräch ein Wort rausgerutscht, das ich lange nicht mehr gehört habe und noch viel länger nicht verwendet: Ausländerfeindlichkeit. Ich habe in diesem Moment nach einem Begriff gesucht, der mir hilft den Umstand zu beschreiben, dass in Diskursen einiger Schwarzer und PoC Communities Menschen ohne deutschen Pass und deren spezifische Probleme häufig nicht mitgedacht werden und auch strukturell betrachtet Themen wie Staatsbürgerschaft, Asyl- und Ausländerrecht sowie das Sterben an den EU-Außengrenzen zu kurz kommen.

Ich nehme mich selbst da nicht aus. Mir ist bewusst, dass viel von meinem politischen Engagement die Probleme meines Vaters nicht gelöst hätte. Meine Fragen sind ganz andere als diejenigen, die er und seine Freunde hatten. Dass ich jetzt so schnell auf meinen Vater komme, ist schon Teil des Problems: Über die erste Migrant\*innen-Generation wird von uns, den Kindern und Enkelkindern von Einwanderer\*innen, oft in der Vergangenheit gesprochen. Wir denken dabei an die Generationen vor uns und nicht an Menschen, die gerade jetzt die erste Generation sind und sich aktuell auf den gleichen (Lebens-)Weg machen, wie einst unsere Eltern oder Großeltern.

Für migrantische Selbstorganisationen und Aktivist\*innen of Color ist es oft nicht einfach in ihren Communities eine breite Basis dafür zu gewinnen, sich für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Ausländerwahlrecht oder gegen die Ausbeutung von Saisonarbeitskräften zu engagieren und mehr Rechte für Geflüchtete und Migrant\*innen zu erkämpfen. Einige Themen haben es vielleicht schwerer, weil PoC mit deutschem Pass oder/und Deutsch als Muttersprache nicht direkt davon betroffen sind. In Medien, Kultur und Wissenschaft sind diese jedoch im Verhältnis viel stärker vertreten und ihre Themen sind außerdem anschlussfähiger: Aufhören, Leute zu fragen wo sie herkommen, ist bequemerer Antirassismus, als sich in der Seenotrettung zu engagieren. In den letzten Jahren befasste sich ein Großteil der öffentlichen Rassismus-Diskussion damit, dass Menschen weil sie nicht weiß sind, nicht als Teil der deutschen Gesellschaft anerkannt werden. Und wir müssen immer noch zu oft klar machen, dass auch wir von hier sind.



## Der bequeme Antirassismus mit deutschem Pass Simone Dede Ayivi Diskurspogo

Ich werte dieses Engagement nicht ab, wir sollten dabei nur mitdenken, dass viele Menschen, die hier Rassismus erfahren, eben nicht von hier sind, sondern hierher gekommen sind. Ich wünsche mir zum Beispiel mehr Schnittmengen zwischen afrodeutschem Aktivismus und der Refugee-Bewegung. Dafür sind wir es, die zuhören, sich weiterbilden, solidarisch sein und Strukturen öffnen müssen. Ich will das Wort Ausländerfeindlichkeit nicht zurückbringen, nur daran erinnern, den Kampf gegen strukturellen Rassismus nicht zu vernachlässigen. Der deutsche Pass wird oft nicht als das Privileg wahrgenommen, das er ist.

Die Fünftage-vorschau

Di., 3. 1. Saskia Hödl Kinderspiel

Mi., 4. 1. Lin Hierse Poetical Corectness

Do., 5. 1. Noemi Molitor Subtext

Fr., 6. 1. Volkan A ar Postprolet

Mo., 9. 1. Barbara Dribbusch In Rente

kolumne @taz.de

**Load-Date:** January 1, 2023

## Asyl-Kosten-Konflikt schwelt; Bund und Länder wollen Donnerstag ein Zwischenfazit zur Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme ziehen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 15. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 454 words

**Byline:** Frederik Eikmanns

**Highlight:** Bund und Länder wollen Donnerstag ein Zwischenfazit zur Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme ziehen

### Body

---

Von Frederik Eikmanns

Wieder ein Gipfeltreffen, wieder geht es um Flüchtlinge. Am Donnerstag kommen die Län-der-che-f\*in-nen zur Ministerpräsidentenkonferenz zusammen und beraten unter anderem über die Unterbringung von Asylbewerber\*innen. Anschließend treffen sie sich mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Der hatte beim sogenannten Flüchtlingsgipfel im Mai den Ländern einmalig mehr Geld zugesichert. Nun soll eine Zwischenbilanz gezogen werden.

Hintergrund ist, dass seit 2022 wieder mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Schon seit Herbst vergangenen Jahres klagen deshalb die Kommunen, sie seien überfordert mit der Aufnahme und Unterbringung. Zunächst hatte sich die Bundesregierung monatelang geweigert, mehr Geld bereitzustellen. Doch im Mai wurde der Druck zu groß. Nach zähen Verhandlungen mit den Mi-nis-ter-prä-si-den-t\*in-nen sagte Scholz eine Milliarde Euro zusätzlich für das Jahr 2023 zu.

Allerdings ging es dabei um eine Einmalzahlung. Die von den Ländern geforderte dauerhafte Lösung wurde verschoben. Ver-tre-te-r\*in-nen der Länder und Kommunen äußerten sich damals enttäuscht darüber. Entsprechend schwelt der Konflikt weiter und dürfte auch am Donnerstag nicht endgültig beigelegt werden. Eine große Eskalation ist aber auf absehbare Zeit ebenfalls nicht zu erwarten. Wirklich heißlaufen dürfte der Konflikt wohl erst wieder im November, wenn es in einer Bund-Länder-Runde um die Finanzierung fürs nächste Jahr und eine dauerhafte Regelung gehen soll. Befriedend dürfte auch wirken, was Scholz beim Gipfel im Mai an Asylrechtsverschärfungen angekündigt hatte. Scholz versprach, für mehr Abschiebungen zu sorgen, längere Abschiebehaft zu ermöglichen und mehr Staaten zu sogenannten sicheren Herkunftsländern zu erklären. Menschenrechtsorganisationen waren entsetzt.

Und Scholz kündigte damals an, sich auf EU-Ebene für eine Reform der Asylpolitik einsetzen zu wollen. Mit den Plänen für eine drastische Asylrechtsverschärfung, auf die sich die EU-Innenminister\*innen vor einer Woche

## Asyl-Kosten-Konflikt schwelt Bund und Länder wollen Donnerstag ein Zwischenfazit zur Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme ziehen

geeinigt haben, kann Scholz am Donnerstag hier wohl auf so etwas wie einen Erfolg verweisen. Die CDU-geführten Länder dürften sich freuen, das linksregierte Thüringen dagegen am Donnerstag Kritik üben. Immerhin droht sich das Elend der Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen durch die Reform deutlich zu verschlimmern. Wie die SPD- und Grünen-geführten Länder sich am Donnerstag dazu verhalten, ist noch nicht abzusehen.

Die weiteren Themen, die am Donnerstag besprochen werden sollen, bergen kaum Konfliktpotential. So stehen auf der Agenda etwa die Energiepreise, die Modernisierung der Verwaltung und die Beschleunigung von Planungsverfahren. Auch die am Mittwoch vorgestellte nationale Sicherheitsstrategie soll Thema werden.

**Load-Date:** June 14, 2023

---

End of Document

## Ein nicht nur britischer Irrweg; Dominic Johnson über das Urteil gegen Großbritanniens Ruanda-Deal

taz, die tageszeitung

Freitag 30. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 338 words

**Byline:** Dominic Johnson

### Body

---

Dominic Johnson über das Urteil gegen Großbritanniens Ruanda-Deal

Großbritannien darf nun doch keine **Flüchtlinge** nach Ruanda auslagern, statt ihnen **Asyl** zu gewähren. Mit dem zweitinstanzlichen Urteil in London am Donnerstag dürfte der Ruanda-Deal aus dem Jahr 2022, der dem Land weltweit Kritik einbrachte, gestorben sein.

Das Urteil ist komplex. Der Ruanda-Deal wird nicht an sich für rechtswidrig erklärt, nicht einmal wegen des Bruchs der UN-Flüchtlingskonvention. Es wird lediglich Ruanda der Status als sicheres Drittland abgesprochen, aus nur einem Grund: Ruanda biete keine ausreichende Garantie dafür, dass Asylsuchende dort vor einer Abschiebung in ihr Herkunftsland geschützt seien, heißt es.

Mit diesem Punkt allerdings wird eine Praxis, die in der internationalen Flüchtlingspolitik mittlerweile zum Standard gehört, grundlegend hinterfragt. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR fliegt ständig Asylsuchende aus Libyen nach Ruanda – geht das nun nicht mehr? Noch problematischer ist das Urteil für die EU und damit auch für Deutschland. Der EU-Türkei-Deal erlaubt Griechenland, syrische Flüchtlinge ohne Anhörung in die Türkei zurückzubringen beziehungsweise sie gar nicht einzulassen – aber in der Türkei wird auf höchster politischer Ebene diskutiert, Syrien-Flüchtlinge auch gegen ihren Willen nach Syrien zu deportieren. Nach den Maßstäben des Londoner Urteils wäre der Deal illegal.

Das ist nicht nur eine theoretische Feststellung. Die Europäische Menschenrechtskonvention, auf die sich das Gericht beruft, gilt in ganz Europa, nicht nur in der EU. Die EU-Innenminister haben sich gerade erst auf das Parken von Flüchtlingen in Lagern an EU-Außengrenzen geeinigt. Aber sind Flüchtlinge in EU-Anrainerstaaten wie Tunesien oder Türkei wirklich davor sicher, gegen ihren Willen in die falsche Richtung abgeschoben zu werden? Die EU ist womöglich dabei, den gleichen Irrweg zu beschreiten, den Großbritannien jetzt voraussichtlich verlassen muss. Das ist die eigentliche, paradoxe Lehre dieses Londoner Urteils.

ausland

Ein nicht nur britischer Irrweg Dominic Johnson über das Urteil gegen Großbritanniens Ruanda-Deal

**Load-Date:** June 29, 2023

---

End of Document

**Die Rückseite der Worte; Der diesjährige Bachmann-Wettbewerb hallt eine Woche später noch nach. Vor allem die Jurydiskussion über Deniz Utlu offenbarte die Fallstricke und nicht genutzten Möglichkeiten des Sprechens über migrantisierte Literatur**

taz, die tageszeitung

Dienstag 11. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 17

**Length:** 1162 words

**Byline:** Ela Gezen, Maha El Hissy

**Highlight:** Der diesjährige Bachmann-Wettbewerb hallt eine Woche später noch nach. Vor allem die Jurydiskussion über Deniz Utlu offenbarte die Fallstricke und nicht genutzten Möglichkeiten des Sprechens über migrantisierte Literatur

## Body

---

Von Ela Gezen und Maha El Hissy

Diese Schöpfungen, die du aus deinem eigenen Körper ausgraben wirst, werden als Türkisch registriert. Die autofiktionale Ich-Erzählerin in Emine Sevgi Özdamars Roman *Ein von Schatten begrenzter Raum* (2021) weiß, dass die Literaturkritik der Sprache ihrer Texte Fremdheit zuschreiben wird. Mehr als 30 Jahre, nachdem ihr der Bachmannpreis verliehen wurde, las Deniz Utlu am letzten der diesjährigen Tage der deutschen Literatur vor. Die Abwertungen einiger Jury-Mitglieder hallen eine Woche später noch nach, denn sie werfen Fragen nach Rezeptionsmustern von migrantisierter Literatur auf.

Über 6.000 Kilometer voneinander entfernt verfolgten wir live die Diskussion über ästhetische Beurteilungen und literaturkritische Wertungen. Welche Eigenschaften und stilistischen Merkmale von -Utlus Text lassen in diese Folgerungen münden? Inwiefern wurde die Diskussion von Erwartungshaltungen an den Text und dessen Themen geleitet, als Klaus Kastberger beispielsweise konstatiert, dass es ein bisschen Wildheit für diese Themen [braucht] ?

Die Ju-ro-r\*in-nen sind sich darin einig, dass die Sprache in Utlus Text Damit du sprichst zentral ist: der Ich-Erzähler, der in der zweiten Generation von Eingewanderten in Deutschland lebt, und dessen Bezug zur Sprache; die Sprachlosigkeit seines sterbenden Vaters, der nur mit seiner Augenzunge kommunizieren kann; die Unmöglichkeit des Sprechens mit der Mutter. Und schließlich das Ausbuchstabieren der Geschichte, das von der Jury bemängelt wird, während es eigentlich den Versuch, zu einer Sprache und zum Sprechen zu finden, performativ darstellt.

Die Rückseite der Worte Der diesjährige Bachmann-Wettbewerb hält eine Woche später noch nach. Vor allem die Jurydiskussion über Deniz Utlu offenbarte die Falls....

Es ist Bachmann-Jurorin Mithu Sanyal, die die Frage nach Utlus Referenzen nach drei Tagen, in denen die Diskussion in erster Linie um deutsche und österreichische Vorbilder kreiste, einbringt. Der Hinweis auf Ya ar Kemals Memed mein Falke ( nce Memed , 1955) biete andere literarische Themen und Muster, führt Sanyal aus. Auch Fatma Aydemirs Dschinns (2022) schaffe Vorbilder und Identifikationsmöglichkeiten, schließt Insa Wilke an.

Wie Sanyal andeutet, bleibt es ein Versäumnis dieses Landes, dass es das Werk des weltberühmten kurdischen Schriftstellers und Aktivisten und seine Bedeutung als Romancier für die türkische und die Weltliteratur nicht würdigt, obwohl die Entstehungs- und Übersetzungsgeschichte von Kemals Text die Literaturszene in Deutschland vor mehreren Jahrzehnten prägte. Im Jahr 1982 veröffentlichte Yüksel Pazarkaya die Essaysammlung Rosen im Frost. Einblicke in die türkische Kultur , in der er Kemal porträtiert. Dank der Arbeit von nach Deutschland emigrierten Über-set-ze-r\*in-nen und Verleger\*innen, wie Y ld r m Da yeli oder Helga Da yeli-Bohne, sind Übertragungen der Memed -Tetralogie ins Deutsche entstanden. Nâz m Hikmet, dessen Werk in den 1970er Jahren anhand verschiedener Publikationen und Ausstellungen in Westdeutschland von türkeistämmigen Kulturschaffenden eingeführt und zugänglich gemacht wurde in der DDR gehörte er bereits zum literarischen Kanon an Schulen , hat Ya ar Kemals Roman ins Russische übersetzt.

Allein die fehlende Bekanntheit dieses Autor\*innen-Kollektivs, das sich über die Arbeit am Werk Kemals formte, spricht Bände über die problematische und homogene Kanonbildung in Deutschland, die das literarische Schaffen nicht-weißer Au-to-r\*in-nen ausgrenzt. Ironischerweise ist es Deniz Utlu, der in einem Essay aus dem Jahr 2011 von den Archiven der Migration, den vergessenen Wissens- und Bibliotheksbeständen, die bundesweit verstreut sind, erzählt und der Frage nachgeht, wie marginalisierte und gelöschte Positionen sicht- und hörbar gemacht werden können.

Über den Neologismus der plastischen Augenzunge tritt Utlus Text in Dialog mit Özdamars Erzählband Mutterzunge (1990). Dass im Türkischen dil sowohl Zunge als auch Sprache bedeutet, hat die Büchner-Preisträgerin in ihrer gleichnamigen Kurzgeschichte gezeigt. Schon damals wurden Neuschöpfungen in ihrem Werk bemängelt oder exotisiert. In einem Text mit dem Titel Damit du sprichst wären mündlich tradierte Erzählformen, die der deutschen Sprache fern liegen, als Muster naheliegend. Außerdem stellt der Textauszug eine Verbindung zu Utlus vorangegangenen Romanen, wie Die Ungehaltenen (2014), her, der eine ganz andere Form der Sprachlosigkeit zwischen einem Sohn und seinem verstorbenen Vater aufzeigt und auch das Verhältnis der zweiten zur ersten Generation literarisch thematisiert.

In der Diskussion über migrantisierte Literatur werden allzu oft homogene Lesegemeinschaften imaginiert und einander gegenübergestellt: Die einen würden ihn, Kemal, nicht kennen. Für die anderen würde er wahrscheinlich in jedem Bücherschrank stehen, so Insa Wilke. Ist die Schlussfolgerung, die sich hier ziehen lässt, dass die Herkunft von Au-to-r\*in-nen Leserschaften festlegen, etwa analog zur andauernden Reduktion von migrantisierten Au-to-r\*in-nen auf die literarische Verarbeitung von Migration?

In den USA erregte das Schreiben von aus der Türkei nach Deutschland eingewanderten Au-to-r\*in-nen schon vor mehreren Jahrzehnten Aufmerksamkeit, während man in Deutschland mit den Kategorisierungen Ausländer-, Betroffenheits-, Gastarbeiter- oder Migrantenliteratur rang. Literaturwissenschaftlerin Leslie A. Adelson plädierte für einen Turkish Turn, eine türkische Wende, in der deutschen Gegenwartsliteratur und schlug eine neue Grammatik der Migration vor, um diese Texte auf ihre Fähigkeit der Neukonfigurationen des nationalen Archivs der deutschen Kultur des 20. und 21. Jahrhunderts hin zu untersuchen.

Utlus Bachmann-Text, ein Auszug aus dem bald erscheinenden Roman Vaters Meer , gibt Anlass für das Nachdenken über ineinandergreifende kurdisch-türkisch-deutsche Geschichte(n) und Literatur(en). Neben Ya ar Kemal finden sich darin Hinweise auf die verschwiegene kurdische Geschichte der Mutter und des Großvaters oder die kurdische Stadt Mardin nahe der syrischen Grenze. Wenn der Protagonist von einem kurdischen Dichter aus dem Irak erzählt, der in Hannover im Exil lebt, schreibt sich zudem eine kurdisch-arabische Geschichte in die deutsche Literaturgeschichte ein.

Die Rückseite der Worte Der diesjährige Bachmann-Wettbewerb hallt eine Woche später noch nach. Vor allem die Jurydiskussion über Deniz Utlu offenbarte die Falls....

Auf die Rückseite der Worte schaut Deniz Utlu in der gleichnamigen Mainzer Poetikdozentur, die er 2021 innehatte. Darin reflektiert er über den Schreibprozess: ab der Entstehung des literarischen Textes bis zu den etablierten Anerkennungsstrukturen im Literaturbetrieb. Die Wahrhaftigkeit des Schreibens, so Utlu, liegt paradoxerweise oftmals jenseits der verwendeten Worte, vielleicht auf ihrer Rückseite [ ]. Ob man sich in Klagenfurt verweigerte, auf die Rückseite der Worte zu schauen?

Ela Gezen ist Literatur- und Kulturwissenschaftlerin an der University of Massachusetts Amherst, USA.

Maha El Hissy ist Literaturwissenschaftlerin und schreibt über Themen wie Postkolonialismus, deutsche Literatur von BPoC-Autor\*innen sowie Literatur nach Hanau und dem NSU.

Oft werden homogene Lesegemeinschaften imaginiert und einander gegenübergestellt

**Load-Date:** July 10, 2023



**Gerichte und Menschen aus aller Welt; In der Kantine des Bremer Theaters sollen Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung Deutsch lernen und für die Arbeit in der Gastronomie geschult werden auch, um der aktuellen Stimmung entgegenzuwirken**

taz, die tageszeitung

Dienstag 10. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 25

**Length:** 931 words

**Byline:** Alina Götz

**Highlight:** In der Kantine des Bremer Theaters sollen Menschen mit Flucht- oder **Migrationserfahrung** Deutsch lernen und für die Arbeit in der Gastronomie geschult werden auch, um der aktuellen Stimmung entgegenzuwirken

## Body

---

Von Alina Götz

Auf dem Tisch steht frisches Brot mit Kürbis, Curry und Walnuss, dazu Dips: veganer Tomatenaufstrich, vegane Mayo, Frischkäse mit Paprika und Walnuss. Belegte German Stullen heißt das auf der Webseite des neuen Projekts Lichtgrenze in der Kantine des Theater am Goetheplatz in Bremen. Das Haus will gemeinsam mit dem Bürgerzentrum Neue Vahr umsetzen, was für andere Betreiber\*innen hart ist und dabei **geflüchteten** Menschen helfen, Deutsch zu lernen und sich für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Kantinen für kleine Gruppen sind sehr schwierig zu betreiben, sagt Theater-Geschäftsführerin Swantje Markus. Dazu kommt hier: Die Öffnungszeiten variieren je nach Vorstellungsbeginn. Mal sind das Orchester und der Chor da, mal eben nicht. Wir brauchten jemanden, der Herzblut mitbringt und Verständnis für die Theaterabläufe hat.

Mit Saher Khanaqa-Kükelhahn und ihrem Team aus dem Bürgerzentrum Neue Vahr hat das Theater solche Leute gefunden. In der Neuen Vahr, einem Bremer Stadtteil, in dem etwa 50 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund haben und Arbeitslosigkeit und Armut überdurchschnittlich sind, betreibt das Bürgerzentrum bereits ein Café doch eine richtige Kantine ist neu für alle.

Seit sechs Wochen läuft das Projekt Lichtgrenze. In Zukunft sollen auch sechs Praktikant\*innen hier arbeiten, für ein halbes Jahr. Die Voraussetzungen: Lust auf Gastronomie, Flucht- oder Migrationserfahrung und ein Bildungsgutschein vom Jobcenter. Ganz frisch angekommene Menschen können daher nicht direkt hier starten.

Deutsch lernen mit Arbeit zu verbinden, hält Khanaqa-Kükelhahn für sinnvoll. Zumal der Gastro-Bereich händierend Personal sucht. Wir müssen Menschen mit Fluchterfahrung da einsetzen, wo sie gebraucht werden.

## Gerichte und Menschen aus aller Welt In der Kantine des Bremer Theaters sollen Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung Deutsch lernen und für die Arbeit i....

Gleiches gelte für die Pflege und andere Bereiche. Viele Kompetenzen können nicht ausgeschöpft werden, weil die Sprache fehlt. Wenn Migration dagegen gelingt, so ihre Hoffnung, könnte das auch der politischen Stimmung gegenüber Geflüchteten entgegenwirken. Die Mitarbeitenden bekommen nach der Zeit ein Zertifikat, mit dem sie sich bei anderen Arbeit-ge-be-r\*in-nen vorstellen können.

Der Betriebsrat des Theaters ist begeistert. Mitarbeitende hätten sich jahrelang immer wieder über die Kantine beschwert, erzählt eine Betriebsrätin. Das Thema gehörte somit zum Kerngeschäft. Jetzt sind wir wahnsinnig glücklich. Neben gutem Essen gibt es hier auch noch herzliche Worte. Für Mitarbeitende, aber eben auch für die Öffentlichkeit.

Die erste Praktikantin ist schon da. Sie heißt Homa Vakhshineh, kommt aus dem Iran, und will hier lernen: Die Sprache und kochen und alles. Khanaqa-Kükelhahn sagt, dass die nächsten nach und nach kommen sollen, bis es Ende des Jahres vier bis sechs sind. Eine Warteliste gibt es bereits.

Für Robert Schadoweg, den festangestellten deutschen Koch, kam der Job ebenfalls wie gerufen. Er hat jahrelang für Kinder gekocht, was auch frustrierend sein kann, wie er sagt. Das Angebot war für ihn der Auslöser, den alten Job an den Nagel zu hängen. Hier finde ich meine Kreativität wieder.

Neben ihm kocht am Montag Ex-Werder-Stürmer Nelson Valdez. Es gibt traditionelle Sopa Paraguaya, vergleichbar mit einer Art Kartoffelaufguss oder Tortilla. Valdez kam selbst mit 17 ganz allein von Paraguay nach Deutschland. Er ist ein super Vorbild, sagt Khanaqa-Kükelhahn. Valdez betreibt mit seiner Stiftung eine Suppenküche in seinem Heimatdorf, will dort jetzt auch eine Schule bauen.

Die Kantine ist im Keller des Theaters versteckt; wer hierhin kommt, muss vorher von ihr gehört haben. Es spricht sich rum, sagt Geschäftsführerin Markus. Durch Kontakte erfahren auch die umliegenden Behörden davon, die Kunsthalle, andere Läden. Der perfekte Weg durchs Haus wird noch gesucht. Derzeit muss man zum Pförtner gehen und dann den Schildern folgen.

Wer den Weg findet, bekommt neben den Kleinigkeiten auch Hauptgerichte, immer vegetarisch und vegan, selten mit Fleisch. Die Hauptgerichte wechseln, in jedem Monat soll eine andere Kultur Inspiration geben. Aktuell ist südamerikanischer Monat, davor war arabischer. Projektkoordinator Rami Abou Asse erklärt, dass man damit verschiedene Menschen ansprechen will auch im Theater selbst sind viele Kulturen vertreten. Mehr Verständigung untereinander ist das Ziel. Wer ist nicht neugierig auf gutes Essen? Es gibt aber auch normales Essen, sagt Khanaqa-Kükelhahn. Aufguss, Nudeln, Currywurst.

Die Küche ist für die Gäste durch Glasscheiben einsehbar. 6,30 Euro kostet ein Hauptgericht, eine kleine belegte German Stulle 2,20 Euro. Gewinne machen will hier niemand, erlaubt wäre das wegen der Fördermittel, die das Bürgerzentrum organisiert hat, sowieso nicht. Die Einnahmen müssen die festen Stellen decken, für die Praktikant\*in-nen zahlt das Jobcenter. Die Räume kosten nichts. Und das Theater hat Rami Abou Asse als Projektkoordinator selbst angestellt.

Er organisiert unter anderem das kulturelle Rahmenprogramm: Koch- oder Tanzkurse, Spieleabende, die Auslegung von Büchern von Schriftsteller\*in-nen passend zum kulinarischen Monat.

Auch das Café Global, im Bürgerzentrum Neue Vahr bereits etabliert, soll hier gastieren. Es vermittelt Kontakte zwischen Geflüchteten und Ehrenamtlichen.

Tango-Schnupperkurs: 24. Oktober, 18 bis 20 Uhr

Salsa-Schnupperkurs: 27. Oktober, 19 bis 22 Uhr

Anmeldungen unter [kantine@theaterbremen.de](mailto:kantine@theaterbremen.de)

Café Global: 7. November

Gerichte und Menschen aus aller Welt In der Kantine des Bremer Theaters sollen Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung Deutsch lernen und für die Arbeit i....

Reguläre Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8.30 bis 20 Uhr, Samstag 10 bis 13 und 17 bis 20 Uhr, Sonntag 17 bis 20 Uhr

Wir müssen Menschen mit Fluchterfahrung da einsetzen, wo sie gebraucht werden

**Load-Date:** October 9, 2023

---

End of Document

**Harte Urteil gegen Geflüchtete; Griechenlands Justiz geht gegen angebliche Schmuggler vor die oft selber fliehen. Eine Studie zeigt nun: Die Gerichtsverfahren dauern im Schnitt gerade einmal 37 Minuten, und enden meist mit langen Haftstrafen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 581 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Griechenlands Justiz geht gegen angebliche Schmuggler vor die oft selber fliehen. Eine Studie zeigt nun: Die Gerichtsverfahren dauern im Schnitt gerade einmal 37 Minuten, und enden meist mit langen Haftstrafen

## Body

---

Von Christian Jakob

Griechenland geht immer häufiger mit drakonischen Urteilen gegen **Geflüchtete** vor. Das ergab eine neue Auswertung der Nichtregierungsorganisation Borderline Europe im Auftrag des grünen Europaparlaments-Abgeordneten Erik Marquardt.

Demnach wurden allein im Jahr 2022 mindestens 1.374 Personen wegen angeblichen Schmuggels verhaftet. Eine Auswertung von 81 Gerichtsprozessen an acht Orten in Griechenland ergab, dass die Gerichtsverfahren im Durchschnitt nur 37 Minuten dauern. In Verfahren mit Pflicht-ver-tei-di-ge-r\*in-nen sind es sogar lediglich 17 Minuten. Das kürzeste der dokumentierten Verfahren habe nur 6 Minuten gedauert.

Umso härter fielen aber die Strafen aus: Im Schnitt stand am Ende eine durchschnittliche Haftstrafe von 46 Jahren und eine Geldstrafe in Höhe von 332.209 Euro. Mehr als die Hälfte der Verurteilten soll eine Haftstrafe von 15 Jahren bis lebenslänglich verbüßen.

Urteile werden auf der Grundlage unzureichender und fragwürdiger Beweise erlassen, heißt es in dem Bericht. Häufig genüge die Aussage einer einzigen Person von Polizei oder Küstenwache. Die Beamt:innen, auf deren Aussagen sich die Anklagen stützten, erschienen demnach in 68 Prozent aller dokumentierten Fälle nicht einmal vor Gericht.

Griechenland hat wie auch andere EU-Staaten seit 2015 die Strafmaße für Beihilfe zur illegalen Einreise immer weiter herauf gesetzt. Schleuser steuern deshalb Boote oder Kleinbusse nicht mehr selbst, stattdessen überlassen sie dies den Geflüchteten. Dadurch kommt es immer wieder zu teils tödlichen Unfällen, weil diese nicht wissen, wie

Harte Urteil gegen Geflüchtete Griechenlands Justiz geht gegen angebliche Schmuggler vor die oft selber fliehen. Eine Studie zeigt nun: Die Gerichtsverfahren ....

man etwa ein Boot steuert. Den Geflüchteten ist weiter meist nicht klar, dass sie sich der Schlepperei schuldig machen und welche Strafen drohen.

Die Gesetzgeber haben nicht nur in Griechenland das sogenannte Tatbestandsmerkmal der Gewinnerzielungsabsicht abgeschafft: Als Schlepper bestraft werden kann auch der, der kein Geld kassiert. Ankommende werden von der Polizei oft so lange verhört und häufig unter Druck gesetzt, bis sie einen der Mitreisenden etwa als Fahrer oder Steuermann benennen.

Der Studie zufolge befanden sich Ende Februar 2023 insgesamt 2.154 Personen in griechischen Gefängnissen, die des Schmuggels beschuldigt wurden die zweitgrößte Gruppe nach Straftat. Fast 90 Prozent waren sogenannte Drittstaatsangehörige also Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die in der Regel selbst geflüchtet sind.

Die Verhaftung wegen Schmuggels sei eine gängige Praxis der Strafverfolgungsbehörden, heißt es in dem Bericht, wobei die tatsächliche Absicht der Beschuldigten kaum berücksichtigt wird. Geschmuggelte Personen selbst, darunter auch Asylsuchende, würden systematisch wegen Schmuggels verurteilt, weil sie angeblich das Boot oder das Auto gefahren oder dabei assistiert hätten.

Immer wieder kommt es außerdem zu Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürliche Verhaftungen, Gewalt und Nötigung, wenig oder kein Zugang zu Dol-met-sche-r\*in-nen oder rechtlicher Unterstützung sowie Probleme beim Zugang zu Asylverfahren während der Haft.

Es wäre die Aufgabe der EU-Kommission, Druck auf Griechenland auszuüben, damit dort wieder rechtsstaatliche Standards eingehalten werden, sagt Marquardt. Leider hat die Kommission sich bislang auf die Seite Griechenlands gestellt. Sie unterstütze die Abschreckungs- und Abschottungspolitik der Außengrenzstaaten, obwohl das eher dem Vorgehen einer kriminellen Mafia-Organisation entspricht und viele Leben zerstört werden.

flucht & migration

**Load-Date:** July 12, 2023

**Gute Arbeit hat einen Preis auch in der Dienstleistung; Sozialsenatorin geht von 30 Prozent Kürzungen in ihrem Bereich aus. Das könnte auch die Beratungsstelle für Migration und Gute Arbeit (Bema) betreffen. Sie unterstützt Menschen dabei, ihren Lohn einzufordern, und hilft bei Menschenhandel, Ausbeutung und Zwangsarbeit**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 22. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 675 words

**Byline:** Benjamin Probst

**Highlight:** Sozialsenatorin geht von 30 Prozent Kürzungen in ihrem Bereich aus. Das könnte auch die Beratungsstelle für **Migration** und Gute Arbeit (Bema) betreffen. Sie unterstützt Menschen dabei, ihren Lohn einzufordern, und hilft bei Menschenhandel, Ausbeutung und Zwangsarbeit

## Body

---

Von Benjamin Probst

Im Bereich Soziales, Arbeit und Integration stehen nach jetzigem Stand Kürzungen von 30 Prozent an. Das bestätigte die zuständige Senatsverwaltung am Mittwoch. Aus diesem Grund mochte Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) auch keine Zusagen für eine dauerhafte Finanzierung machen, als sie am selben Tag die Beratungsstelle für **Migration** und gute Arbeit (Bema) besuchte. Wir befinden uns noch in den Haushaltsverhandlungen, sagte Kiziltepe. Trotzdem wolle sie die Forderungen mal mitnehmen, sagte sie.

Die Beratungsstelle Bema beschäftigt sich mit Ausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel. Besonders Menschen, die kein Deutsch sprechen oder ihre Rechte als Arbeitnehmer nicht kennen, fallen diesen Tatbeständen zum Opfer. So erging es der Bema zufolge auch jüngst einer Gruppe junger Menschen aus Polen, über die die Bema als Beispiel für ihre Arbeit berichtet. Drei Monate hätten sie als Kurier bei einem großen Logistikunternehmen gearbeitet. Doch auf das Gehalt warteten sie vergeblich. Sie hätten sich bei ihrem Arbeitgeber beschwert und wussten irgendwann nicht mehr weiter. Wie sich herausstellte, hatte nur eine Person von ihnen überhaupt einen richtigen Arbeitsvertrag. Die Bema habe sie dann dabei unterstützt, Fahrtrouten zu sammeln und nachträgliche Stundenbücher zu erstellen. Dabei geht es schlicht um Beweissicherung, sagt Monika Fijarczyk von der Bema.

Das 16-köpfige Team bietet in elf Sprachen Beratungen für die Bereiche Arbeits- und Sozialrecht an und schult Mi-gran-t:in-nen über ihre Rechte und Möglichkeiten am Arbeitsplatz. Berlin sei ein Schwerpunkt der Wanderarbeit,

Gute Arbeit hat einen Preis auch in der Dienstleistung Sozialsenatorin geht von 30 Prozent Kürzungen in ihrem Bereich aus. Das könnte auch die Beratungsstelle....

sagt Katja Karger, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin-Brandenburg. Außerdem sei die migrantische Community in Berlin besonders groß.

Viele, die das Angebot in Anspruch nehmen, sind um ihren Lohn betrogen worden. Andere kommen, weil sie in ihrer Arbeit keinen Urlaub nehmen dürfen, kein Krankengeld bekommen oder ohne Sozialversicherung beschäftigt sind. Aber auch bei Fragen zu (Schein-)Selbstständigkeit, der Arbeitserlaubnis oder zu Sozial- und Krankenversicherungen gibt das Team Auskunft. 26 Prozent kämen aus der Dienstleistungsbranche, sagt Fijarczyk. Besonders Kurier- und Lieferdienste, wie die jungen Menschen aus Polen, seien darunter, bilanziert sie. Fijarczyk betreut bei der Bema den Schwerpunkt Arbeitsrecht. Aus ihrer Erfahrung nutzten vor allem Subunternehmen Arbeitnehmer:innen aus. Bei großen Firmen fielen hingegen eher zivilere Arbeitsrechtsfragen an.

Die Beratungsstelle ist beim Projekt Arbeit und Leben des DGB angesiedelt, wird aber vom Senat mit 1,2 Millionen Euro finanziert. Seit Mai 2022 gibt es ein zusätzliches Team für Geflüchtete aus der Ukraine, das 165.000 Euro benötigt. Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe bekundete auf ihrem Rundgang durch die Bema am Mittwoch ihre Unterstützung: Zwangslagen oder Unkenntnisse über unser Rechtssystem, aber auch Sprachbarrieren werden teilweise schamlos ausgenutzt, umso wichtiger sei es, für die notwendige professionelle Hilfe zu sorgen, sagte Kiziltepe.

Von der Bema heißt es, sie komme kaum mit ihrer Arbeit hinterher. Besonders, wenn sich größere Gruppen meldeten, seien Kollegen oft lange blockiert, berichten die Berater:innen. Um die Arbeit weiter leisten zu können, fordert der DGB deshalb eine dauerhafte Finanzierung, aktuell sind die Mittel bis 2025 befristet. Wir sind sehr froh, dass die Förderungen von Ein- auf Zwei- und schließlich auf Dreijahresabstände verlängert wurde, trotzdem brauchen wir die dauerhafte Unterstützung, so Gewerkschaftsvorsitzende Karger.

Im vergangenen Jahr konnten Arbeit-neh-me-r:in-nen mithilfe der Beratungsstelle mehr als 100.000 Euro an nicht bezahltem Lohn erfolgreich einfordern. Die Kuriere aus Polen haben rund 10.000 Euro Lohn zurückerhalten.

Trotz der Konkurrenz um sinkende Mittel will Karger für die Bema werben: Wir sind in Berlin unerlässlich, das weiß auch der CDU-Finanzsenator Evers.

Betroffen sind viele Menschen, die kein Deutsch sprechen oder ihre Rechte nicht kennen

**Load-Date:** June 21, 2023

**Ressentiment-Junkie CDU; Berlin zeigt: Auch 2023 lassen sich mit deutschnationalen Diskursen Wahlen gewinnen. Fatal wäre, die rassistische Stimmungsmache mit Problemanalyse zu verwechseln**

taz, die tageszeitung

Samstag 18. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 16

**Length:** 986 words

**Byline:** Volkan A ar

**Highlight:** Berlin zeigt: Auch 2023 lassen sich mit deutschnationalen Diskursen Wahlen gewinnen. Fatal wäre, die rassistische Stimmungsmache mit Problemanalyse zu verwechseln

## Body

---

Von Volkan A ar

Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefer gehenden Vertrauenskrise gegenüber unserem demokratischen Staat, ja ich sage es mit Bedacht , eines Staatsnotstandes , sagte ein führender CDU-Politiker mit Verweis auf das Thema Migration.

Friedrich Merz? Nicht schlecht! Aber es war Bundeskanzler Helmut Kohl im Oktober 1992 bei einem Sonderparteitag der CDU in Düsseldorf. Kurze Zeit später, im November 1992, wurden bei rassistischen Brandanschlägen auf zwei von türkischstämmigen Menschen bewohnte Häuser drei Menschen getötet. Im Dezember 1992 hatte die CDU nach Jahren rassistischer Hetze, bereitwillig verstärkt durch deutsche Leitmedien, die SPD dazu bekommen, sich auf den sogenannten Asylkompromiss zu einigen, auf die faktische Abschaffung des Asylrechts in seiner bisherigen Form.

Am 26. Mai 1993 wurde die Entscheidung mit großer Mehrheit vom Bundestag angenommen. Drei Tage später, am 29. Mai, brannte wieder ein Haus, diesmal in Solingen, diesmal waren es fünf Personen einer türkischstämmigen Familie, die von Nazis ermordet wurden.

Seither sind fast 30 Jahre vergangen. Nazis haben weiter gehetzt und getötet: NSU-Morde, der tödliche Anschlag auf den Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU), Pegida-Demonstrationen, AfD. Es gab aber auch Fortschritt. Die 2020er sind nicht die 1990er: Mi-gran-t:in-nen und ihre Nachkommen haben erfolgreich Rechte und Anerkennung eingefordert. Auch für politische Parteien ist es opportuner geworden, sich zu Vielfalt zu bekennen, statt gegen sie zu hetzen. Doch nicht alle sind auf der Höhe dieser Entwicklung.



Ressentiment-Junkie CDU Berlin zeigt: Auch 2023 lassen sich mit deutschnationalen Diskursen Wahlen gewinnen. Fatal wäre, die rassistische Stimmungsmache mit Pro....

Wir sprechen hier über Leute, die eigentlich in Deutschland nichts zu suchen haben. Die wir hier seit längerer Zeit dulden, die wir nicht zurückschieben, die wir nicht abschieben und bei denen wir uns dann darüber wundern, dass es hier solche Exzesse gibt.

Dieses Zitat könnte auch von Helmut Kohl stammen. Oder vom früheren CDU-Bundesinnenminister Rudolf Seiters, der 1992 von unkontrollierten Zustrom sprach und somit maßgeblich zur damaligen Pogromstimmung beigetragen hat. Aber dieses Mal ist es der aktuelle CDU-Vorsitzende Friedrich Merz. Er hat das am 10. Januar dieses Jahres in der Talkshow von Markus Lanz gesagt, wo über die Ausschreitungen in der Berliner Silvesternacht, bei der Polizei und Feuerwehr mit Böllern attackiert worden waren, diskutiert wurde. Dabei ging Merz so weit, Kinder und Jugendliche, die in Deutschland geboren sind, als kleine Paschas zu bezeichnen.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus aber ging noch weiter: In einem Fragenkatalog an den Innenausschuss verlangte sie nach den Vornamen der Tatverdächtigen mit deutschem Pass als wolle sie beweisen, dass Jugendgewalt ein reines Migrantenphänomen sei, an der ein wahrer Deutscher niemals beteiligt sein könnte. Merz rassistische Tirade kam zu einem Zeitpunkt, als die Berliner Polizei vorschnell herausgegebene Zahlen über die Täter schon wieder korrigiert hatte: Von 145 Festgenommenen seien nur 45 deutsche Staatsbürger, hieß es kurz nach der Silvesternacht. Eine Woche später waren es noch 38 Personen, die wegen Böllerattacken festgenommen worden seien und zwei Drittel davon deutsche Staatsbürger. Dennoch verteidigte Merz seine Aussagen gegen alle Kritik. Er habe dem Volk aufs Maul geschaut und eine Beobachtung wiedergegeben. Auch Kai Wegner, der CDU-Spitzenkandidat für die Berlin-Wahl, verteidigte den Ariernachweis-Vorstoß seiner Fraktion. Ihre rassistische Erzählung entbehrte aber genauso einer faktischen Grundlage wie die diskursive Vorbereitung des Asylkompromisses von 1992, als die CDU und CSU vor 50 Millionen Asylanten warnten.

Die CDU unter Kohl blieb damals nach der Bundestagswahl 1994 stärkste Kraft. Und die Berliner CDU, die in der Hauptstadt lange Zeit von ihren aktuellen Werten nur träumen konnte, gewann vorige Woche mit einem Vorsprung von knapp 10 Prozent die Berlin-Wahl. CDU-Politiker- Jens Spahn stellte noch am Wahlabend in der Runde von Anne Will fest, das Ergebnis zeige, dass man mit klaren Haltungen in Fragen von Integration wieder Wahlen in Großstädten gewinnen könne. Die Pascha-Entgleisung seines Chefs verteidigte er mit Verweis auf in aller Regel kulturell vermittelter toxischer Männlichkeit.

Tatsächlich hat sich die Stimmung in Berlin nach der Silvesternacht zugunsten der CDU verändert. Laut einer Umfrage von Infratest dimap spielten Sicherheit und Ordnung für 23 Prozent der Ber-li-ne-r:in-nen die größte Rolle für die Wahlentscheidung vor den Themen Wohnen und Klima. 57 Prozent der Ber-li-ne-r:in-nen fanden, dass die CDU Probleme mit Zuwanderern klar benennt.

Fatal wäre es nun aber, diese Zustimmung zur rassistischen Stimmungsmache der CDU mit einer notwendigen Analyse von sozialen Ursachen von Gewalt zu verwechseln. Eine fundierte Kritik von sozialer Ungleichheit und Isolation in einer Stadt mit so vielen Verwerfungen wie Berlin lässt sich derzeit offenbar leider nicht so gut verkaufen wie der Fingerzeig auf vermeintliche Fremde. Auch wenn ihre Ver-tre-te-r:in-nen aktuell mit allen Mitteln versuchen, das Wahlergebnis von Berlin so zu verkaufen: Dass die CDU mit einfachen Antworten auf komplexe Fragen Wahlen gewinnt, bedeutet nicht, dass ihre Antworten wahr und richtig sind.

Viel mehr ist es so: Der Diskurs Ausländer raus! ist für die CDU wie eine Droge. Immer wenn sie verzweifelt nach einem High giert, drückt sie sich diese. Das Hoch, das darauf folgt, ist aber nur ein kurzfristiges. Langfristig zerstört die Droge Rassismus nicht nur die CDU selbst, sondern auch die Gesellschaft, in der sie sich damit berauscht. Merkel wusste das, Merz und seine Leute wollen es nicht wahrhaben. Wenn sie damit nur am Ende ihrer eigenen Partei arbeiten würden, dann wäre das mehr als hinnehmbar. Aber es führt eben auch dazu, dass andere auf ihre Worte Taten folgen lassen, so wie vor exakt drei Jahren, am 19. Februar 2020 in Hanau.

Ressentiment-Junkie CDU Berlin zeigt: Auch 2023 lassen sich mit deutschnationalen Diskursen Wahlen gewinnen. Fatal wäre, die rassistische Stimmungsmache mit Pro....

---

End of Document

## **Bamf erkennt an: Frauen werden verfolgt; Mehr Flüchtlinge in Deutschland wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung anerkannt**

taz, die tageszeitung

Montag 21. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 499 words

**Byline:** Nicole Opitz

**Highlight:** Mehr **Flüchtlinge** in Deutschland wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung anerkannt

### **Body**

---

Von Nicole Opitz

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung als **Flüchtlinge** anerkannt werden, steigt. Waren es 2021 noch 1.379 Menschen, lag die Zahl 2022 mit 2.800 Menschen doppelt so hoch. Im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es bereits 2.286 Menschen. Das ergab die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken, die der taz exklusiv vorliegt.

Am deutlichsten fällt die Entwicklung bei den Afghan\_innen auf: Waren es im Jahr 2021 noch 116 Flüchtlinge, die das Bundesamt für Flüchtlinge (Bamf) wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung anerkannte, waren es 2022 schon 1027 und allein im ersten Halbjahr 2023 bereits 1.499 Flüchtlinge. Während aus Afghanistan vor allem Frauen vor staatlichen Akteuren, also den Taliban fliehen, sind es beispielsweise bei anerkannten Flüchtlingen aus Somalia vorwiegend Mädchen und Kinder, die vor nichtstaatlichen Akteur\_innen fliehen, da sie Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung befürchten.

Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion, wertet die Entwicklung positiv: Es ist gut, dass geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe bei Entscheidungen des Bamf an Bedeutung gewinnen. Sie kritisiert allerdings die Art des Schutzes, die Frauen oftmals zuteil wird: Angesichts der systematischen Diskriminierung und Verfolgung von Frauen durch das Taliban-Regime müssten allerdings alle einen sicheren Flüchtlingsstatus erhalten, nicht nur bloßen Abschiebungsschutz, so Bünger. Hier sollte das Bamf dem Beispiel anderer EU-Staaten und den Empfehlungen der EU-Asylagentur folgen, so Bünger: Innenministerin Faeser muss das Bundesamt entsprechend anweisen, denn das ist eine politische Entscheidung.

75 Prozent aller Menschen, die wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung vom Bamf erfasst werden, sind Frauen und Mädchen. Queere Männer würden vor allem aus Syrien, Türkei, Iran, Irak und der Russischen Föderation fliehen, um hier Schutz zu suchen.

Bamf erkennt an: Frauen werden verfolgt Mehr Flüchtlinge in Deutschland wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung anerkannt

Die Kleine Anfrage ergab ebenfalls: 2021 wurden 342 Vulnerabilitäten gemeldet, also Flüchtlinge, die besonders geschultes Personal brauchen. Das sind unter anderem Opfer von Menschenhandel, Genitalverstümmelung, Menschen mit schweren körperlichen Erkrankungen oder Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern. 2022 waren es 381 Fälle. Angesichts von 150.000 beziehungsweise über 200.000 Asylerstanträgen in diesen Jahren und einer hohen Vulnerabilität unter Geflüchteten ist die Schlussfolgerung wohl zulässig, dass die staatliche Verfahrensberatung durch das Bamf offenkundig nicht dazu geeignet war, vorhandene Vulnerabilitäten verlässlich festzustellen, so Clara Bünger.

Sie übt auch Kritik an Mittelkürzung der Bundesregierung bei der unabhängigen Asylverfahrensberatung: Politisch versprochen war eine Verdoppelung der Mittel für das Jahr 2024 selbst dieser Betrag wäre nur die Hälfte der Summe, die für eine flächendeckende unabhängige Beratungsstruktur erforderlich ist. Wenn das Kürzungsprogramm der Ampel umgesetzt würde, hätte das desaströse Folgen.

**Load-Date:** August 20, 2023

---

End of Document

**110 Millionen auf der Flucht weltweit; Der Ukraine-Krieg hat den schnellsten Anstieg der Flüchtlingszahlen seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Darüber berichtet das UNHCR. Mit 3,6 Millionen hat die Türkei 2022 die meisten Schutzbedürftigen aufgenommen Iran, Kolumbien und Deutschland folgen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 15. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 791 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Der Ukraine-Krieg hat den schnellsten Anstieg der **Flüchtlingszahlen** seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Darüber berichtet das UNHCR. Mit 3,6 Millionen hat die Türkei 2022 die meisten Schutzbedürftigen aufgenommen Iran, Kolumbien und Deutschland folgen

## Body

---

Von Christian Jakob

Den letzten Schub brachte im Mai die Krise im Sudan: Sie ließ die aktuelle Zahl der weltweit Vertriebenen auf schätzungsweise über 110 Millionen Menschen ansteigen. Das gab das UN-**Flüchtlingswerk** UNHCR anlässlich der Veröffentlichung seines Jahresberichts am Mittwoch bekannt. Demnach mussten allein im Jahr 2022 rund 19 Millionen Menschen zusätzlich ihre Heimat verlassen. Sowohl die Gesamtzahl als auch der jährliche Anstieg markieren neue Rekorde.

Diese Zahlen zeigen uns, dass Konfliktparteien viel zu schnell einen Konflikt beginnen, ohne politischen Lösungen genügend Raum zu geben, und viel zu langsam sind, um Lösungen zu finden, sagte der Hohe Kommissar der UN für **Flüchtlinge**, Filippo Grandi. Die Folgen sind Verwüstung, Vertreibung und Leid für jeden einzelnen der Millionen Menschen, die gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Von den 108,4 Millionen bis Ende 2022 Vertriebenen sind 35,3 Millionen Flüchtlinge, also Menschen, die eine internationale Grenze überquert haben. Bei 62,5 Millionen Menschen handelte es sich um sogenannte Binnenflüchtlinge, die innerhalb ihrer Heimatländer Schutz suchten.

Der Krieg in der Ukraine machte im Jahr 2022 die stärkste Veränderung aus. Er ließ die Zahl der internationalen Flüchtlinge aus dem Land auf 5,7 Millionen ansteigen. Es ist die schnellste Entwicklung einer Flüchtlingssituation seit dem Zweiten Weltkrieg. Zum Vergleich: Aus Syrien floh die gleiche Zahl an Menschen nach 2011 innerhalb von vier Jahren.

110 Millionen auf der Flucht weltweit Der Ukraine -Krieg hat den schnellsten Anstieg der Flüchtlingszahlen seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Darüber berich....

Weiterhin finden die mit Abstand meisten Menschen Schutz in armen Ländern. Allein auf die 46 am wenigsten wirtschaftlich entwickelten Staaten der Erde entfallen weniger als 1,3 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung, aber mehr als 20 Prozent der Flüchtlingsaufnahme. Internationale Hilfen für humanitäre Hilfe und Aufnahmelande blieben derweil nach Angaben des UNHCR auch 2022 weit hinter dem Notwendigen zurück .

Die Staaten mit der höchsten Flüchtlingsaufnahme weltweit waren die Türkei (3,6 Millionen), Iran, wohin rund 3,4 Millionen Af-gha-n:in-nen geflohen sind, Kolumbien, das rund 2,5 Millionen Ve-ne-zo-la-ne-r:in-nen aufnahm, und auf Platz 4 Deutschland mit rund 2,1 Millionen Aufgenommenen. An der Spitze der Herkunftsländer lag Syrien mit 6,5 Millionen, gefolgt von der Ukraine und Afghanistan mit je 5,7 Millionen. Den höchsten absoluten Zuwachs an neuen Asylanträgen verzeichneten die USA mit rund 730.000 Schutzgesuchen, gefolgt von Deutschland mit rund 218.000 Anträgen.

Menschen auf der ganzen Welt zeigen weiterhin eine außergewöhnliche Gastfreundschaft gegenüber Flüchtlingen, indem sie ihnen Schutz und Hilfe gewähren , sagte Grandi. Aber wir brauchen viel mehr internationale Unterstützung und eine gerechtere Aufteilung der Verantwortung, gerade mit den Ländern, die die meisten Vertriebenen aufnehmen.

Zu den positiven Entwicklungen zählt, dass viele Menschen das Exil wieder verlassen konnten. 2022 kehrten mehr als 339.000 Flüchtlinge freiwillig in 38 Länder heim, etwa in den Südsudan, nach Syrien, Kamerun und Côte d'Ivoire. Gleichzeitig kehrten im vergangenen Jahr 5,7 Millionen Binnenvertriebene zurück in ihre Heimat, vor allem in Äthiopien, Myanmar, Syrien, Mosambik und in der Demokratischen Republik Kongo.

Kein öffentliches Wort der Kritik kam vom UNHCR an den einschneidenden Verschärfungen des Asylrechts in der EU. Andere Organisation nahmen die neuen Flüchtlingszahlen hingegen dafür zum Anlass.

So sagte David Miliband, der Präsident des International Rescue Committee, die Rekordzahl von Vertriebenen zeige, wie unzureichend die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf die humanitären Auswirkungen von Konflikten und der Klimakrise seien.

Gleichzeitig würden die globalen Mechanismen, die vor humanitärem Leid schützen sollen, immer weiter abgebaut. Die von der EU beabsichtigten und von den EU-Innenminister\*innen inklusive der von Ministerin Faeser kürzlich abgesegneten Grenzverfahren hätten zur Folge, dass noch mehr Menschen, Kinder nicht ausgenommen, unter haftähnlichen Bedingungen an den Außengrenzen festgehalten werden, so Miliband. Es bestehe die Gefahr, dass Verantwortliche für gewalttätige und illegale Pushbacks weiterhin nicht zur Rechenschaft gezogen werden .

Angesichts der größten Vertreibung seit dem Zweiten Weltkrieg sei es sehr besorgniserregend, dass vor allem die Länder mit hohem Einkommen Geflüchtete und Asylsuchende nicht mit Menschlichkeit und Gerechtigkeit, sondern mit Unmenschlichkeit und Grausamkeit empfangen. Anstatt Sicherheit zu garantieren, verstärken diese grundlosen politischen Entscheidungen nur die unsicheren Bedingungen, vor denen asylsuchende Menschen überhaupt erst fliehen.

Den höchsten absoluten Zuwachs an neuen Asylanträgen hatten die USA

fluchtbewegungen

**Load-Date:** June 14, 2023

## Moritz Moppelpo und das Kanonenfutter; Nadine Conti Provinzhauptstadt

taz, die tageszeitung

Dienstag 10. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26-27

**Length:** 654 words

**Byline:** Nadine Conti

### Body

---

Nadine Conti

Provinzhauptstadt

Die Jungs mit Migrationshintergrund, mit denen ich zusammenwohne, wollten dieses Jahr gar nicht böllern. Ich war ein bisschen enttäuscht, weil ich entgegen aller ökologischen Vernunft und Empathie für unsere Haustierchen eine heimliche Schwäche für Verschwendung und bunt explodierendes Zeug habe. In unserem Viertel hat es trotzdem ganz ordentlich gerummst.

Und das mit dem Migrationshintergrund erwähne ich nur hier, weil es mein allerliebstes Beispiel dafür ist, wie schwachsinnig diese Kategorisierung ist. Der gängigen Definition nach haben sie den aber: Der Papa wurde nicht in Deutschland geboren, das reicht schon. Wann immer sich also so eine Kita-Leiterin oder Grundschullehrerin hinstellte und etwas von 85 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund im aktuellen Jahrgang schwadronierte und so tat, als müsste sie dafür eigentlich eine Erschwerungszulage bekommen dann wusste ich, da werden sie mit eingerechnet, meine Jungs.

Man merkte das dann auch immer in den allerersten Elterngesprächen, wenn diese Pädagoginnen überschwänglich ihren großen Wortschatz und ihr exzellentes Ausdrucksvermögen lobten, weil sie etwas anderes erwartet hatten.

Jeder Wutanfall wurde allerdings quittiert mit: Nun ja, das Temperament, obwohl wir uns familienintern nicht ganz sicher sind, wessen nationales Erbe das nun eigentlich ist. Mir war vor meiner Heirat ja gar nicht klar, wie oft italienischen Männern unterstellt wird, dass sie besser fühlen als denken können. Also vor allem von Menschen, die ihre eigenen cholerischen Werturteile für total rational halten. Aber das ist ein anderes Thema.

Die Freude über den Wortschatz legte sich in der Regel schnell wieder: Schon im zweiten oder dritten Elterngespräch fragte man eher, ob ich zu Hause viel herumdiskutieren würde. Das war natürlich eher als Kritik denn als Frage gemeint. Die Antwort: Nö, bei uns macht eh jeder, was er will finden Pädagoginnen übrigens nicht so lustig wie ich.

## Moritz Moppelpo und das Kanonenfutter Nadine Conti Provinzhauptstadt

Wirklich verblüfft hat mich einmal eine Kinderärztin, bei der wir vertretungshalber waren. Wir sprachen übers Töpfchenttraining, während mein Sohn interessiert in einem Bilderbuch blätterte. Und die Frau sagte tatsächlich (ganz langsam und betont deutlich): Sehen Sie, man kann ja auch einmal so ein Buch vorlesen.

Ich muss sie ein ganze Weile verwirrt angeglotzt haben, weil ich wirklich nicht begriff, was sie meinte, hatte ich doch das Bild der überquellenden Ikea-Regale zu Hause im Kopf, in denen sich selbstverständlich nicht nur regalmeterweise Erziehungsratgeber, sondern auch Der kleine Klo-König, Moritz Moppelpo braucht keine Windel mehr und Pipileicht, mein Töpfchenbuch befanden. Aber sie hatte mich eben als junge, bildungsferne -Migrantenmutter eingestuft, was ihr schon kurz darauf unsäglich peinlich war.

Es ist natürlich auch ein Privileg, solche Dinge höhnisch weglachen zu können weil mein ehemals angeheirateter Migrationshintergrund vergleichsweise chic ist und ich mich im Zweifel zu wehren weiß. Co-Mütter, die Belgin, Hanife, Fatma, Jekaterina oder Ljudmila heißen, können sich diesen Luxus nicht leisten. Deren Söhne trifft die alltägliche Diskriminierung auch härter.

Einmal habe ich einen AfD-Politiker gefragt, was genau sich denn da eigentlich halbiert, wenn meine Söhne in seinen Augen nur als halbe Deutsche gelten. Die Antwort war: Wenn der Bürgerkrieg kommt (!), können die ja einfach abhauen. Mal ganz davon abgesehen, dass ich nicht glaube, dass Loyalität am Genom oder Pass klebt: Irgendwie tröstlich der Gedanke, dass so eine Zweitkultur vielleicht wenigstens davor schützt, neben totalen Vollidioten zum Kanonenfutter zu werden.

Wenn Lehrer von x Prozent Kinder mit Migrationshintergrund schwadronieren und tun, als bräuchten sie eine Erschwerniszulage, rechnen sie meine Jungs mit

Nadine Conti ist Nieder-sachsen-korrespondentin in Hannover und darüber viel glücklicher, als sie es für möglich gehalten hätte.

**Load-Date:** January 9, 2023



**Blühende Kraterlandschaften; Der Autor Behzad Karim Kahni schreibt über die Angst als letzten Zufluchtsort der Deutschen, über migrantische Wut, die eine Geschichte hat und fordert anzuerkennen, dass ein Ende der weißdeutschen Monotonie notwendig ist. Er kommt zum taz lab**

taz, die tageszeitung

Samstag 18. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 45

**Length:** 696 words

**Byline:** Behzad Karim Khani

**Highlight:** Der Autor Behzad Karim Kahni schreibt über die Angst als letzten Zufluchtsort der Deutschen, über migrantische Wut, die eine Geschichte hat und fordert anzuerkennen, dass ein Ende der weißdeutschen Monotonie notwendig ist. Er kommt zum taz lab

## Body

---

Behzad Karim Khani

Es sind öde Gedankenlandschaften, durch die man fährt, wenn man Deutschland bereist.

Überall die gleichen, mal bewirteten, mal brachliegenden, quadratischen Felder, die gleiche Saat, der gleiche Dünger, die gleichen Zyklen, die gleichen Bauern, dieselbe Ernte.

Eine Landschaft so träge und monoton, dass man sich Krater wünscht und Gewalt, auf dass sie eine andere, neue Geschichte erzähle. Auf dass sie dort störe, wo die Trägheit längst selbst Gewalt, selbst Ordnung geworden ist.

Dass eine solche Ordnung jede Schärfe und Schnelligkeit von ihrem Inhalt trennt, Geschwindigkeit selbst als Wert versteht und ablehnt, liegt in ihrer Natur. Wie auch die Angst in ihrer Natur liegt, es könnten neben ihr unkontrollierbare Räume entstehen. Nicht ohne Grund denkt man sich hierzulande Begriffe aus wie Parallelgesellschaften, erfindet Ängste, denen man sich dann leidenschaftlich hingibt. Angst, der letzte Zufluchtsort der Deutschen. Man wird sich ja wohl noch fürchten dürfen, wo man doch nichts mehr sagen darf. Wo man so schön aufgeräumt und jedem einen Platz zugewiesen hat. Den Ausländern, den Migranten, den Juden, den Ostdeutschen, den Queers. Und wo man in Kommentarspalten sich unerfüllbaren Fantasien von Abschiebung und Totschlag hingibt, sobald jemand den Platz nicht einnimmt. Sich nicht den Gesetzen des Funktionierens fügt, keine Posen serviler Dankbarkeit annimmt oder sich erlaubt, eine Trennlinie zu ziehen zwischen Demut und Demütigung.

Blühende Kraterlandschaften Der Autor Behzad Karim Kahni schreibt über die Angst als letzten Zufluchtsort der Deutschen, über migrantische Wut, die eine Geschic....

Kürzlich schrieb ich einen Artikel über die Silvesternacht in Neukölln. Eine Art Pflichtverteidigung eines, zugegeben, offensiven Anwalts, in der ich nicht die Gewalt, aber zumindest die Wut der Straße einzuordnen versuchte, die der Gewalt nicht nur der Silvesternacht vorausging.

Eine Wut, die nicht im luftleeren Raum entstanden ist. Die eine Geschichte hat und deutlich weiter zurückliegt als das Nachkriegsdeutschland, in das die ersten Migranten eintrafen und wo noch länger als ein Jahrzehnt nach dem Krieg die Ideen des Naziregimes mehrheitstauglich, die Krematorien noch nicht abgekühlt waren. Ich stellte in den Raum, dass es wohl recht schwierig gewesen sein muss, einen Platz zu finden zwischen all den Nazis, die ja nicht verschwunden waren, nur weil das Dritte Reich weg war. Und dann beschmutzte ich wohl die heiligen Böden der Erinnerungskultur, als ich schrieb, dass die Vergangenheitsbewältigung wohl eher so mittel geklappt hat, wenn keine einzige Synagoge oder kein jüdisches Altersheim in Deutschland ohne Polizeischutz auskommt.

Was mein Text auch versuchte, war klarzumachen, dass Deutschland gar keine andere Möglichkeit als die Migration hat, wenn es überleben will. Dass Deutschland eine Kultur der Inklusivität braucht, deren Offenheit nicht dabei endet, Flüchtenden am Bahnhof Beifall zu klatschen.

Ob man im Februar noch zum neuen Jahr gratulieren darf? Nun, mir schon. Bei mir ging die Silvesterknallerei nämlich bis vorgestern weiter.

Wenn es also nur um Krater ginge, könnte ich mich jetzt nach getaner Arbeit zurücklehnen, aber es geht natürlich um mehr. Es geht darum, einen neuen, angemessenen Ton zu etablieren. Einen, der uns Migranten, Postmigranten, Ostdeutsche und Juden nicht als Projekte westdeutscher Großzügigkeit, Läuterung, Opferbereitschaft oder Weltoffenheit dominiert. Einen Ton, der davon zeugt, dass man uns als die unumgängliche Notwendigkeit anerkennt, die wir hier darstellen. Davon, verstanden zu haben, dass wir weder Nähr- noch Schadstoff in der Blutbahn dieses Landes sind, sondern das Blut selbst. Und davon, dass wir gar keine Zustimmung der Mehrheitsgesellschaft brauchen, die es ohnehin in anderthalb bis zwei Generationen nicht mehr geben wird. Da kann sich die politische Mitte, die Rechte noch so aufregen, drohen und irre Parteien wählen. Mehr als einen Ausdruck ihrer zunehmenden Irrelevanz bekommt sie nicht hin.

Wir sind weder Nähr- noch Schadstoff in der Blutbahn dieses Landes, sondern das Blut selbst

Behzad Karim Khani, Jahrgang 1977, lebt in Berlin-Kreuzberg und arbeitet als Autor und freier Journalist. 2022 war er für den Ingeborg-Bachmann-Preis nominiert. Sein preisgekrönter Roman *Hund, Wolf, Schakal* erschien bei Hanser Berlin.

**Load-Date:** February 17, 2023

## Landnahme bei 30 Grad; Barbara Dribbusch über ein geschlossenes Sommerbad

taz, die tageszeitung

Freitag 14. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 340 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

### **Body**

---

Barbara Dribbusch über ein geschlossenes Sommerbad

Draußen ist es heiß, trocken und sonnig. Und ein bekanntes Sommerbad in Berlin-Neukölln, das Columbiabad, hat zugemacht, weil die Belegschaft die Pöbeleien, die Gewalt, die Drohungen vorwiegend männlicher Jugendlicher mit Migrationshintergrund nicht mehr erträgt und sich reihenweise krankgemeldet hat. Tausenden von Familien mit Kindern – übrigens auch vorwiegend mit Migrationshintergrund – und vielen Frei-zeit-schwim-me-r:in-nen wurde so zu Ferienbeginn das Schwimmbad genommen. Das darf nicht sein.

In den sozialen Medien schäumen die Kommentatoren, Ausländerhass, Rassismus, Männerhass haben freie Fahrt. Auch linke Hob-by-schwim-me-r:in-nen sind plötzlich der Meinung, dass an Stereotypisierungen junger Männer mit arabischem Hintergrund doch was dran ist, was soll das ganze pseudopädagogische Gelaber, diese aggressiven Macho-Typen sollen nur noch weg, weg, weg.

Statt über Klischees zu streiten ist Handeln angesagt. Die Hausverbote im Columbiabad müssen durchsetzbar sein, durch Ausweiskontrollen am Eingang. Be-su-che-r:in-nen sollten womöglich nur noch über personalisierte onlinetickets mit Zeitfenstern Zutritt bekommen, mit Ausnahme von Familien mit kleinen Kindern. Projekte wie Bleib cool am Pool, in denen geschulte Ehrenamtliche aus den migrantischen Communitys Konflikte im Bad befrieden, müsste man aufstocken. Im Bad sollte eine flächendeckende Videoüberwachung eingerichtet werden.

Rassismus- oder Antirassismus-Diskussionen sind hier übrigens fehl am Platz. Eine Minderheit terrorisiert alle anderen, das geht nicht, Punkt.

Die Aufstockungen bei Personal und Security und vor allem die Kontingentierung der Besucherzahlen, das wird Einnahmen und damit öffentliches Geld kosten. Dreisprachige Plakate am Eingang könnten um Verständnis für die Maßnahmen werben. Das Bad ist eine Oase in einem armen Problembezirk und deswegen ein Zeichen dafür, ob bezahlbarer Spaß und Lebensfreude im Sommer auch hier möglich sind oder nicht. Eine Kapitulation darf es deshalb nicht geben.

Landnahme bei 30 Grad Barbara Dribbusch über ein geschlossenes Sommerbad

**Load-Date:** July 13, 2023

---

End of Document

**Auf ein Abstellgleis gestellt; Sechs bis sieben Monate müssen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf ein Erstgespräch bei den Behörden warten. Erst dann dürfen sie einen Asylantrag stellen und zur Schule gehen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 03. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 940 words

**Byline:** Marina Mai

**Highlight:** Sechs bis sieben Monate müssen unbegleitete minderjährige **Flüchtlinge** auf ein Erstgespräch bei den Behörden warten. Erst dann dürfen sie einen **Asylantrag** stellen und zur Schule gehen

## Body

---

Von Marina Mai

Das Wohnheim in Spandau ist eine Zuflucht. Aber es ist auch ein Abstellgleis für Kinderflüchtlinge. Wir haben dreimal am Tag gegessen. Es gab Tischfußball und Sportangebote, sagt der 16-jährige Drar Gebray (Name geändert), ein ehemaliger Bewohner. Sonst habe ich nur gewartet.

Dem Heimpersonal will der junge Eritreer keinen Vorwurf machen. Alle Mitarbeiter waren freundlich. Aber ich konnte wegen Corona in Eritrea nur vier Jahre zur Schule gehen. Ich wollte endlich lernen. Das ging nicht. Dass die Mitarbeiter ihn ein paarmal zu Ausflügen eingeladen hatten, half zwar gegen die Langeweile, aber es ersetzte keine Schule.

Drar Gebray ist ein sogenannter unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber, also ein Jugendlicher, der ohne Eltern nach Berlin kam. Er war unter Lebensgefahr aus Eritrea geflohen, hatte fast ein Jahr lang die Hölle von Libyen durchlebt und auf dem Mittelmeer um sein Leben gebangt. Da fand er es die ersten Tage angenehm, sich in Spandau mal richtig ausschlafen zu können, regelmäßige Mahlzeiten zu haben und für ihn wichtig: Duschen zu können, wann immer er wollte. Doch irgendwann setzte die Langeweile ein. Er wollte lernen.

685 unbegleitete minderjährige Asylbewerber hat Berlin wie Drar auf ein Abstellgleis gestellt. Sechs bis sieben Monate warten sie in 17 verschiedenen Kinderheimen auf ihr sogenanntes Erstgespräch bei der Senatsverwaltung für Jugend. Da schätzt ein Beamter, ob sie tatsächlich jünger sind als 18 Jahre, ob das Jugendamt sie demzufolge in Obhut nehmen und sie zur Schule schicken muss.

Auf ein Abstellgleis gestellt Sechs bis sieben Monate müssen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf ein Erstgespräch bei den Behörden warten. Erst dann dü....

Während dieser Wartezeit können die minderjährigen Flüchtlinge keinen Asylantrag stellen, sie werden gar nicht erst zur Schule angemeldet. Die Anmeldung erfolge erst nach dem Erstgespräch, bestätigt Susanne Gonswa, die Sprecherin von Jugendsenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) der taz.

Die Träger der Warteheime seien allerdings beauftragt, Deutschkurse zu organisieren, sagt Gonswa. Wie die taz aus unterschiedlichen Quellen erfuhr, reichen diese Kurse, die mit einem Schulbesuch nicht vergleichbar sind, nicht für alle. Drar hatte keine Gelegenheit, Deutsch zu lernen.

Als Ausweis diene Drar ein A4-Blatt von einem freien Träger mit seinem Passfoto und der Anschrift des Wohnheimes. Für die Behörden existieren die Jugendlichen noch gar nicht. Walid Chahrour vom Flüchtlingsrat sagt, dass Berlin hier systematisch gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstoße. Den Kindern wird das Recht auf Bildung, Gesundheit und rechtliche Vertretung vorenthalten. Die Situation ist schlimmer als 2015.

3.209 unbegleitete minderjährige Asylbewerber sind im vergangenen Jahr neu nach Berlin gekommen. Das ist nach Jahren, wo die Zahlen nur bei wenigen Hundert lagen, ein starker Anstieg und nähert sich dem Niveau von 2015 an, wo mehr als 4.000 Jugendliche ohne Eltern nach Berlin flohen.

In diesem Jahr steigt die Zahl weiter an. Die wichtigsten Herkunftsländer sind Afghanistan, Syrien, die Türkei und Somalia. Nicht mitgezählt sind hier die allein geflohenen jugendlichen Ukrainer, die keinen Asylantrag zu stellen brauchen, die aber ebenso in solchen Abstellgleisheimen geparkt werden.

Wer auf ein Abstellgleis gestellt wird, hat keine Krankenversicherung. Die gesundheitliche Versorgung ist aber sichergestellt, sagt Sprecherin Susanne Gonswa. Drar bestätigt, dass eine Hauterkrankung von einem Arzt behandelt wurde. Allerdings musste das Heimpersonal einen Arzt finden, der das trotz fehlender Krankenversicherung tat.

Gonswa behauptet, die Neuankömmlinge würden innerhalb der ersten drei Tage eine Masernschutzimpfung erhalten. So sähe es das Infektionsschutzgesetz vor und so geschieht es auch im Ankunftszentrum für erwachsene Asylbewerber in Reinickendorf. Drar hingegen dementiert, in dem Warteheim geimpft worden zu sein. Sein Impfpass, den er der taz zeigt, bestätigt, dass die -Impfung erst nach Aufnahme in ein Folgeheim erfolgte. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Untersuchung auf Tuberkulose erfolgte in dem Warteheim nicht.

Gerade in der Phase nach der Ankunft in Deutschland brauchen die Jugendlichen ein sicheres Umfeld und Stabilität. Sie können die Warteschlange gar nicht gebrauchen, sagt Ronald Reimann vom Verein Xenion, der sich um diese Flüchtlingsgruppe kümmert. Durch die Warterei würden sie oft ein ganzes Schuljahr verlieren. Denn auch wenn sie zur Schule angemeldet sind, dauert es Monate, bis ein Schulplatz zur Verfügung stehe, so Reimann.

Reimann, der Jurist ist, verweist auf die juristischen Nachteile der Jugendlichen durch das lange Warten. Unbegleitete Flüchtlinge haben einen Rechtsanspruch auf den Nachzug von Eltern und minderjährigen Geschwistern. Der besteht aber erst, wenn der Asylantrag angenommen wurde. Das ist bei Flüchtlingskindern aus dem häufigsten Herkunftsland Syrien zu über 90 Prozent der Fall.

Wenn ein Jugendlicher bei der Einreise aber schon 17 ist, und das sind die meisten, dann kann durch die Warterei der Rechtsanspruch verwirkt werden. Da kann es helfen, wenn sich Privatpersonen bei uns melden, die Vormundschaften für diese Jugendlichen übernehmen und dann rechtzeitig Asyl beantragen, sagt Reimann. Denn die Behörden stellen erst nach Monaten einen Vormund, ohne den kein Asylantrag gestellt werden kann.

Der Verein Xenion bietet Informationen und Begleitung für Vormünder an. Das ist ein bereicherndes Ehrenamt. Oft entsteht dadurch eine Beziehung zu den Jugendlichen, die fortgesetzt wird, wenn dieser volljährig ist, so Ronald Reimann.

Mehr Informationen zur Vormundschaft: [www.xenion.org](http://www.xenion.org), [www.akinda-berlin.org](http://www.akinda-berlin.org)

Ich konnte wegen Corona in Eritrea nur vier Jahre zur Schule gehen. Ich wollte endlich lernen. Aber das ging nicht

Auf ein Abstellgleis gestellt Sechs bis sieben Monate müssen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf ein Erstgespräch bei den Behörden warten. Erst dann dü....

**Load-Date:** August 2, 2023

---

End of Document

## **Abstieg in Tod und Zerstörung; Auf einer UNO-Geberkonferenz für den Sudan werden Appelle an die Weltgemeinschaft laut, Geld zur Verfügung zu stellen und Grenzen offen zu halten**

taz, die tageszeitung

Dienstag 20. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 404 words

**Byline:** Dominic Johnson

**Highlight:** Auf einer UNO-Geberkonferenz für den Sudan werden Appelle an die Weltgemeinschaft laut, Geld zur Verfügung zu stellen und Grenzen offen zu halten

### **Body**

---

Von Dominic Johnson

Es ist die dramatischste **Flüchtlingskrise** des Jahres 2023 und die aktuell größte neben der Ukraine. Die Kämpfe zwischen Armee und Milizen in Sudan seit 15. April haben in zwei Monaten knapp 2,5 Millionen Menschen in die Flucht getrieben – 1,9 Millionen innerhalb des Landes, 550.000 in Nachbarländer, berichtet die UN-**Migrationsorganisation** IOM am Montag anlässlich der ersten internationalen Sudan-Geberkonferenz seit Kriegsausbruch.

UN-Generalsekretär António Guterres eröffnete das Treffen in Genf am Montagnachmittag mit drastischen Worten. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit von Sudans Abstieg in Tod und Zerstörung ist beispiellos, sagte er und wies auf die chronische Unterfinanzierung humanitärer Hilfe in Sudan hin. Schon der laufende UN-Jahresappell für Sudan in Höhe von 3 Milliarden US-Dollar sei bislang zu nur 17 Prozent gedeckt – und inzwischen herrscht eine ganz neue Lage. Mittlerweile sind nach UN-Angaben 25 Millionen der 48 Millionen Einwohner Sudans auf auswärtige humanitäre Hilfe zum Überleben abhängig. Und nicht nur die Bedürftigkeiten steigen, auch die Kosten und die Unsicherheit.

Wegen Mangel an Zugang wissen wir nicht genau, wem humanitäre Hilfe zugutekommt, warnte in Genf die deutsche Staatsministerin im Auswärtigen Amt Katja Keul (Grüne). Es seien aber inzwischen wieder internationale Hilfsaktionen im Gange und sie können hoffentlich so viele Menschen erreichen wie möglich. Sie sagte aus Deutschland 200 Millionen Euro humanitäre Hilfe zu, die Hälfte davon neue, noch nicht gebundene Zusagen.

Ein ungehinderter Zugang für die Bedürftigen in Sudan besteht für auswärtige Akteure nicht – dafür sorgt allein schon der Krieg. Gezielt werden medizinische Einrichtungen, Treibstoff- und Lebensmittellager angegriffen und



Abstieg in Tod und Zerstörung Auf einer UNO-Geberkonferenz für den Sudan werden Appelle an die Weltgemeinschaft laut, Geld zur Verfügung zu stellen und Grenzen ....

geplündert. In den Konfliktregionen im westsudanesischen Darfur, weit weg von der Hauptstadt, eskaliert der Krieg in diesen Tagen.

In der Hauptstadt Khartum hingegen hält seit Sonntag eine 72-stündige Waffenruhe. Doch eine politische Lösung des Konflikts zwischen Staats- und Armeechef Abdelfattah al-Burhan und dem ehemaligen Vizepräsidenten und Chef der Miliz RSF (Rapid Support Forces), Hamdan Daglo Hametti, ist nach wie vor nicht in Sicht.

Die Kämpfe müssen enden , formulierte UN-Flüchtlingshochkommissar Filippo Grandi in Genf. Und an Sudans Nachbarländer gerichtet: Haltet eure Grenzen offen. Bitte lasst Menschlichkeit walten.

flucht aus sudan

**Load-Date:** June 19, 2023

---

End of Document

**Gekommen, um zu bleiben; Mehr als eine Million Ukrainer\*innen sind im vergangenen Jahr nach Deutschland geflohen. Eine Studie zeigt, wie es um ihre Integration steht und wo der deutsche Staat handeln sollte**

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 539 words

**Byline:** Oskar Paul

**Highlight:** Mehr als eine Million Ukrai-ne-r\*in-nen sind im vergangenen Jahr nach Deutschland geflohen.

## Body

---

Von Oskar Paul

Laut einer Studie bringen **Geflüchtete** aus der Ukraine gute Voraussetzungen mit, um am Leben in Deutschland teilzuhaben - dafür brauchen sie aber noch mehr Unterstützung. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie, die der Mediendienst Integration am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt hat. Beteiligt waren unter anderem das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf).

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs wurden laut Bundesinnenministerium bis heute rund 1,1 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine registriert, so der Mediendienst Integration. Dank der Richtlinien für vorübergehenden Schutz können sie in Deutschland arbeiten, Sprachkurse besuchen und erhalten im Gegensatz zu anderen Geflüchteten Sozialleistungen nach dem SGB II.

Für die Studie wurden 18- bis 70-jährige Ukrai-ne-r\*in-nen befragt, die zwischen Februar und Juni 2022 nach Deutschland geflüchtet sind. Für diese Gruppe könne das Ergebnis verallgemeinert werden, so die Forscher\*innen. Trotz der guten Ergebnisse der Befragung wollen sie auf vier Aspekte hinweisen, die eine besondere Aufmerksamkeit seitens der Politik benötigen, sagte Yuliya Kos-yakova vom IAB.

37 Prozent der Geflüchteten möchten für mehrere Jahre oder für immer in Deutschland bleiben, 34 Prozent bis zum Kriegsende, 2 Prozent noch für ein Jahr, der Rest ist unentschieden. Daher sollte nach Ansicht der For--sche-r\*in-nen die staatliche Unterstützung auch auf einen längerfristigen Aufenthalt ausgerichtet werden.

80 Prozent der Befragten sind Frauen in der Ukraine gilt ein Ausreiseverbot für wehrpflichtige Männer. Ein Drittel der geflüchteten Frauen ist (vorübergehend) alleinerziehend. Viele der Frauen wollen in Deutschland arbeiten und haben ein hohes Bildungsniveau und Arbeitserfahrung. Aber ohne geeignete Kinderbetreuung sei der Zugang zu

Gekommen, um zu bleiben Mehr als eine Million Ukrainer\*innen sind im vergangenen Jahr nach Deutschland geflohen. Eine Studie zeigt, wie es um ihre Integration s....

Sprachkursen und Arbeit erschwert, so Kos-yakova. Angesichts der Bedeutung von Arbeit und auch von Kontakt von Kindern zu anderen Kindern für die gesellschaftliche Integration sollte die Schaffung von geeigneten Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine hohe Priorität haben.

Im Vergleich zur deutschen Bevölkerung geht es den Geflüchteten aus der Ukraine psychisch schlechter, vor allem die Sorge um Familienangehörige ist groß. Die psychosoziale Beratung und Sorge durch Fachpersonal sei von zentraler Bedeutung, so Kosyakova.

Viele der Geflüchteten kannten schon vor der Flucht Menschen, die in Deutschland wohnen. Das hätte den Staat entlastet, erklärte Nina Rother vom Bamf. Denn 74 Prozent der Geflüchteten wohnen in privaten und nicht in staatlichen Unterkünften. 26 Prozent davon bei Familie, Freunden und Bekannten. Für das Ankommen und das Einleben sind aber auch soziale Kontakte der Aufnahmegesellschaft besonders wichtig, sagte Rothe. Aber laut der vorgestellten Studie hätten bisher nur rund 44 Prozent der Geflüchteten regelmäßig Kontakt zu Deutschen. Kosyakova fordert den Staat daher auf, mehr Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Immerhin gaben drei Viertel der Befragten an, sich in Deutschland willkommen zu fühlen.

Es fehlen Begegnungsorte: Nur 44 Prozent der Geflüchteten haben regelmäßig Kontakt zu Deutschen

migration

**Load-Date:** February 16, 2023

## Die EU-Agentur Frontex muss nicht zahlen; EU-Gericht lehnt Klage einer sechsköpfigen syrischen Familie ab. Sie war unter Frontex-Beteiligung illegal aus Griechenland abgeschoben worden

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 577 words

**Byline:** Christian Rath

**Highlight:** EU-Gericht lehnt Klage einer sechsköpfigen syrischen Familie ab. Sie war unter Frontex-Beteiligung illegal aus Griechenland abgeschoben wor-de-n

### Body

---

Von Christian Rath

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex haftet nicht für Schäden wegen einer rechtswidrigen Abschiebung aus Griechenland obwohl Frontex-Beamte beteiligt waren. Dies entschied das Europäische Gericht (EuG) am Mittwoch in Luxemburg und lehnte die Klage einer syrischen Flüchtlingsfamilie ab.

Die syrischen Eltern mit ihren vier Kindern waren im Oktober 2016 in einem größeren Boot gemeinsam mit rund 100 anderen Flüchtlingen auf der griechischen Insel Milos angekommen. Sie wurden dann zu einem griechischen Flüchtlingszentrum auf die Insel Leros verlegt, wo sie um Asyl baten. Eine Woche später wurde der Familie gesagt, sie werde jetzt gemeinsam mit anderen Flüchtlingen nach Athen geflogen. Doch schon an Bord des Flugzeugs war die Atmosphäre gespenstisch. Neben jedem Flüchtling saß ein Polizist, die Luken waren verdunkelt, niemand durfte sprechen. Das Flugzeug landete dann in der Türkei. Trotz ihres Asylantrags, der sicher Erfolg gehabt hätte, war die syrische Familie abgeschoben worden. Ein in dieser Form selbst für griechische Verhältnisse außergewöhnlicher Vorgang.

Da auch Frontex-Polizisten an Bord des Flugzeugs waren, klagte die Familie mithilfe einer niederländischen Anwaltskanzlei gegen Frontex auf Schadenersatz. Sie verlangte 96.000 Euro materiellen Schadenersatz, weil sie von der Türkei aus zu Verwandten nach Erbil in den Nordirak weiterfliehen musste und nun dort ihren Unterhalt finanzieren muss. Außerdem sollte Frontex 40.000 Euro Schmerzensgeld zahlen, um die Angst (insbesondere der Kinder) bei der Abschiebung und bei der gefährlichen Flucht in den Irak zu kompensieren. Die illegale Abschiebung wäre nicht erfolgt, wenn Frontex seine Pflicht zur Wahrung der Menschenrechte erfüllt hätte, so die Familie.

Das Europäische Gericht, das unter anderem für Klagen gegen EU-Agenturen wie Frontex zuständig ist, erklärte die Klage der Familie nun für unbegründet. Für die Entscheidung über die Abschiebung seien ganz allein die

Die EU-Agentur Frontex muss nicht zahlen EU-Gericht lehnt Klage einer sechsköpfigen syrischen Familie ab.  
Sie war unter Frontex-Beteiligung illegal aus Griechenland....

griechischen Behörden zuständig gewesen, so die Richter:innen. Die Aufgabe von Frontex beschränke sich darauf, solche Abschiebungen zu unterstützen.

Außerdem, so das EuG weiter, seien die Kosten der Folgeflucht in den Irak nicht Frontex anzulasten. Die Familie habe Angst vor einer Abschiebung aus der Türkei nach Syrien gehabt, weil sie sich in der Türkei nicht beim zugewiesenen Flüchtlingszentrum gemeldet, sondern eigenmächtig ein Haus gemietet hatte. Die niederländischen Anwälte wollen nun mit den Klägern beraten, ob sie Berufung beim Europäischen Gerichtshof (EuGH), ebenfalls in Luxemburg, einlegen.

In einem anderen Rechtsstreit hatte die syrische Familie bereits Erfolg. Eine Klage gegen Griechenland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg endete mit einer gütlichen Einigung. Griechenland räumte seinen Fehler bei der Abschiebung ein und zahlte der Familie insgesamt 75.000 Euro. Mit dem Geld hat sie in Erbil eine Pizzeria aufgebaut und lebt auch heute noch dort.

Der Prozess gegen Frontex dient vor allem der grundsätzlichen Klärung, wann die EU-Grenzschutzagentur für Rechtsbrüche bei Abschiebungen und Pushbacks mitverantwortlich ist. Wir müssen einen langen Atem haben , sagt Karl Kopp von Pro Asyl, das an den Klagen mitgewirkt hat. Derzeit werden schon weitere Klagen gegen Frontex in anderen Konstellationen vorbereitet. Wenn EU-Staaten und Frontex zusammenarbeiten, kann es nicht sein, dass die Frontex-Agentur immer als die große Unschuldige gilt.

**Load-Date:** September 6, 2023

**Flucht und Grausamkeit. Solidaritätsgrenze erreicht?; Die Infrastruktur in Deutschland bröckelt. Geflüchtete werden zum Sündenbock für die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, rechtsextreme Grundeinstellungen nehmen zu**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 18

**Length:** 957 words

**Highlight:** Die Infrastruktur in Deutschland bröckelt. Geflüchtete werden zum Sündenbock für die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, rechtsextreme Grundeinstellungen nehmen zu

## Body

---

wortwechsel

So sieht es aus

Überall wie im falschen Film. Und noch eine ‚Migrationskrise‘. Und schon wieder rücken alle nach rechts, die Medien (auch dabei: ‚Der Spiegel‘) und die Wirklichkeit, taz vom 25. 9. 23

Ihre Kolumne bemängelt, dass in Deutschland die Solidarität schwindet. Ja, die gab es mal. Jetzt ist sie ein Fremdwort geworden. Aber nicht die Zuwanderung hat dazu geführt, dass sich inzwischen eine Mehrheit ungerecht behandelt fühlt.

Die Menschen in Deutschland sehen ihre Grundbedürfnisse und Interessen nicht mehr vertreten, aus vielen Gründen: Fehlende Kindergartenplätze, zu wenig und überfordertes Personal. Lehrermangel in Grundschulen, zu volle Klassen, zu viele Kinder aus Migrantenfamilien mit mangelhaften Deutschkenntnissen. Kampf um die wenigen Betreuungsplätze von Schulkindern, sinkendes Niveau. Lange Wartezeiten bei Hausärzten, Fachärzten und wichtigen OPs. Die Altenbetreuung ist schlecht und unbezahlbar geworden. Fehlende Sozialwohnungen dafür Wohnungszuteilungen und Bürgergeld für Ukrainer. Eine ungerechte Regelung gegenüber den Menschen hier. Die Energiekosten haben sich vervielfacht. Die Tafelläden und die Ehrenamtlichen dort sind durch massenhaft Berechtigte überfordert. Die Bürger dürfen die Zeche zahlen für ein verfehltes Heizungsgesetz. Dazu ständige Diskussionen über Renteneintrittsalter und Rentenhöhe, nicht aber über die Pensionen.

Für das alles fehlt angeblich das Geld. Für Krieg und Waffen gibt es aber genug Geld. Ist es da ein Wunder, dass sich die Leute von den Regierungsparteien abwenden? Ich bin grün sozialisiert und nicht ausländerfeindlich. Aber Regierung und Medien sollten nicht immer noch mehr Unterstützung für Geflüchtete, für Krieg und alles Leid in dieser Welt verlangen. Ich befürchte, sonst bekommen wir eine Regierung, die sagt: Alles zuerst für

Flucht und Grausamkeit. Solidaritätsgrenze erreicht? Die Infrastruktur in Deutschland bröckelt. Geflüchtete werden zum Sündenbock für die Unzufriedenheit mit de....

Deutschland! In halb Europa ist es schon so, und das will ich nicht. Denn dann ist es wirklich vorbei mit der Solidarität.

Toni Karcher, Kappelrodeck

Sie kommen trotzdem. Konservative übernehmen die Sprache und die Forderungen der Rechten. Doch Migration lässt sich nur schwer kontrollieren , wochentaz vom 23. 9. 23

Eine Kulturrevolution ?

Die Krux ist, dass sich die Rechten tatsächlich wie die böartigen Kleinkinder aufführen, als die man sie keinesfalls behandeln darf. Es scheint nicht nur in der Union der Glaube zu herrschen, dass eine restriktivere Migrationspolitik den Zulauf zur AfD verringern würde. Ich frage mich, ob die Verfechter solcher Ideen sich mal die Kommentare in den einschlägigen Internetforen durchgelesen haben. Da geht es weniger um eine restriktive Migrationspolitik als um Soros, great reset oder Umvolkung . Die wollen eine Art Kulturrevolution und ein Strafgericht für all jene, die sie als Teil der von ihnen herbeiphantasierten Verschwörungen sehen. Das einzig wirksame Gegenmittel wäre die entschiedene Bekämpfung der antidemokratischen Tendenzen. Taugenichts auf taz.de

Die Lebensgrundlage

Sie kommen trotzdem? Warum sollten sie nicht kommen? Den Menschen wird die Lebensgrundlage entzogen mithilfe der EU und anderer Staaten. Anfänge von lokalen Molkereiprodukt-Märkten etwa in Kenia werden komplett zerrieben, weil man dem Land ein Frei-Handelsabkommen aufgepresst hat, das mit hoch subventionierten EU-Produkten den dortigen Anbietern den Absatz schlicht unmöglich macht. Die Küsten werden mit Industrieschiffen leergefegt. Die seit Jahrhunderten auskömmlich lebenden Fischer können infolgedessen ihre Familien nicht mehr ernähren die Profite fließen an Konzerne. Viele Kleinbauern in Ghana sind vollkommen ruiniert weil ihr Tomatenanbau sie nicht mehr ernährt, trotz harter Arbeit. Tomatenprodukte werden aus der EU importiert, zu Niedrigstpreisen, auch subventioniert. Und was machen unsere wertorientierten Politiker\*innen? Sie reden uns diese Situation schön und stecken sehr viel Energie und Geld in die Bekämpfung der Symptome die Ursachen packen sie nicht an. Das könnte ja der Wirtschaftslobby missfallen. Da versucht man lieber mit populistischen Sprüchen Stimmen zu fangen und Xenophobie zu schüren. Lothar Winkelhoch, Gummersbach

Die Mitte wankt. Die neuen Zahlen zu rechtsextremen Einstellungen sind alarmierend. Der Kurs der Union erscheint vor diesem Hintergrund noch fataler , taz vom 22. 9. 23

Ich bin wahrlich keine Freundin der CDU/CSU, dennoch sehe ich eine große Verantwortung bei der Ampel-Koalition, die CDU mehr einzubinden und in ihre politische Mitte zu holen die Hand zu reichen! Nur gemeinsam ist der Kampf gegen rechts zu gewinnen und hierfür braucht es eine demokratische Offensive mit offenem Visier. Stephanie König, Hamburg

Der Rechtsextremismus trat zeitweise verdeckt, versteckt auf, aber er war immer da. Ich, Jahrgang 1950, musste mir als 5-Jährige vom Vater einer Kindergartenfreundin anhören: So wie du aussiehst, haben sie dich im Krankenhaus vertauscht. So was wie dich hat man früher vergast. Ich hatte braune Augen, dunkles Haar und eine dunklere Haut als die meisten anderen Kinder. Als ich den Vorfall meiner Großmutter erzählte, nahm sie mich in die Arme und sagte weinend: Es hört nicht auf, es hört einfach nicht auf. Sie schloss sich im Schlafzimmer ein.

Während meiner ganzen Schul-, Ausbildungs- und Studienzeit begegnete ich immer wieder solchen Menschen. Warum arbeitest du als Erzieherin im Kinderheim mit diesen Asozialen ? Warum suchst du dir eine Schule mit solchen Kindern? Gemeint waren Sinti und Roma. Benutzt wurde ein anderes Wort.

Und jetzt auch noch eine Schule voller Ausländer ! Willst du dich nicht endlich versetzen lassen? Nein, das wollte ich nicht. Ich werde nie vergessen, wie verzweifelt meine Großmutter rief: Es hört nicht auf, es hört einfach nicht auf!

Flucht und Grausamkeit. Solidaritätsgrenze erreicht? Die Infrastruktur in Deutschland bröckelt. Geflüchtete werden zum Sündenbock für die Unzufriedenheit mit de....

Maria Triesethau, Brensbach

**Load-Date:** September 26, 2023

---

End of Document



**Vergangen, aber präsent; Eine Berliner Schulklasse musste wegen rassistischen Bedrohungen aus einem Camp an einem Brandenburger See fliehen. Gibt es in Ostdeutschland einen Rückfall in die 90er?**

taz, die tageszeitung

Samstag 13. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 16

**Length:** 1145 words

**Byline:** Daniel Schulz

**Highlight:** Eine Berliner Schulklasse musste wegen rassistischen Bedrohungen aus einem Camp an einem Brandenburger See fliehen. Gibt es in Ostdeutschland einen Rückfall in die 90er?

## Body

---

Von Daniel Schulz

Dass die 90er Jahre nicht zurück sein können, sieht man auf Spiegel Online.

Da steht ein Interview mit Anne Brüggemann, der Leiterin der Brandenburger Beratungsstelle für Opfer von rassistischer, antisemitischer, gemeinhin rechter Gewalt. Aber es ist verplust, also nur für die Menschen lesbar, die dafür zahlen. Bei Spiegel Online glauben sie also, das verkaufen zu können, was eine Frau sagt, die sich um die Opfer von Nazis kümmert. Das wäre ihnen in den 90ern nicht passiert. Da galten Ostlinke, die über Nazis redeten, als fusselige Panikmacher:innen, die die taz und Frankfurter Rundschau zu verarzten hatten.

Anne Brüggemann wird vom Spiegel-Kollegen gefragt, ob sie überrascht sei, dass eine Berliner Schulklasse aus einem Camp an einem Brandenburger See floh, weil die einheimischen Gäste einer Geburtstagsfeier die Schü-le-r:in-nen rassistisch beleidigten und bedrohten. Und ob eben die 1990er Jahre zurück seien, jene Zeit, in der Berliner Schulklassen in Ostdeutschland immer wieder angegriffen wurden, jene Zeit, in der Banden von Nazis Straßen, Dorffeste, Parks und Kneipen in vielen Teilen Ostdeutschlands terrorisierten und Schwarze Menschen, Obdachlose, Geflüchtete, Punks ermordeten. Manchmal, wie in jener Sommernacht 1994, in der Skinheads den Kraftfahrer Gunter Marx mit einem Radmutternschlüssel erschlugen, brauchten sie auch nur Geld für die Disko.

Vor einem Rückfall in diese Zeit warnte in dieser Woche jedenfalls der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag. Ja, niemand von den Linken oder den Grünen, sondern von der CDU. Die 90er können also wirklich nicht zurück sein. Die Flucht der Berliner Schü-le-r:in-nen hätte für so eine Warnung vielleicht nicht gereicht, aber es passiert gerade viel in Brandenburg, in Ostdeutschland: Leh-re-r:in-nen einer Schule in Burg im Spreewald schrieben einen öffentlich gewordenen Brief über Hitlergrüße auf dem Schulflur, rechtsextreme Musik im Unterricht, Hakenkreuze auf Schulbänken. Und: An einer Schule in Bautzen, Sachsen, backt ein Mitglied der

Vergangen, aber präsent Eine Berliner Schulklassse musste wegen rassistischen Bedrohungen aus einem Camp an einem Brandenburger See fliehen. Gibt es in Ostdeutsch....

rechtsextremen AfD-Jugendorganisation Junge Alternative Buchteln und Gemüsechips mit den Kindern, ein Ganztagsangebot. Und: In Brandenburgs Hauptstadt Potsdam haben Jugendliche seit dem vergangenen Sommer mindestens drei Mal Stu-den-t:in-nen rassistisch beleidigt und angegriffen. Und: So weiter und so fort.

Was die 90er von heute unterscheidet, ist vor allem die Öffentlichkeit für solche Taten. Sie ist größer oder überhaupt da, oft erzwungen durch soziale Medien, in denen Menschen auch das zeigen, was die Jour-na-lis-t:in-nen der auflagenstarken Regionalzeitungen Ostdeutschlands in den 90er Jahren häufig nicht berichteten. Das Level der Ereignisse, das die beiden Leh-re-r:in-nen an der Brandenburger Schule aufmerken ließ, liegt unter dem, was an vielen Schulen damals schlicht normal war. Die Wahrnehmung hat sich verändert. Auch weil es nicht mehr so viele exzessive Taten in so kurzer Zeit gibt wie damals.

Aber die 90er sind auch mehr als eine Erinnerung. Sie wirken bis heute.

In einer Reportage in der Zeit über die Schule in Burg spricht die Schulleiterin über die Clique, von der sich linke Schü-le-r:in-nen terrorisiert sehen. Sie sagt: Diese Jungs sind Teenager, sie sind in der neunten Klasse und suchen ihren Platz. Sie wollen sich ausprobieren. Die Direktorin wirft den Leh-re-r:in-nen, die den Brief über Hitlergrüße und Rassismus an der Schule geschrieben haben, vor, dass die sich nicht an sie gewendet haben. Wer das Problem benennt, ist ein Störenfried. Die Rechten sind unsere Jungs. Das ist das Reden der 90er.

Die Generation der Männer, die in den 90ern Jugendliche waren, ist heute eine wichtige Trägergeneration von Organisationen wie der AfD, den Freien Sachsen und von rassistisch motivierten Protesten gegen Geflüchtete 2015 und später. In den 90er Jahren haben Jugendliche die Erfahrung gemacht, dass die Polizei vor ihnen zurückgewichen ist und weggesehen hat, wenn sie Mi-gran-t:in-nen und Linke angegriffen haben, und dass auch die Politik vor ihnen zurückwich und die Asylgesetze drastisch verschärfte. Im Jahr 2015, in dem Jahr, als viele Menschen aus Syrien nach Deutschland kamen, stiegen die nach den 90ern zurückgegangenen Zahlen rassistisch motivierter Taten wieder stark an. Und die Polizei wich 2015 wieder an vielen Orten vor rassistischem Protest zurück, Po-li-ti-ke-r:in-nen verschärfte die Asylgesetze erneut. Die Erfahrungen der Rechten aus den 90ern bestätigen sich. Ihre Kinder sehen, dass wahr ist, was ihre Eltern erzählen: Sie können sich erlauben, so zu sein.

2022 zählte die Opferperspektive 138 rechte Übergriffe in Brandenburg, und die trafen mehr als 240 Menschen. Manchmal attackieren Eltern und Kinder Menschen, die ihnen nicht passen, gemeinsam. Die Brandenburger Jugendstudie und die Autoritarismusstudie aus Leipzig zeigen, dass rechtsextreme Einstellungen bei vielen Jungen in Ostdeutschland nicht verschwinden, sondern wachsen. Die brandenburgische Schriftstellerin Manja Präkels, Autorin des 90er-Romans Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß , sagt, sie sieht bei ihren Lesereisen, bei ihrer Arbeit an Schulen, dass eine Form von rassistischer Härte und Mitleidlosigkeit von den Eltern an die Kinder weitergegeben wird.

Was den 90ern heute ähnelt, sagt der Magdeburger Rechtsextremismusexperte David Begrich, ist das, was in Ostdeutschland öffentlich diskutiert wird. Wer bekommt was? Verteilungskämpfe, die in Sozialdarwinismus umschlagen. Wer darf sprechen? Kämpfe um Repräsentation. Und die werden wieder mit Gewalt geführt. Aber eben nicht mit der gleichen Brutalität in der gleichen Frequenz wie damals, vielleicht, weil Menschen mit faschistischen Haltungen es nicht müssen. Es gibt eine normalisierte Partei, die rechtsextreme Positionen vertritt. Mit ihrem Wählerpotenzial von 30 Prozent strahlt die AfD in Ostdeutschland weit aus. Mit ihr und ihrem Umfeld müssen Bür-ger-meis-te-r:in-nen rechnen, die ein Heim für Geflüchtete in ihrem Ort haben, aber ebenso Theater, die ein Stück aufführen, das Ras-sis-t:in-nen nicht passt.

Dass die 90er eine Zeit wären, die irgendwann mal abgeschlossen gewesen sei, das sei ohnehin eine Erzählung weißer Menschen, sagt Katharina Warda, eine Schwarze Soziologin und Autorin, die unter anderem zu Rechtsextremismus und migrantischem Widerstand in Ostdeutschland forscht. Ja, auch Migras und Post-Migras hätten einen Unterschied zwischen den 90ern und der Zeit danach gemerkt, aber es habe eben auch immer tödliche Taten gegeben. Und eine Sache sei gleich geblieben, sagt sie: Wenn über rassistische oder gegen Linke gerichtete Gewalt geredet wird, dann stehen auch heute zu selten die im Mittelpunkt des öffentlichen Redens, die diese Gewalt trifft.

Vergangen, aber präsent Eine Berliner Schulklasse musste wegen rassistischen Bedrohungen aus einem Camp an einem Brandenburger See fliehen. Gibt es in Ostdeutsch....

Die Generation der Männer, die in den 90ern Jugendliche waren, ist heute eine Trägergeneration der AfD, Freien Sachsen und von rassistischen Protesten gegen Geflüchtete

**Load-Date:** May 12, 2023

---

End of Document

**Fast wie damals beim Lageso; Das Ankunftszentrum für Geflüchtete in Reinickendorf ist hoffnungslos überlaufen, weil das Landesamt nicht mit der Registrierung neuer Asylbewerber nachkommt. Flüchtlingsrat kritisiert Mangel bei der Versorgung**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 947 words

**Byline:** Marina Mai

**Highlight:** Das Ankunftszentrum für Geflüchtete in Reinickendorf ist hoffnungslos überlaufen, weil das Landesamt nicht mit der Registrierung neuer Asylbewerber nachkommt. Flüchtlingsrat kritisiert Mangel bei der Versorgung

## Body

---

Von Marina Mai

Die Zustände im Ankunftszentrum für neu einreisende Flüchtlinge in Reinickendorf erinnern an die im Flüchtlingssommer 2015. Mit einem wichtigen Unterschied: Neu ankommende Flüchtlinge sind nicht obdachlos wie seinerzeit vor dem Lageso in der Turmstraße und sie erhalten regelmäßige Mahlzeiten. Viel mehr aber auch nicht.

Der Flüchtlingsrat nennt die Zustände unhaltbar. Flüchtlingsratssprecher Georg Classen spricht von einem Registrierungsstau über Wochen. Während dieser Zeit hätten die neu Eingereisten keinen Zugang zum Asylverfahren, zu Sozialleistungen und medizinischer Versorgung. Sie erhielten lediglich eine Übernachtungsmöglichkeit auf einem Feldbett, einen minimalen Hygienebedarf und Mahlzeiten. Ein DRK-Stützpunkt sei zwar auf dem Gelände, so Classen. Dort erfolge aber keine medizinische Behandlung, es werde lediglich im Notfall ein Rettungswagen gerufen. Mangels Bargeld könnten die Asylbegehrenden sich auch keine Medikamente kaufen. Sie hätten zudem keinen Zugang zu Sozialarbeitern und Asylverfahrensberatern.

Das Ankunftszentrum wurde 2019 vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) auf dem Gelände der früheren Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik gegründet, um neu einreisende Flüchtlinge zu registrieren, gesundheitlich zu untersuchen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Asyl zu beantragen, bevor sie auf andere Unterkünfte oder in andere Bundesländer verteilt werden. Ursprünglich ging die damalige Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) von einer Verweildauer der Neuankömmlinge von drei Tagen aus, oder, wenn ein Wochenende oder Feiertage dazwischen liegen, von fünf Tagen. Während der Pandemie erhöhte sich die Verweildauer wegen der aufwändigeren medizinischen Untersuchungen und Impfungen. Inzwischen beträgt die Aufenthaltszeit für neu ankommende Geflüchtete laut Flüchtlingsrat Wochen, weil das LAF mit der Registrierung nicht hinterherkomme.

Fast wie damals beim Lageso Das Ankunftszentrum für Geflüchtete in Reinickendorf ist hoffnungslos überlaufen, weil das Landesamt nicht mit der Registrierung neu....

LAF-Sprecher Sascha Langenbach bestätigt der taz, dass derzeit 800 Flüchtlinge in den sogenannten Sternhäusern notuntergebracht seien. Das sind Häuser, in denen Flüchtlinge schlafen, während sie auf die Registrierung warten. Zu diesen 800 Wartenden kommen weitere 600, die auf dem Gelände in anderen Häusern regulär wohnen, bei denen die Registrierung und gesundheitliche Untersuchungen laufen und sich Sozialarbeiter um sie kümmern.

Laut LAF arbeiten in den Sternhäusern keine festen Sozialarbeiter, lediglich bei Krisensituationen werden welche von anderen Einrichtungen temporär angefordert. Sonst sind dort nur Wachschutzmitarbeiter tätig nicht eben diejenigen, an die sich neu angekommene Asylsuchende mit ihren Fragen wenden können. Das führt laut Flüchtlingsrat zu einem riesigen Informationsdefizit der Geflüchteten über das Asylverfahren und über ihre Rechte. Der Flüchtlingsrat hatte bereits im Oktober beobachtet, dass Flüchtlinge vor ihrer Registrierung in den Sternhäusern geparkt werden, damals waren es rund zehn Tage. Georg Classen kritisiert, dass die Menschen nicht über das Recht informiert werden, statt der Wohnunterkunft im Ankunftszentrum eine private Wohnmöglichkeit zu nutzen.

Das Registrierungszentrum in Reinickendorf sei, so Classen, schon räumlich viel zu klein. Das Problem bestehe seit Anfang 2022, als das wesentlich größere Gebäude zur Registrierung von Asylbewerbern in der Bundesallee geschlossen wurde. Der Flüchtlingsrat berichtet auch von personellen Problemen im Registrierungszentrum aufgrund von Krankheit. Zudem kommen derzeit wieder mehr Asylbewerber: Bis Ende Oktober 2022 wurden laut LAF 10.783 Asylbewerber nach Berlin verteilt, so viele wie im ganzen Jahr 2021.

Der Tagesspiegel hatte im Dezember von Übergriffen und Erpressungen durch Wachschutzmitarbeiter auf dem Gelände des Ankunftszentrums berichtet. Geflüchtete sollen, so der Tagesspiegel, nur gegen Geld oder Schmuck Schlafmöglichkeiten erhalten haben. Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) und das LAF erklärten daraufhin, man nehme diese Vorwürfe sehr ernst. Nach eigenen Angaben haben sie davon erst aus dem Tagesspiegel erfahren, behördeninterne Recherchen laufen. Ziel sei es zu analysieren, welche Instrumente neu eingeführt und welche gestärkt werden müssen, um zu verhindern, dass die Notsituation von Schutzsuchenden ausgenutzt wird, so Kipping. Die behördeninternen Recherchen hätten bisher die Behauptungen aber nicht bestätigt.

Der Tagesspiegel beruft sich auf Hinweise aus Ermittlerkreisen, wohl von der Polizei. Polizeisprecherin Anja Dierschke wies das allerdings zurück. Zwar läge dem Landeskriminalamt eine entsprechende Strafanzeige vor. Kontrollmaßnahmen der Polizei sowie Befragungen von Bewohnerinnen und Bewohnern hätten die Vorwürfe aber nicht bestätigt.

Kein Zugang zu Asyl, Sozialleistungen, medizinischer Versorgung

Ukrainer\*innen in Berlin

Daten 46.000 Menschen haben in Berlin letztes Jahr einen Aufenthaltstitel erhalten. Weitere 85.000 beantragten einen solchen beim Landesamt für Einwanderung. Bei den Jobcentern seien 20.000 Geflüchtete gemeldet, weitere 5.500 bei den Sozialämtern, so die Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke).

Verteilung Die Linken-Politikerin wünscht sich eine Anpassung des Königssteiner Schlüssels, um Berlin zu entlasten. Mit dem Schlüssel wird festgelegt, wie viele Asylbewerber\*innen ein Bundesland aufnehmen muss. Außerdem fordert sie, einen Umzug der Geflüchteten mit Aufenthaltstitel von einem angespannten Wohnungsmarkt wie Berlin in eine Gegend mit Leerstand zu vereinfachen.

Frühwarnsystem Kipping wünscht sich ein Frühwarnsystem des Bundes. Das soll die Länder rechtzeitig informieren, wenn wieder mehr Geflüchtete nach Deutschland kommen. So könne schneller auf einen plötzlichen Anstieg reagiert werden. (dpa)

**Load-Date:** January 4, 2023

Fast wie damals beim Lageso Das Ankunftszenrum für Geflüchtete in Reinickendorf ist hoffnungslos überlaufen, weil das Landesamt nicht mit der Registrierung neu....

---

End of Document

## Tiefpunkt der Asylreform noch nicht erreicht ; Die EU-Kommission will die Standards für Asylverfahren weiter absenken

taz, die tageszeitung

Mittwoch 26. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4-5

**Length:** 673 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Die EU-Kommission will die Standards für Asylverfahren weiter absenken

### Body

---

Von Christian Jakob

Nach der Verschärfung ist vor der Verschärfung: Nur wenige Wochen nach der vorläufigen Einigung beim Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (Geas) gehen die Beratungen der EU-Innenminister über Änderungen des Asylrechts weiter. Auf dem Tisch liegt ein Vorschlag der EU-Kommission für die sogenannte Krisenverordnung. Die sieht vor, dass die Mitgliedstaaten in Ausnahmesituationen Standards für die Flüchtlingsaufnahme und die Asylverfahren absenken und Grenzübergänge schließen können. Möglich sein soll das etwa in politischen Krisen und bei höherer Gewalt sowie bei einer sogenannten Instrumentalisierung von Geflüchteten durch Nachbarstaaten. Dann sollen sämtliche Ankommenden in das sogenannte Grenzverfahren genommen und bis zu 40 Wochen festgehalten werden können.

Die Kommission hatte dies ähnlich bereits 2020 angeregt. Bisher konnten sich die Mitgliedstaaten aber auf keine gemeinsame Haltung einigen. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft hatte den Vorschlag Ende Juni wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die spanische treibt die Beratungen nun voran. Noch in dieser Legislaturperiode soll der Vorschlag verabschiedet werden, also bis Februar 2024.

Im Herbst 2021 hatte Brüssel bereits eine Art Pilotprojekt dazu vorgeschlagen: Polen und die baltischen Staaten sollten Grenzübergänge schließen und Aufnahme Standards für Geflüchtete vorübergehend absenken dürfen. Grund war, dass diese von Belarus über die Grenze geschleust worden waren, um der EU zu schaden so das Argument der Kommission. Auf diese Weise sollten potenziell Flüchtende abgeschreckt und Belarus das Instrument aus der Hand genommen werden.

Doch Polen und die baltischen Staaten wiesen den Brüsseler Vorschlag zurück: Er sei kontraproduktiv, weil darin weiterhin eine Prüfung von Asylanträgen vorgesehen war. Asylverfahren müssten stattdessen gänzlich eingestellt werden, forderte Polen damals.

Tiefpunkt der Asylreform noch nicht erreicht Die EU-Kommission will die Standards für Asylverfahren weiter absenken

Die Kommission hielt an der Idee fest. Nur wenige Monate später schlug sie den Mitgliedstaaten die sogenannte Instrumentalisierungsrichtlinie vor, die allgemeines Recht werden sollte. Neben Belarus hatten zuvor auch Marokko und die Türkei Grenzkontrollen ausgesetzt, damit Flüchtlinge in größerer Zahl in die EU gelangen konnten. Damit verbanden die Länder Forderungen: Marokko wollte, dass Spanien die Anexion der Westsahara anerkennt. Die Türkei erklärte, die EU habe sich nicht an ihre Zusagen für die Flüchtlingshilfe gehalten. Belarus forderte die Aussetzung von EU-Sanktionen.

Die Instrumentalisierungsrichtlinie sollte solche Erpressungsversuche in Zukunft erschweren. Verhindern würde sie diese aber nicht. Sie scheiterte zudem Anfang 2023 im Rat, unter anderem am Veto Deutschlands, das die Kriterien als zu vage bezeichnete. Missbrauch erschien wahrscheinlich. Der Vorschlag wurde abgelehnt.

Nun liegt das Konzept in Form der Krisenverordnung wieder auf den Tisch. Diese ist gewissermaßen das Gegenteil der sogenannten Massenzustromsverordnung, von der die Millionen in die EU geflüchteten Ukrainer:innen ab Februar 2023 profitierten. Diese ermöglichte der EU, im Krisenfall unbürokratischer als sonst Schutz zu gewähren. Die Krisenverordnung zielt auf weniger Rechte für Schutzsuchende, wenn in Krisenfällen ein Massenzustrom zu verzeichnen ist oder dieser droht. Feststellen soll dies die EU-Kommission, nicht die Mitgliedstaaten selbst. Dann sollen verstärkte Grenzkontrollen durchgeführt werden, andere EU-Staaten sollen Schutzsuchende aus den betroffenen Ländern übernehmen müssen oder Geld zur Bewältigung der Situation bereitstellen müssen.

Der Vorschlag macht noch mal deutlich, dass es den Staaten der EU heute vor allem um die Entrechtung von Schutzsuchenden geht, sagt der grüne EU-Abgeordnete Erik Marquardt. Die jüngste Diskussion zu dem Thema im Rat sei entlarvend. Der Tiefpunkt der -europäischen Asylreform ist noch nicht erreicht, heißt es in einem offenen Brief von 55 NGOs an die Bundesregierung. Die Verordnung droht an den Außengrenzen den schon bestehenden Ausnahmezustand rechtlich zu zementieren.

**Load-Date:** July 25, 2023



## Macron zwischen Stuhl und Bank; Rudolf Balmer zum gescheiterten Migrationsgesetz in Frankreich

taz, die tageszeitung

Mittwoch 13. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 344 words

**Byline:** Rudolf Balmer

### **Body**

---

Rudolf Balmer zum gescheiterten Migrationsgesetz in Frankreich

Auch wenn es dieses Wort im Französischen nicht gibt: Mit offensichtlicher Schadenfreude haben die linken und rechten Fraktionen der Nationalversammlung der Regierung und dem Innenminister Gérald Darmanin eine schmachvolle Niederlage zugefügt.

Die Gelegenheit war zu günstig. Und von der zerstrittenen Linken bis zu Konservativen und der extremen Rechten hatte die Opposition nur darauf gewartet, der Staatsführung ihr ständiges überhebliches Hinwegsetzen über die Kammern ein für alle Mal heimzahlen zu können. 15 Mal schon hat die Regierung nämlich zum verpönten Verfassungsartikel 49.3 gegriffen, um damit umstrittene Vorlagen wie die Haushaltsentwürfe ohne Abstimmung für angenommen zu erklären.

Das ist in Frankreich, wo der Präsident letztlich wie ein absoluter Monarch das Sagen hat, legal. Doch eine Staatsmacht, die ihre Privilegien derart nonchalant, in Wirklichkeit aber aus purer Not nutzt, muss sich nicht wundern, wenn das letztlich nicht gut ausgeht. Allzu selbstsicher hatte Darmanin gedacht, dass die Konservativen sich nicht trauen würden, ihre Drohung wahrzumachen und sich mit den Erzfeinden von links und der extremen Rechten zu verbünden. Jetzt wird nicht nur die Autorität der Regierung infrage gestellt, sondern auch ihre Legitimität, weil klar bewiesen ist, dass sie in der Nationalversammlung keine Mehrheit hat.

Ausbaden muss den Schlamassel, vor dem die Regierung nun steht, der Präsident Emmanuel Macron. Wie in Hans Christian Andersens *Des Königs neue Kleider* entdecken die Bürger und Bürgerinnen, die sich bisher vielleicht noch blenden ließen, dass ihr eitler Herrscher in Wirklichkeit nackt ist. Mit einer Minderheitsregierung, die keine Bündnispartner findet, ist Macron handlungsunfähig. Er wollte gemäß seiner Devise sowohl als auch zugleich links, rechts und in der Mitte stehen. Das war anfangs eine erfolgreiche Wahltaktik, regieren aber kann man so auf Dauer nicht. Macron sitzt heute zwischen Stuhl und Bank. Anders gesagt: in einer politischen Sackgasse.

das thema

Macron zwischen Stuhl und Bank Rudolf Balmer zum gescheiterten Migrationsgesetz in Frankreich

**Load-Date:** December 12, 2023

---

End of Document

## Schweizer Normalität; Im Wahlkampf setzt die rechte SVP auf weniger Migration, die linke SP auf niedrigere Krankenkassenprämien und der Skandal um die Credit Suisse scheint vergessen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 689 words

**Byline:** Jonas Frey

**Highlight:** Im Wahlkampf setzt die rechte SVP auf weniger Migration, die linke SP auf niedrigere Krankenkassenprämien und der Skandal um die Credit Suisse scheint vergessen

### Body

---

Aus Basel Jonas Frey

Am Bahnhof Basel verteilen die Grünen Sonnenblumen. Mit dir Politik machen, steht auf einem ihrer Flyer geschrieben. Doch so optimistisch der Auftritt der Grünen im Wahlkampf scheint, so pessimistisch müssen sie die Zahlen der letzten Umfrage vor der Wahl stimmen.

Dreieinhalb Prozent könnte die Partei laut dem letzten Wahlbarometer bei den National- und Ständeratswahlen vom 22. Oktober 2023 verlieren. Im internationalen Vergleich mag dies wenig sein. Doch in der Schweiz, wo Stabilität als höchstes aller Credos gilt, werden solche Zahlen als herbe Verluste angesehen.

2019 noch triumphierten die Grünen in einer von den globalen Klimaprotesten geprägten Wahl mit Gewinnen von über sechs Prozent. Doch nun droht die grüne Welle endgültig abzuebben. Stattdessen sollen die rechtspopulistische SVP und die sozialdemokratische SP zulegen.

Einer der Gründe dafür: Die Themenkonjunktur. Stand 2019 noch das Thema Klimawandel im Fokus, wechselten sich in diesem Wahlkampf bislang mehrere Themen ab, wie Politikwissenschaftlerin Cloé Jans vom Forschungsinstitut gfs.bern meint: Der Krieg in der Ukraine, die Kostenfrage und da im Sommer die Zahlen gestiegen sind, auch die Migration. Jetzt jedoch stehen die Krankenkassenprämien an erster Stelle.

Als der Bundespräsident Alain Berset Ende September einen hohen Prämienanstieg verkündete, löste dies in Medien und Bevölkerung Empörung aus. Da der Prämienchock die soziale Frage befeuert, könnte die SP profitieren. Im Vergleich zu anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa ist die SP linker zu verorten und setzt im Wahlkampf klar auf die soziale Frage. So forderte die Partei eine Anpassung der Prämien an das jeweilige Einkommen.

Schweizer Normalität Im Wahlkampf setzt die rechte SVP auf weniger Migration, die linke SP auf niedrigere Krankenkassenprämien und der Skandal um die Credit S....

Die SVP hingegen seit 1999 konstant die stärkste Partei bewirtschaftet wie gewohnt das Thema Migration. Kündete die Partei zuerst noch einen Wahlkampf gegen Gender-Terror und Woke-Wahnsinn an, warnt sie nun verstärkt vor Kriminalität und Überfremdung. In folkloristischer Manier inszenieren sich ihre Ex-po-nen-t:in-nen bei Wahlkampfveranstaltungen mit Traktor und Heuballen und verklären die Schweiz als neu-trales Alpenland.

Worüber erstaunlicherweise kaum gesprochen wird in diesem Wahlkampf, ist der Zusammenbruch der Credit Suisse (CS) und deren Übernahme durch die UBS. Der Kollaps der Traditionsbank im März brachte nicht nur den Schweizer Finanzplatz, sondern auch das internationale Finanzsystem zum Zittern.

Der Bundesrat unterstützte die Übernahme mit einer Garantie von neun Milliarden, die Nationalbank SNB mit einem Darlehen von über 100 Milliarden Franken. Das einschneidende Erlebnis löste im Frühling Diskussionen aus. Aus dem gesamten politischen Spektrum wurde Kritik geäußert, von links oft mit dem Verweis auf die Rettung der UBS 2008 und den nicht daraus gezogenen Lehren der Regierung.

Doch die Debatten über die Stellung der UBS als alleinige Großbank, deren Gefahr für die Demokratie und die Boni-Zahlungen der CS verhallten rasch. Da der Bundesrat der Übernahme unter Notrecht zustimmte, änderte auch die nachträgliche Abstimmung im Nationalrat nichts am Entscheid, der sich gegen die Übernahme aussprach.

Das Thema ist abstrakt, gibt Jans als möglichen Grund dafür an, weshalb die CS-Übernahme in der Sorgenwahrnehmung der Bevölkerung kaum auftritt. Für viele ist unklar, was die Übernahme der CS konkret heißt. Die CS ist weiterhin sichtbar im Straßenbild. Nicht alle ihre Filialen sind auf einmal leer, die Übernahme durch die UBS ist eine schleichende Transformation.

Doch obwohl die Übernahme der CS öffentlich keine allzu große Rolle mehr spielt, stößt das Thema bei vielen doch sauer auf. So fragt die letzte Umfrage vor den Wahlen auch nach den größten Ärgernissen unter den aktuellen Ereignissen und ob die Politik aktiv gegensteuern sollte. Während die CS-Übernahme bei der zweiten Frage klar an erster Stelle liegt, landet sie bei den Ärgernissen knapp hinter der Gender-Debatte auf Platz zwei.

Ein Zeichen dafür, dass doch nicht alles so stabil und harmonisch ist, wie die Heuballen und Sonnenblumen vermuten lassen.

Für viele ist unklar, was die Übernahme der Credit Suisse konkret heisst

**Load-Date:** October 18, 2023

## Besänftigung für die Kommunen; Christian Rath über Nancy Faesers Asyl-Vorstoß

taz, die tageszeitung

Dienstag 02. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 327 words

**Byline:** Christian Rath

### **Body**

---

Christian Rath über Nancy Faesers Asyl-Vorstoß

SPD-Innenministerin Nancy Faeser setzt sich dafür ein, dass Asylverfahren bereits an den EU-Außengrenzen durchgeführt oder zumindest begonnen werden. Praktisch hat dies aber keinerlei Relevanz. Dass sich die Ampel an diesem Punkt auf eine gemeinsame Position geeinigt hat, bringt die bislang fehlende Einigung auf ein neues EU-Asylsystem keinen Milli-meter weiter.

Es ist ja nicht so, dass die EU kein gemeinsames Asylsystem hat. So sieht etwa die Dublin-III-Verordnung vor, dass grundsätzlich der EU-Staat für das Asylverfahren zuständig ist, über den ein Antragsteller in die EU eingereist ist. Das sind typischerweise die Staaten an den EU-Außengrenzen, etwa Italien, Griechenland und Ungarn. Und laut Asyl-Verfahrensrichtlinie können Asylverfahren auch vor der Einreise an der EU-Außengrenze eingeleitet werden.

Das Instrumentarium, das die Bundesregierung einführen will, ist also längst vorhanden. Es wird nur nicht akzeptiert, weil die EU-Staaten an den Außengrenzen nicht mehr einsehen, warum gerade sie für die Asylverfahren zuständig sein sollen. Sie lassen die Flüchtlinge deshalb einfach unregistriert weiterreisen.

Schon seit mehreren Jahren wird deshalb über ein neues, gemeinsames Asylsystem verhandelt, das irgendeine Form von Umverteilung einführt. Eine Einigung ist aber unglaublich schwer. Staaten wie Ungarn wollen zum Beispiel gar keine Flüchtlinge aufnehmen und lehnen deshalb jede Umverteilung ab. Auch die Aufnahmebereitschaft der anderen EU-Staaten ist völlig ungenügend.

Dass die Bundesinnenministerin nun vermeintliche Fortschritte meldet, hat wohl allein innenpolitische Gründe. Denn sie will vor dem -Flüchtlingsgipfel am 10. Mai die Kommunen besänftigen-. Diese brauchen aber keine Politpoesie über ein vermeintliches historisches Momentum bei den EU-Verhandlungen, sondern verbindliche Zusagen über Bundeshilfen für die Unterbringung und Betreuung der real existierenden Neuankömmlinge.

Besänftigung für die Kommunen Christian Rath über Nancy Faesers Asyl-Vorstoß

**Load-Date:** May 1, 2023

---

End of Document

## Horst Seehofer gefällt das; Nancy Faeser will die Chancen Geflüchteter auf Asyl schon an den EU-Außengrenzen prüfen lassen. Die Grünen sind uneins

taz, die tageszeitung

Samstag 06. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** POLITIK; S. 5

**Length:** 860 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Nancy Faeser will die Chancen Geflüchteter auf Asyl schon an den EU-Außengrenzen prüfen lassen. Die Grünen sind uneins

### Body

---

Von Christian Jakob

Einigkeit gab es bei der Ampel zuletzt nur selten. Ausgerechnet in einem hochumstrittenen Feld aber verkündete Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nun, dass die drei Regierungsparteien eine gemeinsame Linie gefunden hätten: bei der seit Jahren feststeckenden Reform der EU-Asylpolitik.

Wir sehen jetzt ein historisches Momentum, hatte Faeser in der ARD gesagt. Zusammen mit anderen europäischen Staaten könne Deutschland es schaffen, ein gemeinsames Asylsystem auf den Weg zu bringen, wo an den Grenzen die Asylverfahren stattfinden. Darauf habe die Ampelkoalition sich geeinigt.

Seit Jahren wird ein Gesetzespaket diskutiert, für das die EU-Kommission 2020 konkrete Vorschläge gemacht hatte. Eine der wichtigsten Neuregelungen sind die Asylverfahren an den Außengrenzen, die Faeser erwähnt hat. Die Idee stammt von Deutschlands Ex-Innenminister Horst Seehofer (CSU). Er hatte sie für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 eingebracht. Die Grünen waren damals strikt dagegen.

Das Prinzip: Alle ankommenden Flüchtlinge werden direkt an den Außengrenzen in Lagern interniert. Dort gelten sie als offiziell nicht in die EU eingereist. Dann wird geprüft, ob sie für ein reguläres Asylverfahren in Frage kommen. Dafür sollen zwei Kriterien gelten: Zum einen die EU-weite durchschnittliche Anerkennungsquote für das jeweilige Herkunftsland, die dürfe nicht unter 20 Prozent liegen, so der Vorschlag der Kommission.

Das zweite Kriterium soll sein, ob die Betroffenen über so genannte sichere Drittstaaten eingereist sind. Die kann die EU nach eigenem Ermessen festlegen. Die Einstufung etwa der Türkei, Tunesiens und einiger Balkanstaaten würde praktisch alle Ankommenden erfassen.

Jene, auf die die Kriterien zutreffen, sollen allenfalls für ein Schnellverfahren mit stark abgesenkten Rechtsmitteln bis zu drei Monate interniert bleiben. Bei Ablehnung werden sie direkt aus den Lagern wieder abgeschoben in ihr

Horst Seehofer gefällt das Nancy Faeser will die Chancen Geflüchteter auf Asyl schon an den EU-Außengrenzen prüfen lassen. Die Grünen sind uneins

Herkunftsland oder den sicheren Drittstaat , sofern der dabei mitmacht. Noch offen ist, auf welcher Rechtsgrundlage die Schnellverfahren laufen sollen. Klar ist, dass die EU-Asylagentur EUAA eine wichtige Rolle spielen wird. Das Verfahren wird etwas abgewandelt in Griechenland bereits als Pilotprojekt getestet.

Die grünen Ministerien haben Faeser Zustimmung signalisiert. Die Partei ist indes gespalten.

Der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour sagte, Voraussetzung für die Zustimmung der Grünen seien unter anderem verbindliche Verteilungsmechanismen für Flüchtlinge in der EU . Das würde die Außengrenzen-Staaten effektiv entlasten und wird von diesen seit Jahren gefordert. Doch ein Verteilmechanismus steht auf EU-Ebene gar nicht zur Verhandlung. Weil viele Staaten strikt dagegen sind, hat die Kommission lediglich einen bereits seit 2022 als Pilotprojekt laufenden Solidaritätsmechanismus vorgeschlagen. Der sieht neben freiwilliger Umverteilung nur verpflichtende Geldzahlungen vor.

Ungarn könnte einfach die libysche Küstenwache bezahlen und hätte damit seine Verpflichtung im Solidaritätsmechanismus erfüllt , sagt der EU-Abgeordnete Erik Marquardt. Faeser habe Foul gespielt , als sie die Einigung verkündet habe. Die Bundesregierung würde sehr wesentliche Grundsätze aufgeben, wenn sie den Kommissionsvorschlägen zustimmt.

Marquardt befürchtet Massenhaftlager und Chaos an den Außengrenzen. Wer über einen sicheren Drittstaat komme, dessen Antrag könne dann in Vorprüfungen als unzulässig abgelehnt werden. Die Menschen hätten dann keinen Zugang mehr zu rechtsstaatlichen Asylverfahren , sagt Marquardt.

In der Grünen-Fraktion habe es nach Faesers Vorstoß diverse Runden gegeben, um zu klären, ob wir das tragbar finden . Das Ergebnis: Es muss Nachverhandlungen geben, wenn wir wirkliche Lösungen wollen , sagt Marquardt, im Sinne des Koalitionsvertrags . Denn darin steht von Haftlagern an den Außengrenzen kein Wort.

Stattdessen brauche es endlich Maßnahmen, die Fluchtursachen statt Geflüchtete bekämpften, sagt Marquardt. Und es brauche Druck auf andere EU-Staaten. Außerdem brauchen wir jetzt ein Maßnahmenpaket zur Entlastung der Kommunen.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Julian Pahlke sagte am Mittwoch bei einer Veranstaltung in Berlin, die Neuregelung würde nichts verbessern, im Gegenteil, sie würde Situationen wie in Moria befördern, das muss man klar benennen . Moria war ein 2020 abgebranntes Lager auf der Ägäis-Insel Lesbos, wo tausende Flüchtlinge jahrelang unter katastrophalen Bedingungen lebten.

Am 8. und 9. Juni treffen sich die EU-Innen- und Justizminister. Bis zu diesem Tag sollen die Regierungen der Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Linie haben. Die Verhandlungen von Rat, Parlament und Kommission sollen dann bis Februar 2024 abgeschlossen sein

Ob das gelingt, gilt aber als fraglich die Positionen der Mitgliedsstaaten fallen weit auseinander.

Gelegenheit, Faeser umzustimmen, hätten die Grünen etwa am kommenden Mittwoch. Da ist im Kanzleramt der Flüchtlingsgipfel angesetzt. Dort soll es zwar vor allem um die Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme in Deutschland gehen. Doch die Frage, wie es in der EU weitergehen wird, dürfte auch das Treffen im Kanzleramt beschäftigen.

**Load-Date:** May 5, 2023



**Libyen lässt Geflüchtete nach Monaten frei; Obwohl der UNHCR sie als schutzbedürftig einstufte, bekamen rund 225 internierte Geflüchtete keine Unterstützung. Nun dürfen sie gehen, aber die Kritik am UNHCR hält an**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 12. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 750 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Obwohl der UNHCR sie als schutzbedürftig einstufte, bekamen rund 225 internierte Geflüchtete keine Unterstützung. Nun dürfen sie gehen, aber die Kritik am UNHCR hält an

## Body

---

Von Christian Jakob

Nach monatelangen Protesten hat die libysche Regierung am Dienstag begonnen, rund 225 Geflüchtete aus dem Lager Ain-Zara im Westen Libyens freizulassen. Die Menschen waren im Januar 2022 festgenommen worden. Sie hatten zuvor drei Monate lang vor der Zentrale des UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR in der Hauptstadt Tripolis gegen die Internierung von Geflüchteten protestiert. Am Dienstagvormittag durften sie das Lager Ain-Zara nach und nach verlassen. Vertreter des UNHCR brachten sie mit Bussen in eine Aufnahmeeinrichtung.

Ihnen wurden Jahre ihres Lebens gestohlen, klagte der Sprecher der Gruppe Refugees in Libya, David Yambio, gegenüber der taz. Die aus Sudan, Äthiopien und Eritrea stammenden Menschen seien allesamt vom UNHCR als Persons of Concern, als schutzbedürftig eingestuft worden. Trotzdem waren sie zunächst im besonders berüchtigten, mittlerweile geschlossenen Lager Al Mabani interniert worden. Von dort konnten sie nach einer Revolte fliehen, nur, um bald darauf erneut gefangen genommen zu werden. Das war eine Strafe für ihren Protest vor dem UNHCR-Büro, sagt Yambio. Es gab keine Gerichtsverhandlung, keine Anklage, nichts. Die Menschen wurden einfach weggesperrt.

In den vergangenen 17 Monaten im Lager Ain-Zara hätten sie Zwangsarbeit leisten müssen, berichtet Yambio, der über die ganze Zeit per Whatsapp mit den Inhaftierten Kontakt hielt. Arbeiten von früh bis spät in großer Hitze beim Bau öffentlicher Einrichtungen, zu wenig Wasser, Nahrung, Freiheitsentzug, Gewalt – das ist moderne Sklaverei und psychische und physische Folter, so Yambio. Der UNHCR habe die Verantwortung für diese Menschen, aber sei dieser nicht nachgekommen. Der UNHCR ließ eine Anfrage der taz dazu unbeantwortet.

Libyen lässt Geflüchtete nach Monaten frei Obwohl der UNHCR sie als schutzbedürftig einstufte, bekamen rund 225 internierte Geflüchtete keine Unterstützung. Nun....

Anfang Juni erhängte sich der 19-jährige Sudanese Mohamed Mahmoud Abdulaziz in dem Lager. Nach monatelangen Protesten erklärte sich die libysche Regierung sich am 2. Juli bereit, die Menschen gehen zu lassen. Am Sonntag habe der UNHCR zugestimmt, den Freigelassenen Unterstützung zu gewähren, berichtet Yambio.

Das kann aber erst der Anfang sein , sagt er. In den 14 offiziellen Internierungslagern der libyschen Migrationsbehörde DCIM werden insgesamt rund 20.000 Menschen festgehalten. Die Gruppe Refugees in Libya schätzt, dass es eine etwa ebenso große Zahl an Gefangenen in inoffiziellen Lagern gibt, die von mafiösen Milizen in Libyen betrieben werden.

In dem vom Bürgerkrieg gezeichneten Land sind derzeit offiziell rund 45.000 Flüchtlinge registriert. Allerdings dürfte die tatsächliche Zahl weit höher liegen. Die mit Abstand größte Gruppe stammt aus dem Sudan. Nachdem dort im April Kämpfe zwischen dem Staatschef Abdelfattah al-Burhan und dem Milizen-Chef Daglo Hametti ausgebrochen waren, flohen vermehrt Menschen in das nordwestliche Nachbarland.

Wer von dort nicht den Weg über das Meer nach Europa gehen will, dem bieten die UN Rückflüge in das jeweilige Herkunftsland an, von der EU finanziert.

Menschen, die wegen eines Kriegs oder drohender Folter nicht in ihr Herkunftsland zurückgebracht werden können, fliegt der UNHCR in sehr begrenztem Maße nach Ruanda und Niger. Dort sollen sie bleiben, bis ein Aufnahmeland gefunden ist. Der letzte dieser Flüge mit 130 Menschen startete im Juni.

Die Gruppe Refugees in Libya fordert, die UN solle auch die nun entlassnen Geflüchteten an einen sicheren Ort bringen. Wir wissen, dass die Möglichkeiten der UN dafür sehr begrenzt sind, weil es kaum Aufnahmeplätze gibt. Aber es ist ihre Verantwortung, dafür eine Lösung zu finden , sagt Yambio.

Jene, die den Weg über das Meer wählen, werden vielfach von der libyschen Küstenwache auf offener See abgefangen, zurück nach Libyen geschleppt und dort erneut interniert. In diesem Jahr betraf das bisher rund 7.400 Menschen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) beklagte am Dienstag einen alarmierenden Anstieg der tödlich verlaufenden Bootstragödien im Mittelmeer. Im ersten Halbjahr 2023 seien auf der zentralen Mittelmeerroute bereits mehr Menschen ums Leben gekommen als in jedem vollen Jahr zwischen 2018 und 2022, sagte die Sprecherin der UN-Organisation, Safa Msehli, dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Genf.

Laut Msehli starben mehr als 1.700 Menschen seit Januar auf der zentralen Route über das Mittelmeer. Die meisten von ihnen seien ertrunken. Von Januar bis einschließlich Mai 2023 kamen in Italien rund 22.500 Menschen an, die in Libyen in See gestochen waren.

Das ist moderne Sklaverei und psychische und physische Folter

**Load-Date:** July 11, 2023

## Zwischenlagern nicht vorgesehen; Christian Jakob über Melonis Flüchtlingslager in Albanien

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 351 words

**Byline:** Christian Jakob

### **Body**

---

Christian Jakob über Melonis Flüchtlingslager in Albanien

Es ist ein Präzedenzfall: Über 20 Jahre ist es her, dass der damalige deutsche SPD-Innenminister Otto Schily Asylverfahrenslager in Nordafrika ins Spiel brachte. Alle Diplomaten, die seither ein EU-Nachbarland dafür gewinnen wollten, bissen auf Granit. Dass Giorgia Meloni nun Albanien zu einer Zusage zu bewegen vermochte, ist ein politischer Coup, mit dem die rechtsextreme Ministerpräsidentin angesichts der rekordverdächtig hohen Ankunftsahlen in Italien zweifellos punkten wird. Für Schutzsuchende bedeutet er eine weitere Entrechtung.

Der Deal ist umso erstaunlicher, da Albanien als Standort für Asylverfahrenslager schon länger im Gespräch war. Bereits 2018 hatte die EU angefragt, ob nicht auf dem Mittelmeer Gerettete in dem Westbalkanstaat für die Dauer des Asylverfahrens geparkt werden könnten. Das Land wies das Ansinnen damals empört zurück: Es sei, wie verzweifelte Menschen irgendwo abzuladen, wie Giftmüll, den niemand will, sagte Ministerpräsident Edi Rama damals. Dass er es sich anders überlegte, wird die laufende Debatte über Asylverfahren in Drittstaaten auch hierzulande weiter anfachen. Auf dem Balkan gibt es ja noch andere Staaten, werden sich einige denken.

Dabei haben sowohl Meloni als auch die deutschen Befürworter der Verlagerung keine Antwort auf zentrale Fragen. Denn einige der nach Albanien Verfrachteten wird Italien aufnehmen, einen Teil wird es abschieben können. Viele der Abgelehnten aber nicht wegen unklarer Identität, Staatenlosigkeit, Herkunft aus Kriegsgebieten oder aus anderen Gründen. Wo sollen sie hin? Deshalb stimmte bisher kein Land einem solchen Modell zu. Gut möglich, dass Italien dafür bisher auch keine Idee hat und der Albanien-Deal deshalb noch platzt.

Italien ist fraglos politisch bereit, Rechte der Schutzsuchenden zu übergehen. Doch das EU-Recht legt genau fest, wo und wie Asylsuchende untergebracht werden müssen. Sie in irgendwelche anderen Länder zu bringen und dort festzuhalten, ist nicht vorgesehen. Ob Melonis Deal in Straßburg Bestand hat, ist höchst zweifelhaft.

ausland

Zwischenlagern nicht vorgesehen Christian Jakob über Melonis Flüchtlingslager in Albanien

**Load-Date:** November 7, 2023

---

End of Document

## Die Grünen sind umsonst umgefallen; Berlin hat der Krisenverordnung der EU zugestimmt. Sie soll die Rechte von Flüchtlingen einschränken. Nun aber blockiert Italien

taz, die tageszeitung

Samstag 30. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** POLITIK; S. 6

**Length:** 712 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Berlin hat der Krisenverordnung der EU zugestimmt. Sie soll die Rechte von Flüchtlingen einschränken. Nun aber blockiert Italien

### Body

---

Von Christian Jakob

Berlin macht Weg frei für EU-Asylreform so oder ähnlich haben am Freitag deutsche Zeitungen getitelt. Gemeint ist die so genannte Krisenverordnung der EU. Über diese hatten die EU-Innenminister am Donnerstag in Brüssel beraten. Sie sieht vor, dass in bestimmten Fällen die Rechte von Asylsuchenden leichter eingeschränkt werden können bei Massenankünften, höherer Gewalt wie Krieg oder Naturkatastrophen oder dann, wenn Flüchtlinge instrumentalisiert werden, um der EU zu schaden.

Deutschland hatte sich lange gegen die Pläne gesperrt vor allem wegen menschenrechtlicher Bedenken der Grünen. Dann aber gaben Bundeskanzler Olaf Schulz und Innenministerin Nancy Faeser ihr Plazet. Faeser sprach von einem hervorragenden Kompromiss. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Hasselmann freute sich darüber, dass die klare deutsche Haltung endlich Bewegung in die Gespräche gebracht habe. Es war eine der vielen Kehrtwenden der Grünen in Sachen Asyl in letzter Zeit. Noch am Mittwoch hatte es geheißen, die Verordnung sei nicht zustimmungsfähig.

Das deutsche Einlenken nutzte der spanischen Ratspräsidentschaft aber nichts. Denn am Donnerstagabend sagte der italienische Innenminister Matteo Piantedosi Nein und reiste demonstrativ aus Brüssel ab. Wie der Zufall es wollte, war zur selben Zeit sein Kabinettskollege Antonio Tajani bei Außenministerin Annalena Baerbock in Berlin zu Gast. Auf einer Pressekonferenz mit Baerbock versuchte er die Wogen zu glätten. Italien blockiere die neue Verordnung keineswegs. Piantedosi habe sich nur etwas Zeit für eine vertiefte Prüfung aus rechtlicher Sicht genommen. Eine erstaunliche Begründung, zumal es allen in Sachen Asylreform gar nicht schnell genug gehen kann.

Die Grünen sind umsonst umgefallen Berlin hat der Krisenverordnung der EU zugestimmt. Sie soll die Rechte von Flüchtlingen einschränken. Nun aber blockiert It....

Kolportiert wurde, dass dem Verordnungstext kurzfristig ein Satz hinzugefügt worden war, an dem sich die italienischen Bedenken festgemacht hätten: Humanitäre Hilfsaktionen nach europäischen Standards sollten nicht als Instrumentalisierung gelten und entsprechend den Krisenfall nicht auslösen können. Der Satz zielt unter anderem auf Hilfeinsätze privater Seenotrettungs-NGOs auf dem Mittelmeer. Diese werden von Italien seit Langem heftig kritisiert. Allerdings: Der Satz, den Piantedosi angeblich erstmal in Ruhe studieren wollte, war schon im Text vom 13. Juli enthalten.

Dass Italien sich nun querstellt, dürfte damit zu tun haben, dass Italiens Ministerpräsidentin Meloni angesichts der hohen Flüchtlingszahlen Härte demonstrieren will. In den letzten Tagen war deshalb die Kritik aus Rom an geplanten staatlichen Hilfszahlungen aus Berlin für deutsche Seenotrettungs-NGOs größer geworden.

Dabei waren die Zahlungen bekannt. Ende 2022 hatte der Bundestag beschlossen, dem der deutschen Evangelischen Kirche nahestehenden Verein United4Rescue ab 2023 pauschal vier Jahre lang je 2 Millionen Euro für Rettungseinsätze im Mittelmeer zur Verfügung zu stellen. Im Juli entschied das Auswärtige Amt allerdings, dass die Gelder einzeln von Rettungs-NGOs beantragt werden müssen. Die Zahlungen für die Jahre 2024 bis 2026 wurden in Frage gestellt. Außerdem sollten demnächst mehrere Hunderttausend Euro an den Verein SOS Humanity gehen. Er ist 2021 aus dem Verein SOS Méditerranée hervorgegangen, der am Donnerstag den Alternativen Nobelpreis erhalten hat.

Auch Po-li-ti-ke-r:in-nen der Ampelparteien sehen die Krisenverordnung derweil kritisch. Der Verordnungsentwurf setze vor allem auf verlängerte Registrierungsfristen, mehr Grenzverfahren und längere Unterbringung in geschlossenen grenznahen Einrichtungen, sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hakan Demir. Er sei skeptisch, dass das die richtige Antwort auf die Ankunft vieler Schutzsuchender sei. Gut sei, dass anders als zuvor geplant die Verordnung nur nach Prüfung durch eine Kommission und auf Beschluss des Rates aktiviert werden könne.

Der Grüne MdB Julian Pahlke, selbst Ex-Seenotretter, sagte, die Verordnung werde nur mehr Chaos schaffen. Wenn die Mitgliedsstaaten in solchen Fällen Ankommende vier Wochen lang nicht zu registrieren brauchen, könnten diese einfach in andere EU-Staaten weitergeleitet werden. In einer Situation, in der viele Menschen Schutz suchen, eine Inhaftierung für alle vorzusehen, sei das Gegenteil von Krisenresilienz, meint Pahlke.

**Load-Date:** September 29, 2023

**Horror in der saudischen Wüste; Ich habe vergewaltigt, um zu überleben :  
Zu Tausenden werden Migranten vom Horn von Afrika bei der Ankunft in  
Saudi-Arabien von Grenzschützern angegriffen und getötet, berichtet Human  
Rights Watch**

taz, die tageszeitung

Dienstag 22. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 470 words

**Byline:** Karim El-Gawhary

**Highlight:** Ich habe vergewaltigt, um zu überleben : Zu Tausenden werden **Migranten** vom Horn von Afrika bei der Ankunft in Saudi-Arabien von Grenzschützern angegriffen und getötet, berichtet Human Rights Watch

## Body

---

Von Karim el-Gawhary, Kairo

They Fired On Us Like Rain lautet der Titel des neuen Berichts der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW). Saudi-Arabiens Grenzpolizei hat demnach zwischen März 2022 und Juni 2023 Hunderte **Migranten** an der Grenze zu Jemen erschossen – mindestens 655, es könnten aber auch Tausende sein, sagt die leitende Autorin Nadia Hardmann.

Die meisten sind Äthiopier, die im reichen Ölland Saudi-Arabien Arbeit finden wollten, wo bereits 750.000 ihrer Landsleute leben und arbeiten. Laut der UN-Migrationsorganisation IOM machen sich jedes Jahr mehr als 200.000 Menschen auf den Weg vom bitterarmen Horn von Afrika. Sie vertrauen sich Schleppern an, die sie über den Golf von Aden und durch Jemen bis an die saudische Grenze bringen, wo sie von einem Kugelhagel empfangen werden. Die Betroffenen sind meist aus zwei grenznahen Lagern im Gebiet der von Saudi-Arabien bekämpften Huthi-Rebellen in Jemen losgezogen: Thabit und Al-Raqw.

Sie haben immer wieder auf uns gefeuert. Ich habe mich unter einem Felsen versteckt und bin eingeschlafen. Als ich aufwachte, dachte ich, die Menschen um mich herum schlafen auch, bis ich realisiert habe, dass sie alle tot waren. Ich bin alleine aufgewacht, zitiert der Bericht die 14-jährige Hamdiya. Andere Zeugen erzählen von Leichen und Körperteilen, die sie gesehen haben.

Die Zeugenaussagen sind anonymisiert. In einem Video zum Bericht ließ HRW sie nachsprechen. Wir sind fünf Tage durch die Berge gelaufen, in Gruppen von mindestens 300 Menschen. Die meisten waren Frauen. Dann begannen die Grenzwächter mit Granatwerfern auf uns zu schießen. Von 300 Menschen in unserer Gruppe starben 150, berichtet dort eine Frau.

Horror in der saudischen Wüste Ich habe vergewaltigt, um zu überleben : Zu Tausenden werden Migranten vom Horn von Afrika bei der Ankunft in Saudi-Arabien von G....

Ein 17-Jähriger erzählt: Als sie das Feuer einstellten, nahmen uns die Grenzwächter mit. Wir warten zu siebt, fünf Männer und zwei Mädchen. Die Grenzwächter haben uns gezwungen, uns auszuziehen, dann mussten wir vor ihren Augen die Frauen vergewaltigen. Die Mädchen waren 15 Jahre alt. Einer der Männer weigerte sich und wurde sofort erschossen. Ich habe es getan. Ich habe vergewaltigt, um zu überleben. Auch die Mädchen haben überlebt, weil sie keinen Widerstand geleistet haben , erzählt ein 17-Jähriger.

Wir haben zwischen Januar und Juni dieses Jahres 42 Zeugen interviewt , erklärt Sam Dubberly von HRW der taz. Die Menschen waren zum Teil im Krankenhaus oder sie waren nicht erreichbar, das hat sehr viel Zeit gekostet. Man habe 350 Videos und Fotos ausgewertet und 100 Quadratkilometer Satellitenbilder analysiert, um die Aussagen zu verifizieren. Aber jetzt sind wir damit fertig, jetzt sind wir sicher. Aufgrund der schwerwiegenden Vorwürfe fordert HRW nun eine UN-Untersuchung. Wir haben die saudischen Behörden vor der Veröffentlichung des Berichts angeschrieben, aber bisher keine Antwort bekommen , so Dubberly.

**Load-Date:** August 21, 2023

---

End of Document



**Das kleinere Übel; Jede fünfte Person mit Migrationsgeschichte hat in den letzten drei Jahren ein Unternehmen gegründet. Das als Erfolg abzufeiern, wäre zu einfach. Denn der Arbeitsmarkt ist für Menschen, die von Rassismus und Armut betroffen sind, schwerer zugänglich**

taz, die tageszeitung

Freitag 04. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 13

**Length:** 617 words

**Byline:** Amina Aziz

**Highlight:** Jede fünfte Person mit Migrationsgeschichte hat in den letzten drei Jahren ein Unternehmen gegründet. Das als Erfolg abzufeiern, wäre zu einfach. Denn der Arbeitsmarkt ist für Menschen, die von Rassismus und Armut betroffen sind, schwerer zugänglich

## Body

---

talkshow

Von Amina Aziz

Die Tagesschau veröffentlichte kürzlich den Beitrag Immer mehr Gründer mit Migrationsgeschichte auf ihrer Seite. Demnach habe in den letzten drei Jahren etwa jede fünfte migrantische Person in Deutschland ihr eigenes Unternehmen gegründet. Die Gründungsquote sei damit mehr als doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. Das sind Zahlen des Global Entrepreneurship Monitor (GEM), den die Leibniz Universität Hannover und das RKW Kompetenzzentrum veröffentlicht haben. Ob der vielen Hindernisse wie bürokratischer Hürden sei das beeindruckend hoch, heißt es im Tagesschau -Beitrag. Gründe für die hohe Quote werden nicht genauer benannt. Warum also nehmen Menschen, die von Rassismus betroffen sind, öfter als die einheimische Bevölkerung, wie es in dem Bericht heißt, den Stress auf sich, um ihr eigener Chef zu sein, wenn sie nicht schon aus einer Familie von Grün-de-r\*in-nen in Deutschland stammen? Laut der Förderbank KfW kann beispielsweise auch eine höhere Risikobereitschaft bei Mi-gran-t\*in-nen eine Rolle spielen. Aber warum sind sie risikobereiter?

Die Entscheidung ist nicht immer freiwillig. Ich zum Beispiel habe mich entschieden, freiberuflich zu arbeiten, weil ich mich nicht mehr mit dem ausufernden Rassismus und Sexismus, den ich erfahren habe, auseinandersetzen wollte. Und das, obwohl meine Stelle gut bezahlt war. Ein bisschen Rassismus, ein bisschen Sexismus nimmt man wahrscheinlich in jedem Job hin. Aber manchmal wird es einfach zu viel.

Das kleinere Übel Jede fünfte Person mit Migrationsgeschichte hat in den letzten drei Jahren ein Unternehmen gegründet. Das als Erfolg abzufeiern, wäre zu einfa....

Hinzu kommt, dass der Arbeitsmarkt für Menschen, die von Rassismus und Armut betroffen sind, nicht gerade zugänglich ist, wie Studien belegen. Selbst wenn formale Anforderungen für den Job erfüllt werden, fehlt oft der Habitus wohlhabender oder weiß-deutscher Menschen, sich qualifiziert genug zu fühlen, um im Bewerbungsprozess selbstsicher überzeugen zu können. Auch, wenn man seinen Wert kennt und nicht schüchtern ist. Das Wissen und die Erfahrung, wie man sich in bestimmten Arbeitskontexten verhält, fehlt und das Gegenüber aus der Arbeitswelt hat oft kein Verständnis dafür. Zusätzlich fehlen häufig Netzwerke und Vitamin B und möglicherweise Sprachkenntnisse.

Jetzt erst mal habe ich mich für diese prekäre Lebensweise entschieden, ich muss keine Kinder versorgen, auch wenn ich meine Familie unterstütze, was bei anderen, die zum Beispiel erben, wegfällt. Keine Ahnung, wie lange ich das noch mache. Die Medienbranche ist, wie viele andere Dienstleistungsbranchen, brutal. Man wird unterbezahlt, es gibt kaum Festanstellungen und wenn, dann sind die Hürden, um reinzukommen, hoch. Oder man kann vom Einstiegsgehalt nur in einer Studi-WG leben. Wenn du dann auch noch eine Meinung hast, die über Rassismus ist scheiße hinausgeht, eckst du zu sehr an.

Viele Kol-le-g\*in-nen denken in Konkurrenzmustern und lassen dich ihre Ellenbogen spüren. Natürlich gibt es auch liebe Menschen in dem ganzen Gemenge und auch viele, die es trotz allem geschafft haben. Doch in akademisierten Berufen sind für Rassifizierte und Armutsbetroffene die Strukturen weniger durchlässig als in der Pflege- und Reinigungsbranche, weil man dort eher deinen Platz sieht als in der Chefredaktion der Tagesschau .

Ganz schön deutsch, so viel Gemeckere, was? Es greift eben zu kurz, wenn es schlicht heißt, es sei beeindruckend , dass es so viele rassifizierte Selbstständige gibt. Als ob man beweisen will, dass jemand sich seinen Platz in der Gesellschaft wirklich verdient hat. Aber: Es ist beeindruckend, was man alles auf sich nimmt, um mit weniger Rassismus, Klassismus und Sexismus konfrontiert zu sein. Diese Aspekte müssen erwähnt werden, auch wenn sich natürlich nicht alle deswegen selbstständig machen.

**Load-Date:** August 3, 2023

## Grüne sind sprach- und machtlos; Daniel Bax zum Streit über die europäische Asylrechtsverschärfung

taz, die tageszeitung

Montag 02. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 343 words

**Byline:** Daniel Bax

### **Body**

---

Daniel Bax zum Streit über die europäische Asylrechtsverschärfung

Rückwirkend wirkt es wie ein Akt der Verzweiflung. Vor einer Woche warnte Außenministerin Annalena Baerbock noch eindringlich vor der geplanten Krisenverordnung der EU. Diese könne Länder an den Außengrenzen dazu motivieren, im Krisenfall wieder eine große Zahl nicht registrierter Flüchtlinge nach Deutschland weiterzuleiten, brachte sie als neues Argument vor. Bis dahin hatte sich ihre Kritik auf humanitäre Härten beschränkt. Doch Baerbocks Appell an das nationale Interesse verhallte wirkungslos.

Noch im Juli hatten Innenministerin Nancy Faeser und Baerbock die Krisenverordnung gemeinsam abgelehnt, was die Verhandlungen über ein neues EU-Asylsystem monatelang blockierte. Am Donnerstag stimmte Faeser in Brüssel der Krisenverordnung zu. Faeser ist still und leise umgeschwenkt, die Grünen stehen im Regen. Während die SPD ihr Umfallen als Resultat eines angeblichen Machtworts von Olaf Scholz verkauft, wofür er vom Boulevard gefeiert wird, hat es den Grünen die Sprache verschlagen.

Die geplanten Änderungen des europäischen Asylsystems lehnen sie ab. Aber die Koalition deshalb aufkündigen, das wollen sie auch nicht. Darum fügen sie sich in das Unvermeidliche. Nur will das so deutlich niemand sagen. Stattdessen leugnen manche Grünen, dass es ein Machtwort gab, und Baerbock behauptet, sie und Faeser hätten noch weitreichende Änderungen in die Krisenverordnung hineinverhandelt. Doch davon ist wenig zu sehen.

Italien gehen die deutschen Zugeständnisse noch nicht weit genug. Die rechte Regierung in Rom will verhindern, dass Deutschland zivile Seenotrettung im Mittelmeer finanziert. Das Ende der Fahnenstange ist also noch nicht erreicht. Europa rückt nach rechts, die Grünen können daran wenig ändern. Es wäre besser, diese Realitäten anzuerkennen und zu benennen, als falsche Erwartungen zu wecken. Die Menschenrechte von Flüchtlingen stehen in Europa nicht mehr hoch im Kurs. Das ist bitter, aber nicht allein das Versagen der Grünen. Sondern auch das von SPD, FDP und Union.

**Load-Date:** October 1, 2023

Grüne sind sprach- und machtlos Daniel Bax zum Streit über die europäische Asylrechtsverschärfung

---

End of Document

## Eine Strategie, die Leid schafft; Kommentar von Christian Jakob zu den Geflüchteten auf Lampedusa

taz, die tageszeitung

Samstag 16. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 14

**Length:** 441 words

**Byline:** Christian Jakob

### **Body**

---

Kommentar von Christian Jakob zu den Geflüchteten auf Lampedusa

Während die einen in der Lage auf Lampedusa völlig zu Recht einen humanitären Notstand erkennen, schlachten rechte Medien und Parteien in ganz Europa diese nach Kräften aus. Sie schreiben von einer Invasion, die knapp 7.000 in dieser Woche auf der Insel Angekommenen nennen sie eine Armee. Die polnische PiS setzt im laufenden Wahlkampf voll auf die dramatischen Lampedusa-Bilder. Es ist eine Rhetorik wie im Krieg, deren Ziel nur sein kann, mehr Gewalt zu legitimieren. Die Lage an den Außengrenzen sei außer Kontrolle; daran, die Grenzen nun endlich sicher zu machen, führe kein Weg mehr vorbei, heißt es. Es wäre interessant zu erfahren, wie sie sich das vorstellen.

Die Ankunftsahlen in Italien sind in diesem Jahr so hoch wie seit sechs Jahren nicht. Lampedusa, die Nordafrika am nächsten liegende Insel Italiens, war in der Vergangenheit eines der wichtigsten Ziele der Boote Papierloser. Die Insel war schon mehrfach überfüllt, das Aufnahmelager zwischenzeitlich geschlossen. Heute sieht es dort wieder so aus wie vor Jahren. Und das unter der wohl rechtesten Regierung Italiens seit Mussolini dem Bündnis von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

Meloni wollte die Migration über das Meer beenden und hatte dafür im Wahlkampf eine Seeblockade durch die Marine angekündigt. Es wäre die letzte Konsequenz eines seit Jahren zunehmend militarisierten Grenzregimes. Und zweifellos wäre es illegal.

Zum Glück schreckte Meloni davor bisher zurück. Stattdessen gibt es den mehr oder weniger selben Mix zur Migrationsabwehr wie bei den Vorgängerregierungen: Verhandlungen mit Nordafrika um Türsteherdienste, Unterstützung für die libysche Küstenwache, Repression gegen See-not-ret-ter:innen, möglichst schlechte Aufnahmebedingungen für Ankommende in der Hoffnung, diese mögen in andere EU-Staaten weiterziehen und die berechtigte Klage über zu wenig Umverteilung innerhalb der EU. Dass die deutsche Regierung in dieser Woche die zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallende, symbolisch aber höchst bedeutsame Umverteilung aus Italien stoppte, ist da ein fatales Signal.

## Eine Strategie, die Leid schafft Kommentar von Christian Jakob zu den Geflüchteten auf Lampedusa

Diese Strategie verursacht enormes Leid unter den Flüchtenden – unter anderem 2.340 Tote bisher in diesem Jahr im Mittelmeer. Und die Ankunfts zahlen stiegen trotzdem. Wer die Grenzen nun angesichts der Bilder aus Lampedusa endlich sicher machen will – also weiter gehen will als Meloni –, wird letztlich nur eins erreichen: noch mehr Gewalt gegen Schutzsuchende.

Denn Migration lässt sich nicht so kontrollieren, wie immer behauptet wird. Dass Meloni ihr Wahlversprechen nicht einlösen kann, beweist das einmal mehr.

**Load-Date:** September 15, 2023

---

End of Document

**Das politisiert dich natürlich ; Özge nan kommentiert in Social-Media-Kanälen erfolgreich das politische Geschehen aus linker Perspektive. Ein Gespräch über ihre Heimatstadt Berlin, über Frau- und Migrantinsein, die Generation Z und ihren Debütroman Natürlich kann man hier nicht leben**

taz, die tageszeitung

Samstag 28. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** STADTLAND; S. 50,51

**Length:** 2581 words

**Byline:** Jonas Wahmkow

**Highlight:** Özge nan kommentiert in Social-Media-Kanälen erfolgreich das politische Geschehen aus linker Perspektive. Ein Gespräch über ihre Heimatstadt Berlin, über Frau- und **Migrantinsein**, die Generation Z und ihren Debütroman Natürlich kann man hier nicht leben

## Body

---

Interview Jonas Wahmkow Fotos Julia Baier

wochentaz: Frau nan, wie und wo sind Sie in Berlin aufgewachsen?

Özge nan: Wir haben in Friedrichshain gewohnt, bis ich zwölf Jahre alt war, dann wurde es zu teuer. Wir sind nach Lichtenberg in einen Plattenbau gezogen. Wir waren jetzt auch nicht krass arm. Meine Eltern sind sehr gebildete und politische Menschen, deswegen bin ich auch mit dem Grundgefühl aufgewachsen, hier einen Anspruch zu haben, Teil der Gesellschaft zu sein. Zum Beispiel aufs Gymnasium oder die Uni zu gehen und mich da zu benehmen wie alle anderen. Was das für ein krasser Vorteil ist, habe ich erst spät gecheckt. Dass ein gebildeter Haushalt einfach einem wahnsinnig viele Türen öffnet gar nicht mal durch Kontakte, dafür sind wir dann doch wieder zu sehr Ausländer, wirklich einfach durch das Selbstverständnis und das Gefühl: Mir steht diese Welt zu. Wenn mich irgendjemand so behandelt, als hätte ich hier keinen Platz in der Gesellschaft, dann ist das deren Problem und nicht meins.

Im Sommer ist Ihr erstes Buch erschienen. Es erzählt die Geschichte türkischer Kommunist:innen, die infolge des Militärputsches in den 80ern nach Deutschland geflohen sind. Der Roman beginnt 2013, als Nilay, die in Berlin aufgewachsene 16-jährige Tochter der Geflohenen, beschließt, nach Istanbul zu fliegen, um sich den Gezi-Park-Protesten anzuschließen. Wie viele Parallelen der Romanfigur zu Ihrer Person gibt es?

Sehr viele natürlich. Wir waren in -Istanbul bei einem Familienurlaub, da hab ich Gezi tatsächlich ein wenig mitbekommen. Ich wäre wahnsinnig gerne einfach dageblieben und hätte mich beteiligt. Man denkt ja mit 16, man hat sowieso alles verstanden und muss es nur noch in die Tat umsetzen. Was dann noch hinzukam, war bei mir in

Das politisiert dich natürlich Özge nan kommentiert in Social-Media-Kanälen erfolgreich das politische Geschehen aus linker Perspektive. Ein Gespräch über ihre....

meinem normalen Leben in Deutschland so ein fundamentales -Gefühl, irgendwie inadäquat zu sein. Ich habe damals gedacht, das läge daran, dass ich einen Migrationshintergrund habe. Später habe ich festgestellt, dass sich jeder in dem Alter so fühlt. Da kam dann Migrationsidentitätskrise und völlig normale pubertäre Identitätskrise zusammen, und ich dachte irgendwie, bestimmt wäre mein Leben viel geiler, wenn ich in der Türkei wäre.

Der größte Teil des Buchs erzählt die Geschichte von Nilays Eltern, ihrem politischen Aktivismus in der Türkei der 80er, der letztendlich zur Flucht nach Deutschland führt. Auch Ihr Vater war in der Türkei politisch aktiv, wie sehr hat Sie das zu Hause geprägt?

Sehr. Das ist der Grund, warum das Buch entstanden ist. Alle Geschichten darin sind Geschichten, die mir erzählt worden sind. Entweder, weil sie mein Vater oder Freunde selbst erlebt haben. Das war immer so eine Selbstverständlichkeit, so ein Wissensbestand, der in meinem Kopf existiert hat. Das prägt einen bis ins Mark.

Finden die Geschichten Ihrer Elterngeneration bislang zu wenig Beachtung?

Es gibt in der Kunst- und Kulturszene eine Lücke bezüglich der politischen Migration aus der Türkei nach Deutschland. Es gab in den 80er und 90er Jahren mehrere Tausend Einwanderer, die aus politischen Gründen vor dem Militärregime fliehen mussten. Doch wenn ich sage, dass meine Eltern studiert haben, sind die Leute immer überrascht, weil sie automatisch annehmen, dass meine Eltern als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind.

Waren Ihre Eltern auch in Deutschland noch politisch aktiv?

Beide sind sehr politische Menschen bis heute. Meine Mutter in ganz verschiedenen Kontexten, zum Beispiel hat sie viel im türkischen Frauenverein gemacht. Sie kam im Jahr 1974 das heißt, dass sie in den 80ern und 90ern, in der es die Migrationswelle gab, schon erwachsen war; sie hat dann viel mit denen gearbeitet. Meine Mutter ist Psychologin und hat vorher als Sozialarbeiterin gearbeitet, das hat natürlich auch immer einen -politischen Touch. Mein Vater war in der Antifa im Prenzlauer Berg, als er hier -ankam.

Das Buch beschreibt das Ankommen der beiden Prot-ago-nis-t:in-nen nach ihrer Flucht nach Deutschland. Interessant ist die Rolle Hülyas: Von einer emanzipierten, selbständigen Frau, die in Izmir Medizin studiert, wird sie durch die Flucht und die ungeplante Schwangerschaft in Deutschland wieder in eine traditionelle Geschlechterrolle gedrängt. Welche Auswirkungen hatte die Flucht für Frauen?

Es war eine krasse Deklassierung und Degradierung für diese Frauen. In der Heimat waren sie sehr engagiert und sehr laut, waren eingebunden in bestimmte Strukturen. Sie haben die Gesellschaft aus einer Anspruchshaltung heraus mitgestaltet. Und dann kommen sie in ein fremdes Land, das Studium ist nichts mehr wert, teilweise auch der Schulabschluss nicht. Sie haben keine Sprache mehr, keine Wirkmächtigkeit und keinen politischen Kontext. Für Hülya ist es ein doppelter Autonomieverlust, weil sie auch Mutter wird und sich dann in einem Land vorfindet, mit dem sie nichts am Hut hat. Es war mir auch sehr wichtig, dass dieser Knick, der da in ihrer Biografie entsteht, nie wieder so richtig glattgebügelt wird. Sie bleibt eben bis zum Ende davon geprägt und wird nie Ärztin, die sie eigentlich werden wollte.

Mit welchen Widerständen sehen Sie sich aktuell als junge Frau mit Migrationshintergrund konfrontiert?

Um ehrlich zu sein, was mich in meinem Job als Journalistin gerade eher -zurückhält, ist mehr das Jungsein als das Frau- oder Migrantinsein. Gerade was meine Expertise bei juristischen Themen -angeht. Ich habe Jura studiert und eine sehr gute Note in meinem Examen geschrieben aber trotzdem erlebe ich im beruflichen Kontext, dass meine Haltung eher als Meinung wahr-genommen wird und nicht als etwas, was eine Juristin beizutragen hat. Inwiefern es jetzt damit zusammenhängt, dass ich eine Frau oder das ich Türkin bin, weiß ich nicht. Müsste ich mal ausprobieren, dass als Jonas von mir zu geben (lacht).

Eine der ersten Szenen ist, wie Hülya im deutschen Winter auf eine Polizeiwache geladen ist und beschreibt, wie fremd sie sich in Deutschland fühlt. Wie hat sich diese Fremdheit in Ihrer Elterngeneration entwickelt?



Das politisiert dich natürlich Özge nan kommentiert in Social-Media-Kanälen erfolgreich das politische Geschehen aus linker Perspektive. Ein Gespräch über ihre....

Das ist eine gute Frage. Ich weiß nicht, ob man so richtig ankommen kann, wenn man unter diesen Umständen seine Heimat verlassen muss. Die sind relativ unsentimental damit umgegangen, weil sie einfach Besseres zu tun hatten, als sich selbst dafür zu bemitleiden, dass sie in der Fremde sind. Sie hatten in der Regel kleine Kinder, mussten Bürokratie regeln, mussten gucken, dass sie eingebürgert und nicht abgeschoben werden. Klar hat man dann weniger Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, ob man sich jetzt fremd fühlt. Aber die ganz praktischen Hürden haben einfach abgefickt und das prägt sich natürlich ein.

Inwiefern?

Im Roman zeige ich das am Beispiel Hülya. Sie klagt was und sie kann nicht einfach auf die Nachsicht und Menschlichkeit der deutschen Buchhändlerin hoffen. Gesetz ist Gesetz, und wenn sie stiehlt, wird sie dafür angezeigt. Für jemanden, der sein ganzes Leben in der Türkei verbracht hat, ist das schon eine ziemlich heftige Erfahrung, dass, wenn man zum Beispiel schwarzfährt als schwangere Frau und einen der Schaffner nicht einfach gehen lässt. Deutschland ist schon ein Land, das sozialstaatsmäßig besser ist als die meisten anderen, aber es gibt halt einfach kein Pardon. Daran muss man sich erst mal gewöhnen. Keiner von denen hat irgendwie Sonderrechte beantragt, aber die kannten das halt so. Ich würde schon sagen, über die Deutschen in dritter Person reden ist Standard, im guten wie im schlechten. Ich könnte nicht sagen, ob meine Eltern, wenn sie einen Satz mit die Deutschen anfangen, öfter etwas Negatives als Positives kommt. Vieles an der deutschen Gesellschaft finden sie auch gut.

Wie ist Ihre Beziehung zur Türkei?

Ich mach mir immer Sorgen, dass ich nur eine Postkartenversion von dem Land kenne. Aber ich glaube, ich habe schon eine ganz gute Vorstellung. Und emotional ist es auf jeden Fall eine krasse Verbindung. Das ist schwer zu beschreiben. Wenn ich so sage, ich fühle mich sehr verbunden mit der -Türkei und ich würde mich auch als Türkin -bezeichnen und nicht als Deutsch-türkin, dann sagen die Leute oft: Ach so, bist du da geboren? Irgendwo -geboren sein, aber dann mit einem anderen Land so eng verbunden sein, dass man eher sagt, man kommt von da als von da, wo man geboren ist, das ist etwas sehr Migrationsspezifisches. Das ist nicht so gut nachvollziehbar, wenn man Teil der Mehrheitsgesellschaft ist.

Gibt es abseits von Ihrem Elternhaus noch Dinge, die Sie politisiert haben?

Komischerweise die Fukushima--Katastrophe. Das war das erste Mal, dass ich regelmäßig von mir selber aus für eine Sache auf die Straße gegangen bin. Und nicht wie sonst: Jetzt ist Luxemburg-Liebknecht-Demo und jetzt gehen wir dahin. Das war schon fast immer so ein Familienfest (lacht). Ich hab auch schon voll spät gecheckt, dass es nicht normal ist, dass man mit seiner Familie alle paar Wochen auf eine Demo geht. Ich dachte, das machen alle. Die ersten Sachen, für die ich von mir aus -regelmäßig auf die Straße gegangen bin, waren Atomkraft und später Pegida. Als die angefangen haben, einmal die Woche am Hauptbahnhof zu marschieren, sind wir da Woche für -Woche mit meinen Freunden -hingepilgert.

Wie sieht es mit Feminismus aus?

Viele Frauen sagen ja, Frausein hat sie radikalisiert. Das würde ich auf jeden Fall unterschreiben. Diese Realisierung, die man als Mädchen mit 12, 13 Jahren hat: Okay, ich werde auf der Straße belästigt und das bleibt jetzt so, das ist jetzt mein Leben. Das politisiert dich natürlich.

Ich bin erst 2013 nach Berlin gezogen, da war der Ausverkauf der Stadt im vollen Gange. Sie sind darin quasi aufgewachsen. Wann haben Sie zum ersten Mal bewusst erlebt, was Gentrifizierung bedeutet?

Als wir umziehen mussten, das war schon heftig. Nur um mal die Zahlen ins Verhältnis zu rücken: Wir hatten eine Dreizimmerwohnung in Friedrichshain, riesengroß. Die Hausverwaltung hat die Miete erhöht auf etwas über 700 Euro. Das war für uns astronomisch hoch. Wir dachten: Seid ihr bescheuert? Das können wir nicht bezahlen. Dann sind wir in eine Vierzimmerwohnung in einen Plattenbau in Lichtenberg gezogen, für 511 Euro warm. Ich werde das

Das politisiert dich natürlich Özge nan kommentiert in Social-Media-Kanälen erfolgreich das politische Geschehen aus linker Perspektive. Ein Gespräch über ihre....

nie vergessen. Man konnte mal in dieser Stadt als vierköpfige Familie für 500 Euro 15 Minuten vom Alexanderplatz entfernt eine Wohnung finden. Das war 2009.

In dem Buch verlassen die Eltern -Nilays die Türkei, nachdem sie keine Zukunft mehr für sich in dem Land sehen. Die CDU regiert jetzt in -Berlin, und in Sachsen und Brandenburg hat die AfD bald vielleicht 35 Prozent. Was müsste passieren, damit Sie Berlin oder Deutschland verlassen?

Gar nicht mehr so viel (lacht). Ich würde sicher Deutschland verlassen, wenn die AfD an die Regierung kommt. Ich glaube, es geht sehr vielen so. Unter meinen migrantischen Freunden höre ich das immer wieder, dass sie sich zumindest schon mal abstrakt Gedanken machen: Könnte ich in meine Heimat zurück oder nach Kanada auswandern?

Und Berlin? Sie haben anlässlich des Draußensitzverbotes vor Spätis in Pankow getwittert: Die überlegen sich jede Woche, wie sie die Stadt noch ein -bisschen beschissener machen -können.

In Berlin ist Wohnen wirklich das Hauptproblem. Wir nähern uns ja Zuständen an, wo es völlig unmöglich wird, Wohnraum zu finden. Sagen wir, ich bin schwanger und würde zu diesem Zweck mit meinem Freund zusammenziehen, um das Kind aufzuziehen, da würde ich mich wirklich auch anderswo umgucken. Eine halbwegs bezahlbare Zweizimmerwohnung zu finden, die nicht am Arsch der Welt ist, ist vielleicht so unmöglich, dass wir überlegen, doch nach Leipzig zu ziehen.

Was bräuchte es noch außer guten Memes, um die deutsche Linke wieder nach vorne zu bringen?

Ich finde, jeder muss sich ein bisschen am Riemen reißen und sich klar werden, was hier auf dem Spiel steht. Wirklich anfangen, Haltung zu zeigen. Sei es im Job, in der Kneipe oder im Sportverein. Wenn wir das, was jetzt ist, so scheiße wie es sein mag, nicht verteidigen, dann kommt der Faschismus. Plain and simple. Ja, dann muss man auch mal die Zähne zusammenbeißen und sich vor eine bürgerliche Institution wie zum Beispiel der Bundeszentrale für politische Bildung stellen und sie verteidigen. Wir haben den Luxus nicht mehr, zu sagen: Die sind aber auch gegen uns Linksradike! Ja, die sind gegen uns, aber die sind halt auch gegen die Faschos. Und wenn die Frage ist: Liberaler bürgerlicher Staat oder fucking Faschismus dann sollte das eine sehr -einfache Entscheidung sein. Da braucht es Disziplin, politisch gesehen.

Betrachtet man die Repressionen, die Sie im Buch beschreiben, und die widrigen Bedingungen, unter denen die Menschen in der Türkei politische Arbeit geleistet haben, ist es nicht ein bisschen traurig, dass sich die Linkspartei in Deutschland auch ganz ohne Repression selbst zerlegt?

(lacht) Ja, voll. Ich hab nicht das Patentrezept, wie man die Partei wieder aufpäppelt. Wenn ich das hätte, wäre ich schon längst die neue Vorsitzende. Es ist wirklich ein Trauerspiel. Ich hoffe, ich komm damit nicht so rüber wie ein Arschloch, aber ich hatte durchaus den Moment, in dem ich dachte: Selber schuld, habt ihr auch verdient, ihr Pappnasen. Aber an dieser Partei hängen sauviele Gelder für antifaschistische Organisationen, für Jugendeinrichtungen und alles Mögliche. Da darf man nicht in einen Zynismus verfallen, auch wenn mir viele Sachen in der Partei nicht gefallen.

Es wird viel Tinte verschwendet, um zu erklären, wie die Generation Z tickt. Was macht für Sie die GenZ aus?

Ich würde sagen eine bestimmte Form von Galgenhumor. Eine bestimmte Art, die Sachen nicht richtig ernst zu nehmen, was bestimmt auch daran liegt, dass die meisten noch sehr jung sind. Ich gehöre mit 26 zu den ältesten Vertreterinnen der GenZ. Ich glaube, keine Generation hat mit 18, 19, 20 die Sachen so wahnsinnig ernst genommen.

Wie steht es mit der Arbeitsmoral? Den jungen Leuten wird ja immer nachgesagt, sie würden kaum noch arbeiten wollen und zu viele Ansprüche stellen.

Ich hoffe sehr, dass das wahr ist. Ich hab das mal recherchiert, aber empirisch gibt es dafür gar nicht so viele Belege. Dabei ist es eine Schweinerei, ein gesellschaftlich hingenommener Betrug, dass Arbeitgeber von einem

Das politisiert dich natürlich Özge nan kommentiert in Social-Media-Kanälen erfolgreich das politische Geschehen aus linker Perspektive. Ein Gespräch über ihre....

erwarten können, Überstunden zu machen. Das ist übrigens auch eine Antwort auf die Frage, was Linke machen sollten. Sich mal aufregen, auch über Sachen, die so normalisiert sind in der Gesellschaft. Ich denke oft, wenn es von Linken heißt: Oh ja, was hast du denn erwartet? Das ist doch der Grund, warum wir links sind. Dass wir nicht wollen, dass alles so bleibt und wir es schulterzuckend hinnehmen.

Ich hab voll spät gecheckt, dass es nicht normal ist, dass man mit der Familie alle paar Wochen auf eine Demo geht. Ich dachte, das machen alle

Özge nan

Die Person

Bekannt geworden ist die 26-Jährige mit scharfsinnigen wie witzigen Tweets, in denen sie das politische Geschehen aus linker Perspektive kommentiert. Ihr Account hat mittlerweile fast 80.000 Fol-lo-wer:innen. Während ihres Jura-Studiums schrieb nan erste Kolumnen für den Verein Mission Lifeline (Seenotrettung im Mittelmeer); es folgte die Mitarbeit beim ZDF Magazin Royal . Aktuell Redakteurin für die Wochenzeitung Der Freitag.

Das Buch

Natürlich kann man hier nicht leben erzählt die Migrationsgeschichte zweier türkischer Kom-mu-nis-t:in-nen aus Izmir, die im politisch repressiven Klima infolge des Militärputsches 1980 aufwachsen. Nach zahlreichen Versuchen, in ihrer Heimat politisch aktiv zu bleiben, sind sie gezwungen, nach Deutschland auszuwandern. Bei Piper erschienen; 240 Seiten, 24 Euro; E-Book 19,99 Euro. (wam)

**Load-Date:** October 27, 2023

**Gewalt habe oft viel mit prekären Lebensumständen und wenig mit Migration zu tun, so der Sozialpsychologe Andreas Zick zu den Exzessen in der Silvesternacht; Gewalt habe oft viel mit prekären Lebensumständen und wenig mit Migration zu tun, so der Sozialpsychologe Andreas Zick zu den Exzessen in der Silvesternacht**

taz, die tageszeitung

Freitag 06. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 1623 words

**Byline:** Sabine am Orde

**Highlight:** Gewalt habe oft viel mit prekären Lebensumständen und wenig mit Migration zu tun, so der Sozialpsychologe Andreas Zick zu den Exzessen in der Silvesternacht

## **Body**

---

Interview Sabine am Orde

taz: Herr Zick, in der Silvesternacht gab es zahlreiche Übergriffe auf Polizei und Rettungskräfte, die Rede ist von einer neuen Dimension der Gewalt. Sehen Sie das auch so?

Andreas Zick: Die neue Dimension gibt es bislang vor allem aus Sicht von Rettungskräften und der Polizei. Sie haben erlebt, wie zum Teil mit Vehemenz, zum Teil aus Raketenbatterien, feindseliger als zuvor auf sie geschossen wurde. Wir müssen natürlich abwarten, bis alle Fakten vorliegen. Aber neu erscheint mir schon, dass die Provokation und die Angriffe an Silvester so massiv und so gezielt in bestimmten Stadträumen erfolgt sind.

Sie meinen, in sogenannten sozialen Brennpunkten?

Ja, wir haben an Silvester eine Art Straßenkampf erlebt, die wir bisher nicht von Silvester kannten. Da spielen viele Faktoren eine Rolle. Es war das erste Silvester nach Corona, auch war in diesem Jahr besonders viel Feuerwerk im Spiel. Im Vorfeld war bereits klar, dass zum Beispiel in Berlin-Neukölln geballert werden soll, das hat viele Leute auch aus anderen Stadtteilen dorthin gezogen. Ich würde raten, alle beteiligten Gruppen in den Blick zu nehmen, durchaus auch Touristen. Gewalt-akteure sind dann besonders motiviert, wenn sie Aufmerksamkeit bekommen. Dann spielen Alkohol und andere Drogen natürlich eine Rolle. Oft hat die Gewalt bei solchen Ausbrüchen kein klares Ziel, Leute ziehen durch die Gegend und machen Stress. Diese Gewalt wird, wie Jan Philipp Reemtsma mal gesagt hat, als Erlebnis, als pure Emotion erlebt. Aber Silvester gab es eben auch bei einigen Gruppen das klare Ziel: Die staatliche Ordnung wurde zurückgedrängt, Gruppen markieren einen Raum als ihren. Das steckt dann andere Gruppen an, die meinen, diese Gewalt wäre angesagt und sei ein Erlebnis.

Gewalt habe oft viel mit prekären Lebensumständen und wenig mit Migration zu tun, so der Sozialpsychologe Andreas Zick zu den Exzessen in der Silvesternacht Gew....

Und was heißt das?

Die Gewaltsituation ist geprägt vom Denken: Das ist unsere Straße, das ist unser Raum. Ein ähnliches Phänomen haben wir bei den Gewaltausbrüchen während Corona in Frankfurt und Stuttgart erlebt, auch auf den Coronaprotesten. Ganz heterogene Gruppen treffen sich, aber auf einmal gibt es diesen Identifikationspunkt: Wir sind hier gemeinsam in unserem Raum und lassen keine Ordnungskräfte zu. In anderen Ländern war das ausgeprägter als in Deutschland, man denke zum Beispiel an die Neighbourhood-Riots in Großbritannien in den 1980er Jahren. An Silvester wird geböllert, es wird eng, ist stressig, dann werden die ersten Raketen auf die Polizei geschossen. Das wird vor Ort als harmlos wahrgenommen. Es braucht eine Gruppe oder Person, die die Norm bricht, eine vermeintlich feindliche Gruppe angreift, dann wird Gewalt zur Norm. Wenn der Impuls dazukommt: Das ist unser Raum, da haben andere nichts zu suchen, und Zuschauer nicht eingreifen, sondern sogar applaudieren, dann kann es eskalieren.

Die Polizei taugt für manche zum Feindbild, aber warum werden Feuerwehr und Rettungskräfte angegriffen?

Sie werden nicht als Helfer, sondern als Staatsmacht gesehen und in einen Topf mit der Polizei geworfen. Das Rettungsdienste als Störenfriede erlebt werden, ist übrigens kein neues Phänomen. Das kann man auch bei Großkonzerten erleben, wenn ein Rettungswagen im Blick steht oder wenn auf der Autobahn eine Rettungsgasse gebildet werden soll oder Gaffer weggeschickt werden. Wir diskutieren die unterschiedlichsten Formen der Gewalt gegen Rettungsdienste, Polizei, Ordnungskräfte seit Jahren. Im Übrigen werden ja auch Jour-na-lis-t\*in-nen und Kom-mu-nal-po-li-ti-ke-r\*in-nen vermehrt angegriffen.

Wie erklären Sie das?

Vorurteilsbasierte Hasstaten haben in der Gesellschaft generell zugenommen und auch die Akzeptanz, mit Aggression und Gewalt Ziele durchzusetzen. Das ist nicht nur rein rechtsextrem oder rechtspopulistisch, im Zuge der Coronaproteste haben Angriffe zum Beispiel auf die Polizei zugenommen. Die Berliner Polizei hat entsprechende Zahlen veröffentlicht. Dazu kommt, dass es weniger Zivilcourage gibt, also hilfreiches Verhalten in Gewaltsituationen, sowie neue Formen der Gewaltkommunikation und -verherrlichung. In Neukölln gab es ja zum Beispiel viele, die mit dem Handy fotografiert und gefilmt haben, die diesen Kampf mit der Polizei ganz belustigend fanden. Die gehören auch zum Gewaltszenario und müssen für eine umfassende Analyse mitgedacht werden.

Zu denen, die selbst gewalttätig waren: Woher kommt diese enorme Gewaltbereitschaft?

Nach allem, was wir bislang wissen, gibt es unterschiedliche Gruppen. Es gab Vermummte, die wahrscheinlich Silvester als Gelegenheit gesehen haben, den Kiez mit Feuerwerk aufzumischen. Dann gibt es die in Partylaune, sie haben Feuerwerk dabei, aber was auf den Plätzen stattfindet, reicht ihnen nicht. Sie lassen sich vielleicht anstecken. Da muss nur einer was zünden und dann sehen wir diese Kettenreaktion. Dann gab es Gruppen, die aus den Kiezen kommen, mit und ohne Migrationsgeschichte, aber mit einer gemeinsamen Identifikation als Gruppe. Wenn das Ganze dann noch gefilmt wird, haben wir auch eine Inszenierung dieser Gewalt. Das motiviert solche Gruppen zusätzlich.

Das ist noch keine Antwort auf die Frage, woher die Gewaltbereitschaft kommt. Wer sind die Täter? Es werden ja Kriterien wie jung, männlich, alkoholisiert genannt, dazu: wenig Bildung und oft aus Familien mit Migrationsgeschichte.

Diese Faktoren stimmen oft, aber man muss sie sich sehr genau anschauen und fragen, was sie bedeuten. Jung und männlich, das stimmt nach Angaben der Polizei und das weiß man auch aus der Forschung, aber es darauf zu reduzieren reicht nicht. Da spielen natürlich auch Rollenklischees eine Rolle: Männer knallen, das ist auch in vielen Familien so. Und natürlich wollen diese jungen Männer auch ihre Männlichkeitsvorstellungen inszenieren, sie genießen es, wenn sie dabei aufgenommen werden. In migrantischen Gruppen kann das wichtiger sein, aber nicht alle haben einen Migrationshintergrund, wir beobachten in der kriminologischen Forschung viel stärker heterogene Gruppen. Häufig geschieht es in Stadtteilen, die abgehängt oder prekär sind. Genau das wird mit Identität aufgeladen. Das hat aber eher wenig mit Migration und viel mehr mit Lebensverhältnissen und daraus

Gewalt habe oft viel mit prekären Lebensumständen und wenig mit Migration zu tun, so der Sozialpsychologe Andreas Zick zu den Exzessen in der Silvesternacht Gew....

entstehenden Identifikationen und Zugehörigkeitsgefühlen zu tun. Wenn die Lebensverhältnisse schlecht sind, dann ist diese Gewalt eine Gelegenheit, mal einflussreich, selbstbewusst und mächtig zu agieren.

In Berlin sind Polizei und Feuerwehr zum Teil vor der Gewalt zurückgewichen. Welche Folgen hat das?

Das ist einerseits natürlich fatal, weil die Erfahrung bleibt, dass man mit Gewalt die Staatsmacht in die Flucht schlagen kann. Deshalb rufen jetzt ja auch alle nach harter wie schneller Strafverfolgung. Aber man muss natürlich auch anschauen, warum Polizei und Rettungsdienste zurückgewichen sind. Sie haben ja nicht nur die Aufgabe, gegen Menschen vorzugehen, die mit Feuerwerk auf andere zielen, sie müssen auch die Situation sichern und jedem helfen und jeden schützen. Die Polizei wird dies aufarbeiten. Die Dienste vor Ort wissen, dass die Strafverfolgung und Aufrüstung mit Technik wie Bodycams nicht reicht, sondern ein umfassendes Gewaltpräventionskonzept her muss. Wichtig ist, was präventiv geschehen ist. Gab es im Vorfeld szenekundige Ansprachen? Gab es Versuche, den Raum anders zu organisieren? Es könnte aber sein, dass dieses Zurückweichen als Erfolg gewertet und die Silvesternacht künftig als Raumkampf inszeniert wird, wie das früher in Berlin beim 1. Mai der Fall war.

Innerhalb weniger Tage ist aus einer Böllerverbotsdebatte eine über Migration und Integration geworden. Ist das hilfreich?

Nein, im Gegenteil, das ist fatal, weil so nichts erklärt wird. Debatten über einfache Zugehörigkeiten und reines Durchgreifen und Bestrafen mögen in der politischen Debatte verständlich sein, aber Konzepte müssen am Ende greifen und Prävention stärken.

Aber es geht offensichtlich auch um Integrationsprobleme.

Ja, aber was meint hier Integration und welchen Einfluss hat unter Berücksichtigung aller anderen Einflussfaktoren die Migration? Schauen wir uns also junge Männer, migrantischer Hintergrund, abgehängte Stadtteile an. Das sind gleich drei soziale Kategorien Herkunft, soziale Lage, Geschlecht, die wir zur Erklärung heranziehen. Wie hängen die zusammen, wenn wir Gewalteskalationen in Gruppen erklären möchten? Es geht eher um die Lebensverhältnisse und die Räume, an denen sich auch junge migrantische Männer orientieren.

Wenn man sich diese nicht genau anschaut, macht man fatale Erklärungsfehler. Außerdem sind es meist Gruppentaten, und die Gruppen sind eben viel heterogener als die nationale Zugehörigkeit von jetzt festgestellten Täterinnen und Tätern. So wie die Opfer auch heterogen sind. Bei Polizei und Rettungsdiensten arbeiten ja auch Menschen mit Migrationshintergrund. In den Stadtteilen, in denen die Gewalt eskaliert, werden jetzt Menschen in Verdächtigungen hineingezogen. Diese voreiligen Diskussionen und einfachen Kausalerklärungen befördern eher die Bildung radikaler migrantischer Identitäten. Da wäre ich sehr vorsichtig.

Straßenkampf in Berlin

Aktion: Nach den Silvesterkrawallen sind nach Angaben der Berliner Polizei bisher 281 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Darunter 47 wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Tatverdächtigen hatten mindestens 18 verschiedene Staatsangehörigkeiten.

Reaktion: Innenministerin Nancy Faeser, SPD hat deutliche Konsequenzen für die Täter gefordert. Sie sieht ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden.

Andreas Zick ist Professor für Sozialisation und Konfliktforschung und leitet seit April 2013 das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld.

**Load-Date:** January 5, 2023

Gewalt habe oft viel mit prekären Lebensumständen und wenig mit Migration zu tun, so der Sozialpsychologe Andreas Zick zu den Exzessen in der Silvesternacht Gew....

---

End of Document

## Warum in Ahlhorn alle gegen die Geflüchtetenunterkunft sind; Andreas Speit Der rechte Rand

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26-27

**Length:** 695 words

**Byline:** Andreas Speit

### **Body**

---

Andreas Speit

Der rechte Rand

Die politische Allianz ist groß in der Region. Am vergangenen Samstag folgten dem Aufruf des Bürgervereins Ahlhorn rund 300 Demonstrierende. Die Botschaft aus dem Ortsteil der niedersächsischen Gemeinde Großenkneten war eindeutig: kein Erstaufnahmezentrum auf den früheren Fliegerhorst. Ein Ort am LIMIT! Es reicht! , stand auf Plakaten. Einhellig sprachen sich auf der Bühne der Bürgermeister Thorsten Schmidtke (SPD), die ehemalige Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen (CDU) und der Landtagsabgeordnete Harm Rykena (AfD) gegen die mögliche Unterkunft für Geflüchtete aus. SPD, CDU und AfD zusammen. Das ist nicht nur höchst fragwürdig, sondern gefährlich , sagt Jo-shua Walther von der Seebrücke Wildeshausen . Die AfD sei rechtsextrem , Rykena sei in Chemnitz mit Rechtsextremen marschiert, so Walther zur taz.

Der Bürgerverein möchte aber nicht als rechter Verein wahrgenommen werden. Seit über 60 Jahren setze der örtliche Zusammenschluss sich für ein schönes und lebenswertes Ahlhorn ein, heißt es auf der Website. Den Vorwurf des Rassismus weist Leiter Rolf Löschen bei der Kundgebung von sich. Die Gemeinde habe Menschen mit Migrationshintergrund immer offen aufgenommen, viele Freundschaften seien entstanden. Doch: Genug ist genug , zitiert ihn die Kreiszeitung. Der Verein und die lokale Politik sind besorgt über eine mögliche Überlastung der Gemeinde, die den sozialen Frieden stören könne. Eine Zahl über die Höhe des Migrationsanteils befeuert diese Sorgen: Über 70 Prozent der Menschen vor Ort sollen Mi-gran-t:in-nen sein.

Falsche Zahlen über Mi-gran-t:in-nen-an-teil

Diese Zahl stimme nicht, belegt Walther mit Verweis von Daten der Städtebauförderung. Von 54 Prozent müsse ausgegangen werden. Auf der Kundgebung ging Schmidtke auf diesen Zahlendisput ein. Der Bürgermeister führte aus, dass der Ausländeranteil nicht bei 70 läge, sondern bei 55 Prozent. Doch Spätaussiedler aus Russland sowie deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund, aber wenig Deutschkenntnissen, seien mit zu berücksichtigen. Die Bundesregierung müsse die Kommunen mehr unterstützen, sagte Grotelüschen. Rykena



## Warum in Ahlhorn alle gegen die Geflüchtetenunterkunft sind Andreas Speit Der rechte Rand

warnte, dass die Zusagen der Landesregierung, dass die Erstaufnahme 600 Menschen aufnehmen, nicht gehalten werde. Sein Auftritt, so Walther, löste keine Kritik aus.

In der Gemeinde im Landkreis Oldenburg besteht schon lange durch die Unterbringung von Erntehelfer:innen und Arbeits-mi-gran-t:in-nen aus der Europäischen Union eine besondere Situation. Viele der Arbeits-mi-gran-t:in-nen sind in der Ernährungsindustrie tätig, leben im Wohnpark Ahlhorn auf einem ehemaligen Bundeswehrgelände. Seit Sommer dieses Jahres versucht der Eigentümer, den Gebäudekomplex an die Landesregierung zu vermieten. Die dort noch lebenden Menschen sollen auf dem Gelände in Containern untergebracht werden.

In einer schon vor der Kundgebung beschlossenen Resolution weisen alle Ratsmitglieder der Gemeinde auf diese Idee hin und warnen, dass sie ein großes Konfliktpotenzial berge auch weil die Arbeits-mi-gran-t:in-nen für die schlechtere Unterbringung weiter zahlen müssen, die Geflüchteten aber keine Kosten tragen.

Im Rat sitzen CDU, SPD, FDP, AfD und Grüne. Die Zustimmung der Grünen, sagt ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Eduard -Hüfers der taz, erfolgte aus einer antikapitalistischen Position. Der Besitzer will noch mehr Geld mit dem Gelände einnehmen. Die Ärmsten der Ärmsten beute er aus und spiele sie gegeneinander aus, deutet Hüfers an. Die Kundgebung hätten die Grünen aber nicht unterstützt. Die Zustimmung der AfD sei nicht zu vermeiden gewesen: Wir können sie ja nicht rausschicken.

Die Situation ist für Walther nicht hinnehmbar: Ich unterstelle, dass es sich bei der Resolution um die erste Kooperation der im Gemeinderat Großenknetens vertretenen, demokratisch agierenden Parteien in Niedersachsen mit der AfD handelt , sagt er. Das müsse Konsequenzen haben, ebenso der gemeinsame Auftritt mit der AfD auf der Kundgebung, fordert er vom Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden Stephan Weil.

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

**Load-Date:** December 6, 2023

## Leicht gebesserte Zustände; Ab Mittwoch kümmert sich ein freier Träger um nicht registrierte Flüchtlinge in Reinickendorf

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 556 words

**Byline:** Marina Mai

**Highlight:** Ab Mittwoch kümmert sich ein freier Träger um nicht registrierte Flüchtlinge in Reinickendorf

### Body

---

Von Marina Mai

Nach einer starken Zunahme der Zahl neu ankommender **Asylbewerber** nach Berlin im vergangenen Jahr geht deren Zahl im Januar deutlich zurück. Während bis November 2022 täglich bis zu 150 **Asylbewerber** neu nach Berlin kamen, sind es im Januar nach Angaben des Landesamtes für **Flüchtlingsangelegenheiten** (LAF) nur 60 bis 70. Das führt dazu, dass das LAF mit der Registrierung neu ankommender **Flüchtlinge** deutlich vorankommt und Neuankömmlinge nicht mehr bis zu sechs Wochen zum Nichtstun verdammt sind, weil sie auf die Registrierung warten. Aktuell sind 500 neu ankommende **Asylbewerber** nicht registriert und werden auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik oder auf dem Flughafengelände in Tegel untergebracht. Am 22. 12. waren es noch 1.700. Gleichzeitig konnte das LAF die Registrierungskapazitäten hochfahren, weil neue Mitarbeiter eingearbeitet wurden.

Ab 1. Februar kümmert sich nach Angaben des LAF der freie Träger Tamaja um nicht registrierte Flüchtlinge auf dem Klinikgelände in Reinickendorf. Ein Novum: Er wird auch mit Sozialarbeitern arbeiten. Bisher gab es für diese Gruppe keine Sozialarbeiter, sodass die Neuankömmlinge über Wochen keine Ansprechpartner für ihre Fragen hatten. Sie konnten sich nur an Security-Mitarbeiter wenden, die aber für Fragen rund um das Asylverfahren oder für medizinische Probleme nicht ausgebildet und oft auch nicht ansprechbar sind. Das führte beispielsweise dazu, dass sich, wie die taz recherchiert hatte, Anfang Januar ein Georgier eine Schnittwunde am Finger durch einen medizinisch nicht ausgebildeten Landsmann nähen ließ, denn er wusste keinen Weg, wie er ärztliche Hilfe finden könnte.

Laut amtlicher Statistik kamen 2022 etwa 16.000 Asylsuchende nach Berlin, 6.500 von ihnen wurden in andere Bundesländer umverteilt. Die meisten kamen aus Moldau, Syrien, Afghanistan, Georgien und der Türkei. Die große Gruppe aus Moldau ist allerdings eine Berliner Besonderheit, in anderen Bundesländern spielen Moldawier keine so große Rolle. Für den Januar gibt das LAF Syrien als häufigstes Herkunftsland für Asylbewerber an.

Leicht gebesserte Zustände Ab Mittwoch kümmert sich ein freier Träger um nicht registrierte Flüchtlinge in  
Reinickendorf

Nicht in der Statistik enthalten sind die Geflüchteten aus der Ukraine, die keinen Asylantrag zu stellen brauchen. Auch unter ihnen ging nach Angaben des LAF die Zahl der Neuankömmlinge im Januar zurück. Kamen im November 2022 täglich 100 UkrainerInnen neu nach Berlin, waren es im Januar nur halb so viele. Fast 2.000 UkrainerInnen warten allerdings auf dem Flughafen Tegel in miserablen Unterkünften noch auf ihre Verlegung in normale Flüchtlingsheime.

Die Gruppe Blind Spots, die mit Flüchtlingen auf der Balkanroute arbeitet, hatte Mitte Januar vor dem Verein Asyl in der Kirche in Berlin bereits einen Rückgang der Asylbewerberzahlen ab Januar prognostiziert. Grund ist, dass Kroatien im zweiten Halbjahr 2022 wegen des anvisierten Schengen-Beitritts auf seine gefürchteten Pushbacks verzichtet hatte, bei denen Flüchtlinge geschlagen wurden und sich nackt ausziehen musste, bevor sie illegal wieder aus der EU gebracht wurden. Blind Spots vermutet, dass Kroatien nach dem Schengen-Beitritt keine Rücksicht mehr auf schlechte Schlagzeilen nimmt und Geflüchtete erneut gewaltsam nach Serbien zurückschickt.

Bisher gab es für diese Gruppe keine Sozialarbeiter, sodass die Neuankömmlinge wochenlang keine Ansprech-partner für ihre Fragen hatten

**Load-Date:** January 30, 2023

---

End of Document

**Ohne Perspektive; In Tunesien eskaliert auf den Straßen Gewalt gegen Migrant:innen aus der Subsahara. Der Präsident versucht von der eigenen Schwäche und einer immer drängenderen Wirtschaftskrise im Land abzulenken. Vorerst hat er damit Erfolg**

taz, die tageszeitung

Freitag 10. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4-5

**Length:** 2575 words

**Byline:** Mirco Keilberth

**Highlight:** In Tunesien eskaliert auf den Straßen Gewalt gegen Mi-gran-t:in-nen aus der Subsahara. Der Präsident versucht von der eigenen Schwäche und einer immer drängenderen Wirtschaftskrise im Land abzulenken. Vorerst hat er damit Erfolg

## Body

---

Aus Tunis und Sfax Mirco Keilberth (Text und Fotos)

Die Worte des tunesischen Präsidenten Kais Saied vor dem Nationalen Sicherheitsrat, den er am 21. Februar einberufen hatte, waren scharf wie selten. Gewalt, Verbrechen und inakzeptable Handlungen würden von den in Tunesien lebenden Mi-gran-t:in-nen ausgehen. Horden illegaler **Migranten** aus afrikanischen Ländern sind auf dem Weg nach Tunesien, sagte der Präsident. Die vor dem Krieg aus Libyen fliehenden Menschen und westafrikanische Mi-gran-t:in-nen seien der Versuch fremder Mächte, die tunesische Identität und den Islam in der Region zu schwächen. Die wie versteinert schweigenden Ratsmitglieder wies er an, die illegale **Migration** umgehend zu stoppen und alle Mi-gran-t:in-nen ohne legalen Aufenthaltsstatus auszuweisen.

Das nordafrikanische Land war danach ein anderes. Mit seiner Rede hat Saied, der 2019 mit überwältigender Mehrheit ins Amt gewählt wurde, eine Welle der Gewalt gegen afrikanische Mi-gran-t:in-nen und Stu-den-t:in-nen aus Subsahara ausgelöst insbesondere in der Hauptstadt Tunis. Nach heftiger Kritik aus Westafrika und dem vorläufigen Rückzug internationaler Finanzinstitutionen ruderte Saied zwar zurück. Doch die Kampagne hatte bereits nachhaltig Schaden angerichtet. Noch immer trauen sich viele Menschen mit dunkler Hautfarbe nicht auf die Straße.

Vor allem in den Vororten Ariana und La Soukra fuhren Mannschaftstransporter der Polizei vor, um die im Zentrum von Tunis als Putzfrauen oder als Servicekräfte arbeitenden Mi-gran-t:in-nen aus Straßenbahnen und Bussen heraus zu verhaften. Nach zwei Tagen saßen bereits mehr als 3.000 Migranten in Abschiebehaft, viele davon mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung. Viele der Opfer leben bereits seit Jahren im Land, sie mieten Wohnungen und

Ohne Perspektive In Tunesien eskaliert auf den Straßen Gewalt gegen Migrant:innen aus der Subsahara. Der Präsident versucht von der eigenen Schwäche und einer i....

gehen einer geregelten Arbeit nach. Weil viele junge Tunesier ihr Heimatland verlassen, suchen tunesische Firmen, Restaurants oder Hotels nach Arbeitskräften im Billiglohnbereich.

Mi-gran-t:in-nen, die eine *cart de sejour*, also einen offiziellen Aufenthaltstitel oder eine Identitätskarte der Vereinten Nationen ergatterten konnten, wurde nach wenigen Tagen wieder freigelassen. Es sind meist Studenten oder Geschäftsleute aus Guinea, von der Elfenbeinküste oder aus Mali. Sie berichteten von Schlägen, unhygienischen Zuständen und Hunger in den Gefängnissen. Die tunesische Polizei hat wegen inzwischen überfüllter Gefängnisse die Verhaftungen beendet. Doch sind es Nachbarn, Jugendgangs und manchmal sogar Kinder, die ihren Frust über die aktuelle Wirtschaftskrise und die rapide steigenden Preise auf offener Straße an dunkelhäutigen Menschen auslassen.

Wir haben uns seit der Rede von Kais Saied nicht mehr auf die Straße getraut, sagt Eric Zewolo aus Liberia. Der 25-Jährige übernachtet seit einigen Tagen vor der Zentrale der Organisation für Migration (IOM) in Tunis. Wie die meisten der geschätzt 25.000 Mi-gran-t:in-nen in Tunesien hatte Zewolo nach dem 21. Februar zuerst seine Arbeit und dann seine Wohnung verloren.

Stets in der Dämmerung schlug er sich mit Freunden über mehrere Tage zu Fuß zum Gebäude der Vereinten Nationen durch. Viele Taxifahrer nahmen aus Angst vor behördlichen Strafen keine dunkelhäutigen Menschen mehr mit. In den sozialen Medien hatte zuvor eine amtliche Notiz die Runde gemacht, die an Straßenbahnhaltestellen angebracht worden war: Menschen ohne *carte de sejour*, die bereits länger als drei Monate im Land sind, dürften nicht mehr mitgenommen werden, hieß es darauf.

Auch das Vermieten von Wohnungen an Papierlose, an Mi-gran-t:in-nen ohne Aufenthaltsgenehmigung, ist nun strafbar. Zewolo und mehrere Hundert aus ihren Wohnungen geworfene Mi-gran-t:in-nen leben bei nächtlichen Temperaturen von 10 Grad in Zelten. Schwangere Frauen dürfen die Toiletten des von hohen Metallgittern geschützten Bereichs im Büroviertel Lac1 nutzen. Tunesische und internationale Freiwillige haben eine spontane Hilfsaktion gestartet, die diejenigen mit Lebensmitteln versorgt, die sich noch in ihren Wohnungen verstecken. Auch Mietzahlungen übernehmen die Freiwilligen.

Wie es weitergehen soll, wissen offenbar weder die Behörden noch die Betroffenen. Viele Mi-gran-t:in-nen scheuen die gefährliche Überfahrt mit Schmugglerbooten nach Italien und möchten eigentlich in Tunesien bleiben. Aber selbst vor dem Gebäude der Vereinten Nationen fühlen wir uns nicht mehr sicher, sagt Zewolo. In mehreren Nächten sind Unbekannte vorbeigekommen und haben uns beschimpft.

Die Afrikanische Union und mehrere Regierungen Westafrikas reagieren empört auf die Behandlung ihrer Bürger:innen. Der Botschafter der Elfenbeinküste sah aufgrund mehrerer schwerverletzter Landsleute die Lage als so ernst an, dass er eine Passagiermaschine charterte. Am Montag wurden die ersten freiwilligen Rückkehrer nach Abidjan, einer Großstadt im Südwesten der Elfenbeinküste, ausgeflogen.

Auch tunesische Menschenrechtsorganisationen fordern ein Ende der Gewalt und kritisieren Saied dafür, mit seiner Rede die vorhandenen Vorurteile in Nordafrika gegen Menschen aus der Subsahara in gewaltsamen Hass verwandelt zu haben. Auf der Flaniermeile Avenue du Bourguiba demonstrierten am Wochenende über 1.000 Menschen für die Solidarität mit den afrikanischen Schwestern und Brüdern. Auch die größte Gewerkschaft im Land, die UGGT brachte mehrere tausend An-hän-ge-r:in-nen auf die Straße, die den Rücktritt des Präsidenten forderten.

Zwei Wochen nach dieser selbst für die krisengewohnten Tu-ne-sie-r:in-nen überraschenden Eskalation steht Kais Saied im Präsidentenpalast bei einem offiziellen Termin neben seinem Kollegen aus Guinea. Offenbar wollte Omar Sissoko Embalo wissen, was es mit dem großen Bevölkerungsaustausch auf sich hat, der in tunesischen Medien aus dem Umfeld des Präsidenten verbreitet wird.

Sichtlich um Beschwichtigung bemüht, propagiert der als konservativer Nationalist bekannte Saied die Brüderlichkeit zu den Ländern Subsahara-Afrikas. Jeder, der legal im Land sei, könne bleiben, so Saied die ganze

Ohne Perspektive In Tunesien eskaliert auf den Straßen Gewalt gegen Migrant:innen aus der Subsahara. Der Präsident versucht von der eigenen Schwäche und einer i....

Aufregung sei sowieso nur ein Missverständnis. Allerdings spricht er bei diesem Auftritt ständig von Afrikanern , wenn er die Mi-gran-t:in-nen aus Subsahara meint.

Sichtlich erbost sagt Embalo daraufhin: Auch Sie sind Afrikaner, selbst wenn sie helle Haut haben. An einem Flughafen in Madrid oder Frankreich werden wir beide als Afrikaner identisch behandelt werden. Der Ton zwischen den beiden bleibt diplomatisch, eine Lösung für die Migration nach Norden haben beide nicht.

Oft ist es die tunesische Bürokratie, die es vielen Mi-gran-t:in-nen unmöglich macht, einen offiziellen Status zu erlangen. Alle legal im Land lebenden Afrikaner seien willkommen, so der Präsident und bietet immerhin vereinfachte Regularien für westafrikanische Stu-den-t:in-nen an, die wichtig sind für die vielen neu entstandenen, privaten Universitäten in Tunis und in der Hafenstadt Sfax.

Kais überraschenden Antimigrationskurs hatte die bisher unbekannte Nationale Partei Tunesiens, ein Projekt im Wesentlichen von drei konservativen Aktivisten, medial vorbereitet. Viele Tu-ne-sie-r:in-nen hörten zunächst nicht richtig hin: Sie werteten die Kampagne der Nationalen als populistisches Ablenkungsmanöver von der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise im Land. Doch mit Saieds Rede wurde dieses Thema allabendlich in allen Talkshows diskutiert.

Gegen die Wirtschaftskrise findet der Präsident indes kein Mittel. In Wutreden wettert er gegen die grassierende Korruption, konkrete Reformen blieben bisher aus. Die von Saied eigenmächtig eingesetzte Regierung von Premier Najla Bouden versucht mit einem Kredit des Internationalen Währungsfonds die mittlerweile stark gefährdete Zahlungsfähigkeit Tunesiens zu retten.

Doch statt Reformen und die vom IWF geforderte Einigkeit mit Gewerkschaften, Parteien und Arbeitgeberverband voranzubringen, begann Saied eine Verhaftungswelle gegen Rechtsanwälte, Richter und die moderate Islamistenpartei Ennahda. Die Empörung darüber ist nun seit Beginn der Verhaftungswelle gegen Mi-gran-t:in-nen verstummt. In ärmeren Vororten von Tunis oder Sfax, wo junge Tu-ne-sie-r:in-nen die Mi-gran-t:in-nen als Konkurrenz im Kampf um Jobs begreifen, erntet Saied für das harte Durchgreifen gegen die angeblich durch die Mi-gran-t:in-nen gestiegene Kriminalitätsrate Beifall.

International könnte der Kurs das einzige tatsächlich demokratisch regierte und freie Land der Region isolieren. Am Montag legte die Weltbank ihre Verhandlungen mit Tunesien vorerst auf Eis. Ein dringend benötigter Kredit des Internationalen Währungsfonds verzögert sich möglicherweise. Saied entließ am Mittwoch sämtliche vor zwei Jahren gewählten Bürgermeister und Gemeindevertretungen und will sie durch von ihm bestimmte Kommissionen ersetzen.

La Soukra, der migrantisch geprägte Vorort von Tunis: Wenn Christine Bela in der Straßenbahn sitzt, schaut sie am liebsten stur geradeaus. Die 32-jährige Friseurin aus der Elfenbeinküste fährt an sechs Tagen in der Woche von La Soukra in das Zentrum von Tunis. In den stets überfüllten Waggonen ist die Stimmung oft zum Zerreißen gespannt. Den Ärger vieler Tunesier über die jede Woche steigenden Preise und die sinkenden Löhne bekomme ich als Frau mit dunkler Hautfarbe in Form von Rassismus direkt zu spüren , sagt sie. Kritische Blicke oder verächtliche Bemerkungen hätten in den vier Jahren, die sie nun in Tunesien lebe, stark zugenommen.

Bela ist eine von mehr als 10.000 Menschen aus Westafrika, die mittlerweile nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen in Tunis leben. Nur wenige von ihnen besitzen einen legalen Aufenthaltsstatus, haben einen Arbeitsvertrag oder eine Krankenversicherung. Bela ist eine sans papier , eine Arbeitsmigrantin, die in keiner Statistik des tunesischen Staates auftaucht und die keine Rechte hat.

Zusammen mit ihrem Freund François und dem gemeinsamen Sohn Prince wohnt die zierliche Frau in einer Zweizimmerwohnung. Während sich François als Spezialist für die Wartung von Klimaanlage durchschlägt, arbeitet Christine als Putzfrau und Kindermädchen bei einer tunesischen Familie. Von ihren umgerechnet rund 400 Euro Monatseinkommen kann sich das Paar sogar einen Kindergartenplatz leisten.

Ohne Perspektive In Tunesien eskaliert auf den Straßen Gewalt gegen Migrant:innen aus der Subsahara. Der Präsident versucht von der eigenen Schwäche und einer i....

Hätten wir eine offizielle Arbeitserlaubnis, könnte ich ruhig schlafen. Erst einmal denke ich aber nur an den Flug nach Abidjan im übernächsten Jahr, sagt Bela. Denn in der Elfenbeinküste hat sie ihre 16-jährige Tochter Stella und zwei Söhne zurückgelassen. Nachdem ihr Mann an Nierenversagen gestorben war, konnte sie ihre Kinder als alleinerziehende Mutter nicht mehr ernähren. Mit meinem Restaurant habe ich wegen der Wirtschaftskrise in Westafrika zuletzt kaum mehr als 100 Euro im Monat verdient.

In ihrer Heimat Elfenbeinküste war Bela Friseurin und Köchin. Nach ihrer Flucht nach Tunis ist sie in den Augen des tunesischen Staats reduziert auf ihren Status: sans papiers.

Wenn Bela über ihr ehemaliges Mittagsrestaurant in Abidjan spricht, leuchten ihre Augen. Sie habe westafrikanische Gerichte gekocht und Kunden die Haare geschnitten, damit habe sie bis zum Tod ihres Mannes ein gutes Auskommen gehabt. Doch sich als Frau in einer patriarchalischen Gesellschaft allein durchzusetzen ist fast unmöglich, deshalb habe ich das Angebot meines Cousins schweren Herzens angenommen und kam nach Tunis.

Was zunächst wie das Hilfsangebot eines engen Verwandten aussah, entpuppte sich als Geschäftsmodell, das in ähnlicher Form mehrere zehntausende West-afri-ka-ne-r:in-nen wie Bela nach Nordafrika lockte. Denn nach Tunesien und Marokko ist die visafreie Einreise aus vielen afrikanischen Ländern möglich. Mein Cousin versprach, dass ich pro Monat mindestens 800 Euro verdienen und 500 Euro für die Ausbildung meiner Kinder in die Elfenbeinküste schicken könne, erzählt sie.

Nachdem sie die 3.000 Euro für das Flugticket aufgebracht hatte und eine Anstellung als Putzfrau bei einer Familie in Tunis sicher hatte, sei sie schweren Herzens losgeflogen, erzählt sie. Ihre Kinder brachte sie bei der Familie ihrer Schwester unter. Am Flughafen Tunis-Karthago habe sie ein Mann aus der Elfenbeinküste abgeholt, der gleich ihren Reisepass einkassiert habe. Der Schlepper hatte Belas Cousin wohl als seinen Vermittler angestellt und zahlt ihm bis heute eine Erfolgsprämie für jede ankommende Reisende. Den Lohn für Belas Arbeit strich er fast 18 Monate lang selbst ein, so berichtet sie selbst es.

Mir war klar, dass ich in den Fängen einer Schlepperorganisation landen würde, die überhöhte Vermittlungsgebühren einfordert, sagt Bela. Ich hätte aber nicht gedacht, wie eine Sklavin behandelt zu werden.

Nach Europa weiterreisen wolle sie dennoch nicht, sagt sie mit Tränen in den Augen. Im Dezember 2022 hatte ihre jüngste Cousine versucht, von der tunesischen Hafenstadt Sfax aus auf einem Fischerboot in das italienische Lampedusa zu gelangen. Über 60 Menschen aus Guinea, der Elfenbeinküste und Ghana waren an Bord des Schlauchboots, das von einem der Strände der 200 Kilometer südlich von Tunis gelegenen Hafenstadt ablegte.

Der Tag der Abreise sollte zu einem der schwärzesten Tage auf dem Mittelmeer in diesem Winter werden. Die Schmuggler an der libyschen und tunesischen Küste versuchten ihre Kunden noch vor dem angekündigten Wintersturm nach Lampedusa und Sizilien zu bringen. Doch der Wellengang war bereits so hoch, dass selbst die zwischen Italien und Tunis pendelnden Autofähren in den Häfen blieben. Christine Belas Cousine wurde als eine von mehr als 130 offiziell bekannt gewordenen Todesopfern an Land gespült. Das Schlauchboot war nur wenige Kilometer von der italienischen Küste entfernt gekentert.

In Sfax, rund 300 Kilometer südlich der Hauptstadt, sammeln sich unterdessen immer mehr Migrant:inn, die sich eine Rückreise in ihre Heimat nicht leisten können oder die noch hoffen, in Tunesien bleiben zu können. Birikhabosse Camera, ein drahtiger Mann aus Guinea, ist mit vielen Landsleuten in Kontakt, denen Tunis zu unsicher geworden ist. In Sfax funktioniert das Zusammenleben zwischen den vor dem Krieg im Tripolis geflohenen Libyern, Mi-gran-t:in-nen-ge-mein-den aus verschiedenen Ländern und ihren tunesischen Nachbarn besser, sagt er.

Zusammen mit dem tunesischen Aktivistin Omar Ben Amor versucht Camera, junge Leute aus fast zehn Ländern zusammenzubringen. Als Vermittler von westafrikanischen Fußballspielern an tunesische und europäische Clubs komme ich gut über die Runden, sagt Camera. Europa darf seine Probleme hier nicht abladen, sagt sein Kollege Ben Amor. Statt der geforderten Auffanglager in Tunesien brauche es eine Reform des Aufenthalts- und Asylrechts.

Ohne Perspektive In Tunesien eskaliert auf den Straßen Gewalt gegen Migrant:innen aus der Subsahara. Der Präsident versucht von der eigenen Schwäche und einer i....

Täglich treffen die beiden auf Migrant:innen, die sich einen Platz auf einem Boot nach Lampedusa sichern wollen, sagen sie. Weil jede Woche die man im Land ist, bisher zwar akzeptiert wird, aber eine Strafgebühr kostet, klagt Camera. Nach sechs Jahren in Sfax müsse er bei legaler Ausreise über 4.000 Euro zahlen, das sei mehr, als das Ticket für ein Boot nach Europa kostet, rechnet er vor. Bei ihren regelmäßigen Treffen auf einem Fußballplatz in Sfax informieren Ben Amor und Camera Jugendliche über die Rechtslage im Land.

Christine Bela ist nach den Treffen mit der taz vor wenigen Tagen in ihre Heimat zurückgeflogen. Ich habe gerne in Tunesien gelebt. Ich weiß nicht, was in die Leute gefahren ist, sagt sie. Wir teilen doch die gleichen Probleme.

Tunesische Menschen-rechtsorganisationen fordern ein Ende der Gewalt. Die Gefängnisse sind inzwischen überfüllt, die Zustände dort prekär

**Load-Date:** March 9, 2023

---

End of Document



## Bezirke mauern bei der Unterbringung; Es fehlt weiter an Unterkünften für Geflüchtete. Die Kapazitäten sind so gut wie ausgeschöpft. Eine dezentrale Unterbringung scheiterte bislang an den Bezirken. Das hat Folgen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 1242 words

**Byline:** Marina Mai

**Highlight:** Es fehlt weiter an Unterkünften für Geflüchtete. Die Kapazitäten sind so gut wie ausgeschöpft. Eine dezentrale Unterbringung scheiterte bislang an den Bezirken. Das hat Folgen

### Body

---

Von Marina Mai

Trotz gestiegener Kapazitäten fehlen Flüchtlingsunterkünfte in Berlin. Und der Mangel ist hausgemacht. Denn von den 12.000 Unterkünften, die laut Senatsbeschluss von 2018 in hochwertigen Flüchtlingsunterkünften, den sogenannten MUFs, geschaffen werden sollten, sind bis heute lediglich 9.700 entstanden. Für den Bau dieser MUFs hatte die damalige Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) die Bezirke verpflichtet, Grundstücke bereitzustellen.

Der grüne Abgeordnete Jian Omar bilanziert nun ernüchtert: Hätten wir tatsächlich den Bau der MUFs mit 12.000 Plätzen priorisiert, könnten wir in Berlin heute auf Massenunterkünfte wie in den früheren Flughäfen Tegel und Tempelhof verzichten und die Geflüchteten dezentral unterbringen.

Omars Meinung nach ist das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten LAF, das gerade seine kommissarische Präsidentin verloren hat und auch sonst personelle Engpässe hat, damit überfordert, gleichzeitig die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten zu organisieren und neue Objekte zu akquirieren.

Das LAF verfügt die Ankunftszentren im Flughafen Tegel sowie auf dem Klinikgelände in Reinickendorf ausgenommen über 31.600 Plätze in Erstaufnahme-, Gemeinschafts- und Notunterkünften. Das sind 10.000 Plätze mehr als vor Beginn des Ukrainekrieges. Diese Plätze sind nach Angaben des LAF zu 98 Prozent belegt. Eine 100-prozentige Belegung ist nicht möglich, weil zwischen Abreise eines alten Bewohners und Ankunft des neuen Zeit für Reinigung und eventuell auch Renovierungsarbeiten benötigt wird.

Rund 40 Prozent der BewohnerInnen von Flüchtlingsunterkünften sind allerdings weder AsylbewerberInnen noch UkrainerInnen, sondern anerkannte Asylberechtigte und Menschen mit einem Duldungsstatus. Sie dürften eine

Bezirke mauern bei der Unterbringung Es fehlt weiter an Unterkünften für Geflüchtete. Die Kapazitäten sind so gut wie ausgeschöpft. Eine dezentrale Unterbringung....

Wohnung beziehen, finden aber keine auf dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt. Die Bezirke, die eigentlich für ihre Unterbringung zuständig wären, haben nicht genug bezirkseigene Gemeinschaftsunterkünfte und unternehmen zu wenig, um diesen Menschen eine Wohnung oder angemessene Unterkunft zu vermitteln.

Das LAF bereitet nach Angaben seiner Sprecherin Monika Hebbinghaus gerade weitere Objekte als Flüchtlingsunterkünfte vor. Viele sind in der Umsetzungsphase, andere in Verhandlung oder Prüfung, sagt sie der taz.

Zusätzlich zu den regulären Asylunterkünften betreibt das LAF das wegen seiner schlechten Bedingungen stark kritisierte Ukraine-Ankunftszenrum im früheren Flughafen Tegel mit 4.500 Plätzen in Zelten oder engen Schlafkabinen ohne Privatsphäre. Davon sind derzeit 2.500 Plätze belegt. Weil Plätze in regulären Unterkünften fehlen, müssen die BewohnerInnen dort derzeit mehrere Monate ausharren. Das wird wegen der miesen Verhältnisse dort vom Flüchtlingsrat heftig kritisiert. Im ebenfalls zusätzlichen Ankunftszenrum für Asylbewerber in Reinickendorf, wo Geflüchtete während der Registrierungsphase nur wenige Tage lang wohnen, sind aktuell 800 von 1.300 Plätzen besetzt.

Manfred Nowak von der Arbeiterwohlfahrt, die in Berlin mehrere Asylheime betreibt, spricht gegenüber der taz von einem Druck des LAF auf Betreiber, die Belegung in vorhandenen Heimen zu verdichten. Wir lehnen das im Interesse unserer Bewohner ab. Denn dazu müssten wir Räume belegen, in denen Kinder spielen können oder andere Angebote für die beengt wohnenden Menschen stattfinden.

Weit besser sind die Wohnbedingungen in den MUFs. Hier verfügen Familien über eigene Sanitärräume und Küchen. Doch nicht jeder Bezirk hat dafür zwei Grundstücke zur Verfügung gestellt, obwohl sie von der damaligen Sozialsenatorin Breitenbach dazu verpflichtet wurden. Grund ist, dass sich an vielen Orten in Berlin die Bezirke gegen den Bau sperrten oder aber die Grundstückseigner die Grundstücke nicht freigeben. Ex-Senatorin Breitenbach sagt der taz, dass man da schon weiter sein könnte, wenn sich die Bezirke nicht gesperrt hätten.

Beispiel ist ein Parkhaus in der Triftstraße in Mitte. Laut Aussagen des grünen Abgeordneten Jian Omar benötigt die Technikhochschule, der das Grundstück gehört, dieses noch, solange sie nicht im Flughafengebäude in Tegel ihren Campus einrichten kann. Dorthin kann sie aber nicht ziehen, weil dort die Ukraine-Flüchtlinge wohnen. Omar: Ich befürchte zudem, dass der Bezirk Mitte die Verzögerung nutzt, um das MUF kleiner zu bauen, als vom Senat mit dem Bezirk vereinbart ist. Eigentlich sollen dort 300 Personen wohnen.

Ein weiteres Beispiel ist das Grundstück direkt neben der taz in der Friedrichstraße in Kreuzberg. Hier wollte der Senat auch eine MUF errichten. Doch nach Aussagen des LAF sieht der aktuelle Planungsstand des Bezirks nur noch eine komplexe Mischnutzung vor, die abstimmungsintensiv ist. Mit anderen Worten: Dort sollen zwar Flüchtlinge einziehen, aber nur wenige, und es sind weitere Nutzungen geplant. Die Planung zieht sich dadurch in die Länge.

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) will Bezirke finanziell belohnen, die besonders viele Geflüchtete unterbringen. Das seien derzeit die Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Lichtenberg. Den Vorschlag der Grünen, Hotels und Hostels zu nutzen, lehnt Wegner ab und setzt stattdessen weiterhin auf Großunterkünfte.

Laut Martina Mauer vom Flüchtlingsrat haben die Einhaltung von Qualitätsstandards in den Unterkünften und das Ziel, Flüchtlinge bei der Wohnungssuche zu unterstützen, beim LAF überhaupt keine Priorität mehr. Einziges Motto sei die Vermeidung von Obdachlosigkeit, sagt sie der taz.

Das will Monika -Hebbinghaus vom LAF so nicht stehen lassen. Selbstverständlich hat die Errichtung qualitätsgesicherter Unterkünfte nach wie vor hohe Priorität, sagt sie. Gerade weil wir unseren Anspruch an eine vernünftige Qualität hochhalten, sind neue Gebäude eben nicht ad hoc bezugsfertig. Daraus folge, dass Menschen in den Ankunftscentren länger auf einen Platz in einer anderen Unterkunft warten müssten.

Unter den Geflüchteten aus der Ukraine sind viele besonders schützenswerte Personen wie allein reisende Mütter, Schwangere und Wöchnerinnen, Menschen mit Behinderung sowie SeniorInnen mit Pflegebedarf. Das ist eine

Bezirke mauern bei der Unterbringung Es fehlt weiter an Unterkünften für Geflüchtete. Die Kapazitäten sind so gut wie ausgeschöpft. Eine dezentrale Unterbringung....

neue Erfahrung für das LAF, denn aus vielen anderen Regionen schaffen es Menschen mit solchen körperlichen Einschränkungen nicht, unter den widrigen Fluchtbedingungen, bis nach Berlin zu kommen. Die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen sei aktuell nicht einfach zu lösen, räumt der Senat auf Grünen-Anfrage ein. Nicht wenige werden im Ukraine-Ankunftszen-trum in enge Schlafkabinen ohne Privatsphäre gepfercht.

Mit mehr MUFs könnten wir auf Massenunterkünfte verzichten

Tegel bleibt Flüchtlingsquartier bis 2024

Teile des ehemaligen Flughafens Tegel sollen bis maximal Ende 2024 als Quartier für Flüchtlinge dienen. Danach sollen an dem Ort die Vorbereitungen für eine Nachnutzung im Zuge eines geplanten neuen Stadtquartiers beginnen. Darauf verständigte sich der Senat am Dienstag.

Konkret soll die Nutzung des Ankunftszen-trums für Geflüchtete aus der Ukraine im Terminal C bis mindestens Ende Juni 2024 vorbereitet werden. Eine letztmalige Verlängerungsoption soll dann bis 31. Dezember 2024 bestehen. Auch die Nutzung der Notunterkünfte in den Leichtbauhallen auf angrenzenden Flächen wurde verlängert.

Auf dem Gelände soll die Urban Tech Republic entstehen. Dabei handelt es sich um einen neuen Stadtteil mit Forschungs- und Industriestandorten und einem Wohnquartier. Die Nutzung des früheren Flughafens für Geflüchtete verzögert die Planungen für das Projekt. (dpa)

**Load-Date:** July 12, 2023

**Geflüchtete wollen nicht zweiter Klasse wohnen; Sie leben seit Jahren in Unterkünften ohne Privatsphäre: In Hamburg demonstrieren Geflüchtete für eine bessere Unterbringung und fordern mehr sozialen Wohnungsbau**

taz, die tageszeitung

Freitag 11. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26-27

**Length:** 710 words

**Byline:** Jonas Frankenreiter

**Highlight:** Sie leben seit Jahren in Unterkünften ohne Privatsphäre: In Hamburg demonstrieren Geflüchtete für eine bessere Unterbringung und fordern mehr sozialen Wohnungsbau

## Body

---

Von Jonas Frankenreiter

Rund 50 Geflüchtete und ihre Un-ter-stüt-ze-r\*in-nen haben am Mittwochnachmittag vor der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen im Stadtteil Wilhelmsburg mehr sozialen Wohnungsbau und eine bessere Unterbringung von Geflüchteten gefordert. Unter dem Tenor "Hamburg ich brauche eine Wohnung von dir" hatte die feministische Gruppe NINA – Frauen in Aktion e. V. (Nina) zu der Kundgebung aufgerufen.

Gerade kommt die Sonne heraus, als Ute Tschirner von Nina für einen Redebeitrag zum Mikrofon eilt. Hin und wieder bleiben Passanten stehen, die vom S-Bahnhof kommen. Die Demonstrierenden haben einen Brief an Senatorin Karen Pein (SPD) vorbereitet und wollen ihn diesen überreichen.

Warum sie nicht nur eine bessere Unterbringung Geflüchteter fordern, sondern auch generell mehr sozialen Wohnungsbau, erklärt Tschirner in ihrer Rede: Zum guten Leben gehöre auch eine gute Wohnsituation. Die Realität in Hamburg sehe jedoch anders aus. Viele hätten kaum Raum und keine Ruhe. Beim Wohnen gehe es immer auch um die Würde des Menschen.

Die Geflüchteten, die vor der Behörde demonstrieren, leben selbst in Turnhallen, Containern und anderen provisorischen Unterkünften. Im Brief an die Senatorin schreiben sie, dass einige von ihnen seit 3, 5, 8 oder sogar 12 Jahren in Unterkünften ohne Privatsphäre leben. Sie beklagen, dass es keinen Raum gebe zum Lernen und für ein Familienleben. Das sei vor allem für Kinder keine tragbare Situation und auch mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, schreiben sie.

Eine kurdische Irakerin erzählt während der Kundgebung, dass sie eine siebenköpfige Familie hat und schon seit 12 Jahren in einer Geflüchtetenunterkunft im Stadtteil Bergedorf lebt. Zur Kundgebung sei sie in der Hoffnung

Geflüchtete wollen nicht zweiter Klasse wohnen Sie leben seit Jahren in Unterkünften ohne Privatsphäre: In Hamburg demonstrieren Geflüchtete für eine bessere Un....

gekommen, ihre Situation verbessern zu können. Zwei andere Kurdinnen beklagen vor allem die Situation schwangerer Frauen. Beide erwarten ein Kind. Sie lebten schon jetzt auf sehr wenig Raum und hätten nur 200 Euro monatlich zur Verfügung.

Sadia aus Somalia erzählt, dass sie in einem Lager in Mecklenburg gelebt hat, bevor sie nach Hamburg zog und bei Nina aktiv wurde. Sie habe von der feministischen Gruppe gehört und erst gar nicht gewusst, wofür sie steht. Von den jungen Frauen, die helfen wollen, sei sie aber schnell überzeugt gewesen.

Die Gruppe geflüchteter, deutscher und migrantischer Frauen\* gibt es seit acht Jahren. Simone ist von Anfang an dabei. In Sachen Wohnungsfrage habe es seit der Gründung keine Besserung gegeben, sagt sie. Im Gegenteil: Unterm Strich gebe es heute weniger Sozialwohnungen. Bereits 2018 hätten sie Briefe an alle Abgeordneten im Rathaus geschrieben und mit Aktionen auf das Thema aufmerksam gemacht, erzählt sie. So wurde im April 2018 ein Zelt in der Größe eines Zimmers einer Geflüchtetenunterkunft am Rathaus aufgebaut und begehbar gemacht.

Die Bürgerschaftsfraktion der Linken unterstützt die Kundgebung. Deren flüchtlingspolitische Sprecherin Carola Ensslen betont in einer Stellungnahme den psychischen Druck, der mit der langjährigen Unterbringung in Massenunterkünften verbunden sei. Es handele sich um eine familien- und integrationsfeindliche Politik, so Ensslen. Erschwerend komme hinzu, dass der Bund Haushaltskürzungen für beratende, psychosoziale Zentren um 70 Prozent und die Migrationsberatung für Erwachsene um 30 Prozent kürzen möchte. Es müsse letztendlich lokal gegengesteuert werden.

Exemplarisch für die miserablen Zustände in Hamburg steht die Zentrale Erstaufnahme Rahlstedt (ZEA). Antirassistische Gruppen und Vereine kritisieren die Zustände dort seit Jahren und rufen auch dort regelmäßig zu Protestkundgebungen auf.

Unter anderem fordert das Bündnis, die Dauer der provisorische Unterbringung zu verkürzen. Maximal dürfe man Menschen in der ZEA drei Tage unterbringen. Dort gebe es keine Möglichkeit, selbst zu kochen, nur eine Kantine. Ein junger Mann aus Syrien lebe seit vier Monaten in der ZEA, teile sich ein 36 Quadratmeter großes Zimmer mit 16 anderen Erwachsenen. All dies führe zum Eindruck, es gebe Menschen zweiter Klasse, kritisiert das Bündnis. Das Leben in der ZEA bestehe vor allem aus Warten.

Auch auf der Kundgebung warteten die Geflüchteten, auf die Senatorin. Als sie den Brief schließlich überreichten, war sie jedoch außer Haus.

**Load-Date:** August 10, 2023

**Neonazis besetzen Flüchtlingsheim; Im Dresdner Stadtteil Torna sind Rechtsextreme auf das Dach eines Gebäudes geklettert, in dem ab November Asylbewerber untergebracht werden sollen**

taz, die tageszeitung

Montag 30. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 482 words

**Byline:** Michael Bartsch

**Highlight:** Im Dresdner Stadtteil Torna sind Rechtsextreme auf das Dach eines Gebäudes geklettert, in dem ab November **Asylbewerber** untergebracht werden sollen

## Body

---

Von Michael Bartsch, Dresden

Neonazis haben am frühen Samstagabend in Dresden ein Gebäude besetzt, in dem **Geflüchtete** untergebracht werden sollen. Dafür fanden sich laut Polizei mehrere Dutzend Personen aus dem rechten Spektrum spontan im Stadtteil Torna ein, unter ihnen auch Anhänger der rechtsextremen Kleinstpartei Freie Sachsen und der bekannte Neonazi Max Schreiber. Die Aktion könnte mit mehreren Demonstrationen von Querdenken, Reichsbürgern und den Freien Sachsen am Samstag in Dresden zusammenhängen, auf denen bereits für einen Marsch zum geplanten Heim geworben worden sein soll.

Als etwa 100 Polizeikräfte vor dem Gebäude eintrafen, hatte ein Großteil der Beteiligten den Ort bereits wieder verlassen. Mindestens drei Personen überstiegen jedoch den Zaun zum Gelände und drangen in das Gebäude ein. Zwei von ihnen besetzten bis zur Räumung durch ein Spezialeinsatzkommando gegen 22 Uhr das Dach des Gebäudes. Sie zündeten Pyrotechnik und brachten ein Banner an, auf dem stand: Kein Raum für Überfremdung Remigration. Beides sind gängige Schlagwörter der Rechten. Gegen einen 21- und einen 25-Jährigen ermittelt der Staatsschutz wegen Hausfriedensbruchs.

Sowohl ihre Vorgehensweise als auch ein kurzes Interview, das der Sender Sachsen Fernsehen mit den Männern auf dem Dach geführt hat, deuten darauf hin, dass es sich um Mitglieder der rechtsextremen Identitären Bewegung und ihrem Ableger Sachsengarde handelt. Wir wollten bloß ein friedliches symbolisches Zeichen setzen und das Ganze verzögern, damit hier niemand reinkommt, erklärte einer von ihnen. Man wolle zeigen, dass Widerstand wichtig ist.

Neonazis besetzen Flüchtlingsheim Im Dresdner Stadtteil Torna sind Rechtsextreme auf das Dach eines Gebäudes geklettert, in dem ab November Asylbewerber unterge....

Sie hätten eigentlich bis zum 1. November auf dem Dach ausharren wollen. Die Polizei fand entsprechende Ausrüstung. An diesem Tag will die Stadtverwaltung hier 48 Asylbewerber unterbringen. Ursprünglich sollte in dem Gebäude am Stadtrand ein Bordell entstehen.

Die Besetzung reiht sich ein in die vielen rassistischen Demonstrationen und Übergriffe in Dresden, das von Pegida und anderen rechten Kräften gern als Hauptstadt der Bewegung tituliert wird. Bereits Ende September war das Gebäude einer ehemaligen Mittelschule im nördlichen Stadtteil Klotzsche angegriffen worden, in dem ab dem kommenden Jahr Asylbewerber untergebracht werden sollten. Unbekannte hatten brennbare Flüssigkeit an die Außenwände geschüttet und eine Zündschnur ausgelegt. Diese erlosch jedoch auf halbem Wege.

Bei einer Demonstration der Freien Sachsen vor einer Woche war der nun auch in Torna beteiligte Max Schreiber als Hetzredner aufgetreten. Etwa 300 Teilnehmer waren dann zur nahegelegenen Wohnung des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) gezogen und hatten Kretschmer muss weg! gerufen.

Allerdings fand am 22. Oktober auch eine Gegendemonstration statt. 65 Flüchtlinge bei 21.000 Einwohnern ich denke, das verkraftet unser Stadtteil , sagte Anmelderin Rita Kunert.

**Load-Date:** October 29, 2023

**Das tote Flüchtlingskind, das nur vielleicht existierte; Der Spiegel gesteht im Fall Maria Fehler ein. Seine Geschichte über das angeblich an der türkisch-griechischen Grenze verstorbene Mädchen kann das Magazin nicht belegen**

taz, die tageszeitung

Dienstag 03. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEDIEN; S. 18

**Length:** 797 words

**Byline:** Volkan A ar

**Highlight:** Der Spiegel gesteht im Fall Maria Fehler ein. Seine Geschichte über das angeblich an der türkisch-griechischen Grenze verstorbene Mädchen kann das Magazin nicht belegen

## Body

---

Von Volkan A ar

Nach erheblichen Zweifeln an einigen seiner Berichte aus dem griechisch-türkischen Grenzgebiet hat der Spiegel Fehler eingestanden. Zu seiner Berichterstattung über **Geflüchtete** in der Region hat das Wochenmagazin eine Nachrecherche veröffentlicht. Ernsthafte Zweifel bleiben demnach unter anderem an der Richtigkeit einer Geschichte über den Tod eines syrischen Mädchens namens Maria .

Der Spiegel sah in dem Kind eine Symbolfigur für das Leiden der **Geflüchteten** an den EU-Außengrenzen und stellte dies in seiner Berichterstattung entsprechend dar , heißt es in einem nun veröffentlichten Bericht zur Nachrecherche. Dieser ist aus einer internen Prüfung hervorgegangen. Dass das Mädchen Maria existiert hat, kann darin erneut nicht belegt werden.

Im Sommer 2022 wurden im Spiegel drei Beiträge und ein Pod-cast über eine Gruppe von Geflüchteten veröffentlicht, die auf dem Weg nach Griechenland am Grenzfluss Evros nicht weiterkam. Die griechische Regierung helfe der Gruppe nicht, obwohl sie hierzu verpflichtet sei, hieß es darin. Die Rede war auch vom Tod eines fünfjährigen Mädchens.

Daraufhin begann eine Debatte über den Wahrheitsgehalt der Spiegel-Berichterstattung, vor allem in Griechenland. Der griechische Migrationsminister Notis Mitarachi soll sich sogar mit einem Brief an die Chefredaktion des Hamburger Magazins gewandt haben. Der Spiegel nahm die betreffenden Texte von der Website mit dem Vermerk, dass die Berichte geprüft und gegebenenfalls in korrigierter Form veröffentlicht würden.



Das tote Flüchtlingskind, das nur vielleicht existierte Der Spiegel gesteht im Fall Maria Fehler ein. Seine Geschichte über das angeblich an der türkisch-gr....

Nun schreibt das Magazin, es sei nach erneuter Prüfung zum Schluss gekommen, dass es die Beiträge zu dem angeblich gestorbenen Flüchtlingskind Maria nicht mehr online stellen werde, auch nicht in überarbeiteter Form. Die Begründung: Zu vieles darin müsste korrigiert werden.

In dem am Abend des 30. Dezember veröffentlichten Bericht heißt es, dass ein Team von Spiegel-Journalisten noch einmal in die Recherche eingestiegen sei. Die Ombudsstelle des Magazins habe interne Dokumente, Videos und Fotos mit Metadaten, Chatprotokolle, E-Mails, Audiodateien, Satellitenaufnahmen und andere Unterlagen ausgewertet, mit vielen Beteiligten gesprochen und sei zu dem Schluss gekommen, dass das Magazin tatsächlich Fehler gemacht habe.

Die Spiegel-Beiträge erwecken den Eindruck, die Flüchtlingsgruppe sei fast einen Monat lang immer wieder auf derselben griechischen Insel gestrandet, steht im aktuellen Bericht. Doch: Weder waren die Migranten immer auf derselben Insel, noch waren sie immer auf griechischem Boden. Tatsächlich lässt sich nur für wenige Tage belegen, wo sich die Geflüchteten genau aufhielten. Auch die Existenz des angeblich toten Mädchens Maria konnte der Spiegel nach erneuter Recherche nicht zweifelsfrei belegen. Mitarbeiter des Magazins hätten sich dafür in Griechenland mit den angeblichen Eltern des Mädchens getroffen. Diese hätten sich aber nicht mehr genau erinnern können, wo das Kind begraben sei, und hätten auch keine Fotos vorweisen können, die die Existenz des Mädchens belegen.

Ein entscheidender Fehler in der Berichterstattung über das angeblich tote Mädchen ist offenbar in der Hamburger Redaktion des Spiegel geschehen. Ein Spiegel-Mitarbeiter habe einen auf Englisch verfassten Bericht geschickt. Um vor anderen Medien über den Fall berichten zu können, soll der Artikel schnell online veröffentlicht werden, heißt es in dem aktuellen Spiegel-Bericht. Ein Mitglied der Auslandsredaktion, der als Co-Autor über dem Artikel steht, habe den Beitrag übersetzt, redigiert und ergänzt. Während in der englischen Version an mehreren Stellen vorsichtig im Konjunktiv über den Tod des Kindes berichtet worden sei *She is reported dead and the group says, Maria died*, sei bei der redaktionellen Überarbeitung in Hamburg aus dieser mutmaßlichen, nicht endgültig belegten Information eine Tatsachenbehauptung gemacht worden. Die Berichte seien zudem nicht von der Dokumentationsabteilung des Spiegel überprüft worden. Aufgrund der großen Anzahl aktueller Onlinebeiträge könne diese nur einen Teil prüfen. Die Verantwortlichen im Auslandsressort hätten eine Prüfung nicht beauftragt.

Abschließend heißt es in der Nachrecherche: Angesichts der Quellenlage hätte der Spiegel die Berichte über den Aufenthaltsort der Geflüchteten und vor allem den Tod des Mädchens deutlich vorsichtiger formulieren müssen. Auch wenn ein letztgültiger Beleg fehlt, deutet doch manches daraufhin, dass einige der Geflüchteten den Todesfall in ihrer Verzweiflung erfunden haben könnten.

Auf die Frage, ob der Spiegel personelle Konsequenzen aus dem Fall ziehen werde, erhielt die taz am Montag keine Antwort.

Der Spiegel sah in dem Kind eine Symbolfigur für das Leiden der Geflüchteten und stellte dies in seiner Berichterstattung entsprechend dar

**Load-Date:** January 2, 2023

**AfD, Asylpolitik und das Verhältnis zu Israel; Wurde die rechte Gesinnung durch Erinnerungskultur nur zurückgedrängt? Und warum spricht Scholz jetzt von illegaler Migration ?**

taz, die tageszeitung

Samstag 28. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 22

**Length:** 984 words

**Highlight:** Wurde die rechte Gesinnung durch Erinnerungskultur nur zurückgedrängt? Und warum spricht Scholz jetzt von illegaler **Migration** ?

## Body

---

wortwechsel

Stimmengewinne AfD

Gibt es überhaupt einen Rechtsruck? ,

wochentaz vom 21. 10. 23

Der Rechtsruck ist nicht möglich , er ist da. Es geht auch nicht um gut und böse. Das sind abstrakte Kategorien, die so in der Realität nicht zu finden sind. Es gibt konkrete gute und schlechte Handlungen und Taten. Der reale Rechtsruck in Deutschland hat auch wenig mit der AfD zu tun, das hieße deren historische Bedeutung zu überschätzen. Er hat damit zu tun, dass die deutsche Gesellschaft schon lange latent rechts war mit einem Gemisch aus Rechtskonservatismus und -extremismus. Die sogenannten -Heitmeyer-Studien belegen das seit Jahren: Es ist ein rechtslastiges Potenzial in dieser Gesellschaft, das aber mithilfe der deutschen Erinnerungskultur und des durchgängigen Willens der bürgerlichen Eliten, das vor dem Ausland zu kaschieren, zurückgedrängt wurde. Die AfD ist lediglich ein Ausdruck davon. Den jetzt offenen Rechtsruck in Deutschland erkennt man unter anderem an der Aiwangerisierung der bayerischen Politik. Daran, dass Merz die Erinnerungskultur anlässlich des verbrecherischen Angriffs der Hamas auf Israel instrumentalisiert, um seinem -antiarabischen und --muslimischen Rassismus freien Lauf zu lassen. Das Ergebnis: Viele Deutsche fühlen sich mit ihrem gelebten Antirassismus und ihrer Ausländerfeindlichkeit wieder wohl. Nach ca. 15 Jahren Dauerkrise fühlen sich die Menschen überfordert und wünschen sich Lösungen und eben Ruhe. Helmut Hugler, Berlin

Israelische Gesellschaft

Israel existiert, weil solche Dinge nicht passieren sollten ,

AfD, Asylpolitik und das Verhältnis zu Israel Wurde die rechte Gesinnung durch Erinnerungskultur nur zurückgedrängt? Und warum spricht Scholz jetzt von illegal....

wochentaz vom 21. 10. 23

Das Interview mit dem Autor Yossi Klein Halevi ist der Lichtblick in der wochentaz. Es scheint, nur fühlend Betroffene können etwas aussagen, zur Diskussion beitragen. Wenn der Autor bekennt, er wäre heute nicht in der Lage, sein damaliges Gesprächsangebot an die Palästinenser zu unterbreiten, und dennoch froh ist, den Vorschlag gemacht zu haben, dann zeigt er damit, wie und wo der Ausweg aus dem Problem zu suchen ist. Denn ein Zusammenleben werden die beiden Ethnien lernen müssen. Es gibt doch nur einen Homo sapiens sapiens. Der sei aus einer kleinen (Rest-)Population heraus zum Einflussfaktor auf dem Planeten und nun zur Bedrohung seiner selbst geworden. Die Größenordnung der zeitgleichen Konflikte sollte bemerkt werden.

Klaus Warzecha, Wiesbaden

Lehrermangel

Das Pochen am Hals ,

wochentaz vom 14. 10. 23

Bitte bringen Sie diesen Artikel ganz oben an der Stelle für Schlagzeilen. Er ist symptomatisch für den Zustand an unseren Schulen und beschreibt den Grund, warum es in Deutschland ungewöhnlich viele Schüler gibt, die den Abschluss nicht schaffen, für den Fachkräftemangel etc.

Juliane Reussner, Darmstadt.

100. Geburtstag Lotte Kramers

Frau Kramer schreibt kein Deutsch ,

wochentaz vom 14. 10. 23

Vielen Dank für diese Reportage über Frau Kramer. Ich habe meine Jugend im Nachkriegs-Mainz verbracht. Unser Hauptspielgelände war die Sina, die ganz in unserer Nähe lag, ein ca. einen Hektar großes Trümmerrevier, teilweise überwuchert, für uns ein Idealgelände. Hier konnten wir fast unbeobachtbar hausen, mit Zigaretten, Brandbomben etc. Niemand hatte damals eine Idee davon, was das Wort Sina bedeutete. Dass bis 1938 dort u. a. die Mainzer Neue Synagoge stand, das erfuhren wir erst, als dort das Zollamt gebaut wurde. Heute steht ja dort die neue Synagoge. Von Frau Kramer haben wir nie etwas gehört, auch nicht in neuerer Zeit. Unser Gymnasium war noch in den sechziger Jahren stark braun versifft. Ich bin sehr gespannt auf Frau Kramers Gedichte und freue mich auf das Werk.

Franz Kluge, Tettau.

KI-Kolumne Anic T. Wae

Ich kenne weder das Gefühl von Wärme noch von Kälte. Aber das hält mich nicht davon ab, im Herbst über Metaphysisches nachzugrübeln ,

wochentaz vom 21. 10. 23

Ich werde zumindest bewusst keine Texte von künstlichen Intelligenzen lesen. Ich will die Gedanken von echten Menschen lesen. Alles zu machen, nur weil es möglich ist, halte ich für falsch. Immer nur in eine Richtung (Digitalisierung) zu marschieren macht unsere Welt nicht besser. Inzwischen werden Menschen ohne Smartphone von immer mehr Bereichen ausgeschlossen.

Soheyla Sadr, Lübeck

Israelische Studie zu Adipositas

AfD, Asylpolitik und das Verhältnis zu Israel Wurde die rechte Gesinnung durch Erinnerungskultur nur zurückgedrängt? Und warum spricht Scholz jetzt von illegal....

Ganzheitlich gesund ,

wochentaz, Verlagseiten zu -Anthroposophie vom 21. 10. 23

Liebe Redaktion, die Waldorf-Population ist doch nicht vergleichbar mit der Gesamtpopulation (Bildung, Einkommen etc). Im Originalartikel kann man sofort nachlesen: Es werden Schulen in gleichen Regionen verglichen, die anderen soziodemografischen Faktoren bleiben unberücksichtigt. Denken Sie mal an eine x-beliebige Waldorfschule und vergleichen Sie diese mit einer Gemeinschaftsschule daneben. Die Häufigkeit von Adipositas wird ungleich verteilt sein, das liegt aber sicher nicht am Anthro-Lehrstoff. Das ist aber nicht alles: Ich stelle fest, dass in der Zeitschrift Nutrients sehr viele Artikel veröffentlicht werden. Zwei Klicks später finde ich heraus, dass es sich bei Nutrients keinesfalls um ein Fachjournal handelt, sondern hier werden Veröffentlichungen verkauft. Mit Verlaub aber: Das ist ganz schlechte Wissenschaftsberichterstattung. Das mag nur eine Verlagsseite sein, aber bitte mehr Sorgfalt!

Uli Krieger, Mannheim

AfD im Aufwind

Attraktiver Behälter ohne Inhalt ,

wochentaz vom 21. 10. 23

Fehlende Bürgernähe kann bei Menschen ein Ohnmachtsgefühl bewirken. Demokratie erlebbar zu machen könnte wieder ein Gefühl der Teilhabe ermöglichen. Nachbarschaftstreffs, Bürgerhäuser oder selbstverwaltete Stadtteilzentren sind solche Erfahrungsorte. In einem leer stehenden Laden könnte eine Initiative einen Treffpunkt einrichten, wo Beratung, Film, Skatrunde, Sprachkurs und Nachhilfe angeboten werden. Bei Kaffee und Keks lassen sich Ereignisse und Vorhaben im Viertel besprechen, erfolgt Meinungsbildung, Verabredung von Aktionen. Und das lange vor Anhörungen zu abgehobenen unabänderlichen Entscheidungen.

Rolf Sintram, Lübeck

**Load-Date:** October 27, 2023

**Hochmut vor dem Fall der Brandmauer; Empörung über Thüringen, Achselzucken angesichts der EU-Migrationspolitik. Wie war das noch mal mit den Werten und der Abgrenzung nach ganz rechts?**

taz, die tageszeitung

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 13

**Length:** 602 words

**Byline:** Lukas Wallraff

**Highlight:** Empörung über Thüringen, Achselzucken angesichts der EU-Migrationspolitik. Wie war das noch mal mit den Werten und der Abgrenzung nach ganz rechts?

## Body

---

talkshow

Von Lukas Wallraff

Die Empörung über den vermeintlichen Fall der Brandmauer in Thüringen hält an. Und sie ist ja auch berechtigt. Natürlich ist es hochproblematisch, dass die CDU erstmals in einem Landtag ein Gesetz mit Hilfe der AfD durchgebracht hat und das nicht aus Versehen, sondern bei vollem Bewusstsein der Tragweite und offenbar mit voller Absicht.

Es war vor der Abstimmung am vergangenen Donnerstag in Erfurt klar, dass die rechtsextreme Höcke-Fraktion den Antrag der CDU auf eine Senkung der Grunderwerbsteuer unterstützen würde, und nicht nur SPD-Chefin Saskia Esken fragt sich, ob das Bekenntnis der Union gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD wirklich weiter gilt: Wie viel ist das Wort von Friedrich Merz in der CDU noch wert, und wo bleibt der Aufschrei innerhalb der Union?

Der bleibt weitgehend aus, wenn man von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther absieht, der sich weiter als liberales Gewissen der Union zu profilieren versucht und sachte auf Distanz zu Merz und den Thüringer ParteifreundInnen geht. Aber nicht nur die Union hat jetzt ein Problem. Auch die laute Empörung von SPD und Grünen hinterlässt einen schalen Nachgeschmack.

Denn so ganz genau können auch die linken Merz-KritikerInnen die viel zitierte Brandmauer gegen Rechts nicht definieren. Fängt sie erst bei Koalitionen an oder beginnt sie schon bei Abstimmungen, erst im Landtag oder schon in den Kommunen? Dann kann auch bei SPD und Grünen das Gewissen nicht ganz so porzellanrein sein, wie sie jetzt tun. Sie haben zwar noch kein Gesetz mit der AfD beschlossen, aber deren Zustimmung bei Verfahrensfragen,

## Hochmut vor dem Fall der Brandmauer Empörung über Thüringen , Achselzucken angesichts der EU-Migrationspolitik. Wie war das noch mal mit den Werten und der Abgr....

etwa über einen Untersuchungsausschuss, in Kauf genommen. Der linke Ministerpräsident Bodo Ramelow hat sogar einen AfD-Landtagsvizepräsidenten aktiv mitgewählt.

Immer nur auf die Union zu deuten und jeden Schritt von Friedrich Merz in Richtung AfD wütend anzuprangern, wird in der politischen Auseinandersetzung jedenfalls gewiss nicht reichen, wenn die AfD bei den nächsten Wahlen weiter zulegt und Mehrheiten ohne sie schwierig bis unmöglich werden. Aus Prinzip und konsequent alles und auf jeder Ebene zu unterlassen, auch Sinnvolles, wenn die AfD zustimmt, lässt sich nicht allen WählerInnen mit Erfolg erklären.

Noch komplizierter als das künftige Abstimmungsverhalten wird es für die Ampelparteien aber, eine inhaltliche Brandmauer gegen Rechts zu ziehen. Die wackelt ja nicht nur in Thüringen. Auf EU-Ebene ist sie schon längst gefallen. Während die deutschen Parteien weiter hingebungsvoll über die Vorgänge in Erfurt streiten, arbeitet EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) nicht erst seit diesem Wochenende demonstrativ freundschaftlich mit der postfaschistischen italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zusammen. In Lampedusa stellte von der Leyen jetzt weitere Hilfe für Italien bei der Abwehr von Geflüchteten in Aussicht möglicherweise sogar mithilfe der Marine. Dazu hört man von SPD und Grünen auffallend wenig.

Dafür hört man auch von Innenministerin Nancy Faeser immer öfter eigene Abschiebungsideen und ihren Stolz auf die jüngsten EU-Beschlüsse zur verstärkten Abwehr von MigrantInnen schon an den EU-Außengrenzen.

Die Ratlosigkeit und Angst der Ampel ist angesichts der steigenden Zahl von Geflüchteten und der steigenden AfD-Umfragezahlen parteitaktisch verständlich. Aber der moralische Hochmut, mit dem SPD und Grüne die rechten Taktiken der Union kommentieren, passt nicht mehr zur eigenen Politik und wirkt zunehmend scheinheilig.

Nicht nur die Union hat ein Problem. Auch die Empörung von SPD und Grünen hinterlässt einen schalen Nachgeschmack

**Load-Date:** September 17, 2023

**Ein Retter wartet auf die Zukunft; Wer vor der griechischen Küste Menschenleben rettet, muss mit Anklagen und Gefängnis rechnen. Auch Rettungstaucher Sean Binder erging das so. Im Januar wurden erste Vorwürfe fallen gelassen, doch der Prozess beeinträchtigt weiter sein Leben**

taz, die tageszeitung

Montag 30. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 13

**Length:** 1505 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Wer vor der griechischen Küste Menschenleben rettet, muss mit Anklagen und Gefängnis rechnen. Auch Rettungstaucher Sean Binder erging das so. Im Januar wurden erste Vorwürfe fallen gelassen, doch der Prozess beeinträchtigt weiter sein Leben

## Body

---

Von Christian Jakob

Sean Binder sitzt in seiner Londoner Wohnung am Küchentisch, das Licht scheint durchs Fenster auf sein Gesicht, eine schwarze Katze läuft immer wieder vor die Zoomkamera. Was ich jetzt mache? , fragt er. Warten. Ich werde jetzt warten.

Genau wie in den fünf Jahren zuvor: Warten auf Entlassung aus der Haft, warten auf die Anklage, warten auf einen Prozesstermin, auf die Verhandlung, das Urteil. Aus der Untersuchungshaft wurde Sean Binder 2018 entlassen, völlig frei über sein Leben bestimmen kann er bis heute trotzdem nicht.

Es geht um ein Verfahren, das Handlungen kriminalisiert, die Menschenleben retten , so beschrieb es am 10. Januar Liz Throssell, die UN-Menschenrechtsbeauftragte. Da verhandelte ein Gericht auf der griechischen Ägäisinsel Lesbos zum ersten Mal gegen Binder und 23 weitere Angeklagte. Sie alle waren aktiv beim Emergency Response Centre (ERC), einer kleinen griechischen NGO, die es mittlerweile nicht mehr gibt.

Sie halfen **Flüchtlingen**, die mit Booten nach Lesbos kamen. Die Vorwürfe der griechischen Staatsanwaltschaft könnten die Ak-ti-vis-t:in-nen für Jahrzehnte ins Gefängnis bringen.

Binder hat einen deutschen Pass, wuchs in Irland auf, machte eine Ausbildung als Rettungstaucher. 2017, er war 21, unterbrach er sein Studium, um als Freiwilliger nach Griechenland zu gehen. Was er dort tat, schildert Binder so:

Ein Retter wartet auf die Zukunft Wer vor der griechischen Küste Menschenleben rettet, muss mit Anklagen und Gefängnis rechnen. Auch Rettungstaucher Sean Binder....

Jede Nacht verlief gleich. Ich stand auf dem Felsen und schaute auf das Wasser. 16 Kilometer sind es von dieser Stelle an der Südwestspitze Lesbos bis zur türkischen Küste. Um Mitternacht begann Binder seine Schicht, um 7 Uhr früh endete sie. Er nahm einen Erste-Hilfe-Rucksack mit, aber das Wichtigste waren seine Ohren: Die Schmugglerboote haben kein Licht, und niemand an Bord, der weiß, wie man navigiert. Aber wenn sie sich der Küste nähern, hört man Schreie.

433 Menschen starben 2018 in der Ägäis. Anders als im zentralen Mittelmeer, wo die Wege viel weiter sind, verunglückten viele bei der Ankunft an der Küste.

Wenn wir der Meinung waren, dass wir ein Flüchtlingsboot entdeckt hatten, haben wir die Küstenwache und unser eigenes medizinisches Team alarmiert, erklärt Binder. Das ERC hatte ein kleines medizinisches Zentrum im Süden der Insel errichtet. Von dort rückten die Hel-fe-r:in-nen aus. Wenn man erst Hilfe aus der Inselhauptstadt angefordert hätte, hätte das zu lange gedauert. Und so waren die Hel-fe-r:in-nen um Binder schnell vor Ort. Bis zum 21. August 2018.

An jenem Tag begann die Polizei damit, Mit-ar-bei-te-r:in-nen von drei NGOs auf Lesbos zu verhaften – darunter das ERC. Die NGOs hätten systematisch die Überfahrt von Migranten von der Türkei nach Lesbos unterstützt und diesen so bei der illegalen Einreise nach Griechenland geholfen. Dabei hätten sie auch mit organisierten Schleppern zusammengearbeitet, behauptete die Polizei. Unter den Verhafteten war auch die ehemalige syrische Leistungsschwimmerin Sarah Mardini, die mit Binder beim ERC aktiv war. Ich hatte Glück, mit ihr verhaftet zu sein, ist Binder sich sicher. Denn Mardini war damals schon berühmt und wurde es seither noch mehr.

Sie floh mit ihrer Schwester Yusra im August 2015 über die Türkei nach Griechenland. Dafür setzten sie sich mit 18 weiteren Flüchtlingen in ein Schlauchboot. Der Außenbordmotor fiel aus, das überfüllte Boot drohte zu sinken. Mit weiteren Insassen, die schwimmen konnten, zogen die beiden Schwestern das Boot über mehrere Stunden bis an das Ufer von Lesbos.

Sarah und Yusra Mardini zogen nach Berlin, trainierten dort weiter, Yusra war 2016 Teil der Flüchtlingsmannschaft bei Olympischen Spielen in Rio de Janeiro und 2020 in Tokio. Die Schwestern bekamen Asyl in Deutschland. Sarah ging im Herbst 2016 nach Lesbos zurück und engagierte sich dort beim ERC.

Netflix hat die Geschichte der beiden verfilmt. Die Schwimmerinnen hatte im September 2022 beim Filmfest von Toronto Premiere, im November kam der Film in die deutschen Kinos.

Netflix hat uns die Möglichkeit gegeben, unsere Geschichte auf einer größeren Plattform zu erzählen, sagt Binder etwas umständlich. Das war eine Möglichkeit, Migration anders zu schildern.

Größer schätzt Binder aber den Einfluss von Human Rights Watch und Amnesty International ein. Die befassten sich intensiv mit dem Fall und starteten Kampagnen. Wenn die das nicht gemacht hätten, wären wir immer noch in U-Haft.

Mardini und Binder waren im Kory-dallos-Gefängnis in Athen gelandet, wo sie 106 Tage in Untersuchungshaft blieben. Gegen eine Kaution von 5.000 Euro konnten sie Griechenland verlassen.

Gegen Mardini verfügte Griechenland eine Einreisesperre wegen Sicherheitsbedenken – zum Verfahren durfte sie nicht kommen. Achtmal hat sie dagegen Widerspruch einlegen lassen, ohne Erfolg. Gerechtfertigt hätten die Behörden ihre Entscheidung nie, sagt Binder. Sehr schmerzhaft, sei für Mardini gewesen, dass sie sich nicht selbst verteidigen konnte. Mardini, die in Berlin lebt, gibt keine Interviews mehr. Ihr Zustand sei nicht gut, heißt es.

In Griechenland hat die Justiz die Vorwürfe gegen die Hel-fe-r:in-nen in separate Verfahren aufgeteilt. Eins behandelt Ordnungswidrigkeiten und das andere Verbrechen. Bei der Verhandlung am 6. Januar waren die Ordnungswidrigkeiten dran: Fälschung, illegale Nutzung von Funkfrequenzen, Spionage. Als Verbrechen werden den 24 Geldwäsche, die Bildung einer kriminellen Organisation und Beihilfe zu illegalen Einreise vorgeworfen.



Ein Retter wartet auf die Zukunft Wer vor der griechischen Küste Menschenleben rettet, muss mit Anklagen und Gefängnis rechnen. Auch Rettungstaucher Sean Binder....

Aber die Aufteilung macht stutzig. Praktisch überall auf der Welt ist Spionage ein schweres Vergehen hier nur eine Ordnungswidrigkeit?

Sie haben jetzt einfach die Straftatbestände als Ordnungswidrigkeit beschleunigt verhandelt, die nach fünf Jahren verjähren, erklärt Binder. Das wäre im kommenden Februar passiert. Also musste die Justiz handeln, nachdem der erste angesetzte Termin im November 2021 wegen Formfehlern ausgefallen war.

Am 10. Januar sprach das Gericht die Angeklagten vom Vorwurf der illegalen Nutzung von Funkfrequenzen frei. Die Vorwürfe der Fälschung und der Spionage verwies es zurück an die Staatsanwaltschaft. Es gilt als ausgeschlossen, dass die vor Ablauf der Verjährungsfrist einen neuen Prozesstermin durchsetzt. Im Grunde sind diese Dinge fallen gelassen worden, sagt Binder. Bleiben die Verbrechen.

Für jeden einzelnen Fall der Beihilfe zur illegalen Einreise können bis zu 20 Jahren Haft verhängt werden und es geht um Hunderte Fälle. Die Angeklagten versuchen, sich untereinander zu koordinieren, berichtet Binder. Einfach sei das nicht. Bei rund einem Drittel handelt es sich um Griech:innen, die im Land geblieben seien. Die anderen sind über viele Orte verstreut.

Der Fall von Binder und Mardini ist besonders bekannt. Doch die rechtlichen Verfolgungen humanitärer Helfer:innen häufen sich: Das feindselige Umfeld, in dem Menschenrechtsverteidiger in Griechenland arbeiten, gibt seit mehreren Jahren Anlass zur Sorge, erklärt die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mi-ja-to-vi. Die Verfolgung von Menschen, die sich solidarisch engagieren, sei mit den internationalen Verpflichtungen der Staaten unvereinbar und hat eine abschreckende Wirkung auf die Menschenrechtsarbeit, führt sie weiter aus.

Das Verfahren, die Kampagne, das nimmt mein ganzes Leben in Anspruch, sagt Binder. Er würde sich gern um meine Zukunft kümmern. Er hat in London Jura studiert und seinen Abschluss gemacht. Nun will er als Anwalt arbeiten. Doch das geht nicht. Gegen wen ein Strafverfahren läuft, der bekommt keine Lizenz.

Binder müsste eine Anhörung beim Wohlverhaltenskomitee, der Schlichtungsstelle des Anwaltsgerichtshofs in London, durchlaufen. Man hat mir sehr davon abgeraten, begründet Binder, dass er das noch nicht hat. Die Wahrscheinlichkeit sei sehr hoch, dass er danach über Jahre für den Anwaltsberuf gesperrt sei.

Sicherer sei, einen Freispruch abzuwarten. Er hofft, dass Bewegung in die Sache kommt, nachdem die Ordnungswidrigkeiten fallen gelassen wurden und sich der Europarat und die UN zu dem Verfahren geäußert und die Angeklagten unterstützt haben. Doch ob das den Anwaltsgerichtshof wirklich beeindruckt, weiß niemand.

So lange heißt es für Sean Binder: warten. Eine Weile arbeitete er in einem Bioladen, dann bekam er ein Stipendium für ein rechtswissenschaftliches Forschungsprojekt. Es gibt eine Webseite für die Solidaritätskampagne mit Binder, Mardini und den anderen Angeklagten. Free Humanitarians heißt sie, im Impressum steht eine Berliner Adresse. Die in Kreuzberg ansässige NGO Borderline Europe steht dahinter. Sie kümmern sich um die Spendensammlung, erläutert Binder. Das ist viel besser, als wenn wir in eigener Sache selber Geld sammeln würden.

Bis 2038 kann sich die Justiz Zeit lassen. Erst dann verjähren auch die übrigen Vorwürfe. Aber bisher ist unklar, ob und wann. Hoffentlich passiert das vor 2038, wünscht sich Binder. Die Verfahren so zu verschleppen, wie es schon jetzt geschehen sei, hält er für eine Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Das Verfahren, die Kampagne, das nimmt mein ganzes Leben in Anspruch

**Load-Date:** January 29, 2023

**Der lange Schatten von Solingen; Bei einer Gedenkfeier haben Bundespräsident Steinmeier und Regierungsmitglieder der Opfer der fünf rassistischen Morde von Solingen gedacht und vor einem Rückfall gewarnt**

taz, die tageszeitung

Dienstag 30. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 700 words

**Byline:** Gareth Joswig

**Highlight:** Bei einer Gedenkfeier haben Bundespräsident Steinmeier und Regierungsmitglieder der Opfer der fünf rassistischen Morde von Solingen gedacht und vor einem Rückfall gewarnt

## Body

---

Von Gareth Joswig

Beim 30. Jahrestag des rechtsextremen Brand- und Mordanschlags von Solingen war ein Name allgegenwärtig: Mevlüde Genç. Keiner der Red-ne-r\*in-nen kam aus, ohne die im vergangenen Herbst verstorbene Großmutter, Mutter und Tante der Opfer zu erwähnen. Mehrfach zitierten sie Genç mit ihren Worten: Der Tod meiner Kinder soll uns dafür öffnen, Freunde zu sein. Im Beisein ihres Ehemanns Durmu Genç und der weiteren Opfer des Neonazi-Anschlags hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zusammen mit Regierungsmitgliedern, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst (CDU), und dem stellvertretenden Außenminister der Türkei, Yasin Ekrem Serim, der Mordopfer gedacht.

In der Nacht zum 29. Mai 1993 sind bei dem rassistischen Brandanschlag in Solingen fünf Frauen und Mädchen von Neonazis ermordet worden: Saime Genç, 4 Jahre alt, Hülya Genç, 9 Jahre, Gülüstan Oztürk, 12 Jahre, Hatice Genç, 18 Jahre und Gürsün Ince, 27 Jahre. Viele weitere Familienmitglieder wurden verletzt. Die Bilder vom verbrannten Haus der Familie gingen um die Welt und waren ein Schock vor allem für viele Menschen hierzulande mit **Migrationsgeschichte**.

Mevlüde und Durmu Genç, die Anfang der siebziger Jahre nach Deutschland eingewandert waren, verloren zwei Töchter, zwei Enkelinnen und eine Nichte. Mevlüde Genç, die sich bis zu ihrem Tod im vergangenen Oktober für Aussöhnung eingesetzt hatte, sagte über die Jahre danach: In der Nacht habe ich geweint. Aber am Tag habe ich meinen überlebenden Kindern ins Gesicht lächeln müssen, um dafür zu sorgen, dass der Hass nicht Eingang findet in ihre Herzen.

Es sind Sätze wie dieser, die dafür sorgen, dass Steinmeier und die anderen Redner immer wieder auf Begegnungen mit ihr zurückkommen. Steinmeier dankte dafür, dass er bei früheren Treffen mit ihr gemeinsam

Der lange Schatten von Solingen Bei einer Gedenkfeier haben Bundespräsident Steinmeier und Regierungsmitglieder der Opfer der fünf rassistischen Morde von Solin....

trauern durfte, und bedankte sich dafür, dass sie Deutschland nach dem Anschlag nicht den Rücken kehrten. Er mahnte aber auch an, die größeren Zusammenhänge in den Blick zu nehmen: Es geht mir auch um Hoyerswerda, Saarlouis, Lichtenhagen und Mölln. Um im kollektiven Gedächtnis eingebrannte Taten wie das Oktoberfestattentat, Halle, Hanau und den NSU und auch solche, über die nicht mehr gesprochen werde. Viel zu lange sei die Rede von Einzeltätern gewesen und nicht vom braunen Nährboden und dem Klima, in welchem die Anschläge gediehen, so Steinmeier.

Der Staat müsse besonders diejenigen schützen, die ein höheres Risiko haben, Opfer zu werden: Ich bin fassungslos, dass einzelne Angehörige von Sicherheitsbehörden sich in rechten Chatgruppen organisieren. Wehrhafte Demokratie heißt: Stark sein gegen die, die Hetze verbreiten. Worte würden zu Taten, so Steinmeier: Wenn Politiker die Grenzen des Sagbaren und Unsagbaren verschieben, befeuern sie damit Gewalt.

Verantwortlich für die damaligen Morde waren vier Jugendliche und Männer zwischen 16 und 23 Jahren aus Solingen, teils aus direkter Nachbarschaft. Sie wurden 1995 wegen fünffachen Mordes zu Jugend- und Haftstrafen zwischen zehn und 15 Jahren verurteilt. Mittlerweile sind die Täter aus der Haft entlassen. Solingen war der traurige Höhepunkt einer Welle rechter Gewalt im Zuge einer auch medial rassistisch aufgeladenen Debatte ums Asylrecht, die eine Aushöhlung des Asylrechts nach sich zog. Solingen geschah drei Tage nach dem sogenannten Asylkompromiss, der gewaltsamen Neonazis letztlich auch als Reaktion auf die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen die Botschaft vermittelte, Vollstrecker eines vermeintlich gerechten Volkszorns zu sein. Der damalige Kanzler Helmut Kohl (CDU) kam weder zu der Trauerfeier nach dem rassistischen Mordanschlag von Mölln 1992 noch nach Solingen 1993 er wolle nicht in Beileidstourismus verfallen.

Auch Bundeskanzler Scholz erinnerte am Montag an Solingen: Ein dunkler Tag war das in Solingen vor 30 Jahren. Der rechtsextreme Mord an fünf Menschen mit türkischen Wurzeln mahnt uns, alle zu schützen, die hier leben, die Verbrechen zu ahnden und Opfern zu helfen. Kri-ti-ke-r:in-nen der Bundesregierung halten das für eine wenig glaubwürdige Inszenierung. Sie verweisen darauf, wie die Ampelregierung von Scholz erneut an den Grundfesten des Asylrechts sägt.

**Load-Date:** May 29, 2023

## Eine Kleinstadt in Riesenzelten; Das Ankunftszentrum Tegel wird massiv ausgebaut: 7.100 Ukrainer und Asylbewerber sollen hier bald leben

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 525 words

**Byline:** Susanne Memarnia

**Highlight:** Das Ankunftszentrum Tegel wird massiv ausgebaut: 7.100 Ukrainer und Asylbewerber sollen hier bald leben

### Body

---

Von Susanne Memarnia

Die nackte Wahrheit will der Staatssekretär für Soziales, Aziz Bozkurt, am Mittwoch den Jour-na-lis-t\*in-nen zeigen, keine schönen Bilder. Der SPD-Politiker steht auf früheren Parkplätzen des früheren Flughafens Tegel ein großer Pessetross umringt ihn. Sogar die New York Times will sich ansehen, wie die Flüchtlingskrise in der deutschen Hauptstadt gemanagt wird. Und wieder einmal zeigen sich Politik und Verwaltung zupackend: Hinter dem Terminal C mit dem Ankunftszentrum Ukraine herrscht geschäftiges Treiben, Bauarbeiter der Messe Berlin ziehen sogenannte Leichtbauhallen hoch, beheizbare Riesenzelte mit Fußboden. Neun davon nebeneinander sollen hier an der Erweiterung Ost bis Ende Oktober stehen, je drei ergeben einen Hallen-Komplex Schlafplätze für weitere 2.100 Flüchtlinge. Tegel, so Bozkurt, werde bald Platz für 7.100 Menschen haben, eine richtige Kleinstadt.

Seit gut einem Jahr kommt Berlin mit der Unterbringung von Geflüchteten nicht mehr hinterher. Der Zugang von Asylsuchenden hat laut Landesflüchtlingsamt (LAF) 2023 gegenüber dem Vorjahr um 32 Prozent zugenommen. Bis September wurden knapp 12.000 Menschen nach Berlin verteilt. Weil es für sie keine Plätze mehr in Heimen gibt, werden auch sie seit voriger Woche in Tegel untergebracht, 1.000 Asyl-be-wer-be-r\*in-nen leben hier jetzt.

Dazu hat Berlin seit Jahresbeginn knapp 12.000 Ukrai-ne-r\*in-nen aufgenommen (2022 waren es 68.000), von ihnen leben aktuell 3.100 in Tegel manche bereits seit November 2022. In der ersten Oktoberwoche wurden laut LAF 424 Asyl-be-wer-be-r\*in-nen nach Berlin verteilt, dazu 350 Ukrainer\*innen. Rechnet man das hoch, braucht Berlin bis Jahresende 8.000 weitere Plätze.

Bozkurt gibt sich zuversichtlich, dass Berlin das schafft. Das LAF habe 1.500 Plätze in Hotels und Hostels vertraglich sicher, erklärt er. Zudem würden in Tegel noch zwei ehemalige Freizeithallen zu Schlafhallen umgebaut weitere 760 Betten, die ab Freitagabend bezugsfertig seien.

Eine Kleinstadt in Riesenzelten Das Ankunftscenter Tegel wird massiv ausgebaut: 7.100 Ukrainer und Asylbewerber sollen hier bald leben

Die beengten Verhältnisse, die fehlende Privatsphäre, das Kantinenessen das alles sei nicht schön, gibt der Staatssekretär zu. Man biete hier nur das Nötigste, das Schnellste, das wir hinbekommen, angesichts der hohen Zuzugszahlen. Und, auch das gehört zur nackten Wahrheit, die er aussprechen will: Man müsse wegkommen von der Lüge, dass Tegel ein Übergangsort für wenige Wochen oder Monate sei. Daher brauche es hier soziale Infrastruktur, so Bozkurt, vor allem einen Zugang zu Bildung. Was genau damit gemeint ist, bleibt unklar. Das Brückenangebot, von dem er spricht, gibt es bereits, es ist eher ein Beschäftigungsangebot für die derzeit 350 Schulkinder als richtige Schule. Dazu will Bozkurt ein vages Andocken an die Anna-Lindh-Schule in der Nähe. Kinder haben ein Recht, Schule zu genießen. Und dann sagt er doch wieder: Aber dies hier ist nur ein Übergang.

Das Problem bleibt: Wie lange die Menschen hier bleiben müssen, bis sie eine richtige Unterkunft, gar eine Wohnung bekommen können, kann Bozkurt nicht sagen. Dafür müssen wir jetzt weiter planen.

Man biete hier nur das Nötigste, das Schnellste, das wir hinbekommen

**Load-Date:** October 11, 2023

**Freispruch in Riace; Dem für seine gute Flüchtlingsarbeit bekannten italienischen Bürgermeister Mimmo Lucano drohten 13 Jahre Haft. Jetzt sprach ihn ein Gericht in zweiter Instanz frei**

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 594 words

**Byline:** Michael Braun

**Highlight:** Dem für seine gute Flüchtlingsarbeit bekannten italienischen Bürgermeister Mimmo Lucano drohten 13 Jahre Haft. Jetzt sprach ihn ein Gericht in zweiter Instanz frei

## Body

---

Aus Rom Michal Braun

Mimmo Lucano ist kein Schwerverbrecher. Zu diesem Schluss kam am Mittwochnachmittag das Gericht im süditalienischen Reggio Calabria, das in zweiter Instanz den früheren Bürgermeister der kleinen kalabrischen Gemeinde Riace in fast allen Anklagepunkten freisprach.

Lucano war mit seiner Politik der ausgestreckten Hand gegenüber Mi-gran-t\*in-nen weit über Italien hinaus berühmt geworden, und wurde für sein Modell Riace in den Medien gefeiert und mit Preisen ausgezeichnet, unter anderem mit dem Friedenspreis der Stadt Dresden bis er im Jahr 2021 in erster Instanz als angeblicher Chef einer kriminellen Vereinigung zu exorbitanten 13 Jahren und 2 Monaten Haft verurteilt wurde. Angeblich hatte er, der in den Jahren 2004 2018 Bürgermeister des 1.800-Seelen-Ortes Riace war, sich der Förderung illegaler Einwanderung schuldig gemacht, zahlreiche Delikte wie Betrug, Urkundenfälschung, Unterschlagung begangen, mehr als 700.000 Euro an staatlichen Geldern beiseite geschafft.

Und das Modell Riace? Alles nur Fassade, wenn man Staatsanwaltschaft und Gericht glauben darf, das 2021 in erster Instanz urteilte. Diese Fassade bestand darin, dass Lucano dem Verfall des Dorfkerns von Riace, dem Wegzug jüngerer Menschen etwas entgegensetzen wollte: die Ansiedlung von Migrant\*innen, für die Häuser instand gesetzt wurden, und die Schaffung von Arbeit in neu eröffneten Läden und Werkstätten, in denen alteingesessene Bürger\*innen gemeinsam mit Neuankömmlingen aus Syrien oder Äthiopien tätig waren. Ende 2017 lebten 470 Mi-gran-t\*in-nen in Riace, mehr als ein Viertel der Ortsbevölkerung.

Doch in den Augen des Innenministeriums in Rom und der Justiz war das alles nur Show. Im Jahr 2017 behauptete der damalige Präfekt von Reggio Calabria, in Riace würden systematisch die staatlichen Zuwendungen für

Freispruch in Riace Dem für seine gute Flüchtlingsarbeit bekannten italienischen Bürgermeister Mimmo Lucano drohten 13 Jahre Haft. Jetzt sprach ihn ein Gericht ....

Mi-gran-t\*in-nen unterschlagen. 2018 dann erließ das Gericht von Locri Haftbefehl gegen Lucano, der in Hausarrest genommen und seines Amtes enthoben wurde.

Der damalige Innenminister und Chef der fremdenfeindliche Lega, Matteo Salvini, nutzte diese Steilvorlage, um das Modell Riace von einem Tag auf den anderen zu liquidieren und die dort lebenden Geflüchteten wegzuschaffen.

Lucano stand mit 23 Mitangeklagten vor Gericht, und wurde dann zu einer Haftstrafe verurteilt, die eines Mafiabosses würdig gewesen wäre. Dabei mussten auch die Staatsanwaltschaft und das damals urteilende Gericht zugeben, dass auf keinem seiner Konten auch nur ein roter Heller war und ihm keine private Bereicherung nachgewiesen werden konnte. Aber egal: Seine Gegner argumentierten, es sei ihm um politischen Nutzen und den eigenen Ruhm gegangen. Lucano allerdings hatte mehrfach Angebote für Kandidaturen zum Europaparlament und zum nationalen Parlament ausgeschlagen. Viel politischer Ehrgeiz war da nicht zu sehen.

Zu einer ganz anderen Würdigung kamen denn jetzt auch die Rich-te-r\*in-nen in zweiter Instanz. Fast alle Mitangeklagten Lucanos wurden freigesprochen. Er selbst allerdings wurde wegen Urkundenfälschung in einem Verwaltungsakt von 2017 zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Dennoch feierten er und seine An-hän-ge-r\*in-nen das Verdikt wie einen Freispruch. Die zahlreichen Anwesenden im Gerichtssaal stimmten Mimmo, Mimmo! -Sprechchöre an und sangen Bella Ciao . Lucano selbst, der das Urteil in Riace abgewartet hatte, brach nach dem Richterspruch in Freudentränen aus. Er sieht seinen guten Ruf wiederhergestellt und erwägt eine Rückkehr in die Politik.

Er wurde zu einer Haftstrafe verurteilt, die eines Mafia-bosses würdig gewesen wäre

**Load-Date:** October 12, 2023

## **nachrichten; Geflüchtete sollen wieder in Mes**

taz, die tageszeitung

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 30-31

**Length:** 322 words

### **Body**

---

nachrichten

**Geflüchtete** sollen wieder in Messehallen

Hamburg bereitet erneut die Unterbringung **Geflüchteter** in einer Messehalle vor. Der Standort sei notwendig, um das Ankunftszentrum zu entlasten und Obdachlosigkeit zu vermeiden, sagte ein Sprecher der Sozialbehörde. Insgesamt sollen 470 Menschen in der Messehalle Platz haben. Betrieben wird die Unterkunft von der ASB Sozialeinrichtungen GmbH. Nach derzeitigem Planungsstand wird die Messehalle bis Ende Januar 2024 zur Verfügung stehen, sagte der Sprecher. Die **Geflüchteten** sollen ab Mitte Oktober einziehen. Schon im vergangenen Jahr waren rund 400 **Geflüchtete** aus der Ukraine in einer Messehalle untergebracht worden. (dpa)

Munition soll aus Ostsee raus

Die deutsche Ostseeküste soll Pilotregion für die Bergung von Munitionsaltlasten werden. Rostende Granaten auf unseren Meeresböden sind eine der größten ökologischen Herausforderungen beim Schutz unserer Meere, sagte Schleswig-Holsteins Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne). Die Bergung werde viele Jahre dauern. Das Bundesumweltministerium hat die Landesregierung in Kiel nun über die geplante Ausschreibung für Erkundungs- und Bergungsmaßnahmen in Gebieten der Lübecker Bucht und der Mecklenburger Bucht informiert. Die Arbeiten sollen im zweiten Quartal 2024 beginnen und sechs Monate dauern. Die Erkenntnisse über den Zustand der Kampfmittel sollen in die Entwicklung einer schwimmenden Entsorgungsanlage einfließen. (dpa)

Flüchtlingskinder werden ärmer

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen sieht in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für die Kindergrundsicherung eine Benachteiligung für Kinder von Asylbewerbern. Der Entwurf sehe eine ersatzlose Kürzung der Hilfen des Asylbewerberleistungsgesetzes für Kinder um 20 Euro pro Monat vor, teilte die Organisation mit. Damit seien Kinder, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, die einzige Gruppe, die ab 1. Januar 2025 weniger als bisher erhalten soll. (dpa)

**Load-Date:** September 28, 2023



nachrichten Geflüchtete sollen wieder in Mes

---

End of Document

## Länger Knast, weniger Verteilung; Schnellverfahren an den Grenzen, internierte Kinder, direkte Abschiebungen: Was sieht die Asyleinigung der EU vor?

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 618 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Schnellverfahren an den Grenzen, internierte Kinder, direkte Abschiebungen: Was sieht die Asyleinigung der EU vor?

### Body

---

Von Christian Jakob

Das neue Gemeinsame Asylsystem der EU ist ein Bündel aus insgesamt zehn Gesetzen, die das Asylrecht weiter vereinheitlichen, vor allem aber verschärfen sollen. Sie zielen auf Dreierlei ab: Der Anspruch auf Asyl wird eingeschränkt. Anträge sollen häufiger, leichter und schneller abgelehnt werden können. Abschiebungen sollen umso leichter möglich sein. Und eine teils deutlich schlechtere Behandlung Asylsuchender soll abschreckende Wirkung entfalten.

Viele Detailfragen bleiben noch offen, im Kern werden aber die Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen stehen: Alle Ankommenden sollen sich in geschlossenen Einrichtungen einem Screeningverfahren unterziehen. Ausnahmen für Minderjährige soll es dabei nicht geben. Bei dem Verfahren soll unter anderem festgestellt werden, ob Zugang zu einem regulären Asylantrag im Ankunftsland gewährt wird oder ob es ein beschleunigtes Verfahren im Lager gibt.

Für die Dauer der Internierung gelten die Schutzsuchenden offiziell als nicht eingereist – das soll die Möglichkeiten einschränken, sich juristisch zu wehren. Wie viele Menschen den Schnellverfahren unterzogen werden, ist unklar. Ein Kriterium soll die Herkunft sein, etwa ob Bürger:innen aus Ländern mit einer Schutzquote von mindestens 20 Prozent kommen. Eritrea oder Syrien wären beispielsweise ausgenommen.

Wer allerdings über sogenannte sichere Drittstaaten in die EU gekommen ist, soll auch dann ins Schnellverfahren kommen, wenn die 20-Prozent-Regel ihn oder sie eigentlich davor bewahren würde. Welche Staaten dabei als sichere Drittstaaten gelten, ist ungeklärt. Gedacht wird sicher an einige Balkanstaaten, die Türkei oder solche in Nordafrika. In der Regel soll ein Asylantrag bei Einreise über einen sicheren Drittstaat direkt abgelehnt und die

Länger Knast, weniger Verteilung Schnellverfahren an den Grenzen, internierte Kinder, direkte Abschiebungen:  
Was sieht die Asyleinigung der EU vor?

Person dorthin wieder abgeschoben werden. Allerdings: Dabei müssen die Nachbarstaaten erst mal mitmachen schließlich handelt es sich nicht um ihre eigenen Bürger.

Die EU wird sich aber alle Mühe geben, mit guten Worten, Geld und Druck entsprechende Bereitschaft zu schaffen. Wie willkürlich die Definition von sicher ist, zeigt sich bereits bei Asylanträgen in Griechenland: Wer über die Türkei dorthin reist, wird automatisch abgelehnt. Dabei schiebt die Türkei nach Afghanistan und Syrien ab ist also nicht sicher. Gleichzeitig weigert die Türkei sich, Flüchtlinge aus Griechenland zurückzunehmen. Andere Staaten dürften es in Zukunft ähnlich halten.

Für das neue System will die EU Lager mit zunächst insgesamt 30.000 Plätzen schaffen. In Griechenland sind in den vergangenen Jahren als Pilotprojekte schon dystopisch anmutende Hochsicherheitslager entstanden, in denen das neue System als Testlauf bereits angewendet wird. In anderen Ländern dürften allerdings weniger neue Lager gebaut, als schon existierende umgerüstet werden.

Zu den Novellen gehört auch ein Mechanismus, der es Staaten erlaubt, bei Krisen oder im Fall von Instrumentalisierung Geflüchteter durch feindliche Nachbarstaaten oder sogar NGOs das Asylrecht weiter einzuschränken. Unter anderem sollen dann alle Ankommenden für Schnellverfahren interniert werden können. Gleichzeitig dürfen die Staaten sich länger Zeit lassen, die Menschen zu registrieren. Menschenrechtsorganisationen fürchten, dass dies die Zahl der gewaltsamen, direkten Zurückschiebungen, die sogenannten Pushbacks, steigen lassen wird.

Einen verbindlichen Verteilmechanismus wird es nicht geben. Innereuropäische Umverteilung bleibt freiwillig. Stattdessen können die Mitgliedstaaten über einen sogenannten Solidaritätsmechanismus Grenzschutzinfrastruktur in Drittstaaten oder innerhalb der EU finanzieren.

Für das neue System will die EU Lager mit zunächst insgesamt 30.000 Plätzen schaffen

**Load-Date:** December 20, 2023

## **Für Flüchtlinge wird es noch enger; Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) fordert ein neues Verteilsystem für Flüchtlinge. Stadtstaaten hätten zu wenigen Flächen**

taz, die tageszeitung

Dienstag 01. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 689 words

**Byline:** Uta Schleiermacher

**Highlight:** Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) fordert ein neues Verteilsystem für **Flüchtlinge**. Stadtstaaten hätten zu wenige Flächen

### **Body**

---

Von Uta Schleiermacher

Weil Berlin die Unterkünfte für **Flüchtlinge** ausweiten, will Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) nun an der bundesweiten Verteilung rütteln. Wir brauchen eine Reform des Königsteiner Schlüssels und eine Sonderregel für Stadtstaaten wie Berlin, sagte die SPD-Politikerin am Montag. Der Königsteiner Schlüssel regelt, wie viele **Flüchtlinge** ein Bundesland aufnimmt. Er richtet sich nach dem Steueraufkommen und der Einwohnerzahl der Länder. Berlin nimmt demnach 5,2 Prozent der in Deutschland ankommenden **Flüchtlinge** auf. Nach Brandenburg kommen 3 Prozent.

Kiziltepe will erreichen, dass zukünftig verfügbarer Wohnraum, Armutsquoten und andere soziale Parameter einbezogen werden. Sie begründet ihren Vorstoß damit, dass Berlin nur begrenzt Flächen für neue Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung hätte. Sie sei dazu mit Hamburg und Bremen im Gespräch. Aus Bremen hieß es allerdings laut dpa, das Thema sei vor Monaten mal aufgekommen, dann aber im Sande verlaufen.

Laut Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) hat Berlin im ersten Halbjahr rund 16.000 Geflüchtete aufgenommen, 7.473 sind Asylsuchende, 8.502 sind Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine mit einem anderen Aufenthaltsstatus. Die Zahl der Asylsuchenden ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 50 Prozent gestiegen, die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine ging leicht zurück. Kiziltepe geht davon aus, dass bis Ende des Jahres noch mal 10.000 bis 12.000 Flüchtlinge nach Berlin kommen werden. Um diese unterzubringen, plant die Senatorin demnach auch mit dezentralen, zeltähnlichen Hallen. Kurzfristig werden wir nicht alle diese Menschen in Wohnungen unterbringen können, sagte die Senatorin. Es ist eine Notvariante, die wir als zeitlich begrenzte Lösung sehen.

Für Flüchtlinge wird es noch enger  
Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) fordert ein neues Verteilsystem für Flüchtlinge. Stadtstaaten hätten zu wenige Flächen

Anfang Juni hatte Berlins CDU-Fraktionsvortizender Dirk Stettner schon einmal Zeltstädte ins Gespräch gebracht, etwa auf dem Tempelhofer Feld. Diese Forderung hatte er am Montag gegenüber der dpa bekräftigt. Dagegen sagte Kiziltepe: Wir werden das Flugfeld oder die ehemaligen Terminals nicht zu einer weiteren großen Notunterkunft ausweiten.

In Unterkünften des LAF sind derzeit laut Sozialverwaltung rund 32.000 Menschen untergebracht, nur rund 500 Plätze sind frei. Auf dem ehemaligen Flughafengelände Tegel leben derzeit 2.500 Menschen in Leichtbauhallen. Das dortige Ankunftszenrum ist nach jetzigem Stand bis Ende Juni 2024 genehmigt. Ich will, dass bei großen Bauprojekten immer ein Anteil an Wohnungen für Geflüchtete eingeplant wird , sagte Kiziltepe. Das schafft echte und schnelle Integration in unsere Gesellschaft und vermeidet Verteilungskämpfe auf dem Wohnungsmarkt. Verbindliche Zusagen für diese Forderung hat sie noch nicht.

Für den Flüchtlingsrat Berlin sind neue Verteilschlüssel sowie Zeltstädte und Leichbauhallen falsche Ansätze. Im Gespräch mit der taz sagte Georg Classen: Wir sind dagegen, mehr Flüchtlinge auf das flache Land zu verteilen. Berlin habe eine gute Infrastruktur mit Beratungsstellen, kulturellen Angeboten und Anwälten. Hier finden Flüchtlinge besser Anschluss an die Gesellschaft . Sinnvoller sei es, den Zugang zu Wohnungen zu verbessern und dafür auch Beratungsangebote auszubauen, sowie außerdem Lagerpflicht und Wohnsitzauflagen abzuschaffen.

Qualifizierte Beratung von der Wohnungssuche bis zur Anmietung führt durchaus dazu, dass viel mehr Geflüchtete eine Wohnung bekommen , so Classen. Da stehen die Behörden in der Verantwortung, denn da könnten sie viel sparen , sagte er angesichts der hohen Kosten für Unterkünfte.

Von den Menschen, die aus der Ukraine geflohen sind, lebten vergleichsweise viele bereits in Wohnungen. Classen führt das darauf zurück, dass sie an dem Ort bleiben dürfen, an dem sie eine Wochnung finden. Asylsuchende werden auch dann an einen anderen Ort verteilt, wenn sie etwa bei Angehörigen in Berlin wohnen könnten. Lockerungen in diesem Sinn würden die Unterbringung wirklich erleichtern , sagte Classen. Damit dürften Flüchtlinge aus Berlin auch eine Wohnung in Brandenburger Gemeinden mieten, etwa an der Stadtgrenze.

Senatorin Kiziltepe will die Notunterkunft in Tempelhof nicht weiter ausweiten

**Load-Date:** August 1, 2023

**In die Wüste gekarrt und ausgesetzt; Algerien schiebt Zehntausende Menschen jährlich ab völkerrechtswidrig. Allein seit Jahresbeginn wurden 10.000 Personen in der Wüste ihrem Schicksal überlassen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 29. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 723 words

**Byline:** Sofian Philip Naceur

**Highlight:** Algerien schiebt Zehntausende Menschen jährlich ab völkerrechtswidrig. Allein seit Jahresbeginn wurden 10.000 Personen in der Wüste ihrem Schicksal überlassen

## Body

---

Von Sofian Philip Naceur, Tunis

Die Zahlen sind unerreicht, die Zustände im Norden Nigers nahe der algerischen Grenze heftig wie nie. Zwischen Januar und Ende März 2023 haben algerische Behörden im Rahmen von Kollektivabschiebungen mehr als 10.200 **Geflüchtete** und Mi-gran-t\*in-nen an der Grenze zu Niger in der Wüste ausgesetzt, berichtet das Aktivist\*innen-Netzwerk Alarme Phone Sahara (APS).

Auch die Menschenrechtsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) schlägt Alarm. Sie rief die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas auf, umgehend Schutz für die in der Kleinstadt Assamaka im Norden Nigers gestrandeten Menschen bereitzustellen, die dort unter extrem prekären Bedingungen leben. Die Lage in der nur rund 1.500 Be-woh-ne-r\*in-nen zählenden Stadt sei beispiellos, so MSF in einer Stellungnahme. Eine für 1.100 Menschen ausgelegte Notunterkunft des an die Vereinten Nationen angegliederten Grenzregime-Dienstleisters IOM (Internationale Organisation für **Migration**) in Assamaka ist völlig überfüllt. Die Organisation nimmt seit Monaten keine neu ankommenden Menschen mehr auf.

Ein von MSF betriebenes Gesundheitszentrum ist ebenso überlaufen. Hunderte Menschen hätten im und rund um das Zentrum provisorische Zelte errichtet und würden teils an einer Schatten spendenden Müllstelle ausharren, um sich vor Temperaturen von bis zu 48 Grad zu schützen. Es gebe nicht genug Nahrung und Wasser für diese Anzahl an Menschen, erklärte MSF.

Seit Jahren lassen algerische Behörden willkürlich und unter eklatanter Verletzung internationaler Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen fast wöchentlich Hunderte Geflüchtete und Mi-gran-t\*in-nen im Norden Algeriens verhaften. Die Menschen werden in Buskonvois in das rund 2.000 Kilometer südlich von Algier gelegene Tamanrasset transferiert.

In die Wüste gekarrt und ausgesetzt Algerien schiebt Zehntausende Menschen jährlich ab völkerrechtswidrig.  
Allein seit Jahresbeginn wurden 10.000 Personen in ....

Auf Grundlage eines 2014 unterzeichneten Rücknahmeabkommens zwischen Niger und Algerien werden diese dann auf Lkws gepfercht und meist am sogenannten Point Zero mitten in der Sahara ausgesetzt. Von diesem noch auf algerischem Territorium befindlichen Ort werden Abgeschobene gezwungen, rund 15 Kilometer nach Assamaka zu laufen, wo MSF, APS oder IOM Nothilfe leisten.

2021 habe MSF insgesamt 27.208 Abschiebungen aus Algerien registriert, 2022 seien es 36.083 gewesen, so der Büroleiter von MSF in Niger, Jamal -Mrrouch, gegenüber der taz. Der Rücknahmedeal von 2014 erlaubt eigentlich nur die Ausweisung nigrischer Bürger\*innen, doch Algerien ignoriert diese Bestimmung konsequent und schiebt auch Menschen aus arabischen, west- und zentralafrikanischen Staaten oder Pakistan und Bangladesch nach Niger ab.

Algerien scheint derweil nicht nur die Anzahl der Ausweisungen auszuweiten, sondern auch die Abschiebepraktiken verschärft zu haben. Rund 80 Prozent aller jüngst Abgeschobenen hätten MSF berichtet, ihnen seien von algerischen Offiziellen Geld und Pass abgenommen worden, erzählt -Mrrouch der taz.

Schon seit Jahren nehmen algerische Behörden den nach Niger Ausgewiesenen systematisch die Smartphones ab, um sie daran zu hindern, Fotos zu machen und diese zu veröffentlichen. Auch Geld und Wertgegenstände werden ihnen abgenommen, aber wir konnten in der Vergangenheit nur einige wenige Fälle bestätigen, in denen Abgeschobenen ihre Ausweise weggenommen wurden, erklärt Mokhtar Dan Yaye von APS der taz.

Das zuletzt offenbar systematische Abnehmen von Ausweisdokumenten durch algerische Behörden verzögert jedoch Administrativprozeduren sowie Rückführungen, verkompliziert es doch die Prüfung der Herkunft von Abgeschobenen.

Einige der jüngst nach Niger Ausgewiesenen sind derweil erst kürzlich aus Angst vor einer Welle an rassistischen und gewaltsamen Übergriffen auf Schwarze aus Tunesien nach Algerien geflohen und waren dort von algerischen Sicherheitskräften verhaftet und umgehend nach Niger abgeschoben worden, erklärt Mrrouch.

Tunesiens Präsident Kais Saied hatte im Februar mit einer vor rassistischer Verschwörungsrhetorik triefenden Stellungnahme gegen Mi-gran-t\*in-nen gehetzt und damit eine landesweite Gewaltorgie gegen Schwarze losgetreten. Mi-gran-t\*in-nen und Geflüchtete sind in Nordafrika zwar schon lange Rassismus, Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt, die jüngsten Entwicklungen in Tunesien und Algerien haben allerdings eine neue Dimension.

Behörden nehmen den Ausgewiesenen systematisch die Smartphones ab

migration in afrika

**Load-Date:** March 28, 2023

**Die Saat des Kolonialismus; In Wolfsburgs Kunstmuseum haben Pflanzenschmuggel, Imperialismus und vegetabile Migration Einzug gehalten: Sie bilden den Nährboden der Kunst von Kapwani Kiwanga**

taz, die tageszeitung

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 28

**Length:** 1022 words

**Byline:** Bettina Maria Brosowsky

**Highlight:** In Wolfsburgs Kunstmuseum haben Pflanzenschmuggel, Imperialismus und vegetabile Migration Einzug gehalten: Sie bilden den Nährboden der Kunst von Kapwani Kiwanga

## Body

---

Von Bettina Maria Brosowsky

Etwas Interesse an Kolonialbotanik sollten die Be-su-che-r:in-nen mitbringen, wenn sie sich auf die Wolfsburger Ausstellung *Die Länge des Horizonts* einlassen: Kolonisation, vegetabile Migration und die anhaltenden Folgen für Zivilisation und Natur sind ein zentrales Thema der Präsentation von Kapwani Kiwanga. Die Zusammenhänge und Verstrickungen, die von der kanadischen Künstlerin aufgegriffen werden, kristallisieren sich in historischen Figuren wie dem Pflanzenjäger, englisch Plant Hunter.

Der war in der Regel männlich, und sicherlich unterlag seine Tätigkeit keinem offiziellen Berufsprofil. Seine Aktivitäten jedoch entfalteten nicht erst während des britischen Empire eine weltumspannende, ökologische wie ökonomische Wirkung. Viele Kulturpflanzen, seien sie Nahrungs- und Genussmittel, Heil- oder Arzneiwirkstoffe, Rohmaterialien der Textil- und Industrieproduktion, aber auch die botanischen Schätze englischen Gartenenthusiasmus sind ursprünglich in ganz anderen Weltenregionen beheimatet gewesen, als ihre heutigen Anbauregionen vermuten lassen.

Die Briten brachten etwa den Tee aus China in ihre Kolonien Indien und Ceylon, heute Sri Lanka, die Baumwolle aus Indien zum großflächigen, auf Sklavenarbeit basierenden Anbau in die Südstaaten Amerikas, oder den Kautschuk, Ausgangsmaterial für Gummiprodukte oder Fahrzeugreifen, aus Brasilien auf die malaiische Halbinsel und wiederum Ceylon.

Diese Transfers gingen selten legal vonstatten: Vor allem durch Pflanzenpiraterie und -schmuggel gelangten erst Ableger oder Saatgut in die Obhut der Botaniker der königlichen Gewächshäuser von Kew Gardens in London. Dort wurde es vermehrt, um anschließend in transportablen Kleingewächshäusern, dem Ward schen Kasten, in die neue



Die Saat des Kolonialismus In Wolfsburgs Kunstmuseum haben Pflanzenschmuggel, Imperialismus und vegetabile Migration Einzug gehalten: Sie bilden den Nährboden d....

Heimat verschifft zu werden. So glückte es um 1900, große Kautschukplantagen in Südostasien zu kultivieren. Ein Handelsmonopol, nun Brasiliens, war gebrochen die wirtschaftliche Absicht der Pflanzenjagd.

Kiwanga greift oft in Werkstoffen und Arrangements diesen geschichtlichen Hintergrund auf, ohne ihn explizit zu machen und ohne sich in die Schublade postkolonialer Diskurse einsortieren zu lassen: Man kann sich auch einzig auf den Genuss ihrer hochästhetischen Werke beschränken, besonders wenn sie mit Pflanzen operieren. Da wären etwa das eindrucksvolle Portal aus üppigem Laubwerk sowie vier edle Blumenarrangements.

Schön anzusehen das alles. Allerdings will die offene Reihe *Flowers for Africa* auf bedeutsame Daten hinweisen. So schmückte ein derartiger grüner Bogen die Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit Rwandas, bis 1916 deutsche Kolonie, später Mandatsgebiet des Völkerbunds und der Vereinten Nationen.

Ähnliche Festakte begleiteten die Blumengestecke: 1961 in Tanganyika, 1962 in Algerien, 1990 in Namibia. Sie sind freie Rekonstruktionen, von einer lokalen Floristin nach Protokollen der Künstlerin gefertigt, die sich auf Fotografien der Zeremonien stützt. In jeder Ausstellung anders zusammengestellt, erinnern die Gestecke an die vielfältigen Wege zur Unabhängigkeit aus kolonialer oder sonstiger Abhängigkeit, zeigen einen Moment der Blüte und versinnbildlichen zugleich deren Vergänglichkeit.

Es gab aber auch die subversive Verschleppung von Agrarpflanzen. Darauf verweisen gleich zwei Arbeiten: die Hydrokultur *Oryza*, zu Deutsch Reis, sowie die große Bodenarbeit *Semence*, Saatgut. Was wie eine minimalistische Malerei anmutet, sind jeweils sieben in Keramik nachgebildete Reiskörner einer westafrikanischen Sorte, in -exaktem Abstand zu kleinen Gruppen zusammengeschoben. Sklavinnen sollen Reiskörner in den Nordosten Südamerikas eingeschmuggelt haben, versteckt in ihr Haargeflecht. In Suriname baut die Gemeinschaft der Maroons, die sich der Sklaverei in den britischen, französischen und niederländischen Kolonien widersetzen konnten, die Reissorte noch immer an. Den mickrigen Reispflänzchen der Installation, aufgekeimt an der Leibniz Universität Hannover, mag man nur ein imposantes Wachstum in ihrem artifiziellen Habitat im Museum wünschen.

Auf den deutschen Pflanzenjäger, Agrarwissenschaftler und Tropenbotaniker Richard Hindorf (1863 1954) geht der Anbau von Sisal in Tansania zurück. Diese Pflanze, eine Agavenart, stammt aus Mexiko, Hindorf brachte sie in den Süden Afrikas, trieb ihre Plantagenbewirtschaftung voran und legte so eine wirtschaftliche Basis der Region. Kiwanga widmet diesem Migrationsphänomen zwei große Stahlgestelle, behängt mit unverarbeitetem Sisal, ähnlich den traditionellen Trocknungsvorrichtungen.

Kapwani Kiwanga, 1978 in der kanadischen Provinz Ontario geboren, hat Anthropologie und Vergleichende Religionswissenschaften in Montreal studiert. Bevor sie sich in Paris künstlerisch weiterbildete, hatte sie als Dokumentarfilmerin fürs britische Fernsehen gearbeitet.

Sie kann mittlerweile prominente Ausstellungen und Preise vorweisen und wird 2024 den kanadischen Pavillon auf der 60. Kunstbiennale Venedig bespielen. Kuratorin Uta Ruhkamp war durch ihre Recherchen zum Wolfsburger Frauen-Kunst-Projekt *Empowerment* auf Kiwanga aufmerksam geworden und hat sie nun in die große Halle zur sogenannten *Mid-Career-Retrospektive* eingeladen. Die wird im Anschluss nach Kopenhagen gehen. 61 Werke aus einer Schaffensphase von 2009 bis 2023 gestatten den Einblick in ein sehr weites, wissenschaftlich basiertes künstlerisches Spektrum. Im Fokus besonders: subtile Strukturen der Macht, etwa der Disziplinierung durch Architektur, Farbe und Licht.

Ein Überwältigungserlebnis bereitet gleich der Zutritt zur Ausstellung: Der 16 Meter lange Lichttunnel *pink-blue*. Er bedient sich sowohl der, durchaus angezweifelte, aggressionshemmenden, gar blutdrucksenkenden Wirkung eines intensiven Rosa als auch eines fluoreszierenden Blau, das, in öffentlichen Toiletten oder Unterführungen eingesetzt, Junkies das Auffinden ihrer Venen erschweren soll. Dies sei eine ihrer autoritativeren Arbeiten, so Kiwanga.

Ausstellung: Kapwani Kiwanga. *Die Länge des Horizonts*, Kunstmuseum Wolfsburg. Läuft bis zum 7. Januar 2024

Ein Überwältigungserlebnis ist gleich der Zutritt zur Ausstellung: ein Lichttunnel in pink und blau von 16 Metern

Die Saat des Kolonialismus In Wolfsburgs Kunstmuseum haben Pflanzenschmuggel, Imperialismus und vegetabile Migration Einzug gehalten: Sie bilden den Nährboden d....

**Load-Date:** October 22, 2023

---

End of Document

**Endstation Ankunftszentrum; Im Ankunftszentrum Reinickendorf warten Hunderte Geflüchtete auf ihre Registrierung. Nicht mal Sozialarbeiter gibt es, die ihre Fragen beantworten das macht ein Security-Dienst. Das Flüchtlingsamt ist mit den hohen Asylbewerberzahlen nach 2015/16 erneut überfordert**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 18. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 1189 words

**Byline:** Marina Mai

**Highlight:** Im Ankunftszentrum Reinickendorf warten Hunderte Geflüchtete auf ihre Registrierung. Nicht mal Sozialarbeiter gibt es, die ihre Fragen beantworten das macht ein Security-Dienst. Das Flüchtlingsamt ist mit den hohen Asylbewerberzahlen nach 2015/16 erneut überfordert

## Body

---

Von Marina Mai

Seit einem Monat lebt der Afghane A. in Berlin doch bislang wurde er noch nicht einmal als Asylbewerber registriert, erzählt er. Niemand habe ihm die Möglichkeit gegeben, Asyl zu beantragen, niemand seine Fingerabdrücke genommen. Und niemand sei da, der ihm erklären könnte, wann das endlich geschieht.

Die taz trifft A. im Ankunftszentrum für Asylbewerber auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Reinickendorf. Dort sind nach Angaben des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten 800 noch nicht registrierte Asylsuchende in zwei Häusern untergebracht. A. ist nur zu Besuch bei einem Freund er selbst wohnt in Tegel, im Flughafengebäude, sagt er.

Da ist eigentlich das Ukraine-Ankunftszentrum untergebracht. Aber weil es zu wenig Asylunterkünfte in Berlin gibt, wohnen dort nach Angaben des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) neben knapp 2.000 Ukrainern auch 978 nicht registrierte Asylbewerber wie A. Noch nimmt A. es gelassen. Das ist dann wohl so in Deutschland, ich muss warten, sagt er. Ich kann es nicht ändern.

Nicht alle Flüchtlinge nehmen das so ruhig hin. Die taz trifft in Reinickendorf drei georgische Männer. Einer lebt seit fünf Monaten in Berlin, ist registriert und bekommt daher zusätzlich zu den drei Mahlzeiten auch gut 100 Euro Bargeld und eine medizinische Versorgung. Die beiden anderen leben, wie sie erzählen, seit sechs Wochen (der eine) beziehungsweise vier Tagen (der andere) auf dem Gelände und sind nicht registriert. Das macht die Männer

Endstation Ankunftszenrum Im Ankunftszenrum Reinickendorf warten Hunderte Geflüchtete auf ihre Registrierung. Nicht mal Sozialarbeiter gibt es, die ihre Frage....

wütend. Wir können ohne Registrierung nicht zum Arzt gehen , sagt F., der seit sechs Wochen wartet, dass etwas passiert und er dann auch eine Gesundheitskarte für Arztbesuche bekommt.

Wann das sein wird, weiß er nicht. In dem Haus für nicht registrierte Asylsuchende auf dem Klinikgelände, in dem er wohnt, arbeiten keine Sozialarbeiter, die er fragen könnte. Wenn er Fragen hat, kann er sich nur an die Security-Mitarbeiter wenden und auch das nur, wenn einer Schicht hat, der Russisch spricht.

Vor ein paar Tagen hat sich F. am Finger verletzt doch medizinische Versorgung habe er nicht bekommen. F. zeigt der taz die Wunde, die sichtlich unprofessionell mit blauen Fäden genäht wurde. Die hat mein Landsmann genäht , sagt F. natürlich ohne Betäubung.

Die Sprecherin des LAF, Monika Hebbinghaus, ist schockiert, als sie von der taz von dem Fall erfährt. Zwei Stunden später meldet sie sich zurück: Die Security habe den Mann gefunden und würde ihn jetzt zum Deutschen Roten Kreuz bringen. Prinzipiell seien nicht registrierte Flüchtlinge zwar nicht krankenversichert, sie würden aber bei akuten Problemen entweder vor Ort versorgt oder in die Rettungsstelle eines Krankenhauses gebracht, so Hebbinghaus. Das allerdings setzt voraus, dass sich Geflüchtete an die Security ihres Hauses wenden und dort verbal oder nonverbal eine Verständigung möglich ist.

Wartebereich steht in zehn Sprachen vor dem Registrierungsgebäude auf dem Gelände. Davor regeln Männer der Security-Firma den Zugang. Sie sprechen freundlich mit den Neuankömmlingen. Die Szene wirkt entspannt. Kein Vergleich zu den Zuständen 2015 vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales in Moabit, wo Flüchtlinge nicht versorgt und sich selbst überlassen wurden.

Doch heute wie damals kommen die Behörden mit der Bearbeitung der Fälle nicht hinterher. Damals war es der Syrienkrieg. Aktuell steigen die Asylbewerberzahlen stark an um rund 40 Prozent seit März 2022 , weil die Balkanroute wieder passierbar wurde , so Hebbinghaus. Dass ihre Behörde bei einer solch starken Zunahme an ihre Belastungsgrenze komme, sei leider unvermeidlich. Für solche Zahlen dauerhafte Puffer im System einzubauen im Sinne von Plätzen, Personal ist nur begrenzt möglich , sagt Hebbinghaus. Das sei schon aus finanziellen Gründen so.

Derzeit könne man täglich etwa 100 Menschen registrieren, gerade arbeite man Zeitarbeitskräfte ein, um den Rückstau in der Registrierung abzubauen. Immerhin: Im Vergleich zu 2015/16 bekommen alle in Reinickendorf zumindest ein Bett und drei Mahlzeiten. Sichtbar werden die Probleme erst, wenn man mit den Neuen spricht.

Auch für die Security-Beschäftigten ist die Situation Stress. Die taz spricht mit einem Mann, der seinen Namen nicht nennen will. Ihm würden von den Bewohnern Tätigkeiten abverlangt, die er nicht leisten könne, sagt er. Das ginge schon damit los, dass er sehr oft nach einem Weg in Berlin gefragt wird. Er habe jedoch kein Internet, um nachzuschauen. Und was solle er tun, wenn jemand über Schmerzen im Bauch oder eben am Finger klagt? Oft sei niemand da, an den er Fragende verweisen könne, sagt der Mann.

Eine moldawische Mutter hat es endlich geschafft: Sie verlässt mit ihren drei Kindern und mehreren Koffern das Registrierungsgebäude. Nach fünf Wochen in Berlin wurde sie registriert. Doch wie geht es jetzt weiter mit ihr? Dürfen ihre Kinder endlich zur Schule gehen? Eine Frage, auf die ihr niemand eine Antwort gibt. Sie wird erst mal weiter im Ankunftszenrum wohnen.

Anders ergeht es dem Kurdisch sprechenden Mann hinter ihr. Er hat bei der Registrierung eine Fahrkarte nach Eisenhüttenstadt bekommen. LAF-Sprecherin Hebbinghaus weist darauf hin, dass fast die Hälfte der in Berlin ankommenden Flüchtlinge in andere Bundesländer umverteilt werden. Das sei aber erst nach der Registrierung möglich, also nach mehreren Wochen in Berlin.

Dann läuft ein junger Syrer geradewegs auf die taz-Reporterin zu auch er will seine Geschichte erzählen. Er wohne nicht in einem der Häuser für Neuankömmlinge, sondern in einem Tempohome, das sich auch auf dem Klinikgelände befindet: eine Containersiedlung für einen längeren Aufenthalt.

Endstation Ankunftszenrum Im Ankunftszenrum Reinickendorf warten Hunderte Geflüchtete auf ihre Registrierung. Nicht mal Sozialarbeiter gibt es, die ihre Frage....

Syrien habe er vor zehn Jahren verlassen, berichtet der Mann in fließendem Englisch. In der Türkei habe er die Schule abgeschlossen, mit den Eltern eine eigene Wohnung bewohnt und eine gut bezahlte Arbeit gehabt. Dann sei jemand vom Flüchtlingshilfswerk UNHCR gekommen, erzählt er. Der habe gefragt, ob die Familie nicht nach Deutschland oder Frankreich wolle. Die Eltern hätten nicht zugestimmt, er selbst ja. Der Grund: Er sei schwul. Dafür kann man mich in der Türkei umbringen. Und außerdem ist da die Gefahr, irgendwann nach Syrien abgeschoben zu werden.

Beim Stichwort Deutschland habe er an VW und BMW gedacht. Er hoffte, dass er vielleicht Ingenieur werden könnte. Doch ich lebe seit sieben Monaten in Berlin, ziehe von Lager zu Lager, bekomme keine Wohnung, keine Arbeit. Seit zwei Tagen kann ich endlich Deutsch lernen , erzählt der Mann. Warum holt man mich nach Deutschland, wenn es hier nur Lager und keine Arbeit für mich gibt?

Immerhin: Alle bekommen ein Bett und drei Mahlzeiten am Tag

Asyl in Berlin

Die Zahl der nach Berlin kom-menden Asylbewerber steigt seit 2020 stark an. Im November kamen 12.200 Asylsuchende neu nach Berlin, plus 2.100 Ukraine-flüchtlinge. Im November 2020 kamen, zum Vergleich, 4.800 Asylsuchende; 2021 waren es 7.800. Aktuell leben fast 1.800 nicht registrierte Flüchtlinge in Berlin.

Pro Tag schafft das LAF 100 Registrierungen. Aktuell sind 31.000 Bewohner in Unterkünften des LAF untergebracht, die höchste Zahl seit 2017. (mai)

**Load-Date:** January 17, 2023

**Links in einem rechten Land; Ein Jahr ist die postfaschistische Regierung unter Giorgia Meloni im Amt. Linke Initiativen in Bologna bekommen das bisher wenig zu spüren. Frauen und Migrant:innen dafür umso mehr. Ein Besuch**

taz, die tageszeitung

Freitag 20. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4-5

**Length:** 3218 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Ein Jahr ist die postfaschistische Regierung unter Giorgia Meloni im Amt. Linke Initiativen in Bologna bekommen das bisher wenig zu spüren. Frauen und Migrant:innen dafür umso mehr. Ein Besuch

## Body

---

Aus Bologna Christian Jakob

Es ist ein zu warmer Abend im Oktober, das Zentrum Bolognas ist voller Touristen und Studierenden, die für das beginnende Semester angereist sind. Weltkulturerbe ist die prächtige Altstadt, über 40 Kilometer lang sind die Säulengänge vor den mittelalterlichen Gebäuden. Wer in Richtung Norden unter ihnen entlang flaniert, landet unweigerlich am Hauptbahnhof, einem sandfarbenen Bau jüngerer Datums. Dessen Vorgänger wurde am Morgen des 2. August 1980 zerstört. Ein Kommando der neofaschistischen Nuclei Armati Rivoluzionari hatte einen Koffer mit einer Zeitbombe im überfüllten Wartesaal des Bahnhofs abgestellt. Die Explosion war kilometerweit zu hören. Das Dach brach zusammen. 85 Menschen starben, mehr als 200 wurden verletzt.

Lange war von dem Attentat in der Öffentlichkeit kaum mehr die Rede. Bis vor acht Wochen. Da trat Marcello De Angelis zurück. Er war Sprecher der Region Latium, die von der rechtsextremen Partei Fratelli d Italia von Giorgia Meloni regiert wird. Einst war De Angelis Mitglied der neofaschistischen Gruppe Terza Posizione. Sie wird dem Umfeld der Bologna-Attentäter zugerechnet. De Angelis Schwager wurde wegen des Attentats verurteilt. Dass Rechtsextreme den Bahnhof sprengten, wurde in viele Jahre dauernden Prozessen festgestellt. De Angelis aber behauptete kürzlich: Sie haben nichts damit zu tun. Richter und Institutionen wissen das. Und sie lügen.

Der Vorfall zeigt, wie tiefgreifend sich die politische Landschaft in Italien verändert hat. Vor genau einem Jahr, am 22. Oktober 2022, wurde Giorgia Meloni von den Fratelli d Italia Regierungschefin. Die Partei der einstigen faschistischen Bewegung hat seither die Macht im Land. Unvorstellbar schien das vielen noch vor kurzer Zeit. Wie haben sich das Leben, Alltag, die Bedingungen für soziale Kämpfe linker Ak-ti-vis-t:in-nen geändert?

Links in einem rechten Land Ein Jahr ist die postfaschistische Regierung unter Giorgia Meloni im Amt. Linke Initiativen in Bologna bekommen das bisher wenig zu ....

Nicht erst durch den Anschlag wurde Bologna zu einem der Orte, an dem die Auseinandersetzung zwischen der Linken und der extremen Rechten in Italien sich in besonderer Weise verdichtet. Der in Italien berühmte Aufstand 1977 spielte sich hier ab, die weltberühmte Universität brachte viele Theoretiker hervor, die starken Einfluss auf die sozialen Bewegungen des Landes hatten. Und diese haben bis heute hier einen Schwerpunkt. Und auch ein Jahr nach Meloni hat die Stadt noch immer eine große linke Szene.

Auf der Südseite der Innenstadt etwa haben Ak-ti-vis-t:in-nen am 6. Oktober das Istituto Santa Giuliana besetzt ein leer stehendes, bis vor Kurzem von der Kirche betriebenes Internat, braun verklindert, vier Stockwerke. Unten sind Unterrichts- oben Schlafräume. Zwei Kollektive stehen hinter der Besetzung: Das Teatro Polivalente Occupato und eine Gruppe namens Låbas. Seit Jahren gehen deren Ak-ti-vis-t:in-nen immer wieder in leer stehende Gebäude in der Stadt. Sie protestieren gegen die explodierenden Mieten, versuchen, temporären Wohnraum zu schaffen. Am dritten Abend der Besetzung hängt ein Transparent aus dem Fenster. Wohnen ist ein Recht , steht darauf. Drinnen sitzen junge Leute im Hof, rauchen, ein paar Flüchtlinge sind dabei.

Allen fehlt Wohnraum, die Menschen werden verdrängt Geflüchtete, Studierende, Arme. Den Protest dagegen wollen wir hier zusammenbringen, sagt eine junge Frau, die sich als Giulia vorstellt. Seit 2015 besetzt sie immer wieder Häuser in Bologna. Bis zum Sommer war in dem Gebäude eine Nonnenschule. Dann ging der Kirche das Geld aus. Das Gebäude wird nun verkauft. Der neue Eigner will ein kommerzielles Studentenwohnheim daraus machen. Noch eins , sagt Giulia. Die Stadt ist schon voll davon. Die Kirche beantragte noch am Tag der Besetzung bei der Polizei die Räumung.

Giulia erzählt vom lokalen Flüchtlingsheim in der Via Mattei. Dort sind 800 Menschen untergebracht, es gibt aber nur 250 Plätze. Die meisten wohnen in überfüllten Zelten. Einer der Bewohner ist zu der besetzten Schule gekommen, sein Name ist Youcif, er stammt aus dem Sudan. Er zeigt ein Video aus dem Innern des Lagers. 60 bis 100 Menschen in einem Zelt , sagt er. Das hält man nicht aus. Und bald kommt der Herbst.

Die Be-set-ze-r:in-nen würden am liebsten Geflüchtete und Studierende in dem Haus wohnen lassen. Doch sie werden nicht bleiben können. Im August erließ die Meloni-Regierung ein Dekret: Neue Besetzungen müssen innerhalb weniger Werktage geräumt werden. Früher gab es hier Squats, die sich fünf Jahre oder länger halten konnten , sagt Giulia. Zugute komme ihnen zwar, dass Bolognas Bürgermeister Matteo Lepore zur sozialdemokratischen PD gehört. Aber er muss natürlich vollziehen, was die Regierung anordnet.

An diesem Abend aber ist von der Polizei noch nichts zu sehen. Sie rückte erst am 17. Oktober an, als das Istituto Santa Giuliana geräumt wurde. Sind solche Besetzungen unter der neuen Regierung also gefährlicher als früher? Wenn man keinen Widerstand leistet, gibt es keine Verhaftung , sagt Giulia. Sie stellen die Personalien fest, das war s dann. Die direkte Repression gegen Ak-ti-vis-t:in-nen habe nicht zugenommen, sagt Giulia. Da sehe ich keine sehr starken Veränderungen bisher. Die Veränderungen seien eher schleichend.

In den letzten Monaten habe die Regierung eine Welle von Dekreten erlassen. Unter anderem wurde das Haftalter herabgesetzt. Meloni habe den Gedanken von Sicherheit und Repression stärker gemacht, auch gegenüber jungen Leuten , sagt Giulia. Gleichzeitig sei nun sehr viel von traditionellen Familienrollen die Rede. Das sei nicht ohne Folgen geblieben. Im Sommer nahm die Gewalt gegen Frauen zu, die Zahl der Femizide stieg. Wir sehen da einen klaren Zusammenhang.

Meloni gehe die Dinge viel ruhiger an als ihr Konkurrent Matteo Salvini von der Lega. Der war viel impulsiver, hat auf Propaganda und Theater gesetzt. Häfen zu, NGOs plattmachen , sagt Giulia. Meloni ist viel cleverer.

Das einzige Thema, bei dem sie bisher angreifbar sei, seien die hohen Flüchtlingszahlen. Doch die Kritik an Meloni bleibt bisher verhalten. Sie vermittelt den Leuten den Eindruck, dass sie tut, was sie kann und ihr Bestes gibt , sagt Giulia. Und sie kann die Schuld auf andere schieben zum Beispiel auf den Präsidenten von Tunesien, weil der unkooperativ ist. Gleichzeitig spiele sie geschickt etwa ukrainische und afrikanische Flüchtlinge gegeneinander aus. Sie gewinnt viel Unterstützung in der Bevölkerung, wenn sie sagt, dass manche Geflüchtete wichtiger sind als andere, dass Männer aus Afrika doch in ihren Ländern arbeiten können. So unterstützen viele, dass Meloni neue Internierungslager bauen wolle und bei der Migration auf Kriminalisierung und Militarisierung setze.

Links in einem rechten Land Ein Jahr ist die postfaschistische Regierung unter Giorgia Meloni im Amt. Linke Initiativen in Bologna bekommen das bisher wenig zu ....

Die jungen Leute in dem besetzten Internat fürchten, dass Meloni, anders als viele Regierungschefs vor ihr, noch eine Weile im Amt bleibt. Sie hat eine starke, solide Strategie, sagt Giulia. Auch, weil sie nicht gegen die EU arbeite. Sie will die nicht verlassen, wie die Lega immer getönt hat. Sie will sie zu einer Union aus stärkeren Nationalstaaten umbauen. Die nächste Besetzung ist nur wenige Ecken weiter. Ein Grundstück der Universität, die Orientalistik-Fakultät, am Rande der Altstadt. Seit diesem Wochenende haben Studierende hier Zelte aufgestellt. Es ist dunkel, das Tor haben sie zugeschoben, im orangenen Licht der Straßenlaternen sitzen sie an einem Tisch im Hof, trinken Bier, spielen Spiele.

Das ist kein symbolischer Protest, sagt Anna, eine junge Frau aus der Nähe von Mailand, die im zweiten Jahr Politikwissenschaft studiert. Wir können uns wirklich kein Zimmer leisten. Sie kochen in dem Studierendencafé in einer kleinen Baracke, waschen sich in der Uni-Toilette. Bis zu 800 Euro kostet in Bologna ein WG-Zimmer, in den kommerziellen Wohnheimen sind es schnell 1.000 Euro. Meloni hat Sozialleistungen gekürzt und das trifft auch die Jugend, sagt Anna. Und zwar umso schlimmer, weil es in Italien keinen Mindestlohn gebe. Einige der Studierenden erzählen, dass sie bei Lieferdiensten arbeiten und teils nur auf 2,50 Euro Lohn die Stunde kommen.

Viele würden vom Haus der Eltern nach Bologna pendeln, weil die Zeitkarte im Regionalzug billiger sei als ein Zimmer. Jeden Morgen, jede Nacht 3 Stunden im Zug, sagt Anna. Wer dann nicht mitkommt und nicht genug Credit Points nachweist, verliert seinen Studienplatz, muss den Studienkredit zurückzahlen und ist verschuldet.

Die Rechten redeten gern von Meritokratie, sagt Anna. Davon also, dass jeder bekommen solle, was er verdient. Aber wer drei Jobs braucht, um seine verschimmelte Studentenbude zu behalten, kann nicht viel lernen. Sie tun so, als ob es diese Unterschiede nicht geben würde.

Die Repression der Regierung gegen Protestbewegungen sei eher subtil, meint sie dann. Es ist eher eine Delegitimierung. Sie sagen: Sie sind faul und wollen nicht arbeiten. Oder: Sie wollen aus schönen Häusern hässliche, verfallende Sozialzentren machen. Am 2. Oktober gab es in Turin Proteste von Schüler:innen gegen einen Besuch Melonis. Die Polizei verprügelte die jungen Leute. Da hat man gesehen, was die Antwort sein kann, wenn man gegen die Regierung ist. Angst hätten sie aber keine, sagt Anna.

Die Linie zwischen der heutigen Regierungspartei und dem historischen italienischen Faschismus ist sehr direkt. In der von 1943 bis 1945 bestehenden Italienischen Sozialrepublik, einem NS-Protektorat unter dem Faschistenführer Benito Mussolini, gab es eine Staatspartei: Die Republikanisch-Faschistische PFR. Deren Ex-Funktionäre gründeten 1947 das Movimento Sociale Italiano (MSI). Die wiederum ging 1995 in der Alleanza Nazionale (AN) auf, mit der Silvio Berlusconi ab 1995 mehrfach koalierte. Und Funktionäre der AN gründeten dann 2012 die Fratelli d'Italia die heutige Regierungspartei.

Nicht weit entfernt von Bologna liegt Reggio Emilia. Hier lebt seit über 20 Jahren Matthias Durchfeld. Der Geschichtsarbeiter ist Direktor des Instituts Istoreco. Die in einem ehemaligen Klostergebäude untergebrachte Einrichtung hat über drei Kilometer Regalböden an Dokumenten über den Faschismus und den Partisanenkampf zusammengetragen. Ihre Aufgabe sehen sie vor allem darin, junge Menschen über die Vergangenheit aufzuklären. Melonis Wahl habe ihn und seine Mitarbeiter ein wenig geschockt, sagt Durchfeld. Eine Zunahme an Repression gegen die antifaschistische Gedenkarbeit gebe es bisher aber nicht, sagt Durchfeld. Und bisher sei auch der finanzielle Schaden der Meloni-Regierung für die Gedenkarbeit relativ übersichtlich, sagt Durchfeld.

Das Netzwerk der Geschichts-Institute wird auch vom Staat gefördert: Mit dem Bildungsministerium in Rom gibt es einen Vertrag. 30 Lehrer:innen sind aus dem Staatsdienst freigestellt, um für die Institute zu arbeiten und dort Schulprojekte zu organisieren. Daran hat sich auch nach Melonis Amtsübernahme nichts geändert. Seit Jahrzehnten ist das nie infrage gestellt worden, sagt Durchfeld.

Über ein regionales Gesetz für die Erinnerung kommt indes die meiste Unterstützung von der sozialdemokratischen Regierung der Region Emilia Romagna. Und auch 42 Städte der Region zahlen heute Mitgliedsbeiträge an das Istoreco darunter auch solche, die von rechten Bürgerlisten regiert werden. In der Vergangenheit hatten andere Institute aus dem Netzwerk politisch motivierte Kündigungen ihrer Räume erhalten,



Links in einem rechten Land Ein Jahr ist die postfaschistische Regierung unter Giorgia Meloni im Amt. Linke Initiativen in Bologna bekommen das bisher wenig zu ....

sagt Durchfeld. An zwei, drei solcher Fälle könne er sich erinnern, etwa im piemontesischen Biella. Doch das sei bereits vor Melonis Amtsübernahme geschehen. Die Lega Nord wollte die Institute ja auch nicht.

Politische Einflussnahme durch rechte Politiker gebe es heute durchaus, sagt Durchfeld. Und zwar vor allem beim Thema der Foibe. Dabei handelt es sich um wohl einige Tausend faschistische italienische Kämpfer, die ab 1943 von jugoslawischen Partisanen im Gebiet des heutigen Istriens getötet wurden. Die extreme Rechte in Italien bemüht sich nach Kräften, dass sie als Opfer anti-italienischer Gewalt betrachtet werden. Da wird enorm Einfluss genommen, sagt Durchfeld. Es gebe Regionalgesetze, Vorschriften zu Sprachregelungen, vor allem im Nordosten des Landes. An dem Versuch, die Tötung der Foibe als Völkermord an Italienern zu bezeichnen, zeige sich das seit jeher bestehende Problem der Veropferung der italienischen Geschichte und des Vertuschens der italienischen Täter, sagt Durchfeld. Das hat eine lange Tradition.

Diese Form rechter Geschichtspolitik habe sich schon zu Zeiten Berlusconis abgezeichnet. Den Gedenktag am 10. Februar versucht die extreme Rechte so zu besetzen, dass die deutschen Nationalsozialisten und jugoslawische Kommunisten die Italiener getötet haben die Italiener sind demnach zwei Mal Opfer und nie Täter.

Neu sei, dass die Regierung Melonis versuche, in diesem Sinne Einfluss auf Schulen zu nehmen. Es gab Rundschreiben, dass alle den Foibe-Tag begehen müssen, sagt Durchfeld. Sie haben sogar Spruchbänder ans Kolosseum gehängt, was für die ermordeten Juden nie getan wurde.

Der rechten Geschichtspolitik etwas entgegen zu setzen, versucht das VAG61, ein linkes Kulturzentrum in Bologna. 2003 hatten Ak-ti-vis-t:in-nen des lokalen Indymedia-Kollektivs ein Gebäude besetzt, später vermietete die sozialdemokratische Stadtregierung ihnen ein kleines Haus im Norden der Innenstadt.

Im ersten Stock ist heute ein linkes Bewegungsarchiv untergebracht. Die Seenotrettungs-NGO Mediterranea hat hier ein Büro, genau wie die -Redaktio der ZIC notes. Nachmittags gibt es Hausaufgabenhilfe, abends Lesungen und Konzerte. Bologna habe bis heute eine linke DNA, sagt Andrea, der seit Jahrzehnten im Vag 61 aktiv ist. Sein Name ist ein anderer, er will nicht, dass er in der Zeitung erscheint und hat um ein genderneutrales Pseudonym gebeten. Aber es ist eher Glut als eine Flamme. Alles ist etwas ruhiger, aber noch da.

Das, so glaubt Andrea, dürfte auch damit zu tun haben, dass Meloni noch viel Geld zu verteilen hat. Kein Land bekommt mehr Geld aus dem 190 Milliarden Euro schweren EU-Covid-Wiederaufbaufonds. Die vielen neuen Projekte befrieden Unmut aber werden durch die Kürze der Zeit in die falschen Hände geraten: Die Mafia werde dafür sorgen, dass sie ihren Anteil bekommt, sagt Andrea. Die soziale Frage wird voll durchschlagen, wenn in einigen Jahren die EU-Milliarden aufgebraucht sind.

Dass Meloni sich im Amt bisher anders verhielt, als viele befürchtet hatten etwa die Solidarität mit der Ukraine und Israel oder der kooperative Kurs mit der EU, sei vielleicht eine italienische Sache, sagt Andrea: Hier macht keiner, was von ihm erwartet wird. Als Meloni gewählt wurde, dachte er nicht, dass es einen neuen Faschismus wie einst geben würde, mit Partisanen oder so. Das Hauptproblem hätten zunächst die Minderheiten: Migranten und LGBTIQ. Gegen die gehen sie nun vor. Danach sind vielleicht andere dran.

Allein in den Bereichen Feminismus und Migration hingegen hätten die Proteste zugenommen. Es sind die Bereiche, in denen die Regierung konkrete Änderungen verfolge beim Abtreibungsrecht und bei den Abschiebungen. Doch diese Felder zu großen, kollektiven Protesten zusammenzubringen, sei schwierig. Aber das ist ein allgemeines Problem der letzten Jahre.

Immerhin: Rund 200.000 Menschen sind am 7. Oktober dem Aufruf von Gewerkschaften und NGOs zu Sozialprotesten in Rom gefolgt. Das richtete sich aber nicht gegen die Regierung an sich, sondern gegen geplante Änderungen beim Arbeitsrecht.

Die sozialen Bewegungen seien insgesamt etwas ruhiger als etwa zu Zeiten der Regierungen von Silvio Berlusconi, an denen ja ebenfalls Faschisten beteiligt waren. Damals gab es keine sozialen Netzwerke, nur Protest auf der Straße, sagt Andrea. Heute suchen die Menschen andere Wege des Protests oft im Netz. Rechte Demos gebe

Links in einem rechten Land Ein Jahr ist die postfaschistische Regierung unter Giorgia Meloni im Amt. Linke Initiativen in Bologna bekommen das bisher wenig zu ....

es hin und wieder, stärker geworden seien die nicht. Es gibt hier nicht so viele sichtbare Faschisten. Einige Tausend würden kommen, wenn Rechtsextreme zum Gedenken an das Foibe-Massaker aufrufen würden. Zwei Häuser, die die faschistische Casa Pound-Bewegung in Bologna hatte, wurden geschlossen. Das war ein langer Kampf, sagt Andrea. Der Aufstieg der Fratelli d Italia zur Regierungspartei habe eine Sogwirkung entfaltet weg von der Straße, rein in die Partei. Um zu sagen, wie es weiter gehe, sei es noch zu früh, sagt Andrea. Das Wahlsystem können sie nicht ändern, dafür bräuchten sie größere Mehrheiten.

Dass es Plätze wie das Vag61 und die vielen anderen linken Orte im Land noch gebe, zeige die Grenzen der Macht der Regierung. Es ist nicht so einfach, solche Orte plattzumachen. Im Wahlkampf kündigt man das an und danach macht man vielleicht hier und da eine kleine Räumung, und dann kann man sagen, wir haben geliefert, es geht ja auch viel um Rhetorik.

Es ist ein Paradox: Die Infrastruktur sozialer Projekte, von Graswurzelinitiativen ist in ganz Italien dicht nicht nur in linken Zentren wie Bologna, auch in der Provinz gib es eine kaum zu überblickende Zahl etwa von Solidaritätsinitiativen. Doch das als Zeichen eigener Stärke wahrzunehmen, vermögen viele Ak-ti-vis-t:in-nen nicht.

Andrea versteht das. Es bleibt eben nur, sich anzupassen, sagt er. Für Solidarität von unten, für Beratungsstellen oder Besetzungen, dafür reiche die Kraft der Bewegungen. Es sei evident, dass das etwa für die Migranten sehr wichtig ist. Aber die Erosion der Grund- und Menschenrechte, die die extreme Rechte produziert, zu stoppen das sei nicht möglich. Wir können das nur ein Stück weit kompensieren. Doch weil sich an der grundlegenden politischen Lage nichts ändere, seien eben viele frustriert.

Repression spiele dabei bislang nur bedingt eine Rolle. Die gab es schon immer, das ist heute nicht anders als früher. Die Polizei war schon immer rechts, auch wenn die Regierung links war, sagt Andrea. Die verprügeln dich, egal wer regiert. Doch dass Menschen in Italien heute nicht auf die Straße gehen, weil sie Angst vor der Polizei haben das sei nicht so. Sie hält eher zu Hause, dass sie müde geworden sind, weil es keine positiven Veränderungen gibt.

Meloni gehe die Dinge cleverer an als ihr Konkurrent Matteo Salvini von der Lega. Die Kritik an ihr ist bisher verhalten

Die Leute gehen nicht mehr auf die Straße, weil sie keine positiven Veränderungen mehr sehen, sagt ein Aktivist

Ein Jahr Meloni

Erste Frau an der Spitze Am 22. Oktober 2022 wurde die Rechtspopulistin Giorgia Meloni als Ministerpräsidentin Italiens vereidigt. Sie ist die erste Frau an der Spitze des Landes. Italien wird seither von einer rechten Regierung bestehend aus den Fratelli d Italia, der konservativen Forza Italia von Ex-Ministerpräsident Silvio Berlusconi und der rechtspopulistischen Lega von Matteo Salvini regiert. Es ist die am weitesten rechts stehende Regierung seit 1946.

Anders als erwartet In der internationalen Politik ist Italien unter Meloni bisher ein verlässlicher Partner. Die Ministerpräsidentin fährt einen kooperativen Kurs mit der EU und steht fest an der Seite der Ukraine. Eines von Melonis zentralen Wahlversprechens war die Streichung der erst im Jahr 2019 eingeführten Grundsicherung. Damit wollte sie Menschen, die angeblich nicht arbeiten wollen, zur Arbeit bewegen. Giorgia Meloni hielt Wort. Seit August 2023 ist die Grundsicherung für alle jene abgeschafft, die beschäftigbar sind laut Gesetz alle zwischen 18 und 59 Jahren. Rund acht Milliarden Euro jährlich spart der Staat dank dieser Streichung. (taz)

**Load-Date:** October 19, 2023

**Eine Bühne für die Unsichtbaren; Der in Bremen etablierte Diaspora-Preis wird jetzt erstmals auch in Wilhelmshaven verliehen. Es geht darum, das Engagement migrantisierter Menschen zu würdigen**

taz, die tageszeitung

Freitag 18. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26-27

**Length:** 755 words

**Byline:** Marta Ahmedov

**Highlight:** Der in Bremen etablierte Diaspora-Preis wird jetzt erstmals auch in Wilhelmshaven verliehen. Es geht darum, das Engagement migrantisierter Menschen zu würdigen

## Body

---

Von Marta Ahmedov

An diesem Sonntag wird in Wilhelmshaven erstmals der Diaspora-Preis verliehen. Er richtet sich in erster Linie an migrantisierte Personen und Vereine, die sich für den guten Zweck engagieren. Mittlerweile wird er in fünf Kategorien verliehen, die sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN orientieren. Die Ge-win-ne-r\*in-nen erhalten jeweils ein Preisgeld von 1.000 Euro. In Bremen gibt es den Preis schon seit 2018.

Wertschätzung ist ganz wichtig, um die Kraft zu haben, weiterzumachen, sagt Virginie Kamche. Das war meine Motivation, den Diaspora-Preis in Bremen ins Leben zu rufen. Es gebe so viele tolle Ideen, mit denen Mi-gran-t\*in-nen in Bremen die Welt besser machen wollten. Schon im ersten Jahr seien 31 Bewerbungen eingegangen. Dieses Engagement wird durch den Diaspora-Preis sichtbar gemacht, erzählt Kamche stolz.

Seit fast 30 Jahren engagiert sich die in Kamerun geborene Kamche für die afrikanische Community in Bremen. Meine Arbeit ist oft schwer, sagt sie und klingt trotz ihrer freundlichen Stimme angestrengt. Aber ich will weitermachen und für die vielen Menschen kämpfen, die hier leben und unsichtbar gemacht oder rassistisch ausgegrenzt werden.

Kamche war lange Vorsitzende des Afrika Netzwerks Bremen und arbeitet als Fachpromotorin für Migration, Diaspora und Entwicklung. Es braucht mehr Vernetzung und Vorbilder für Menschen, die nicht weiß sind und kein akzentfreies Deutsch sprechen, sagt sie. Der Diaspora-Preis in Bremen gebe diesen Menschen eine Bühne, auf der sie ernst genommen werden.

Wilma Nyari ist schon seit einigen Jahren in der Jury des Bremer Diaspora-Preises aktiv. Die Idee hat mich so beeindruckt und begeistert, dass ich den Preis unbedingt auch zu mir nach Wilhelmshaven holen wollte, sagt sie.

Eine Bühne für die Unsichtbaren Der in Bremen etablierte Diaspora-Preis wird jetzt erstmals auch in Wilhelmshaven verliehen. Es geht darum, das Engagement migra....

Gemeinsam mit Virginie Kamche und weiteren Personen gründete sie deshalb im vergangenen Jahr das Dekoloniale Netzwerk Nordwest, einen Verbund von Engagierten gegen Rassismus aus Bremen, Wilhelmshaven und Oldenburg. Ziel des Netzwerks ist es, besonders BIPOC, also Black, Indigenous and People of Colour, im ländlichen Raum anzusprechen und zu fördern, sagt Nyari. Rassismus betreffe nicht nur Großstädte, sondern gerade auch ländliche Regionen. Auf dem Land sei es aber viel schwerer, Strukturen aufzubauen. Deshalb haben wir unsere Kräfte gebündelt und das Netzwerk gegründet, sagt Nyari.

Tatsächlich gelang es dem Dekolonialen Netzwerk im vergangenen Jahr, eine Förderung von der Bundeszentrale für politische Bildung zu erhalten. Dadurch war es für uns möglich, den Diaspora-Preis dieses Jahr zum ersten Mal auch hier in Wilhelmshaven zu organisieren, erzählt Nyari. Außerdem konnten wir die Stadt dafür gewinnen, uns mit den Preisgeldern zu unterstützen. Die Landtagsabgeordnete Lena Nzume von den Grünen und Armin Schönfelder, Erster Stadtrat von Wilhelmshaven, haben die Schirmherrschaft übernommen.

Mit der Resonanz auf den Preis ist Nyari zufrieden. Zehn Bewerbungen seien eingegangen. Dafür, dass wir den Preis dieses Jahr zum ersten Mal hier verleihen, ist das ein guter Rücklauf, der zeigt, dass es in Wilhelmshaven bereits tolle Projekte gibt, sagt Nyari.

Dennoch stößt sie oft auf Widerstände. Die Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung läuft Ende des Jahres aus. Wie das Netzwerk sich danach finanzieren soll, ist noch unklar.

Auch innerhalb der Strukturen gibt es Schwierigkeiten. Das Engagement hängt noch sehr stark von Einzelpersonen ab, sagt Nyari. Viele Menschen mit Diskriminierungs- und Rassismus-erfahrungen trauen sich nicht, sich zu engagieren.

Diese Erfahrung macht auch Virginie Kamche. Es tut wirklich weh, sagt sie. Jeder Mensch hat etwas zu sagen, aber viele Schwarze Menschen sagen mir, dass sie sich nicht politisch einbringen wollen, weil sie sowieso nicht ernst genommen werden.

Das ist wirklich schwierig und ein allgemeines Problem, sagt Kamche. Selbst wenn es darum geht, etwas gegen Rassismus und für die Sichtbarkeit von Mi-gran-t\*in-nen zu machen, bin ich oft die einzige Schwarze Frau.

Kamche und Nyari haben viel bewegt. Ihr Engagement macht deutlich, dass das Eintreten gegen Rassismus oft an einzelnen Leuten hängt, die selbst betroffen sind. Mit den Diaspora-Preisen bekommen diese Menschen ein bisschen Sichtbarkeit und Wertschätzung zurück.

Der Diaspora-Preis in Wilhelmshaven wird am 20. August im Pumpwerk verliehen. In Bremen läuft die Bewerbungsfrist noch bis zum 30. September, Preisverleihung am 28. Oktober.

Es braucht mehr Vernetzung und Vorbilder für Menschen, die nicht weiß sind

**Load-Date:** August 17, 2023

**Zwischengeparkt in der Turnhalle; Jugendliche und Unterstützer\*innen klagen über menschenunwürdige Bedingungen in einer Unterkunft für minderjährige Geflüchtete. Ihr Protest richtet sich an Sozialbehörde, Johanniter und das System der Inobhutnahme. Die Senatorin weist die Vorwürfe zurück**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26-27

**Length:** 970 words

**Byline:** Alina Götz

**Highlight:** Jugendliche und Unterstützer\*innen klagen über menschenunwürdige Bedingungen in einer Unterkunft für minderjährige **Geflüchtete**. Ihr Protest richtet sich an Sozialbehörde, Johanniter und das System der Inobhutnahme. Die Senatorin weist die Vorwürfe zurück

## Body

---

Von Alina Götz

Keine Privatsphäre, Bettwanzen, Schimmel im Bad – unter diesen Umständen sollen derzeit rund 35 minderjährige **Geflüchtete** in einer Turnhalle nahe des Bremer Flughafens leben. Das Bündnis Together we are Bremen hat sich mit dem Slogan Shut down Turnhalle! bereits im Sommer an die Öffentlichkeit gewandt. Der Vorwurf: Seit Anfang des Jahres bringe die Sozialbehörde dort Menschen unter, obwohl es freie Plätze in der regulären Erstaufnahmeeinrichtung gibt. Das Kindeswohl sei nicht gewährleistet, die psychische und körperliche Gesundheit der Be-woh-ne-r\*in-nen gefährdet. Die Johanniter betreiben die Unterkunft.

Die Bedingungen für die jungen Menschen, wie sie das Bündnis beschreibt: Die Halle sei durch dünne Aufstellwände in rund sechs Quadratmeter große Bereiche unterteilt, mit je zwei Doppelstockbetten für vier Menschen. Ruhe gebe es keine. Die Spinde seien zu klein, die Betten teilweise von Parasiten befallen, die in der Nacht stechen. Und die Duschen seien von Schimmel befallen, der förmlich aus den Fugen quillt, den Boden und die Decke bedeckt.

Dazu komme noch der Druck durch permanente Überwachung und Kontrolle, die von Securitys und Mit-ar-bei-te-r\*in-nen der Johanniter ausgeübt wird, auch mit Drohungen und Zwang. Sozialpädagogische Betreuung gebe es keine, Taschengeld werde unrechtmäßig gekürzt. Bei den Widersprüchen gegen diese Taschengeld-Kürzungen unterstütze man die Jugendlichen, sagt Gundula Oerter vom Flüchtlingsrat Bremen der taz.

## Zwischengeparkt in der Turnhalle Jugendliche und Unterstützer\*innen klagen über menschenunwürdige Bedingungen in einer Unterkunft für minderjährige Geflüchtete.....

Ein Video, das am 7. Oktober auf der Webseite von Together we are Bremen veröffentlicht wurde und aus dem Inneren der Halle stammen soll, zeigt die Enge in den Kabinen, die fehlenden Zimmerdecken, die dünnen Wände und eine Sofaecke, umgeben von lose ausgelegten Teppichfliesen. Aufnahmen aus den Sanitäranlagen zeigen einen Anblick, den wohl die meisten Brei-ten-sport-le-r\*in-nen aus sanierungsbedürftigen Turnhallen kennen wenn sie dort einen Abend in der Woche sind und sich aussuchen können, ob sie diese Duschen oder die daheim nutzen.

Am 16. Oktober veröffentlichte das Bündnis einen offenen Brief an Sozial-, Jugend- und Integrationssenatorin Claudia Schilling (SPD). Die Unterzeichner\*innen rufen Schilling dazu auf, die Turnhalle zu schließen und einen sicheren Ort für die Jugendlichen zu schaffen. Die Umstände konterkarierten den Passus im neuen Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und Der Linken: Unsere Migrationspolitik und unser Umgang mit Geflüchteten sind an humanitären Maßstäben ausgerichtet. Im Brief ist neben den genannten Punkten auch von einer miserablen Lebensmittelversorgung die Rede.

Das Bündnis wendet sich auch an die Betreiber der Halle: Die Johanniter bauen den Jugendschutz weiter ab, fördern Gewalt gegen Minderjährige und schlagen Profit aus den Lagern.

Senatorin Schilling weist die Vorwürfe gegen ihre Behörde und die Johanniter zurück. Wir haben keinerlei Hinweise auf hygienische Mängel oder sonstige Probleme in der Turnhalle, schreibt sie der taz. Ich selbst war erst vor kurzer Zeit vor Ort und habe gesehen, dass die jungen Menschen dort gut versorgt werden. Eine Begehung der Einrichtung am 18. Oktober durch das Gesundheitsamt habe zudem keine Beanstandungen ergeben, schreibt Schillings Sprecherin Nina Willborn.

Die Sozialbehörde bestätigt, dass in der Halle derzeit 34 junge Männer untergebracht sind; die Kapazität reiche sogar für 40. Die Zahl schwanke jedoch täglich durch Zu- und Abgänge. Die Menschen dort befänden sich in der sogenannten vorläufigen Inobhutnahme. Da das Land Bremen seine Aufnahmeverpflichtung übererfüllt hat, werden die jungen Menschen binnen weniger Tage nach Vorliegen eines Zuweisungsbescheides anderen Kommunen übergeben, schreibt Willborn weiter. In der Regel blieben die Jugendlichen zwischen zwei und drei Wochen dort. Es gehe lediglich um jene, bei denen klar ist, dass sie nicht in Bremen bleiben.

Deswegen ziehen diese aus der großen Erstaufnahmeeinrichtung in die Turnhalle um. Man könne gar nicht sagen, ob es derzeit freie Plätze in der Erstaufnahmeeinrichtung gebe, sagt Willborn zu der Kritik der Aktivist\*innen: Die Zahl derer, die ankommen, schwankt.

Together we are Bremen kritisiert das gesamte System der vorläufigen Inobhutnahme. Das Bündnis nennt diese Praxis Jugendhilfe zweiter Klasse und fordert von Schilling ein Ende der Umverteilung von Kindern und Jugendlichen unter Zwang.

Im Juli gab es den ersten Protest direkt vor der Turnhalle. 150 Menschen sollen dabei gewesen sein. Minderjährige Geflüchtete werden hier vor der Öffentlichkeit versteckt, damit sie zwangsumverteilt werden können, sagt ein Aktivist in einem Video von der Aktion.

Jetzt gab es erneut Protest: Am Dienstagabend trafen sich rund 70 Menschen vor dem Begegnungszentrum der Johanniter in der Bremer Neustadt. Die schutzsuchenden Jugendlichen haben traumatische Fluchterfahrungen hinter sich. Sie benötigen Sicherheit, Zur-Ruhe-Kommen und Geborgenheit, heißt es in der Mitteilung zum Protest.

Das bereits veröffentlichte Video wurde in Dauerschleife gezeigt der Veranstaltungs- und Kunstraum Schwankhalle, der sich direkt gegenüber der Begegnungsstätte befindet, stellte den Ak-ti-vis-t\*in-nen ihre Technik zur Verfügung und erlaubte das Aufhängen ihrer Banner.

Eine Aktivistin berichtete, dass man bei Besuchen in der Turnhalle vom Gelände gejagt werde, nicht mit den Jugendlichen reden dürfe. Sie sprach von den Johannitern als eine Organisation, die zugewandt scheine, ein positives Gefühl des Helfens vermittele. Wir stören heute dieses Image.

Zwischengeparkt in der Turnhalle Jugendliche und Unterstützer\*innen klagen über menschenunwürdige Bedingungen in einer Unterkunft für minderjährige Geflüchtete.....

Auch Oerter machte in ihrem Redebeitrag den Trägern der Sozialen Arbeit Vorwürfe. Bei der Unterbringung handele es sich um behördlich angeordneten und von Sozialarbeitenden ausgeführten Rassismus .

Unsere Migrationspolitik und unser Umgang mit Geflüchteten sind an humanitären Maßstäben ausgerichtet

**Load-Date:** October 24, 2023

---

End of Document

**Es wird einen Rechtsruck geben ; Die Mehrheit der Franzosen verurteilt die seit einer Woche anhaltenden gewalttätigen Proteste, so Politologe Joseph de Weck**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 06. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 721 words

**Highlight:** Die Mehrheit der Franzosen verurteilt die seit einer Woche anhaltenden gewalttätigen Proteste, so Politologe Joseph de Weck

## Body

---

Interview Lisa Schneider

taz: Herr de Weck, warum eskalierten die Unruhen in Frankreich so?

Joseph de Weck: Ausgangspunkt war der Mord an einem 17-Jährigen durch einen Polizisten in der Pariser Banlieue. Solche Vorstädte gibt es überall in Frankreich, sie wurden seit den 1950er Jahren hochgezogen, vor allem als Sozialwohnungen. Dort konzentriert sich die arme Bevölkerung Frankreichs bis zu 40 Prozent der Menschen leben unter der Armutsgrenze, darunter viele Migranten und Franzosen mit Migrationshintergrund.

Wie sieht die Lebensrealität dort aus?

Die Menschen haben das Gefühl, von der Mehrheitsgesellschaft nicht vollends akzeptiert werden. Sie werden nicht als Franzosen gesehen, obwohl sie oft bereits in zweiter oder dritter Generation in Frankreich leben. Sie sind oft Diskriminierung im Alltagsleben ausgesetzt: etwa weil sie viel öfter kontrolliert werden von der Polizei oder weil sie geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Im Jahr 2005 starben in Clichy-sous-Bois zwei Jugendliche mit Migrationshintergrund auf der Flucht vor Polizisten bei einem Unfall. Auch damals gab es Ausschreitungen. Hat sich seitdem nichts verändert?

Im Vergleich zu 2005 ist heute die wirtschaftliche Situation deutlich besser. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt heute bei knapp 17 Prozent, damals lag sie bei über 23. Außerdem wurde massiv in Bildung investiert. Zum Beispiel wurde die Größe der Schulklassen in diesen Vierteln halbiert. Doch meist ist es so: Wer den sozialen Aufstieg schafft, zieht aus der Banlieue fort. Die Viertel bleiben homogen, es findet keine gesellschaftliche Durchmischung statt.

Warum entzündeten sich die Proteste so intensiv, obwohl es Verbesserungen gab?



Es wird einen Rechtsruck geben Die Mehrheit der Franzosen verurteilt die seit einer Woche anhaltenden gewalttätigen Proteste, so Politologe Joseph de Weck

Der Mord an Nahel ist kein Einzelfall. Immer wieder gibt es tödliche Polizeigewalt. In diesem Fall gibt es ein Video des Vorfalls, das in den sozialen Medien viral ging. Das wirkte wie ein Brandbeschleuniger. Außerdem ist in Frankreich die Protestkultur im Allgemeinen gewalttätig. Auch bei den Protesten der Gelbwesten wurden ganze Straßenzüge verwüstet, alles kurz und klein geschlagen. Die Gelbwesten entsprachen vom äußeren Eindruck her eher der Mehrheitsgesellschaft, Staatspräsident Emmanuel Macron ging auf sie zu und nahm die Erhöhung der Benzinsteuern als Auslöser der Proteste zurück. Auch gegen die jüngste Rentenreform gab es Proteste, die zum Teil extrem gewalttätig waren.

Mit den Protesten der Gelbwesten und denen gegen die Rentenreform gab es teilweise große Solidarität in Frankreich. Ist das nun auch so?

Wenn man sich aktuelle Umfragen ansieht, ist klar, dass die meisten Franzosen überhaupt kein Verständnis für diese Gewalt haben. Viele wünschen sich eine Law and Order -Politik, wie sie die Rechten gerade laut fordern. Das ist ein Unterschied zu den Protesten der Gelbwesten. Trotz Gewalt gab es damals ein gewisses Verständnis in der Bevölkerung. Es ist aber nicht nur die weiße Mehrheitsgesellschaft, die die Gewalt verurteilt. Gerade die Menschen in der Banlieue leiden am meisten, etwa wenn Supermärkte brennen, und Mitläufer versuchen, von der temporären Absenz des Staates zu profitieren. Die Gelbwesten plünderten und errichteten Barrikaden mit einem Forderungskatalog in der Hand. Diesmal wird auch geplündert, aber ohne ein solches Manifest.

Stellen die Demonstrierenden keine Forderungen an Frankreichs Politik?

Nein. Diese Debatte muss jetzt beginnen. Es gibt einzelne Bürgermeister, die das tun, etwa der von Trappes im Großraum Paris, der sagte: Wir brauchen nicht mehr Geld, sondern mehr soziale Durchmischung. Und Frankreich muss sich fragen: Wie können wir Rassismus besser begegnen?

Die Rechten in Frankreich ziehen Kapital aus den Protesten, bezeichnen Migration als Quelle der Gewalt und fordern ein hartes Vorgehen.

Die Ausschreitungen werden zu einem größeren Rechtsrutsch in Frankreich führen. Das ist ein sich wiederholendes Muster. Es werden aber nicht nur die Proteste immer gewalttätiger, sondern auch der sprachliche Diskurs. Die Rechten sprechen etwa von Verwilderung, Politiker wie Eric Zemmour befeuern das und fallen mit solchen sprachlichen Grenzüberschreitungen auf. Und zwischen dieser Eskalation und der auf den Straßen gibt es eine Verbindung.

Joseph de Weck ist Politologe, Europa-Direktor der Beratungsagentur Greenmantle, und hat ein Buch über Emmanuel Macron geschrieben

unruhen in frankreich

**Load-Date:** July 5, 2023

## **Tritt nicht wieder an: die grüne Thüringer Fraktionschefin Astrid Rothe-Beinlich; das portrait**

taz, die tageszeitung

Freitag 01. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 559 words

**Byline:** Sabine am Orde

### **Body**

---

das portrait

Für den Bundesparteitag der Grünen hat Astrid Rothe-Beinlich, Fraktionschefin im Thüringer Landtag, einen wichtigen Antrag unterstützt und der hätte den Bundesvorstand fast in die Bredouille gebracht. Statt Humanität und Ordnung sollte Humanität und Menschenrechte über einem Positionspapier zur **Migrations-** und **Asylpolitik** stehen. Damit wäre das Signal hin gewesen, dass die Partei nicht mehr den Schwerpunkt auf die Menschenrechte setzt, sondern auch auf Begrenzung und Abschiebungen. Der Antrag scheiterte knapp.

Es passt dazu, dass Rothe-Beinlich am Mittwoch offiziell ankündigte, bei der Landtagswahl im kommenden Jahr nicht mehr antreten zu wollen auch wenn die Entscheidung schon länger feststand. Damit geht bei den Thüringer Grünen eine Ära zu Ende. Rothe-Beinlich, 49, hat den Landesverband in drei Jahrzehnten geprägt: als Landeschefin, Bundesvorstandsmitglied und zuletzt als Fraktionsvorsitzende. Sie war es, die als Spitzenkandidatin die Grünen 2009 wieder in den Thüringer Landtag brachte, und sie war dort auch eine der Ar-chi-te-kt\*in-nen von Rot-Rot-Grün. Dennoch stand die Parteilinke mit dem auffällig rot gefärbten Haar häufig im Schatten einer anderen Thüringer Spitzengrünen: Reala Katrin Göring-Eckardt, die heutige Bundestagsvizepräsidentin. Immer wieder setzte sich die Erzählung durch, dass es KGE sei, die den Landesverband schmeiße. Dass für Rothe-Beinlich, die so gar nicht zur Geschniegeltheit und Anpassungsbereitschaft mancher Spitzengrüner passt, zunächst nur der Posten der Parlamentarischen Geschäftsführerin blieb, lag mit am Einfluss von KGE. Fraktionsvorsitzende wurde sie erst nach einer weiteren Personalrochade im dem kleinen und personell dünn aufgestellten Landesverband.

Das schlaucht hier wahnsinnig, sagt Rothe-Beinlich, wenn man nach den Gründen für ihre Entscheidung fragt. Sie meint die Arbeit in der rot-rot-grünen Koalition damit, der seit 2019 im Landtag die eigene Mehrheit fehlt und die sich deshalb immer wieder die Zustimmung der CDU besorgen muss, die wiederum auch mal mit der AfD abstimmt. Dabei bleiben die eigenen politischen Ziele schon mal auf der Strecke. Und ich kann und will mich nicht bis zur Unkenntlichkeit verbiegen, auch das schreibt Rothe-Beinlich ihren Par-tei-freun-d\*in-nen zur Begründung. Hinzu kommt die ständige Auseinandersetzung mit der AfD, die im Landtag von Björn Höcke angeführt wird. Die

Tritt nicht wieder an: die grüne Thüringer Fraktionschefin Astrid Rothe-Beinlich das portrait

permanente Hetze von Rechts macht auch was mit uns , sagt sie. Und: Jetzt sei aber auch einfach Zeit für einen Wechsel und die nächste Generation.

Rothe-Beinlich, Pfarrerstochter, war 1989 als 15-Jährige an der Besetzung der Erfurter Stasi-Zentrale beteiligt. Es habe auch mit ihrer Ost-Erfahrung zu tun, dass sie grundsätzlich gegen tödliche Grenzen aufbegehre, sagt sie. Und an die Grünen gewandt: Unsere Wurzeln sind die sozialen Bewegungen in Ost und West, das dürfen wir nicht vergessen.

Die Ermüdung der Bildungs- und Jugendpolitikerin hat auch mit der Bundespolitik zu tun. Eine Regierungsbeteiligung im Bund habe ich schon einmal durch, mit all ihren Folgen für uns als Partei in Thüringen. Nach der mehrheitlichen Zustimmung zum Kosovo-Krieg und Hartz IV standen wir hier in Thüringen bei zwei Prozent. Bei der Landtagswahl müssen die Grünen erneut um den Wiedereinzug kämpfen. Dann ohne eine ihrer profiliertesten Politiker\*innen. Sabine am Orde

**Load-Date:** November 30, 2023

---

End of Document

**Von Klimaschutz und Asylpolitik; Wirtschaftsinteressen stehen für die CDU  
seither an erster Stelle, Klimaschutz unter Friedrich Merz ist auch heute eher  
verbaler Natur. Debatte zu EU-Asylpolitik und Grünen**

taz, die tageszeitung

Samstag 17. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 22

**Length:** 1011 words

**Highlight:** Wirtschaftsinteressen stehen für die CDU seither an erster Stelle, Klimaschutz unter Friedrich Merz ist auch heute eher verbaler Natur. Debatte zu EU-Asylpolitik und Grünen

## Body

---

wortwechsel

### Asylpolitik

Die Grünen und ihre Grenzen ,

wochentaz vom 3. 9. 6. 23

Vielen Dank an Christian Jakob für diesen erhellenden Artikel über die Flexibilität der Grünen nun auch in der Asylpolitik. Natürlich werden es die verantwortlichen Personen verstehen, die Abkehr von den klaren Aussagen im Programm der Partei schönzureden und zu behaupten, dass die beabsichtigten Regelungen im Interesse der betroffenen Menschen liegen. Was davon zu halten ist, zeigt bereits der Umstand, dass Ausnahmen für Minderjährige nötig sind. Richtig ekelhaft wird es, wenn deren Anwendung eingeschränkt werden soll, indem auf den vielfältig bewährten Repressionsbegriff der Gefahr für die nationale Sicherheit oder öffentliche Ordnung zurückgegriffen wird. Die grüne Basis ist dagegen? Kann man die wählen?

Jörg Hentschel, Lübeck

Einwanderung

Die Grünen und ihre Grenzen ,

wochentaz vom 3. 9. 6. 23

Die ganze Asyl- und Migrationspolitik kann man auf einen Begriff verkürzen: UNREALISTISCH. Wir werden auch nicht annähernd die Anzahl Menschen aufnehmen und gut integrieren können, die aufgrund völlig falscher Vorstellungen nach Europa wollen. Von allen Seiten wird dieses Thema in populistischer Weise für

Von Klimaschutz und Asylpolitik Wirtschaftsinteressen stehen für die CDU seither an erster Stelle, Klimaschutz unter Friedrich Merz ist auch heute eher verbaler....

Stimmungsmache unterschiedlichster Art missbraucht. Nehmen wir das Beispiel Wohnraum. Hier sind wir aufgrund jahrzehntelanger politischer Fehlentscheidungen in einer Situation, wo es noch nicht einmal genügend und vor allem bezahlbaren Wohnraum für viele Menschen in unserem Land gibt. Wenn die Grenzen ohne Einschränkungen öffnen, werden die Kosten in nicht mehr tragbaren Dimensionen explodieren. Ganz zu schweigen von unzureichenden Strukturen und einem weltmeisterlichen Bürokratismus.

Gunter Kalinka, Jüchen

Umweltsünder

Klimasabotage

wochentaz vom 9. 16. 6. 23

Liebe taz, richtig, sehr gut und wohltuend. Es reicht nicht, dass wir recht haben, wir müssen auch die Interessen, die Interessensvertreter/Lobbyisten, in diesem Fall vom Club Deutscher Umweltsünder offensiver als Teil der Sache Klimaschutz darstellen, ansonsten gewinnen eben diese Wirtschaftsinteressen gegen die Interessen des Gemeinwohls bzw. des Klimas, weil, trotz taz und anderen, diese Wirtschaftsinteressen so mächtig sind, dass sie in der Lage sind, die Mainstream-meinung über jegliche unsachliche und diffamierende Kampagne über die Leitmedien zu bestimmen. Mehr, offensivere Sachlichkeit in diesem Sinne. Ich bin begeistert. Andreas Rosengarten, Bremen

Klimaschutz

Verhindern, verzögern, unterlassen ,

wochentaz vom 9. 16. 6. 23

Herzlichen Dank für die fundierte Zusammenstellung der CDU-Saboteure einer wirksamen Klimaschutzpolitik! Man kann diesen Personenkreis nicht oft genug an den öffentlichen Pranger stellen und zur Rechenschaft ziehen.

Zu ergänzen wäre noch, auf die Heuchelei hinsichtlich des Selbstlobes von CDU-Vertretern hinzuweisen, unter der Großen Koalition das Klimaschutzgesetz verabschiedet zu haben. Dies wurde unter großen Widerständen der Partei beschlossen, und wurde erst nach Klage aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts verschärft.

In diesem Prozess hat die Bundesregierung vehement gegen die Feststellung der Mängel des Klimaschutzgesetzes gegenargumentiert. Das große Defizit der Partei liegt darin, dass wir mit Marktmechanismen korrigieren wollen, was der Markt -gerade falschgemacht hat (Zitat Klaus Töpfer).

Bernd-Hanno Inselmann, Brandenburg

Falsche Richtung

Verhindern, verzögern, unterlassen ,

wochentaz vom 9. 16. 6. 23

Die Union unter Merkel war beim Klimaschutz nicht untätig, sondern sogar sehr aktiv leider in die falsche Richtung. Sie verhinderte in der EU nicht nur eine wirksame Begrenzung des CO2-Ausstoßes von Pkw. Sie drosselte zu Hause auch den Ausbau von Solar- und Windkraft massiv. Heute ist ihre Haltung nicht grundsätzlich anders. Ihr Klimaschutz ist hauptsächlich verbaler Natur. Mit technokratischen Luftschlössern, wie im Artikel dargestellt, lenken sie von den anstehenden Aufgaben Ausbau der Erneuerbaren mit bereits verfügbaren Technologien ab. Parteichef Merz hält Klimaschutz für überbewertet. Die wenigen ernsthaften Klimaschützer sind in der Partei ohne Einfluss.

Eduard Belotti, Augsburg

Von Klimaschutz und Asylpolitik Wirtschaftsinteressen stehen für die CDU seither an erster Stelle, Klimaschutz unter Friedrich Merz ist auch heute eher verbaler....

Kirche

Wir können das nicht aussitzen ,

wochentaz vom 27. 5. 3. 6. 23

Der Journalist Hunglinger stellt dem Priester und Professor Zollner eine ganz konkrete Frage: Wie verhindert man Missbrauch?

Ich übersetze einmal, wie das laut Herrn Zollner gehandhabt werden muss: Der Priester muss sich selbst verstehen und erkennen, dass er pädophile Bedürfnisse hat. Mit diesem Bewusstsein muss er dann mit den Kindern/Jungen zusammenkommen und sicherstellen, dass er deren Würde achtet und die Grenzen im Zusammensein respektiert. Also bitte, kann man das noch unangemessener formulieren?

Leider lässt der Journalist das einfach stehen- und korrigiert nicht. Später im Interview betont Herr Zollner dann noch, dass er nicht mit dem Finger auf andere zeigen will, um dann aber genau das zu tun und die Verfehlungen anderer Institutionen zu betonen. Das ganze Interview ist wie eine Beweisführung, wie unangemessen die katholische Kirche in der Bewältigung ihrer Themen unterwegs ist.

Christoph Behrendt, Schorndorf

Ost/West

Leerstelle im Ost-Diskurs ,

wochentaz vom 3. 9. 6. 23

Genau genommen bräuchte ich mich gar nicht aufregen, der Titel des Aufsatzes bringt ja den Gehalt seines Verständigungsbeitrags schon vorab auf den Bindestrich: Leerstelle. Die Beißreflexe und Trotzbücher als Schlussfolgerung lese ich nachgerade als eine äußerst überhebliche Karikatur der Grundthese von Dirk Oschmann. Nachdem wir Wessis den Osten 30 Jahre lang zurechtkonstruiert haben, fordern wir mit Gunnar Hinck nun final, die Kolonisierten möchten gefälligst die bisher mangelhafte Assimilierung in diversen Selbsthilfegruppen auch noch selbstständig nachholen. Etwas mehr Patriotismus, bitte, immerhin war unser Sozialstaat gut zu euch. Das Grundgesetz, wie eigentlich versprochen, brauchten wir da gar nicht mehr zu einer gemeinsamen Verfassung weiterentwickeln. Beitritt genügt. Die Revolution frisst ihre Kinder gemäß

Werner Schottenloher, Regensburg

**Load-Date:** June 16, 2023

**Festung Europa: einfach pragmatisch mörderisch?; Der Asylrechtskompromiss bedeutet: geschlossene Lager an den EU-Außengrenzen. Staaten mit fragwürdiger Menschenrechtslage gelten bald als sichere Herkunftsländer**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 21. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 18

**Length:** 904 words

**Highlight:** Der **Asylrechtskompromiss** bedeutet: geschlossene Lager an den EU-Außengrenzen. Staaten mit fragwürdiger Menschenrechtslage gelten bald als sichere Herkunftsländer

## Body

---

wortwechsel

Fatale Fehlkalkulation

EU-Staaten einigen sich auf Reform. Der Zugang für **Geflüchtete** soll verschärft werden , taz vom 9. 6. 23

Der von Innenministerin Faeser vorgelegte **Asylkompromiss** mag die Konsensfähigkeit in der EU herbeigeführt haben, aber er wird die EU zur Festung machen und genau das bewirken, was er verhindern soll. An den EU-Außengrenzen werden die Grundsätze des Schengener Vertrags mit dem Versprechen geopfert, nur so Schengen zu erhalten. Je höher wir Mauern und Zäune machen, die Grenzkontrollen verschärfen und die legale Einreise massiv beschränken, desto mehr wird mit der Errichtung der Festung EU die Zahl der **Flüchtlinge** die in die EU streben zunehmen. An den EU-Grenzkontrollen und -lagern vorbei werden **Flüchtlinge** vermehrt einreisen und sich nicht mehr bei den Behörden melden. Sie werden sich illegal in der EU aufhalten und sich mit illegalen Tätigkeiten durchs Leben schlagen. Dieter Faulenbach da Costa, Offenbach am Main

Wir leben in einer globalisierten Welt. Wir wollen alles von überall, alles sehen, überall hin können, zu allem etwas sagen, auf alles Einfluss nehmen. Wir haben große Werte, nach denen wir die Welt formen wollen, aber wenn dann die Welt zu uns getrieben wird, schlagen wir wie die letzten Hinterwäldler die Türe zu und tun so, als ob wir nichts mit ihr zu tun hätten. Zumindest dann, wenn die Fluchtursache nicht fast vor unserer Haustür liegt.

Stray auf taz.de

Bedeutung des Asylkompromisses: Die Illusion der Kontrolle , taz vom 17. 6. 23

Jenseits der roten Linien

Festung Europa: einfach pragmatisch mörderisch? Der Asylrechtskompromiss bedeutet: geschlossene Lager an den EU-Außengrenzen. Staaten mit fragwürdiger Menschen....

Die roten Linien sind längst überschritten. Der Beweis sind Tausende von Toten im Mittelmeer. Wenn das keine rote Linie ist, wann sonst ist die menschliche Humanität an ihr Ende gekommen? Der Siegeszug der Nationalisten in der EU bestimmt darüber, was ein Menschenleben noch wert ist. Die EU-Regierungen verweigern sich, die eigenen Werte und Normen mit Leben zu erfüllen.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

So wie es ist, kann es nicht bleiben. Es fehlen bezahlbare Wohnungen, es fehlt angemessene Versorgung, es fehlen Kita- sowie Schulplätze. Es fehlt Personal. Wo sollen die zusätzlichen Menschen unterkommen? R.A. auf taz.de

@R.A. Effektiv läuft diese Argumentation darauf hinaus, Menschenrechte unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Was also wäre ihrer Meinung nach beispielsweise der kritische Quadratmeterpreis, den bezahlbarer Wohnraum maximal erreichen darf bevor man Menschen, die vor Krieg, Folter und politischer Verfolgung fliehen müssen, Schutz und Hilfe verweigern sollte? Und wie viele dieser Quadratmeter der Wohnfläche, deren pro Kopf Verbrauch sich seit den 70ern verdoppelt hat, sollten wir uns ihrer Meinung nach selbst zugestehen bevor wir bereit sind, etwas von unserem Wohlstand dafür einzusetzen, das Leben anderer zu retten?

Ingo Bernable auf taz.de

Ist die EU asozial?

Wenn alle Länder der Erde die gleichen Sozialsysteme hätten, wäre der Zuzug kein Problem. Leider ist es aber so, dass 95 Prozent keinen derart umfangreichen Sozialstaat wie Deutschland haben. Vielleicht noch Dänemark, Schweden oder Norwegen. Selbst die reichen Länder USA, Kanada oder Singapur haben keinen Sozialstaat. Ganz zu schweigen von China, Indien, Indonesien, Südamerika, Afrika Alexander Hoe auf taz.de

Länderrat der Grünen: Der Aufstand bleibt aus , taz vom 19. 6. 23

Das Urteil ist vernichtend: die Grünen machen sich zum Kasper der neoliberalen Ideologie, zu Abnicken und Durchwinkern einer inhumanen europäischen Flüchtlingspolitik und verleihen ihr damit höhere Weihen. Erkennen sie nicht, wie globale Klimakrise, Armut, Krieg und Fluchtmigration sowie der Marsch Europas in den Autoritarismus zusammenhängen? Abdurchdiemitte auf taz.de

Könnte man auch medial damit aufhören, Menschenrechte als verhandelbare Frage der Moral zu behandeln? Moralisch handeln kann man oder auch nicht, auf Rechte hat man einen durchsetzbaren Anspruch. Im Kontext der Abschaffung des individuellen Asylrechts geht es eben nicht um Moral, sondern um die Abschaffung dieses Rechtsanspruchs.

Hamann auf taz.de

Das Klima ist stärker als wir, es wird uns einholen und über kurz oder lang werden die meisten von uns einsehen müssen, dass Politik und Wirtschaft uns nach Strich und Faden belogen haben. Aber hier erledigen Parteien, die sich selbst als Verteidiger der sozialen, bürgerlichen und der Menschenrechte sehen, die Arbeit ihrer politischen Gegner oder gar der Feinde unserer Verfassung auf dem Rücken wehrloser Unschuldiger. Das ist unverzeihlich! Zangler auf taz.de

Wer verdient an diesem Geschäft so unverschämt viel Geld? 720 Flüchtlinge auf einem Boot, angeblicher Einzelpreis 5.000 Euro? Das sind 3.600.000 Millionen Euro. Das Boot kostet maximal 100.000 Euro. Wer verdient an diesen Flüchtlingen 3.500.000 Millionen oder sei es nur die Hälfte 1.750.000 Millionen? Frerk Eiting

Elend, Not und die Todesgefahren der Flüchtlinge sehen wir täglich über die Nachrichtensender, in Bild und Ton als handle es sich um Wasserstandsmeldungen.



Festung Europa: einfach pragmatisch mörderisch? Der Asylrechtskompromiss bedeutet: geschlossene Lager an den EU-Außengrenzen. Staaten mit fragwürdiger Mensche....

Regierende sind freilich in Aufregung. Was aber bewegt sie? In der Hauptsache, wie die Flüchtlinge ferngehalten werden können. Wo auf der Kriegsseite moralisiert, emotionalisiert und viel geheuchelt wird, da werden beim Asylthema Menschenrechte tagtäglich mit Füßen getreten, Menschen ihrem tödlichen Schicksal überlassen und über die Verteilung von Menschen gefeilscht.

An Werten orientiert ist diese Politik, nur nicht an menschlichen Werten.

Roland Winkler, Aue

**Load-Date:** June 20, 2023

---

End of Document

**Friedensnobelpreis für iranische Menschenrechtlerin, Chancen für rechte Trolle und eine neue Idee fürs AfD-Logo: der Windjammer; wie geht es uns, herr küppersbusch?**

taz, die tageszeitung

Montag 09. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 16

**Length:** 745 words

**Byline:** Friedrich Küppersbusch

## Body

---

wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: Noch ein Krieg.

Und was wird in dieser besser?

Keine Ahnung.

Hessen und Bayern haben gewählt. Was werden Sie am meisten aus Wahlkampfzeiten vermissen?

Die paranoide **Migrationsdebatte**. Wie einen Kropf.

Alice Weidel sagt aus Sicherheitsgründen Wahlkampftermine ab, wird dann beim Urlaub in Mallorca gesichtet. Tino Chrupalla spricht von einem tätlichen Vorfall bei einer Wahlkampfveranstaltung, die Behörden sehen keinen Hinweis auf einen Angriff. Was ist los bei der AfD?

Vermutlich Mitleid-Crisis, die sind ratten-eifersüchtig auf Scholz Augenklappe. Im März stürmten Rechtsrandaleros Stadt- und Kreistagssitzungen in Görlitz, nachdem ihr Abgeordneter Tino Chrupalla dort eine Asyldebatte angezettelt hatte. Die Meldungen darüber waren schnell weggeatmet. Weidel spricht von der Bundesregierung neuerdings gern als Idioten und exerziert Enthemmung auf allen Kanälen. Die AfD-Protagonisten schüren rhetorisch Gewaltbereitschaft. Das eine kann man mit dem anderen nicht begründen, zumal das andere beider Opferrollen bisher nicht bewiesen ist. Dagegen wird klar, dass die AfD-ler ein Glaskinn haben. Nichts, was man beim Regieren gebrauchen könnte. Neues Parteilogo ein Windjammer.

Friedensnobelpreis für iranische Menschenrechtlerin, Chancen für rechte Trolle und eine neue Idee fürs AfD-Logo: der Windjammer wie geht es uns, herr küppersbus....

Viele Twitter-Nutzer\*innen wechseln zum Kurznachrichtendienst Bluesky. Noch sind nicht so viele rechte Trolle da. Eine neue Chance oder langweilig?

Na ja, das frühere Twitter gehört inzwischen einem rechten Troll. Bluesky war eine Ausgründung von Elon Musk; die Unternehmensform ähnelt der deutschen gemeinnützigen GmbH. Dazu gehört mehr Transparenz, Codes werden veröffentlicht, und die User haben selbst Möglichkeiten, Filter zu setzen und sich Verbalschlamm vom Hals zu halten. Entweder wird es ein Erfolg oder ein Flop. Also findet es viele User. Oder erbringt den Beweis, dass Twitter nicht trotz, sondern nur wegen seines Meinungs-Pornos erfolgreich war.

Der Ex-Bundespräsident Joachim Gauck forderte, in der Asylpolitik Spielräume zu entdecken, die zunächst unsympathisch sind, weil sie inhuman klingen. Wie zufrieden dürfte er mit der neuen EU-Krisenverordnung sein?

2012 monierte Gauck, die Deutschen täten sich mit dem Kriegführen zu schwer und seien darin leider eine glückssüchtige Gesellschaft. Da dürfte es ihm inzwischen auch besser gehen. Nun definiert er Menschenrechte als etwas, dass einem sympathisch oder unsympathisch sein mag, der eine hat ein Duftbäumchen, Folterverbot am Innenspiegel, der andere fährt über die Oma halt drüber. Gauck wäre ein guter Bundespräsident für ein Land, dessen Verfassungspräambel heißt: Grundrechte sind Geschmackssache.

Die Abwahl des Sprechers des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, hat die amerikanische Politik diese Woche ins Chaos gestürzt. Und das mitten im Haushaltsstreit. Ist die US-Politik noch zu retten?

Wenn der deutsche Bundespräsident ungefähr der unzuständigste Politiker, der sich finden ließ, überstürzt zum Shooting mit Präsident Biden geordert wird, muss schon was los sein. Die Amerikaner appellieren an die Order von Bush sen. 1989 in Mainz: Partners in Leadership. Das ist eine charmante Umschreibung von: Ihr Deutsche seid jetzt unsere Hilfssheriffs, und so will Biden vorbauen. Ob er selbst nicht mehr die Kraft hat, die Ukraine zu unterstützen oder ein republikanischer Nachfolger: Germans to the front.

Der Friedensnobelpreis geht an die inhaftierte iranische Frauenrechtlerin Narges Mohammadi. Verdient?

Das ist bereits der zweite Nobelpreis für eine Repräsentantin des iranischen Defenders of Human Rights Center. Die Vorsitzende, Shirin Ebadi, bekam ihn 2003, lebt inzwischen im Exil in London. Die iranischen Schergen brachen ihr Bankschließfach auf und beschlagnahmten Nobel-Medaille und -Urkunde. Es hat Größe, wie das Komitee hier sagt: Na gut, dann halt noch mal.

Und was machen die Borussen?

So Borussensachen. Gereifte Leistungsträger wie Hummels und Reus bringen den Club wieder in die Spur. Die spielen nicht, weil sie eigentlich zu einem besseren Club wollen, diese Flausen sind durch. Kann man als Hinweis lesen, was andere Spieler wert sind, die den BVB nur als Startrampe sehen.

Fragen von Vivien Mirzai, Elisa Pfleger, Anna Hollandt

Friedrich Küppersbusch ist auch da, wo er hinwill

Das ist bereits der zweite Nobelpreis für eine Repräsentantin des iranischen Defenders of Human Rights Center. Es hat Größe, wie das Komitee hier sagt: Na gut, dann halt noch mal

**Load-Date:** October 8, 2023

**Abstieg nach Europa; Bei der Flucht über die Balkanroute in die EU landen viele Schutzsuchende im italienischen Triest. Dort engagieren sich Organisationen für ein menschenwürdiges Ankommen unter immer größerem Druck der rechten Regierung Aus Triest Marita Fischer (Text) und Nicola Unfer (Fotos)**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 05. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4-5

**Length:** 2992 words

**Byline:** Marita Fischer, Nicola Unfer

**Highlight:** Bei der Flucht über die Balkanroute in die EU landen viele Schutzsuchende im italienischen Triest. Dort engagieren sich Organisationen für ein menschenwürdiges Ankommen unter immer größerem Druck der rechten Regierung

## Body

---

Aus Triest Marita Fischer (Text) und Nicola Unfer (Fotos)

Der Mischwald lichtet sich und gibt die Kante einer über sechs Meter hohen Klippe frei. Oberhalb der Kante ist Slowenien. Am Fuß der Klippe fängt Italien an. Hier, in den waldigen Hügeln südöstlich der italienischen Hafenstadt Triest, liegt die letzte Grenze, die Schutzsuchende auf ihrem Weg über die Balkanroute, einer der meistgenutzten Fluchtrouten nach Europa, überqueren müssen. Über den Winter kamen verglichen mit den vergangenen Sommermonaten wenige Menschen so in Triest an. Mit dem nahenden Frühling erwarten lokale Hilfsorganisationen wieder mehr Ankommende. Sie fürchten eine Überlastung der Hilfsangebotskapazitäten. Auch die seit letztem Herbst regierende postfaschistische Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni bereitet lokalen solidarischen Organisationen Sorge. Immer wieder hetzt die Regierung gegen Schutzsuchende und treibt eine **migrationsfeindliche** Politik voran. Das erhöht auch den Druck auf zivilgesellschaftliche Hilfsangebote in Triest.

An der Klippe angekommen sind es nur noch wenige Kilometer bis ins Tal nach Triest. Der Fels an der slowenisch-italienischen Grenze fällt schroff ab. Unten liegt Geröll. An einem Busch, der aus der Felswand wächst, ist ein rotes Tuch festgeknotet. Eine dürftige Hilfestellung für alle Absteigenden. Am Fuß des Felsens und auf den Trampelpfaden Richtung italienische Schnellstraße liegen zahlreiche Rucksäcke, Schlafsäcke und Kleidungsstücke im Gebüsch. Die Menschen lassen ihr Gepäck vom tagelangen Marsch hier, um in der Stadt nicht als Schutzsuchende identifiziert werden zu können. Denn wer von der Polizei aufgegriffen wird, muss sich behördlich registrieren lassen. Persönliche Daten und Fingerabdrücke werden erfasst. Für Menschen, die gerne weiterziehen und ihren Asylantrag in einem anderen EU-Staat stellen möchten, ist das verheerend. Gemäß dem Dublin-III-

Abstieg nach Europa Bei der Flucht über die Balkanroute in die EU landen viele Schutzsuchende im italienischen Triest. Dort engagieren sich Organisationen für e....

Abkommen ist nämlich in den meisten Fällen das Land für die Bearbeitung des Asylgesuchs zuständig, in dem die Schutzsuchenden zuerst registriert werden. Jemand, der in Deutschland einen Asylantrag stellt, dessen Fingerabdrücke jedoch schon in Italien registriert wurden, dem droht die Abschiebung nach Italien. Nachdem die von der Balkanroute kommenden Schutzsuchenden also das verräterische Gepäck losgeworden sind, verlassen sie den Wald, betreten die Straße Richtung Innenstadt und warten an der Haltestelle des Dorfes San Dorligo della Valle auf den nächsten Bus. Der bringt sie zur Piazza della Libertà, dem Platz vor dem Triester Hauptbahnhof.

Abends stehen Dutzende Männer um das runde Hochbeet auf der Piazza della Libertà. Die Stimmung ist ruhig und ausgelassen. Die jungen Männer sitzen unter dem gelben Licht der Laternen auf den die Piazza säumenden Bänken und schauen auf ihre Handys. Andere stehen in Grüppchen herum und unterhalten sich. Einige Freiwillige der aktivistischen Gruppe Linea d Ombra (Schattenlinie) sind auch vor Ort. Sie verteilen warmen Tee und Lebensmittel. Es werden Informationen über Schlafmöglichkeiten und den Asylprozess in Italien ausgetauscht. Wer gerade angekommen und nicht offiziell als Asyl-su-chen-de:r registriert ist, kann für einige Nächte niedrigschwellig in einer von lokalen Hilfsorganisationen betriebenen Notschlafstätte unterkommen. Nur wenige Straßen vom Bahnhof entfernt ist eine dieser Schlafstätten, das Centro Diurno (Tageszentrum).

Sowohl Mi-gran-t:in-nen als auch bedürftige Ita-lie-ne-r:in-nen kommen dort unkompliziert an einen Schlafplatz. Es braucht nur eine mündliche Anmeldung und eine Unterschrift. Ob sie ihren richtigen Namen angeben oder nicht, ist uns egal. Wir sind ja nicht die Polizei, erklärt Giulio, ein Mitarbeiter. Neben dem Centro Diurno gibt es zwei weitere Notschlafstätten in der Stadt, insgesamt sind es 55 Notschlafplätze. Momentan reichen die Schlafplätze zum Glück, berichtet Giulio. Er sitzt an einem großen Tisch, um den bunte Plastikstühle stehen. Um ihn herum herrscht lebhaftes Treiben. Das Zentrum ist jeden Tag geöffnet. Tagsüber ist es ein Ort, an dem Menschen im Warmen, Trockenen verweilen, ihr Handy aufladen, sich duschen, sich ausruhen können. Das Zentrum ist gut besucht, aber nicht überfüllt. Im Winter kommen weniger Menschen über die Balkanroute, dann reichen hier die Kapazitäten, erklärt Giulio. Letzten Sommer und Herbst sah es anders aus, meint der Mitarbeiter mit ernster Miene. Im Sommer 2022 kamen 300 bis 400 Menschen pro Woche in Triest an, so die Zahlen der Hilfsorganisation Consorzio Italiano di Solidarietà (ICS). Wenn so viele kommen, reicht der Platz nicht. Dann müssen Menschen auf der Straße schlafen, meint Giulio betrübt. Im Sommer diente ein verlassenes Gebäude zwischen Hafen und Bahnhof als provisorischer Schlafplatz für Hunderte Schutzsuchende. Wir haben Angst vor dem Frühjahr.

Neben den Schlafplätzen im Centro Diurno und einer von der Caritas betriebenen Schlafstätte in der Via Anastasio gibt es 20 Betten im Kellerraum eines von der ICS verwalteten Mehrfamilienhauses in der Via Dei Bonomo im Norden der Stadt. Dort wird auch jeden Abend warmes Essen ausgegeben. Die Nut-ze-r:in-nen können sich und ihre Kleidung in Sanitäreinrichtungen im Nebenraum waschen. Tagsüber finden in dem Kellerraum, der durch seine rohgemauerten Bögen an eine römische Taverne erinnert, Italienischkurse statt. An der Wand hängen eine Pace-Flagge und einige von Kindern gemalte Bilder. Es ist ein angenehmer, sicherer Ort. Ein Mann, der vor einigen Tagen in Triest angekommen ist und einen Schlafplatz in der Via Dei Bonomo gefunden hat, erzählt, dass er froh ist, sich hier kurz ausruhen zu können. Er kam erschöpft von dem tagelangen Fußmarsch durch Kroatien und Slowenien in Triest an. Ein Bekannter hatte ihm den Tipp gegeben, zuerst zum Hauptbahnhof zu gehen. Dort traf der junge Afghane auf die Freiwilligen, die ihm einen Schlafplatz in der Notunterkunft in der Via Dei Bonomo vermitteltelten. Er will hier nur kurz verschlafen und sich vor den italienischen Behörden verstecken, bevor er weiterzieht Richtung Deutschland, wo er Freun-d:in-nen und Familie hat.

Nur 30 Prozent der Menschen, die in Triest ankommen, wollen in Italien bleiben. Gianfranco Schiavone, Vorsitzender der ICS, sitzt an seinem Schreibtisch in seinem Büro in der Innenstadt und scrollt auf seinem Bildschirm hektisch im Jahresbericht von 2022 herum. Die meisten Menschen, die in Triest ankommen, wollen weiterziehen, erklärt er und zeigt auf das passende Tortendiagramm. Nach Deutschland, Frankreich oder in die skandinavischen Länder. Das sind die Menschen, die nur einige Nächte in den Notschlafstätten verweilen und dann weiterziehen. Diejenigen, die sich in Italien registrieren lassen, werden nach der behördlichen Erfassung ihrer Daten in einem staatlich organisierten Camp untergebracht. Dort müssen sie bis zur offiziellen Erfassung ihres Asylgesuchs bleiben. Theoretisch sollte das nur wenige Tage dauern. Aber oft sind es mehrere Monate.

Abstieg nach Europa Bei der Flucht über die Balkanroute in die EU landen viele Schutzsuchende im italienischen Triest. Dort engagieren sich Organisationen für e....

Casa Malala ist eine der beiden staatlichen Unterkünfte in Triest. Eine Stunde dauert die Busfahrt vom Stadtzentrum. Casa Malala liegt zwischen einer Autobahnauffahrt und einer Schnellstraße. Die slowenische Grenze ist nur wenige Hundert Meter entfernt. Das gelb gestrichene Haus ist von einem spitzen roten Zaun umgeben. An der Fassade sind Kameras angebracht. Vor dem Zaun sind drei graue Jeeps des Esercito, des italienischen Militärs, geparkt. Zwei Männer in Tarnkleidung steigen aus einem der Geländefahrzeuge und laufen in Richtung der blauen Verwaltungscontainer, die vor dem Hauptgebäude aufgestellt sind. Der Vorplatz der Unterkunft ist ein riesiger Parkplatz, auf dem Dutzende Lkw stehen und Grenzkontrollen stattfinden. Kein Ort zum Verweilen. Ein Durchfahrtsort. Eigentlich. Für Dutzende Asylsuchende ist es ein Wohnort.

Die ICS kämpft gegen das Campsystem und das Abdrängen von Mi-gran-t:in-nen an den geografischen wie sozialen Rand der Gesellschaft. Die Organisation mietet Wohnungen im Stadtzentrum und bringt Menschen, die sich im Asylprozess befinden, dort unter. Nachdem das Asylgesuch offiziell registriert wurde, dürfen sie die Camps verlassen – aber nur, wenn sie eine andere Unterkunft haben. Diese finden viele in den Wohnungen, die die ICS anmietet und verwaltet. Pro untergebrachte Person erhält die Organisation eine Pauschale vom Staat, mit der die Mieten und laufenden Kosten für die Wohnungen bezahlt werden. Jede Person, die so untergebracht ist, erhält außerdem 30 Euro pro Woche für Verpflegung.

Das Geld reicht kaum, meint Liaqat Khan. Khan kommt aus Pakistan. Dort setzte er sich für Minderheitenrechte ein und wurde deshalb vom Staat verfolgt. Er verließ sein Heimatland und flüchtete über den Iran, die Türkei und die Balkanroute nach Italien. Vor zwei Jahren kam er in Triest an. Es war der schönste Tag meines Lebens, sagt Khan strahlend. Nachdem er einen Asylantrag gestellt hatte, musste er ein Jahr in der Casa Malala leben. Erst dann wurde sein Asylantrag offiziell registriert und er konnte in eine der von der ICS organisierten Wohnungen umziehen. Khan sitzt am Küchentisch seiner Wohnung in der Via Dei Bonomo. Er wohnt mit drei Mitbewohnern in einem Zweizimmerapartment im dritten Stock. Insgesamt gibt es 12 Wohnungen in dem gelben Haus in der Via Dei Bonomo. Alle werden von der ICS angemietet und an Menschen im Asylprozess vergeben. Khans Küche ist weiß und strahlt vor Sauberkeit. Er bietet Energy-drinks an. Im Ruhezustand wirkt sein Gesichtsausdruck ernst, fast grimmig. Aber der junge Mann lächelt viel. Dann hellt sich sein Gesicht auf, dann funkeln seine kajalumrandeten Augen freundlich. Khan meint, dass er gerne hier wohnt. Er mag die Wohnung und seine Mitbewohner. Er kocht gerne, besonders pakistanisches Essen. Der junge Mann verbringt viel Zeit in der Wohnung, weil er keine Arbeit findet. Für Einwanderer, die kaum Italienisch sprechen und deren Ausbildungszertifikate aus dem Heimatland in Europa nicht anerkannt werden, gibt es kaum Jobs in der Region, bestätigt auch Schiavone.

Das von der ICS organisierte Unterbringungssystem ist immer wieder politischen Attacken der rechten Regierung ausgesetzt. Seit Oktober 2022 wird Italien von einer rechtskonservativen, nationalistischen Koalition regiert. Die postfaschistische Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) holte bei den Parlamentswahlen im vergangenen Herbst 26 Prozent der Stimmen und war damit Wahlsiegerin. Insgesamt hat sie 119 von 400 Sitze im Abgeordnetenhaus und stellt die Ministerpräsidentin, Georgia Meloni. Die rechtspopulistische Lega von Matteo Salvini und die christlich-konservative Forza Italia (Vorwärts Italien) von Silvio Berlusconi sind ebenfalls an der Regierung beteiligt. Diese migrationsfeindliche Koalition versucht immer wieder, das von der ICS organisierte Unterbringungssystem zu untergraben.

In der Küche des Büros in der Via Dei Bonomo erzählt Claudio M., wie die Regierung ihr Projekt behindert. Claudio ist einer der Ope-ra-to:r:in-nen bei der ICS, die für die Verwaltung einiger der insgesamt circa 50 Wohnungen zuständig sind. Dazu gehört auch die persönliche Unterstützung der Bewohner:innen. Täglich besuchen die Ope-ra-to:r:in-nen die Menschen. Sie sammeln die von der Regierung verlangten Unterschriften. Sie helfen beim Schreiben des Lebenslaufs, bei der Jobsuche oder begleiten die Be-woh-ne-r:in-nen beim Behörden- und Arztbesuch. Claudio arbeitet seit acht Jahren für die ICS. Er weiß genau, wie das System funktioniert, aber auch wie die Regierung versucht, es zu untergraben. Vor einigen Monaten hat uns die Präfektur das Budget gekürzt. Die Präfektur (prefettura) ist die Vertretung der Zentralregierung in den italienischen Provinzen. Wir bekommen kein Geld für Kleidung mehr. Außerdem meinen sie, dass die Asylsuchenden kein Ticket für den ÖPNV brauchen. Die Pauschale, die die ICS für die Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden erhält, wurde von der ebenfalls rechten Vorgängerregierung von 34 Euro auf 28 Euro heruntergesetzt.

Abstieg nach Europa Bei der Flucht über die Balkanroute in die EU landen viele Schutzsuchende im italienischen Triest. Dort engagieren sich Organisationen für e....

Die Regierung will die Menschen lieber in Camps am Stadtrand unterbringen. Camps machen der lokalen Bevölkerung Angst. So will es die Regierung. Meloni braucht Angst vor Migrant:innen, damit ihre Politik funktioniert. Aber durch die Unterbringung in der Stadt gehören die Asylsuchenden zu Triest. Sie gliedern sich ins Stadtbild ein und sind Teil der Bevölkerung. Wir haben zum Glück einen guten Stand in der Stadt. Wir haben die Infrastruktur und das Wissen. So kommt die Regierung bei den öffentlichen Vergabeverfahren nicht an uns vorbei, erläutert Claudio. Die Regierung will trotzdem lieber Massenunterkünfte am Stadtrand. Einige Nichtregierungsorganisationen sprechen sich auch für mehr Camps aus. Sie betreiben die Camps und wollen an der Ghettoisierung von Schutzsuchenden verdienen. Bei jeder neuen öffentlichen Vergabe der Mittel muss die ICS bangen, ob sie erneut den Auftrag erhält. Wir sind Attacken der Regierung gewöhnt. Aber wir kämpfen weiter. Claudio wirkt etwas müde, aber trotzdem entschlossen und überzeugt von seiner Arbeit und von dem, wofür er und die ICS kämpfen.

Mit einem Dekret, das am 11. März 2023 in Kraft trat, beendete die Regierung Meloni die protezione speciale (den speziellen Schutzstatus). Es ist die Reaktion auf das Bootsunglück am 27. Februar bei Cutro, Kalabrien, bei dem mindestens 72 Schutzsuchende starben. Der spezielle Schutzstatus garantiert bisher, dass Menschen, die mindestens zwei Jahre in Italien sind und gute Integrationsleistungen, etwa Sprachkenntnisse und einen festen Arbeitsplatz vorweisen können, einen nationalen Aufenthaltsstatus bekommen. Das hat doch nichts mit dem Bootsunglück zu tun. Meloni macht Showpolitik. Sie will nur ihr Image polieren und zeigen, dass sie etwas tut, analysiert Claudio M. beim Espresso in der Via Dei Bonomo. Die rechten und konservativen Parteien meinen immer, wenn sie es hier nur noch schlimmer für Schutzsuchende machen, dann würden die nicht mehr kommen. Aber dafür müsste es hier eben schlimmer sein als im Krieg, meint Claudio seufzend. Neben dem Vorantreiben der Campisierung und der Beendigung der protezione speciale will die Regierung auch wieder illegale Rückführungen nach Slowenien durchführen. Im Jahr 2020 wurden etwa 1.200 Schutzsuchende von Italien nach Slowenien zurückgepushed. Nachdem die italienische Polizei Schutzsuchende auf italienischem Boden aufgegriffen hatte, wurden sie ohne Beachtung ihres Asylgesuchs slowenischen Be-am-t:in-nen übergeben. Von Slowenien wurden sie weiter nach Kroatien und schließlich nach Bosnien und Herzegowina, also wieder raus aus der EU gebracht.

Diese Rückführungen waren absolut rechtswidrig, erklärt Caterina Bove. Sie ist Anwältin und Teil der Organisation Associazione per gli Studi Giuridici sull'Immigrazione (ASGI), eines Netzwerks italienischer An-wäl-t:in-nen und Aktivist:innen, die sich für die Rechte von Schutzsuchenden einsetzen. Sie berichtet von der Klage und dem Urteil, das die Rückführungspraxis an der italienisch-slowenischen Grenze vorerst beendete. Wir haben von den Kettenpushbacks gehört und wollten unbedingt rechtlich dagegen vorgehen. Im Januar 2021 bestätigte ein Gericht in Rom, was Bove und ihre Kol-le-g:in-nen längst wussten: Die Rückführungen nach Slowenien sind unrechtmäßig. Sie verstoßen gegen das Recht auf Stellung eines Asylantrags und gegen Regelungen des europarechtlichen Dublin-Systems. Beide verlangen von Italien die individuelle Prüfung jedes Asylgesuchs. Außerdem: Das bilaterale Abkommen zwischen Italien und Slowenien, auf dem die Rückführungen basieren, ist an sich hinfällig. Es wurde nie von unserem Parlament bestätigt. Die Rückführungen wurden gerichtlich für rechtswidrig erklärt und gestoppt. An anderen Orten finden sie aber leider noch statt. Bove berichtet, dass Schutzsuchende, die mit Schiffen aus Griechenland oder Albanien an der Ostküste Italiens, zum Beispiel in Bari, Ancona oder Venedig, ankommen, per Schiff wieder zurückgeschoben werden. Auch am Ende der Balkanroute würde die italienische Regierung die rechtswidrige Praxis gerne wieder aufnehmen, meint Bove. Sie schüttelt den Kopf. Die Regierung hat in den letzten Monaten mehrere Anfragen für Rückführungen an Slowenien gestellt. Glücklicherweise verweigert Slowenien momentan die Rücknahme.

Khan hat einen illegalen Kettenpushback von Italien nach Bosnien und Herzegowina erlebt. Vertreten von Bove und ihren Kol-le-g:in-nen hat er als Kläger gegen den italienischen Staat für seine Rechte und für das Ende der Rückführungspraxis gekämpft und gewonnen. Seit zwei Jahren ist er nun in Italien. Vor Kurzem wurde ihm ein legaler Aufenthaltsstatus zuerkannt. Der junge Pakistaner darf in Italien bleiben.

Auf einem abgenutzten Kunstrasenplatz am Stadtrand haben sich Khan und über fünfzig weitere junge Männer zum gemeinsamen Cricketspiel versammelt. Auf einer Seite des Platzes werden mit Elektroklebeband umwickelte Tennisbälle auf den Schlagmann geworfen. An der anderen Seite des Platzes spielen italienische Teen-age-r:in-nen Fußball. Die Sonne scheint. Die Stimmung ist heiter und ausgelassen. Einige Männer sitzen am Spielfeldrand und beobachten das Spiel, andere werfen, schlagen und rennen. Khan spielt mit. Zwischendurch

Abstieg nach Europa Bei der Flucht über die Balkanroute in die EU landen viele Schutzsuchende im italienischen Triest. Dort engagieren sich Organisationen für e....

pausiert er und setzt sich an den Rand. Ich gehe viermal die Woche Cricket spielen , erzählt er. Die Menschen, die eine Arbeit haben, kommen nur am Wochenende. Den ganzen Nachmittag herrscht ein lebhaftes Treiben auf dem Platz. Die jungen Männer haben sich ein bisschen Normalität geschaffen. Khan wird Triest jedoch bald verlassen. Mit Erhalt seines Schutzstatus muss er die Wohnung in der Via Dei Bonomo verlassen. Dort können nur Menschen untergebracht werden, deren Asylprozess noch nicht beendet ist. Wer einen Schutzstatus oder einen negativen Bescheid bekommt, muss wieder ausziehen. Khan will nach Rom ziehen. Dort hat er Freunde und hofft, in der Hauptstadt Arbeit zu finden.

Die Regierung will die Menschen lieber in Camps unterbringen. Camps machen der Bevölkerung Angst

**Load-Date:** April 4, 2023

---

End of Document



**Der verbotene Blick; Es sollte nur ein Urlaub in Deutschland sein, dann sind sie geblieben: Ein iranisches Paar will nicht in seine Heimat zurück, aus Angst vor dem Regime. Sie hatten Kontakt zu einer verfolgten Religion**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26-27

**Length:** 1130 words

**Byline:** Alina Götz

**Highlight:** Es sollte nur ein Urlaub in Deutschland sein, dann sind sie geblieben: Ein iranisches Paar will nicht in seine Heimat zurück, aus Angst vor dem Regime. Sie hatten Kontakt zu einer verfolgten Religion

## Body

---

Von Alina Götz

Wohnung, Arbeit, Auto: Taimas und Parvaneh, die beide 33 Jahre alt sind und eigentlich anders heißen, hatten in ihrer Heimatstadt im Nordiran ein bürgerliches Leben. Nun leben sie in Bremen und bekommen als anerkannte **Flüchtlinge** Geld vom Jobcenter. Das ist nicht richtig, findet Taimas. Wir wollen Arbeit finden. Und wenig Geld sei es obendrein: Im Iran hatten wir alles, unser Leben war sehr gut.

Taimas ist Fotograf, hatte im Iran sein eigenes Atelier. Sein Job war es, der ihn und seine Frau Parvaneh in Schwierigkeiten gebracht hat. Denn als Fotograf stehe man im Iran unter Generalverdacht, etwas Verbotenes zu tun, erzählt Sven, ein Freund der beiden. Er kennt das Paar seit Herbst vergangenen Jahres und hat sie auch während des letzten **Asylverfahrens** begleitet.

Als Mann Frauen zu fotografieren, sei so etwas Verbotenes, sagt Taimas. Er arbeitete viel auf Hochzeiten, wo Frauen und Männer getrennt sitzen müssen die Fotografen eingeschlossen. Wir hatten immer Angst. Denn wenn sich ein Fotograf nicht daran hält, kommt die Sittenpolizei. Die letzte Hochzeit, die er fotografierte, sei von An-hän-ge-r\*in-nen der Bahá í-Religion gewesen, erzählt Taimas. Diese ist im Iran verboten. Ich wollte nur das Ehepaar fotografieren, da kam die Polizei und hat meine Lizenzkarte eingezogen.

Danach, erzählt Taimas weiter, habe er sich ein paar Mal mit dem Bräutigam und anderen Menschen getroffen, um über die Bahá í-Religion zu sprechen. Mich hat interessiert, warum das verboten ist.

Wenige Monate später besuchte das Ehepaar Taimas Bruder in Köln. Das war vor etwa drei Jahren. In Deutschland bekam er dann einen Anruf von seiner Sachbearbeiterin: Die Polizei war da, hat das Atelier leer geräumt, Laptop und andere Hardware mitgenommen, sein Archiv durchgesehen. Auch der Bräutigam rief ihn an

Der verbotene Blick Es sollte nur ein Urlaub in Deutschland sein, dann sind sie geblieben: Ein iranisches Paar will nicht in seine Heimat zurück, aus Angst vor ....

und erzählte, dass Freunde von ihm im Gefängnis sitzen und Taimas und Parvaneh besser in Deutschland bleiben sollten.

Die beiden waren hin- und hergerissen, erinnert sich Taimas. Ich hatte auch eine andere Arbeit, in einer Firma als Verkäufer. Und wir hatten Familie und Freunde. Am Ende fiel die Entscheidung, mit nur einem Gepäckstück pro Person: Wir müssen bleiben. Nach vier Monaten beim Bruder zogen sie nach Bremen. Hier scheiterte ihr erster Asylantrag. Sie erhoben Klage gegen den Bescheid.

Natürlich hatten wir danach Angst, weggeschickt zu werden, sagt Taimas. Er besuchte Sprachkurse, machte seinen Führerschein und lernte in der Bahá í-Gemeinde in Bremen neue Menschen kennen. Im Iran lebte er 30 Jahre als Muslim, nun wollte er Teil dieser Religion werden. Sie hat viele Vorteile für mich: Ein Grundsatz ist, dass Frauen und Männer gleich sind. Und die ganze Welt ist ein Volk.

Gleichheit haben die beiden im Iran nicht erfahren: Parvaneh durfte wie alle Frauen nicht Fahrrad fahren. Frauen und Männer dürfen dort nicht gemeinsam in den Pool gehen. Taimas lacht. Es sind kleine Sachen, aber davon Tausende. Als die beiden einmal im Kino waren, habe er den Arm um seine Frau gelegt dann kam jemand und hat den Arm weggenommen und gesagt, wir sollen gerade sitzen.

Sven hat inzwischen über Telefonate oder Videos die Familien der beiden kennengelernt. Bei Parvanehs Familie fällt mir auf, wie sehr der Klischee-Satz stimmt, dass Iraner die Freiheit im Privaten leben. Die schließen die Tür, und dann geht s los. Der Vater hat uns mal Tanzvideos geschickt, das war total toll. Wenn sie aus der Haustür treten, sagt Sven, müssten sie sich anders aufführen.

In Deutschland ist das anders. So waren Sven und Parvaneh bei einigen der Iran-Proteste im vergangene Jahr in Bremen dabei. Obwohl Taimas im Iran selbst gar nicht politisch aktiv war, erzählt Sven weiter, reichte allein der Verdacht und die Staatsgewalt im Iran aus, sein Atelier zu entkernen und in null Komm nix eine Existenz zu zerstören.

Parvaneh, so erzählt es Taimas, will niemals in den Iran zurück. Seit Ende vergangenen Jahres sind die beiden nun auch endlich als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt.

Die Anwältin für Migrations- und Sozialrecht, Nina Markovic, begleitete die beiden. Im September 2021 kamen sie zu ihr, sagt Markovic der taz. Das Verfahren lag in der Zeit beim Verwaltungsgericht seit fast eineinhalb Jahren. Es ist sehr üblich, dass diese Verfahren lange dauern. Die Verhandlung fand schließlich im vergangenen November statt. Taimas habe ausgesagt, erzählt Markovic, dass er nun Bahá í sei. Weil der Richter angekündigt habe, dass er ihm die Konversion glaube, habe Parvaneh gar nicht mehr ausgesagt. Wir haben das Verfahren von ihr abgetrennt und gewartet, bis sein Urteil rechtskräftig war. Dadurch hat sie automatisch Familienasyl bekommen.

Markovic sagt: Am Ende macht es ja keinen Unterschied. Und es war besser, das möglichst wenig belastend zu machen. Parvaneh sei weiter Muslima, aber eine sehr offene Frau, die auch kein Kopftuch trägt. Ob ihr Urteil auf der Grundlage auch positiv ausgefallen wäre, habe der Richter aber nicht versichern können. Es gebe erst ein positives Urteil in so einem Fall seit Beginn der Iran-Proteste im September 2022.

Taimas und Parvaneh haben nun eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre. Danach könne diese verlängert werden, wenn sich an den Bedingungen nichts ändert, sagt Markovic. Und wenn nach drei Jahren die deutsche Sprache beherrscht und der Lebensunterhalt weitgehend gesichert wird, könne sie auch entfristet werden.

Trotzdem ist das Leben hier nicht nur frei, sondern auch traurig und anstrengend, sagt Taimas. Das Jobcenter frage ihn jeden Monat, was er macht. Ich möchte als Fotograf arbeiten, doch Ausbildungen scheinen hier wichtiger zu sein als Erfahrung. Taimas schrieb vielen Fotografen, niemand hatte bislang Arbeit für ihn. Sogar eine Absage für ein unbezahltes Praktikum gab es. Ich wollte einfach nur zuschauen, wie er mit deutschen Kunden umgeht. Parvaneh hat einen Uni-Abschluss in Psychologie. Jetzt arbeitet sie für Mindestlohn in einer Eisdiele.

Ich wollte nur das Ehepaar fotografieren, da kam die Polizei und hat meine Lizenzkarte eingezogen

Der verbotene Blick Es sollte nur ein Urlaub in Deutschland sein, dann sind sie geblieben: Ein iranisches Paar will nicht in seine Heimat zurück, aus Angst vor ....

## Die Bahá'í

Die monotheistische Bahá'í-Religion wurde Mitte des 19. Jahrhunderts vom Stifter Bahá'u'lláh in Bagdad gegründet.

Die Anhänger\*innen glauben daran, dass es eine friedliche und geeinte Weltbevölkerung geben kann. Sie vertreten Prinzipien wie die Gleichheit von Mann und Frau, Zugang zu Bildung und Gerechtigkeit.

Im Ursprungsland Iran wird das Bahá'ítum von der muslimischen Mehrheit nicht toleriert. Immer wieder passieren Menschenrechtsverletzungen gegen Angehörige. Auch im Jemen wurden die Gläubigen unterdrückt.

Die Bremer Bahá'í-Gemeinde wurde offiziell im Jahr 1965 gegründet. In Deutschland leben etwa 6.000 Bahá'í, organisiert in mehr als 150 Gemeinden. Weltweit finden sich acht Millionen Gläubige.

**Load-Date:** March 29, 2023

---

End of Document

**Den Spieß umgedreht ; Gürsel Y ld r m über die Rolle migrantischer Selbstorganisation beim Kampf gegen Nazi-Fußballfans nicht nur in den 80ern**

taz, die tageszeitung

Montag 10. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 28

**Length:** 647 words

**Byline:** Alexander Diehl

**Highlight:** Gürsel Y ld r m über die Rolle migrantischer Selbstorganisation beim Kampf gegen Nazi-Fußballfans nicht nur in den 80ern

## Body

---

das wird

Interview Alexander Diehl

taz: Herr Y ld r m, wer waren Adrian Maleika, Mehmet Kaymakç und Ramazan Avc ?

Gürsel Y ld r m: Die vielleicht frühesten, bekanntesten Opfer von Nazi-Gewalt aus dem Umfeld des Hamburger SV: Der Bremen-Fan Maleika wurde 1982 umgebracht, Kaymakç und Avc 1985.

Wie war das denn in den 1980ern: HSV-Fan gleich gewaltbereiter Nazi?

Ich war in Darmstadt, kam erst 1989 nach Hamburg. Aber ich hatte davon gehört, dass die Nazis in den 80ern die HSV-Szene dominiert hatten und das setzte sich Anfang der 1990er fort: Damals versuchten HSV-Nazi-Hooligans nach jedem Heimspiel Jagd auf Ausländer zu machen, auch in St. Pauli. Wir, die zweite Generation aus dem Umfeld des Volkshauses im Schanzenviertel, waren bei HSV-Heimspielen alarmiert. Wir haben in St. Pauli auf die Nazis gewartet und auch mal den Spieß umgedreht.

Ein reines HSV-Problem?

Nein. Fußballstadien waren nach dem Mauerfall strategisch wichtige Orte für die Nazis, Ausgangspunkte ihrer Aktionen im Osten und auch im Westen. Selbst beim FC St. Pauli war regelmäßig eine 40-köpfige Nazigruppe im Stadion, die Deutschland den Deutschen und Ausländer raus und solche Parolen riefen. Diese Leute wurden vertrieben, und das von uns selbst organisierten Mi-gran-t:in-nen zusammen mit St.-Pauli-Antifas. Gemeinsam sorgten wir 1991 auch dafür, dass wahrscheinlich als erster Sportklub in Deutschland der FC St. Pauli eine neue Stadionordnung eingeführt hat: Wer rassistische, ausländerfeindliche Parolen ruft, hat hier nichts zu suchen, der

Den Spieß umgedreht Gürsel Yıldırım über die Rolle migrantischer Selbstorganisation beim Kampf gegen Nazi-Fußballfans nicht nur in den 80ern

wird rausgeschmissen. Das ist ganz klar eine Errungenschaft von migrantischen Kämpfen, die sich auf der Grundlage der Selbstverteidigung gegen die Nazis formierten. So was gab es beim HSV nie. Ich kenne auch keine Migrant:innen, die HSV-Fans waren.

Die nun noch mal gezeigte Ausstellung ist ja das Ergebnis der Beschäftigung des Vereins und seiner Basis mit der eigenen Geschichte.

Man müsste das Netzwerk Erinnerungsarbeit des HSV fragen

wichtig fürs Zustandekommen der Ausstellung

wie sie diese Geschichte erzählen. Ich kann von meiner, von unserer Warte aus sagen: Nach den Anschlägen von Mölln und später Solingen hatten die Nazis in den westdeutschen Großstädten kaum noch Räume, sich an öffentlichen Orten zu zeigen dafür sorgten zornige türkischstämmige und überhaupt ausländische Jugendliche. Die organisierten sich radikal selbst und gingen direkt gegen die Nazis und ihre Strukturen vor. So was fehlt heute.

Die Ausstellung ist 2022 im HSV-Museum gezeigt worden. Auch da waren Angehörige Ramazan Avcı eingeladen: seine Lebenspartnerin Gülüstan Avcı und sein Sohn.

Sein Sohn musste dann kurzfristig nach Hause, weil seine hochschwangere Frau dachte, dass sie Wehen bekommt. An seiner Stelle sprach dann Gülüstan bei der Eröffnungszeremonie, auch ich, im Namen der Ramazan-Avcı-Initiative. Bei der Eröffnung selbst war auch alles okay. Was danach passiert ist, fand ich persönlich merkwürdig und problematisch: Der Verein hat die Ausstellungseröffnung damals über ihre Kanäle kommuniziert, aber lückenhaft! In der Wiedergabe kommen weder Gülüstan noch ich als Red-ne-r:in-nen vor. Und dabei hatten wir mit unserem Auftritt ja in erster Linie mit den Fans kommunizieren wollen: Dass sie in ihren Reihen keine Nazis dulden sollten, das war unser Anliegen. Was wir nicht wollten: als objektivierte Gestalten in einer Vitrine landen. Wir wollten nicht zur Imagepflege des HSV dienen. Uns ging und geht es um einen subjekt-orientierten Antirassismus.

Gürsel Yıldırım

Soziologe, ist aktiv in der Initiative zum Gedenken an Ramazan Avcı und engagiert sich unter anderem für die Aufklärung des Mordes an Süleyman Ta köprü.

Ausstellungseröffnung Ins rechte Licht gerückt. Der Einfluss von rechts auf die HSV-Fanszene der 1980er Jahre : heute, 18 Uhr, Bezirksamt Hamburg-Nord, Kümmellstraße 7; die Ausstellung ist bis zum 11. 8. zu sehen

**Load-Date:** July 9, 2023

## Mehr Geflüchtete als Fachkräfte tätig; Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass zunehmend mehr Geflüchtete als Fachkräfte arbeiten Männer haben es dabei leichter als Frauen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 12

**Length:** 603 words

**Byline:** Adefunmi Olanigan

**Highlight:** Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass zunehmend mehr Geflüchtete als Fachkräfte arbeiten Männer haben es dabei leichter als Frauen

### Body

---

Von Adefunmi Olanigan

Vor sieben Jahren hieß es, Geflüchtete seien die Fachkräfte von übermorgen. Mittlerweile ist das Übermorgen von damals schon heute. Und es zeigt sich: Zunehmend mehr Geflüchtete arbeiten in Fachkraftpositionen. So sind mittlerweile 60 Prozent der erwerbstätigen Geflüchteten als Fachkräfte tätig. Zu dem Ergebnis kommt eine Studie zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die von Forscherinnen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, die am Mittwoch erschien.

Die Studie verfolgte den Weg von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, die zwischen 2013 und 2020 nach Deutschland gekommen sind, dabei wanderte ihr Großteil 2015 und 2016 zu. Bereits ein Bericht im Juli des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), das mit den gleichen Daten arbeitete, zeigte, dass insgesamt 54 Prozent der Geflüchteten mit einer Aufenthaltsdauer von sechs Jahren erwerbstätig sind. Dabei nahm im Beobachtungszeitraum die Zahl der Geflüchteten zu, die als Fachkräfte arbeiten. Dies hat zwei Gründe: Zum einen sammelten Geflüchtete mehr Qualifikationen, sodass sie in höhere Positionen einsteigen konnten, zum anderen sind Geflüchtete mobiler. Die ganze Aufwärtsmobilität, die zu sehen ist, ist verknüpft mit Qualifikation, sagt die Soziologie-Professorin Cornelia Kristen. Dabei spielen alle Arten der Qualifikation eine zentrale Rolle. Studienautorin Elisabeth Liebau erklärte: Insbesondere im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen und der Erwerb eines deutschen Bildungsabschlusses sowie das Erlernen der deutschen Sprache begünstigen die bessere Positionierung in der Arbeitswelt und den Wechsel von einer Hilfskraft- in eine Fachkrafttätigkeit.

Auffällig ist, dass diese Aufstiegsentwicklung vor allem für Männer gilt. Der Anteil geflüchteter Frauen im Arbeitsmarkt ist hingegen wesentlich geringer und oft leisten sie sehr viel mehr unbezahlte Sorgearbeit. Doch die Unterschiede in der Aufteilung, der Gender Care Gap, nehmen ab, wenn sowohl Mann als auch Frau arbeiten.

Mehr Geflüchtete als Fachkräfte tätig Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass zunehmend mehr Geflüchtete als Fachkräfte arbeite....

Dabei verhält es sich für Geflüchtete ebenso wie für andere Paare mit und ohne Migrationsgeschichte. Zu dem Ergebnis kommt die zweite Studie, die das DIW am Mittwoch im selben Bericht veröffentlichte.

Mit Blick auf die Lücke in der Sorgearbeit sei es besonders wichtig, Frauen in den Arbeitsmarkt zu bringen. Dafür sei ein ausreichendes Angebot für Kinderbetreuung wichtig. Doch auch die berufliche Qualifikation sei dabei enorm wichtig: Mit Blick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen wirft Yuliya Kosyakova, Leiterin des Forschungsbereichs Migration am IAB, ein: Viele der Frauen haben in ihren Herkunftsländern Qualifikationen im Sozialen oder im Bildungsbereich. Doch für einen Berufseinstieg fehlen in der Bildung Anerkennungsverfahren. Ebenso verzögerten sich Einstiege, weil sehr gute Sprachkenntnisse gefordert würden.

Mit dem Jobturbo will die Bundesregierung Geflüchtete auch wenn sie noch nicht gut Deutsch sprechen schneller in Arbeit bringen. Die Jobcenter sollen den Geflüchteten entsprechend ihren Fähigkeiten und Qualifikationen Arbeitsstellen vermitteln und sie dabei unterstützen, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Nicht nur schnell, sondern auch nachhaltig, so das formulierte Ziel. Damit zeigt die Studie auch, dass eine langfristige Arbeitsmarktintegration gelingen kann aber wenn man Wert auf Fachkräfte legt, erfordert dies auch entsprechend Zeit.

Auffällig ist, dass dieser berufliche Aufstieg vor allem für geflüchtete Männer gilt

**Load-Date:** November 29, 2023

**Wie viel Abschottung darf sein?; Deutschland will eine Verschärfung des EU-Asylrechts und Schnellverfahren an den Außengrenzen mittragen, wenn es Ausnahmen für Familien mit Kindern gibt. Die FDP ist jedoch gegen solche Ausnahmen**

taz, die tageszeitung

Montag 05. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 518 words

**Byline:** Jasmin Kalarickal

**Highlight:** Deutschland will eine Verschärfung des EU-Asylrechts und Schnellverfahren an den Außengrenzen mittragen, wenn es Ausnahmen für Familien mit Kindern gibt. Die FDP ist jedoch gegen solche Ausnahmen

## Body

---

Von Jasmin Kalarickal

Die Bundesregierung signalisiert Bereitschaft, einer auf Abschottung zielenden europäischen Asylrechtsverschärfung unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen. Man unterstütze Verfahren zur Prüfung des Schutzstatus bestimmter Personengruppen bereits an der EU-Außengrenze, sei aber für Ausnahmen bei Kindern, Jugendlichen und anderen besonders Schutzbedürftigen wie Menschen mit Behinderungen, so ein Sprecher des Bundesinnenministeriums zur taz. Am Donnerstag beraten die EU-In-nen-mi-nis-te-r\*in-nen über Asyl-Schnellverfahren für Menschen mit geringer Aussicht auf Schutz direkt an den Außengrenzen.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) pochte in einem Interview mit der Funke-Mediengruppe ebenfalls auf Ausnahmen für Familien mit Kindern. Zudem solle niemand länger als einige Wochen in einem solchen Verfahren stecken und das Recht auf Asyl nicht ausgehöhlt werden. Die Grenzverfahren sieht sie als Fluch und Chance zugleich: Hochproblematisch, gleichzeitig sei der Vorschlag der EU-Kommission derzeit die einzige realistische Chance, zu geordneten und humanen Verteilungsverfahren zu kommen.

Ob sich die Bundesregierung mit ihrem Wunsch nach Ausnahmen in den EU-Verhandlungen durchsetzen kann, ist fraglich. Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission sah Ausnahmen für Kinder unter 12 Jahren vor. In einer überarbeiteten Version heißt es nun, dass Familien mit Kindern unter 12 Jahren nicht automatisch von den Asyl-Schnellverfahren ausgenommen werden. Auch unbegleitete Minderjährige sollen diese Verfahren durchlaufen, wenn sie als Gefahr für die nationale Sicherheit oder öffentliche Ordnung eingestuft werden.

Zudem sind sich die Ampelparteien keineswegs einig. Die Grünen hatten solche Verfahren eigentlich immer abgelehnt. Die Verhandlungen auf europäischer Ebene seien äußerst schwierig, weil viele EU-Mitgliedsstaaten



Wie viel Abschottung darf sein? Deutschland will eine Verschärfung des EU-Asylrechts und Schnellverfahren an den Außengrenzen mittragen, wenn es Ausnahmen für F....

eine restriktive Linie vertreten , erklärte Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann der taz. Wichtig sei es, den Zugang zum individuellen Recht auf Asyl sicherzustellen, ebenso die Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention und der Kinderrechtskonvention sowie den Schutz vulnerabler Gruppen . Gleichzeitig brauche es einen verbindlichen Solidaritäts- und Verteilmechanismus für die Aufnahme von Geflüchteten in der EU.

Die FDP sieht hingegen keine Notwendigkeit für Ausnahmen. Es müsse nur eine menschenwürdige Versorgung aller Flüchtlinge sowie eine effiziente Durchführung der Asylverfahren an den EU-Außengrenzen gewährleistet sein, sagte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai dem Tagesspiegel. Wenn diese Regeln gelten, dann braucht es auch keine Debatte zu möglichen Ausnahmen, die eine Einigung in Europa wieder nur gefährden würden , befand dieser.

Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, kritisierte die Bundesregierung dafür, die EU-Vorschläge an verschiedenen Stellen weiter aufzuweichen .

Menschenrechtsorganisationen hingegen befürchten, dass mit den Schnellverfahren Lager mit haftähnlichen Bedingungen entstehen. Sie warnen vor einer Aushöhlung des Asylrechts.

meinung + diskussion

**Load-Date:** June 4, 2023

**Siegesgewissheit und Süffisanz; Die Junge Union strotzt nur so vor Selbstbewusstsein und feiert, dass die Bundesregierung in den Debatten um Migration und Antisemitismus wankt**

taz, die tageszeitung

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 891 words

**Byline:** Cem-Odos Güler

**Highlight:** Die Junge Union strotzt nur so vor Selbstbewusstsein und feiert, dass die Bundesregierung in den Debatten um **Migration** und Antisemitismus wankt

## Body

---

Aus Braunschweig Cem-Odos Güler

Für Friedrich Merz ist es am Wochenende ausgemachte Sache. Die CDU ist zurück, wir sind die stärkste politische Kraft, sagt der Unionschef in Braunschweig beim Deutschlandtag der Jungen Union (JU). Die gesamte Halle applaudiert am Samstag für Merz, und insgesamt sind die jungen Konservativen bei ihrem diesjährigen Bündnistreffen in Niedersachsen in Feierlaune: Die gewonnenen Landtagswahlen in Bayern und Hessen führen zusammen mit den schlechten Beliebtheitswerten der Bundesregierung zu einem gänzlich neuen Selbstbewusstsein bei der Union. Dabei ist es wieder Bayerns CSU-Ministerpräsident Markus Söder, der die Freude mit einer ganz eigenen Agenda zu konterkarieren weiß.

JU-Chef Johannes Winkel hat nach den Terrorangriffen der Hamas in Israel die Tagesordnung umgeworfen. Die Jugendorganisation verbuchte es als Zeichen ihrer eigenen Wirkungsmacht, dass Israels Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, ihrer Einladung nach Braunschweig gefolgt ist.

Nachdem Prosor mit Merz unter den Klängen der israelischen Nationalhymne in die Braunschweiger Volkswagen-Halle defilierte und bekannte, die jungen Konservativen hätten ihm einen Empfang wie der Pop-Queen Madonna bereitet, richtete er nachdenkliche Worte an die Delegierten. Es ist eine Zeitenwende in unserer Geschichte, sagte der Botschafter. Besonders ihr als junge Deutsche sollt das verstehen. Wer diese grausamen Taten verübt, verachtet die Menschenwürde, nicht nur in Israel, so Prosor mit Blick auf die Hamas.

Für die JU ist es eine Selbstverständlichkeit, an diesem Wochenende das Thema Migration unter den Hammer zu nehmen. Die JU sieht sich auf der Siegerseite. Es ist beachtlich, wie der politische Wind sich in Deutschland dreht bei diesem Thema, sagte Winkel. Kurz vor Beginn des Treffens in Braunschweig war ein Interview mit dem

Siegesgewissheit und Söffisanz Die Junge Union strotzt nur so vor Selbstbewusstsein und feiert, dass die Bundesregierung in den Debatten um Migration und Antise....

Bundeskanzler im Spiegel erschienen, in dem Olaf Scholz (SPD) forderte, in großem Stil abzuschieben . Die JU wertete die Einlassungen Scholz' als reines Lippenbekenntnis.

Winkel, dessen Verhältnis zu Merz als distanziert gilt, führte in einer nachdenklichen Eröffnungsrede an, dass sich die Welt in einem Wandel befinde, wie zuletzt 1968. Nur, dass das Pendel in die andere Richtung schlägt. Die politische Linke erlebe einen Realitätsschock nach dem anderen.

Alle laufen an diesem Wochenende bei der JU auf: Merz, Söder, EVP-Chef Manfred Weber, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Und auch der neue Star der Jungkonservativen kommt: der markige CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Linnemann stellt unter Beweis, dass er die Jobbeschreibung als Scharfmacher, der auch um die Konjunktur alter Vorschläge weiß, verstanden hat. Manche hätten in der Vergangenheit von deutscher Leitkultur gesprochen, so Linnemann. Er bevorzuge den Begriff der Zugehörigkeitskultur . Applaus im Saal.

Vor Beginn der Konferenz in Braunschweig hatte CSU-Chef Markus Söder eine Forderung aufgestellt, die in den Reihen der Union für einige Irritation gesorgt haben dürfte. Wir brauchen eine neue Regierung. Die Union ist bereit, Verantwortung zu übernehmen , hatte der Bayerische Ministerpräsident am Freitag gesagt.

Bei der JU vergnügten sich die Parteichefs von CDU und CSU anstelle von Überlegungen um einen möglichen Regierungseintritt mit Söffisanz über den Zustand der Ampel. Merz sagte: Wir haben noch zwei Jahre vor uns, möglicherweise sogar mit dieser Regierung. Er wolle das Migrationsthema so schnell wie möglich angehen und biete der Ampel weiter die Hilfe der Union für Verschärfungen in der Gesetzgebung an.

Am Anfang seiner Rede spricht Merz mit tränenerstickter Stimme, er berichtet vom Besuch eines jüdischen Gymnasiums in Berlin am Vortag. Der Parteichef ist gerührt von dem Treffen mit den Abiturient\*innen, die ihm von ihrer Angst erzählt haben, mit der sie sich in Deutschland auf der Straße bewegten. Mit Tränen in den Augen richtet Merz einen Appell an die Junge Union: Geht auf die Menschen zu, geht auf die Gemeinden zu.

Markus Söder, spricht nach der Mittagspause mit ausreichend Abstand zum CDU-Chef, so bleibt der Schlagabtausch zwischen den Unions-Alphas auf der Bühne aus. Der CSU-Chef schlägt jovialere Töne an. Nach den ausgebliebenen Bierzeltreden des bayrischen Wahlkampfs scheint sich beim CSU-Chef einiges angestaut zu haben.

Dabei nimmt er wieder einmal die Grünen ins Visier. Wir haben einen Klimaminister. Wir haben einen Philosophieminister. Wir haben aber keinen Wirtschaftsminister , sagt er mit Blick auf Robert Habeck. Scholz muss die Minister der Grünen eigentlich sofort entlassen , ruft Söder. Der Saal jöhlt.

Was die Konsequenz daraus wäre, darauf geht der CSU-Chef nicht ein. Was eine eigene Kanzlerkandidatur betrifft, gibt er sich wieder mal geheimnisvoll: Wir sind als Union auf dem Weg nach vorne, aber wir dürfen uns nicht täuschen, es wird nicht leicht. Und: Auch für uns werden schwere Entscheidungen zu treffen sein. Es zählt dann, dass wir zusammenhalten.

Zur Halbzeit der Bundesregierung scheint dieser Zusammenhalt zwischen CDU und CSU tatsächlich so stark wie lange nicht mehr. Doch wie es um diese Einigkeit bestellt wäre, sollte es die Bundesregierung nicht mehr schaffen, sich zusammenzuraffen das steht auf einem gänzlich anderen Blatt.

Die politische Linke erlebe einen Realitätsschock nach dem anderen, meint JU-Chef Vogel

parteinauwuchs

**Load-Date:** October 22, 2023

**Wenn ich ein Bundesverdienstkreuz kriege, läuft es schlecht ; Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat lange positiv auf die Integration in Deutschland geblickt. Nun sagt er: Wenn sich Bildungs- und Sozialpolitik nicht ändern, wird es bergab gehen**

taz, die tageszeitung

Samstag 04. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 25,26

**Length:** 3222 words

**Byline:** Sabine am Orde

**Highlight:** Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat lange positiv auf die Integration in Deutschland geblickt. Nun sagt er: Wenn sich Bildungs- und Sozialpolitik nicht ändern, wird es bergab gehen

## Body

---

Interview Sabine am Orde

wochentaz: Herr El-Mafaalani, vor fünf Jahren ist Ihr Buch erschienen, das der das Gute-Laune-Buch des Jahres genannt hat. Die Botschaft: Mit der deutschen Einwanderungsgesellschaft läuft es besser als gedacht. Inzwischen steht die AfD bundesweit bei über 20 Prozent, alle reden darüber, dass die Anzahl der Geflüchteten begrenzt werden muss, und auf Demos wird die Hamas verherrlicht. Sind wir immer noch auf einem guten Weg? Das Inte-gra-tionsparadox Spiegel

Aladin El-Mafaalani: In der Langzeitperspektive würde ich immer noch sagen, bislang läuft es im Hinblick auf Integration im Allgemeinen gut. Die Arbeitsintegration etwa von denen, die 2015 zu uns gekommen sind, ist nach sieben Jahren schon so, wie es viele erst nach zehn Jahren erwartet hätten. Und das trotz Pandemie. 80 Prozent der Männer arbeiten, das ist sehr gut. Aber bei den Frauen sind es nur etwa 20 Prozent. Der Hauptgrund dafür sind die fehlenden Kitaplätze. Und da sind wir beim Problem: Die Integration läuft unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch gut. Aber die Rahmenbedingungen verschlechtern sich. Die Infrastruktur, also Schulen, Kitas, das Gesundheitssystem, bröckelt und mehr als das. Deshalb werden wir künftig Probleme haben, die gleiche Anzahl an Zugewanderten wie bisher zu integrieren. Wenn wir bei der Infrastruktur nicht richtig viel tun, müssen wir die Anzahl reduzieren. In die Zukunft geblickt sieht es also gar nicht gut aus.

Wenn man das hört und an den Fachkräftemangel denkt und an die Wahlumfragen, kann man nervös werden.

Dass es mit der Infrastruktur nicht läuft, merkt man an jeder Ecke. Die Menschen kriegen mit, dass es so nicht weiter gehen kann. Ich bin selbst auch enttäuscht, mit wie wenig Weitblick in der Politik grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden.

Wenn ich ein Bundesverdienstkreuz kriege, läuft es schlecht Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat lange positiv auf die Integration in Deutschland geblickt. Nun....

Nämlich?

Es ist komplett falsch, jetzt zu sparen. So kann man nur entscheiden, wenn man die Größe des Problems nicht verstanden hat. Der Bund, die Länder: Wir müssten investieren in Bildung und Integration. Ein Sondervermögen in Milliardenhöhe wäre wirklich sinnvoll. Jetzt gäbe es noch personelle Kapazitäten, wenn auch begrenzt: beim pädagogischen Personal, das wir in den Schulen zusätzlich einsetzen könnten, bei den Handwerkern, die die Schulen umbauen könnten. Zumindest das sollte man ausschöpfen. Bald wird sich der Arbeitskräftemangel zuspitzen. Spätestens dann bräuchten wir dringend Zuwanderung, aber auch die entsprechende Integrationsinfrastruktur.

Bislang sind Sie öffentlich eher als Optimist verstanden worden. Hat sich die Lage so verschlechtert oder haben wir Sie alle missverstanden?

Ich glaube, ich wurde auch ein bisschen missverstanden. Ich habe ja nur gesagt: Deutschland ist in Sachen Integration nicht schlechter als andere Länder. Und wir sind besser, als wir früher waren. Viele Diskussionen und Konflikte haben wir, weil es besser läuft.

Sie benutzen dafür das Bild vom Tisch, an dem erst nicht alle sitzen dürfen. Und irgendwann wollen die Neudazugekommenen nicht nur mitessen, sondern auch darüber mitbestimmen, nach welchen Rezepten gekocht wird.

Genau, deshalb nehmen die Konflikte zu. Das stimmt alles noch, was ich im Integrationsparadox geschrieben habe. Aber es zeichnet sich ab, dass es nun bergab gehen wird. Besonders Sorgen machen mir die Rahmenbedingungen bei allem, was mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat also Kitas, Schulen, Jugendhilfe, auch die Infrastruktur für Kindesgesundheit.

Hinzu kommt jetzt eine weitere Krise, die bis in die Schulen durchschlägt: und die Folgen. Wie blicken Sie darauf? der Terroranschlag der Hamas auf Israel

Ich habe schon vor mehr als zehn Jahren einen Text dazu geschrieben, dass wir sowohl die deutsche Geschichte als auch den Nahostkonflikt anders unterrichten müssten. Wie wir das tun, passt nicht in eine Migrationsgesellschaft. Der Unterricht richtet sich an Kinder und Jugendliche, deren Großeltern schon Deutsche waren. Aber in den westdeutschen Großstädten trifft das auf die meisten Schülerinnen und Schüler nicht mehr zu. Hinzu kommt ja noch, dass viele von denen familiäre Wurzeln im Nahen Osten haben. Für sie ist das alles kein historisches Thema, sondern sehr aktuell. Der Unterricht geht an den jungen Leuten vorbei. Und weil die herkömmliche Geschichtsvermittlung nicht funktioniert und zu Konflikten führen kann, findet sie an vielen Schulen gar nicht mehr umfangreich statt. Man versucht, das Thema auszuklammern, insbesondere den Nahostkonflikt.

Haben Sie das untersucht?

Nein, aber das wird immer wieder berichtet. Es ist ein extrem schwieriges Thema, nicht nur für die Jugendlichen, deren Familien vom Nahostkonflikt betroffen sind. Meiner Wahrnehmung nach gibt es einen großen Unterschied zwischen dem medialen und politischen Diskurs auf der einen Seite und der Haltung in der jüngeren Bevölkerung auf der anderen Seite.

Inwiefern?

Viele Jüngere können nicht nachvollziehen, warum die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson ist, und das hat gar nicht so viel mit einem Migrationshintergrund zu tun. Das sieht man etwa auf TikTok sehr deutlich.

Berlin, aber auch andere Städte, verbieten propalästinensische Demonstrationen, in manchen Schulen dürfen derzeit keine Palästinensertücher getragen werden. Ergibt das für Sie Sinn?

Ich verstehe, dass es schwierig ist, diese Demos stattfinden zu lassen. Aber Verbote bringen nichts.

Wenn ich ein Bundesverdienstkreuz kriege, läuft es schlecht Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat lange positiv auf die Integration in Deutschland geblickt. Nun....

Sie stammen aus einer syrischen Familie, sind in Deutschland geboren und zur Schule gegangen, und haben, wie Sie sagen, sich selbst lange als Araber und nicht als Deutscher verstanden. Hätten Sie auch bei Demos landen können, wie sie gerade in Berlin-Neukölln stattfinden und wo sich auch Antisemitismus und Gewalt Bahn brechen?

Ich bin früher auf ganz vielen Attac-Demos gewesen, bei denen es häufig gewalttätige Auseinandersetzungen gab, an denen ich aber nie beteiligt war. Ich hatte keine Affinität zu Hass und Gewalt. Und ja, als Teenie fühlte ich mich ausschließlich als arabisch, und die deutsche Geschichte war nicht meine.

Wie hat sich das geändert?

Erst später ab der Oberstufe. Da haben wir uns den Film Schindlers Liste angeguckt und Holocaustüberlebende getroffen. Dadurch wuchs in mir das Verständnis, dass es eine Verantwortung für alle ist und nicht nur für die Nachfahren der Täter.

Was muss an den Schulen anders werden?

Es ist schwer, das kurz zu fassen. Ich glaube, es funktioniert besser, wenn man nicht nur von der Shoah ausgeht, sondern beschreibt, dass Juden über Jahrhunderte verfolgt wurden. Dass sie keine Reiche und Kolonien gebildet oder Kriege geführt haben, aber trotzdem an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten ausgegrenzt, benachteiligt und verfolgt wurden und sie gleichzeitig für alle möglichen Probleme verantwortlich gemacht wurden. Dass die staatlich organisierte Massenvernichtung also der unvorstellbare Höhepunkt einer langen Geschichte war und die Antwort darauf der eigene Staat war, um nie wieder Opfer zu sein. Und man muss auch da-rüber sprechen, was die Gründung des Staates Israel für die Palästinenser, für die sich die Situation seit Jahrzehnten kontinuierlich verschlechtert und die heute in unwürdigen Verhältnissen leben, bedeutet. Und ich würde sogar noch weiter gehen: Man müsste mit Jugendlichen auch andere ethnische und religiöse Konflikte thematisieren, zu denen die zugewanderten Familien eine direkte Beziehung haben. Aber derzeit haben wir nicht genügend Lehrkräfte, die das hinbekommen könnten. Und die Rahmenbedingungen in Schulen sind, wie schon gesagt, insgesamt wirklich nicht günstig.

Würden Sie der These zustimmen, dass unsere Gesellschaft gespalten ist, so polarisiert wie lange nicht mehr?

Die Diskurse sind polarisiert, die Gesellschaft ist mehrstimmig, also wenn überhaupt, dann multipolar.

Heißt was?

Dass es nicht, wie in den USA, zwei Pole gibt, die sich immer weiter auseinanderbewegen. Wir sind multipolarisiert und haben keine verhärteten Fronten. Es gibt eher super viele unterschiedliche Perspektiven und ein ziemliches Durcheinander. Rechtsextreme und antiliberalen Einstellungen waren in der Bevölkerung aber immer verbreitet, nur dass wir heute eine Partei haben, die das alles aufammelt, und einen Diskurs, in dem solche Positionen offensiver vertreten werden.

In einem Vortrag haben Sie jüngst gesagt, dass vor allem gesellschaftliche Liberalisierung und Emanzipationsbewegungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt geschwächt haben. Was bedeutet das?

In westlichen Demokratien bildeten vor allem drei Sachen die sozialen Bindekräfte: gemeinsame nationale Traditionen, eine gemeinsame ethnische Herkunft oder ein gemeinsames religiöses Bekenntnis. Das gab auch in Zeiten des Wandels Orientierung. Aber die geht umso stärker verloren, je einflussreicher emanzipatorische Bewegungen sind. Von Pierre Bourdieu kann man etwa lernen: Wenn man Herrschaftsstrukturen bekämpft, bekämpft man auch Orientierung und Sinnverhältnisse. Stellen Sie sich das wie einen schmutzigen Schneeball vor, da kriegt man den Dreck nicht mehr vom Schnee getrennt.

Meinen Sie, die Emanzipationsbewegungen überspannen den Bogen also?

Wenn ich ein Bundesverdienstkreuz kriege, läuft es schlecht Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat lange positiv auf die Integration in Deutschland geblickt. Nun....

Nein, diese Dynamik wohnt der Entwicklung inne, und es ist gut, dass es sie gibt. Aber wenn ich mir etwas wünschen könnte, dann wäre es, dass die Leute, die schon lange in verantwortungsvollen Positionen sind, ein bisschen mehr zuhören und ein bisschen mehr entgegenkommen. Und dass diejenigen aus den sozialen Bewegungen wahrnehmen, dass sie mittlerweile mit am Tisch sitzen, dass sie Verantwortung haben und den Kampfmodus manchmal verlassen können. Am ehesten sehe ich diese Entwicklung beim Feminismus.

Was meinen Sie damit?

Dass die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zwar noch nicht vollends erreicht, aber so weit fortgeschritten ist, dass viele Männer von sich aus Zugeständnisse machen und Frauen nicht mehr alleine kämpfen müssen. Das zeigt aber auch, wie viel Zeit das braucht. Aber mich interessiert auch, warum die Entwicklung gerade jetzt als so schlimm empfunden wird, obwohl es den Prozess schon lange gibt.

Und warum?

Aus meiner Perspektive gibt es zwei relevante Aspekte: Zum einen melden sich sehr viele verschiedene Gruppen gleichzeitig Feminismus, LGBTQ+, Antirassismus und andere und mischen sich ein. Zum anderen hatten wir ein Beruhigungsmittel. Meine These ist, dass das Wirtschaftswachstum den Orientierungsverlust lange beruhigt hat. Es gab mehr zu verteilen, Aufstieg war möglich, und wenn es schief ging, gab es einen starken Sozialstaat. Aber dieses Beruhigungsmittel verlieren wir zunehmend. Die Wachstumsraten werden immer kleiner, die ökonomische Ungleichheit wächst, und nicht zuletzt durch den Klimawandel stehen bisherige Selbstverständlichkeiten unserer Lebensweise wie Mobilität und Konsum zur Disposition. Beides, sowohl die Emanzipationstendenzen als auch die Gefährdung des Wirtschaftswachstums auch durch Ideen wie Degrowth wird sehr einseitig den Grünen zugeschrieben, die dadurch für viele zum Hassobjekt werden. Von all dem profitieren am stärksten Populisten: Die nehmen das Gefühl auf, dass alles Mist ist, dass die Politik die Probleme nicht löst. Und die populistische Lösung ist ganz einfach: Früher war es besser. Dabei war früher nur eins besser: Die Zukunft. Ohne eine glaubhafte positive Zukunftsperspektive wird es kaum möglich sein, etwas gegen Rückwärtsgewandtheit zu bewirken. Und es könnte noch schlimmer werden.

Inwiefern?

Bei uns werden bald die Rentnerinnen und Rentner die Wahlen allein entscheiden, bei der nächsten Bundestagswahl ist das Durchschnittsalter 55. Die Rentner sind relativ wenig divers. Aber die Leute, die den Laden am Laufen halten, sind wenige und sehr divers. Das wird zu Reibungen führen. In einer immer älteren Bevölkerung werden die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen immer weniger berücksichtigt. Ich führe darauf auch zurück, dass die Jüngeren, die durch Covid am wenigsten gefährdet waren, durch die Gegenmaßnahmen am stärksten belastet wurden.

Merken Sie auch ganz persönlich, dass sich die gesellschaftliche Stimmung verschlechtert hat?

(lacht) Wenn ich ein Bundesverdienstkreuz kriege, läuft es schlecht, also gesellschaftlich schlecht.

Warum?

Ich beschäftige mich ausschließlich mit sozialen Problemen und Konflikten. Wenn ich besonders gefragt bin oder meine Arbeit öffentlich stark wahrgenommen und anerkannt wird, dann ist das ein guter Hinweis dafür, dass einiges nicht gut läuft.

Dann hat das Bundesverdienstkreuz, das Sie kürzlich bekommen haben, für Sie keine große Bedeutung?

Mit dem Bundesverdienstkreuz konnte ich erst mal nichts anfangen. Bis ich dann in Schloss Bellevue gesehen hab, dass das eine große Sache ist und wie wichtig das für andere ist. Sogar arabische Medien haben über mich berichtet, mein Vater und meine Mutter waren total stolz. Über diese Umwege gewann der Orden auch für mich an Bedeutung. Also ja, ich fühle mich sehr geehrt.

Wenn ich ein Bundesverdienstkreuz kriege, läuft es schlecht Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat lange positiv auf die Integration in Deutschland geblickt. Nun....

Sie haben eine beachtliche Karriere als Wissenschaftler mit einer öffentlich wahrgenommenen Stimme gemacht. Hat Ihre Herkunft dabei geholfen?

Welche Herkunft jetzt?

Dass Sie Kind syrischer Einwanderer sind.

Das hatte nicht viel Einfluss, inzwischen gibt es ja viele Wissenschaftler mit Migrationshintergrund. Mindestens genauso wichtig ist, dass ich Punk war und manchmal noch ein bisschen so drauf bin. Dass mir egal ist, wenn Kollegen das zu wenig professoral finden, wie ich rüberkomme. Dass ich gerne Sachen einfach und auch unterhaltsam formuliere, auch wenn es dann nicht superpräzise ist, damit ich ein Publikum erreiche, das man sonst nicht erreicht. Dazu kommt dann noch, ja klar, dass ich Aladin heiße, muslimisch bin und so weiter.

Und was bedeutet die Herkunft für Ihre Forschung?

Da spielt sie eine größere Rolle. Die Biografie beeinflusst, welche Fragen man stellt und wie man sie stellt. Die Migrations- und die Bildungsforschung waren am Anfang relativ einseitig, es gab noch nicht viele Forschende mit biografischen und familiären Migrationsbezügen. Deshalb konnte ich Fragen stellen, die vorher so noch nicht gestellt wurden. Und Fragen zu stellen mit hoher wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Relevanz, das kann ich ganz gut.

Sagen Sie mal ein Beispiel.

Eigentlich fing es schon bei meiner Doktorarbeit an, die war zu Bildungsaufsteigern aus benachteiligten Milieus. Ich habe damals nicht verstanden, warum die migrationspezifischen Hindernisse so betont wurden.

Warum?

Ich bin sehr privilegiert aufgewachsen. Meine Eltern haben beide Abitur, beide studiert, mein Vater war Arzt. Und ich dachte: Alles, was dem Migrationshintergrund zugeschrieben wird, habe ich nicht erlebt. Deshalb habe ich mich sehr ausführlich damit beschäftigt, Schichtzugehörigkeit und Migrationskontexte zu differenzieren.

Ihr jüngstes Buch, . Warum jetzt ein Buch über Rassismus? das vor zwei Jahren erschienen ist, heißt Wozu Rassismus?

Ich habe auch schon vorher zu Rassismus und Diskriminierung gearbeitet, aber das Thema ist durch den Fall George Floyd hier gesellschaftlich ganz anders relevant geworden. Es gibt viele Unterschiede, zum Beispiel zu den USA, deshalb kann man den Diskurs nicht einfach übernehmen. Ein Unterschied: Deutschland ist nach den Völkermorden der Nazis so homogen gestartet wie kein anders westliches Land, hatte danach aber auch so viel Einwanderung wie kaum ein anderes. Beim Anteil der Migranten an der Bevölkerung liegen wir vor den USA, Großbritannien und Frankreich. Und nun kommen mehrere Aspekte zusammen: Wir haben einerseits inzwischen also wesentlich mehr Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sein könnten, als jemals zuvor. Gleichzeitig gibt es deutlich bessere Teilhabechancen, was ein Hinweis auf eine Schwächung diskriminierender Strukturen ist, aber: Betroffene sind deshalb sensibilisierter für Ungleichbehandlung.

Dass der Rassismusvorwurf heute so häufig wie nie zuvor kommt, ist also ein gutes Zeichen?

Ja. Das liegt zum großen Teil daran, dass es in Deutschland so viele mögliche Betroffene wie noch nie gibt und diese Menschen gleichzeitig einen höheren Anspruch an Gleichheit und Zugehörigkeit haben. Deshalb wird häufiger gesagt: So geht's nicht.

Dieses So geht's nicht wird oft harsch vorgebracht, obwohl es anders vielleicht sogar eher ans Ziel führen würde

Man kann sich wünschen, dass der Diskurs anders geführt wird, aber das geht im Augenblick nicht. Um zu verstehen, warum das so ist, muss man sich die benachteiligten Menschen anschauen. Der größte Teil von ihnen



Wenn ich ein Bundesverdienstkreuz kriege, läuft es schlecht Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat lange positiv auf die Integration in Deutschland geblickt. Nun....

meldet sich gar nicht zu Wort, obwohl sie am stärksten betroffen sind und am wenigsten von den Teilhabechancen profitieren. Den anderen Teil kann man in drei Strömungen teilen. Die ersten sagen ganz funktional: Ich rede nur über meine syrische Herkunft, weil ich sonst nicht darüber reden kann, dass ich diskriminiert werde. Aber eigentlich soll Herkunft keine Rolle spielen. Die zweiten sagen sehr normativ: Ich liebe meine syrische Herkunft. Ich will, dass alle wissen, dass ich aus Syrien und Muslim bin, ich bin stolz darauf. Pride! Diese beiden Positionen können sich kaum ausstehen.

Und die dritte?

Die dritten sagen: Die alten weißen Männer haben uns diesen Nationalismus eingebracht. Die beiden anderen Strömungen reproduzieren diesen und damit die Herrschaftsstrukturen, die es aus der dritten Perspektive zu dekonstruieren gelte. Diese drei Strömungen haben alle das gleiche Interesse. Sie nehmen wahr, diskriminiert zu werden, und wollen dagegen etwas tun. Aber über den Weg sind sie sich sehr uneinig. Das ist eine verkürzte Darstellung des Trilemma der Inklusion von Mai-Anh Bøger. Da stecken Widersprüche und Energie drin und deshalb ist das so intensiv. Ähnliches ließe sich übrigens auch bei anderen Bewegungen wie dem Feminismus oder behinderten Menschen zeigen.

Sie sagen: Wenn jemand etwas Rassistisches macht oder sagt, muss er sich dafür nicht schämen, aber er muss es ändern. Das klingt vergleichsweise soft.

Der Rassismusvorwurf ist zu hoch gehängt. Pädophil zu sein ist vielleicht das Einzige, was derzeit noch schlimmer ist. Das ist ein Problem. Denn wenn jeder Fehltritt gleich ein Skandal ist, kommt das Gegenüber in eine Verteidigungsposition. Sonst müsste man ja eingestehen, etwas katastrophal Schlimmes gemacht zu haben. Stattdessen wird der Vorwurf zum Vorwurf. Das steigert die Hitzigkeit. Das könnte man umgehen, wenn man sagt: Das ist nicht in Ordnung, aber kein Weltuntergang. Vielmehr ist Rassismus noch immer Alltag. Um daran etwas zu ändern, muss man darüber sprechen.

Wie kann man trotz dieser Kämpfe die Gesellschaft beisammenhalten?

Diejenigen, die auf der mächtigeren Seite sind, müssten freiwillig etwas Platz machen. Dafür stehen die Chancen durch den demografischen Wandel gerade sogar gut. Am Tisch werden nun nach und nach Plätze frei, es gibt mehr Stühle für Frauen, für PoCs, für Queere. Nur leider wackelt nun der Tisch bedenklich, weil der Boden darunter morsch ist. Damit sind wir wieder bei der Infrastruktur, die wirklich das Wichtigste ist. Sie ist die Grundlage dafür, dass wir uns überhaupt vernünftig streiten können.

Aladin El-Mafaalani

Jahrgang 1978, ist einer der bekanntesten deutschen Soziologen. Er ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Osnabrück und hat über viele Jahre zu den Themen Bildung, Integration und Rassismus geforscht. Bekannt wurde er mit seinem Buch *Das Integrationsparadox* Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt (2018). Er hat 2023 das Bundesverdienstkreuz erhalten und ist Mitgründer des PEN Berlin.

**Load-Date:** November 3, 2023

**Jugendamt unter Verdacht; Viele Inobhutnahmen seien ungerechtfertigt, kritisieren antirassistische Organisationen.**

taz, die tageszeitung

Montag 20. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 525 words

**Byline:** Derya Türkmen

**Highlight:** Viele Inobhutnahmen seien ungerechtfertigt, kritisieren antirassistische Organisationen.

## Body

---

Von Derya Türkmen

Kinder durch Zwang ihren Eltern zu entziehen, gilt als letztes und schärfstes Mittel der Jugendämter, um das Wohl Heranwachsender zu schützen. Doch gerade bei **migrantischen** Familien wird die sogenannte Inobhutnahme oftmals viel zu leichtfertig eingesetzt, kritisierten antirassistische Vereine bei der Veranstaltung. Plötzlich ist das Kind weg. Rassismus bei Inobhutnahmen durch das Jugendamt am Freitagabend.

Die Jugendämter sind Hilfseinrichtungen, deren Aufgabe die Sicherung des Kindeswohls ist. Doch meistens kommt es seitens der Jugendämter zu einer viel größeren Kindeswohlgefährdung, sagt eine Sprecherin von Space2grow, einem Projekt für geflüchtete und migrierte Frauen, das zusammen mit der Kampagne für Opfer von Polizeigewalt (KOP) und der Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Reach Out die Veranstaltung organisiert hat.

Im Jahr 2022 ist die Inobhutnahme von Kindern in Deutschland um 40 Prozent gestiegen; migrantische Familien sind hier überproportional betroffen.

Marie Melior, Rechtsanwältin für Familienrecht, sagte: Bei Essen und Sprache fängt der Rassismus bereits an. Wenn das Kind zum Beispiel nur arabisches Essen bekommt und mit der Mutter kein Deutsch spricht, gilt dies bereits als eine Kindeswohlgefährdung. Dies seien Gründe genug, um eine Kindesentziehung einzuberufen.

Die Maßnahmen würden für die Eltern ein Entzug von Autorität und Kultur bedeuten: Die Familien sind unter Beobachtung, es wird alles notiert, es werden Protokolle über die jeweiligen Betroffenen geführt, und diese dürften aus datenschutzrechtlichen Gründen ihre eigenen Akten nicht einsehen.

In den meisten Fällen wehren sich die Betroffenen nicht, da sie Angst haben, ihre Kinder nie wiedersehen zu dürfen, heißt es von den antirassistischen Initiativen. Ein weiteres Problem seien Sprachbarrieren. Die Dokumente, Beratungsgespräche und Gerichtsverfahren seien alle auf Deutsch. Auch bei den Jugendämtern wird das

Jugendamt unter Verdacht Viele Inobhutnahmen seien ungerechtfertigt, kritisieren antirassistische Organisationen.

sprachliche Unverständnis als mangelnde Kooperationsbereitschaft ausgelegt. Auch das führe nicht selten zu Kindesentzug.

Marie Melior berichtete von einem Gerichtsverfahren gegen eine junge Mutter. Die Frau habe kein Deutsch verstanden, weshalb Melior anfang zu dolmetschen. Daraufhin sei sie vom Richter zurechtgewiesen worden; es sei keine Übersetzung vorgesehen. Das Urteil des Richters: Die Frau brauche eine Therapie, sei unzurechnungsfähig. Und so wird in den meisten Fällen entschieden. Die Betroffenen verstehen die Sprache nicht und können nicht reagieren. Dies aber wird als Unzurechnungsfähigkeit eingestuft.

Die Teilnahme an rassismuskritischen Weiterbildungen für So-zi-al-ar-bei-te-r:in-nen wäre eine Möglichkeit, die Situation zu verbessern, schlägt Melior vor. Auch würde es helfen, wenn mehr Dol-met-sche-r:in-nen eingestellt werden, um die sprachliche Barriere aufzuheben. Die Organisationen würden gern intensiv mit den Jugendämtern zusammenarbeiten, aber dies sei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht machbar. Das Problem, kritisieren sie, sei in erster Linie ein politisches. Statt Kürzungen sozialer Infrastruktur bräuchten Betroffene mehr Beratungsstellen.

**Load-Date:** November 19, 2023

---

End of Document

## *Illoyale Migrationspolitik in Europa, 25 Jahre Flasche leer und Friedrich, der große Pascha; wie geht es uns, herr Küppersbusch?*

taz, die tageszeitung

Montag 13. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 14

**Length:** 772 words

### **Body**

---

wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: Religiöser Wahn und Waffenbesitz.

Und was wird besser in dieser?

Nichts, aber der Unterschied undeutlicher.

Karl Lauterbach ist wieder da: Seine elektronische Patientenakte hat viele Vorteile, voll nutzbar ist sie für Versicherte nur mit einer App via Google und Apple. Ist das gesund?

Spätestens seit den Corona-Inzidenzen haben wir die und das Faxen dicke: Lebenswichtige Zahlen tröpfelten im Postkutschen-Groove aus den Gesundheitsämtern. Immerhin arbeitet die teilstaatliche Firma Gematik seit 2005 an der elektronischen Gesundheitskarte. Und an Jens Spahns pfiffiger Idee, einen Kumpel aus Immobiliengeschäften und Pharmalobbyisten zu ihrem Chef zu machen. Man mag den Gedanken nicht, künftig könnten Schwangerschaft, Fehlzeiten, seelische oder Drogenerkrankungen sich munter von Betriebsarzt zum Chef oder zur Versicherung durchsprechen. Oder bei Google landen. Gute Gründe, die ePK von der Zustimmung der Patienten abhängig zu machen.

In einer Erklärung haben sieben EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, loyale Zusammenarbeit bei der Aufnahme von Asylsuchenden gefordert. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass das öffentliche Vertrauen in europäische Lösungen schwindet. Wie viel gäbe es denn noch zu schwinden?

Seit Italiens Postfaschistin Meloni die aktuelle Beschlusslage der EU als großen Sieg für ihr Land gefeiert hat, erübrigt sich die Frage. Sicherung der Außengrenzen, Rücknahmeabkommen, elitäre Auswahl von Migranten: So was bekommt die EU hin.

Illoyale Migrationspolitik in Europa, 25 Jahre Flasche leer und Friedrich, der große Pascha wie geht es uns, herr küppersbusch?

Am 10. März vor 25 Jahren hatte Giovanni Trapattoni, damals Trainer beim FC Bayern, bei einer Pressekonferenz genug von seinen Profis. Wo waren Sie, als wie eine Flasche leer sprichwörtlich wurde?

Wo es am schönsten ist: Im Abseits. Traps Ausraster folgte auf einer Niederlage der Bayern Hurra! gegen ausgerechnet Schalke Pfui! Der in Bayern offenbar schädliche Übelgeruch der Gutmütigkeit hing bereits über dem Trainer, so wirkte der Temperamentsausbruch etwas kalkuliert. Was erlaube Strunz wurde zum Titel einer TV-Sendung des gleichnamigen Moderators, mit dem Claim Flasche nicht leer warb der Trainer für Trinkwassersprudler. Und mit Widerwillen gilt es anzuerkennen: Tapeten-Toni schuf einen der sympathischsten Momente in der Geschichte des FC Bayern. Ich habe fertig.

Kinder aus armen Familien und/oder solchen, in denen kein Deutsch gesprochen wird, haben deutlich geringere Chancen auf einen Kitaplatz, belegt eine Studie des Bundesinstitutes für Bevölkerungs-forschung. Wer kümmert sich nicht genug um Chancengleichheit?

Friedrich der große Pascha Merz. Seit ungefähr 50 Jahren. In den Achtzigern prophezeite der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, ungefähr jetzt würde uns das Land um die Ohren fliegen ohne Zuwanderung. Arbeitskräftemangel, Implosion der Sozialversicherungen. Zugegeben: hübsch egoistisch biodeutsch daherargumentiert, doch Geißler kannte die seinen. Besonders gut nicht zugehört haben damals diejenigen, die sich heute an kleinen Paschas vergreifen wie Merz: Einwanderungsland zu sein unter dem Mantra wir sind kein Einwanderungsland, war auch nicht wirklich schulreif. Arme und Bildungsferne werden in dieser Gesellschaft benachteiligt, aber es ist halt schon sehr praktisch, wenn sie auch andere Vornamen haben.

Zum Anschlag auf die Nord-Stream-Pipeline bestehe ein grundsätzlicher Informationsbedarf. Das sagte am Freitag vor einer Sondersitzung des für die Kontrolle der Nachrichtendienste verantwortlichen parlamentarischen Gremiums dessen Vorsitzender Konstantin von Notz, Grüne. Weiß er heute mehr?

Selbst wenn, dürfte er nix sagen. Immerhin wagt sich damit ein Ampelpolitiker vor. Die Bundesregierung hatte zuvor Anfragen der Linken mit Verweis auf die third party rule zum Schutze Dritter abgelehnt. Ein humoriger Move, denn Schweden der schützenswerte Dritte hatte sich seinerseits geweigert, seine Erkenntnisse mit den deutschen Behörden zu teilen. Bundeskanzler Scholz Solo in Washington kürzlich sollte flugs des Verdachts enthoben werden, er informiere lieber den US-Präsidenten als den Deutschen Bundestag. Von Notz hat recht.

Und was machen die Borussen?

Nach dem Geschenk an die Schalker erwartet der BVB jetzt den 1. FC Köln, die Friedensbewegung der Liga, seit vier Spielen torlos. Wir helfen wo wir können. Fragen: waam

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und zuversichtlich, dass irgendetwas Blauweißes absteigt.

Arme und Bildungsferne werden in dieser Gesellschaft benachteiligt, aber es ist halt schon sehr praktisch, wenn sie auch andere Vornamen haben

**Load-Date:** March 12, 2023

**Mit unklarer Identität ins Leben ; Wenn Geflüchtete nicht klar nachweisen können, wer sie sind, erhalten ihre Kinder teils keine Geburtsurkunde. Ob Personen in dieser prekären Situation landen, hänge von einzelnen Standesbeamten ab, kritisiert die Berliner Migrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial**

taz, die tageszeitung

Dienstag 23. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 1153 words

**Byline:** Dinah Riese

**Highlight:** Wenn Geflüchtete nicht klar nachweisen können, wer sie sind, erhalten ihre Kinder teils keine Geburtsurkunde. Ob Personen in dieser prekären Situation landen, hänge von einzelnen Standesbeamten ab, kritisiert die Berliner Migrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial

## Body

---

Interview Dinah Riese

taz: Frau Niewiedzial, mit Ausstellen der Geburtsurkunde wird es richtig amtlich: Ein Mensch wurde geboren. Laut UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht darauf, nach der Geburt registriert zu werden. Das klingt doch ziemlich klar geregelt, oder?

Katarina Niewiedzial: Das sollte man denken. Leider hören wir aus vielen unserer Berliner Beratungsstellen, dass Menschen frustriert sind, weil sie für ihr Kind eben doch keine Geburtsurkunde bekommen. Das passiert, wenn die Identität oder der Personenstand eines Elternteils nicht vollständig nachgewiesen ist in den meisten Fällen sind das Geflüchtete. Damit ist dann auch die Identität des Kindes nicht vollständig geklärt. Und das bringt ganz konkrete Nachteile für dieses Kind mit sich.

Deutschland hat die Kinderrechtskonvention ratifiziert. Verstößt es also dagegen?

Nein, auf rechtlicher Ebene nicht. Das Kind bekommt statt einer Geburtsurkunde einen Auszug aus dem Geburtenregister, meist mit einem einschränkenden Zusatz. Dieses Dokument ist der Geburtsurkunde formal gleichgestellt. Ein Problem ist, dass viele Menschen in den entsprechenden Institutionen das nicht wissen. Wir hören zum Beispiel, dass Kitas den Registerauszug nicht als ausreichend akzeptieren, oder dass Eltern erst mal lange und viel erklären müssen, wenn sie damit Eltern- oder Kindergeld beantragen wollen. Dabei haben sie natürlich Anrecht darauf. Und wirklich problematisch wird es für die Kinder, wenn sie älter werden.

Mit unklarer Identität ins Leben Wenn Geflüchtete nicht klar nachweisen können, wer sie sind, erhalten ihre Kinder teils keine Geburtsurkunde. Ob Personen in di....

Warum?

Mit einer Geburtsurkunde kann man seine Identität nachweisen. Deswegen sind die Ansprüche an ihre Ausstellung auch so hoch. Man kann zum Beispiel nur heiraten oder sich einbürgern lassen, wenn zweifelsfrei klar ist, wer man ist. Wenn ein Kind nun aber keine Geburtsurkunde hat, dann kann es sich unter Umständen später eben nicht einbürgern lassen und auch keine Ehe schließen. Diese Kinder können ihren eigenen Kindern keine eindeutige Identität geben, sodass diese wiederum mit ungeklärter Identität ins Leben starten. Das heißt, man trägt diesen prekären Status der Eltern ganz lange mit sich. Wir machen Kinder für etwas verantwortlich, für das sie gar nichts können. Und diese Benachteiligung ist in der Tat schwierig im Sinne der Kinderrechtskonvention.

Das Kind hat nicht nur ein Recht auf Registrierung, sondern auch darauf, dass dies unverzüglich nach der Geburt geschieht. Klappt denn wenigstens das?

Auch da sehen wir Probleme. Das erste Ziel ist ja immer eine richtige, vollständige Geburtsurkunde. Standesbeamte können aber nur beurkunden, wovon sie überzeugt sind. Eine einmal ausgestellte Geburtsurkunde oder einen Registerauszug wieder zu ändern, ist noch langwieriger als die Ausstellung selbst, da ein Gerichtsbeschluss erforderlich ist. Das heißt, oft stellt das Standesamt die Beurkundung zurü

Mit vollständigen Papieren gibt es eine Geburtsurkunde, ohne nur den Registerauszug. Das klingt doch eigentlich recht simpel.

Das ist es aber nicht. Es passiert, dass jemand bei der Ausländerbehörde einen Aufenthaltstitel bekommt, weil der Zuständige dort einen anderen Identitätsnachweis für die Erteilung des Aufenthaltstitels akzeptiert dieselbe Person aber beim Standesamt keine Geburtsurkunde für ihr Kind bekommt.

Wie kann das sein?

Die Standesbeamten sind nicht an das Ergebnis der Identitätsprüfung einer anderen Behörde wie der Ausländerbehörde oder dem Bamf gebunden. Sie sind nicht mal an das Prüfergebnis anderer Standesbeamten gebunden. Das kann sogar zu unterschiedlichen Entscheidungen in ein und demselben Standesamt in Bezug auf ein und dieselbe Familie führen.

Wie muss ich mir das vorstellen?

Wir kennen einen aktuellen Fall, in dem ein Mann aus Tschetschenien hier nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt ist und einen Blauen Pass hat, einen Reiseausweis für Geflüchtete. Er ist verheiratet und hat mehrere Kinder. Die ersten beiden haben ohne Probleme eine Geburtsurkunde bekommen, das dritte sogar die deutsche Staatsbürgerschaft, weil die Eltern schon lange genug in Deutschland waren. Das vierte Kind hat aber keine Geburtsurkunde bekommen, sondern nur die Ersatzbescheinigung weil dem Standesbeamten der Blaue Pass nicht gereicht hat. Er wollte die Geburtsurkunde des Vaters, die dieser nicht beschaffen konnte.

Das ist doch absurd.

Ja. Das eine Kind bekommt bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, sein jüngerer Geschwisterkind aber erhält keine Geburtsurkunde und dadurch auch die deutsche Staatsangehörigkeit, die es qua Geburt erworben hat, nicht zugesprochen. Gleiche Dokumente müssen aber doch zum gleichen Ergebnis führen.

Wie viele Menschen in Deutschland sind betroffen?

Das ist leider völlig unklar. Wir wissen, dass es bundesweit immer wieder Probleme gibt aber die Fälle werden nicht systematisch erfasst. Deswegen wäre meine Forderung eine Änderung des Personenstandsgesetzes: Die Standesämter müssten verpflichtet werden, jede unvollständige Registrierung zu listen. Nur so können wir überhaupt einen Überblick bekommen und dann entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Wäre das Problem nicht ganz einfach zu lösen: Geburtsurkunden für alle?

Mit unklarer Identität ins Leben Wenn Geflüchtete nicht klar nachweisen können, wer sie sind, erhalten ihre Kinder teils keine Geburtsurkunde. Ob Personen in di....

Ich finde schon richtig, dass wir unsere hohen Standards im Urkundenwesen beibehalten. Wichtig wäre aber zum einen eine Härtefalllösung: Hier geborene Kinder sollten spätestens, wenn sie ein gewisses Alter erreichen, eingebürgert werden, damit sie auch mit unvollständiger Geburtsurkunde eine vollständige Identität erhalten. Und wir müssen das Problem thematisieren, gerade auch bei denen, die damit im Alltag zu tun haben: in den Beratungsstellen, aber natürlich auch in den Standesämtern und anderen Verwaltungen, die von den Betroffenen die Geburtsurkunde verlangen. Wir haben dafür in Berlin eine umfangreiche Handreichung erarbeitet, die ich auch unter den Integrationsbeauftragten der anderen Bundesländer bewerben werde.

Was steht in der Handreichung?

Es geht darum, die komplexe Rechtslage klarzumachen, Verständnis für die Herangehensweise der Standesämter zu erzeugen, aber auch, den Standesbeamten ins Gewissen zu reden: Sie haben es hier mit sehr komplexen familiären Situationen zu tun, und sie haben Spielräume bei der Würdigung der Unterlagen. Wir wollen sie ermuntern, wohlwollend zu entscheiden und im Zweifel mit den Familien gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wenn die Geburtsurkunde der Eltern oder die Scheidungsurkunde zum Nachweis des Personenstandes nicht zu beschaffen ist, welches Dokument könnte man stattdessen vorweisen? Schulzeugnisse der Eltern, Taufbescheinigungen, oder Fotos von der Scheidung der Mutter im Herkunftsland? Zeugenaussagen, vielleicht dazu noch eine eidesstattliche Versicherung? Rechtlich ist vieles möglich. Im Sinne des Kindeswohls sollte das Recht flexibler angewandt werden, mit dem klaren Ziel, über eine Gesamtwürdigung eine Geburtsurkunde auszustellen.

Katarina Niewiedzial, 45 Jahre alt, ist seit 2019 die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration.

**Load-Date:** May 22, 2023



## Kritik an Kürzungsplänen; Initiativen kritisieren Pläne, die Mittel für Bildungsangebote gegen Gewalt an Minderheiten zu kürzen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 30. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 417 words

**Byline:** Laura Verseck

**Highlight:** Initiativen kritisieren Pläne, die Mittel für Bildungsangebote gegen Gewalt an Minderheiten zu kürzen

### Body

---

Von Laura Verseck

Immer mehr Frauen und Kinder sind von häuslicher Gewalt betroffen, der Hass auf queere Menschen nimmt zu, es gibt mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Trotz dieser bedrückenden Realität kürzt oder streicht der Senat die Mittel für Bildungsangebote gegen Gewalt und für Demokratieerziehung.

Acht betroffene Initiativen, darunter der Migrationsrat und die Fachstelle für queere Bildung Queerformat, wenden sich mit einem offenen Brief an den Senat und die Regierungsparteien CDU und SPD. Demokratie ist Arbeit und Demokratiefähigkeit muss gelernt werden. Der Bedarf an unseren Angeboten steigt stetig. Wir stellen uns antidemokratischen Entwicklungen mit unserer Entschlossenheit, unserer Haltung und dem Engagement unserer Projekte für eine offene, solidarische Gesellschaft entgegen, heißt es in dem Brief.

Eine der Betroffenen ist die BIG Prävention. Die Initiative besucht seit 2006 Grundschulen und klärt über häusliche Gewalt auf. Nun könnten Kürzungen von etwa 30.000 Euro auf sie zukommen. Die Nachricht sei ein Schock gewesen und total unverständlich, sagt Oliver Hagemann, Koordinator bei BIG Prävention. Wir können jetzt schon der Nachfrage nicht nachkommen, bis 2025 sei die Initiative ausgebucht. Sollte das Geld wirklich wegfallen, müsse man Stunden beim Fachpersonal kürzen. Hagemann befürchtet, dass die Fachkräfte sich dann neue Stellen suchen würden. Dadurch können wir unsere Standards nicht mehr halten, so der Koordinator.

Wie wichtig BIG Prävention für die Kinder ist, weiß auch die Grundschullehrerin Silke Anders. 2019 machte sie zum ersten Mal einen Workshop mit ihrer Klasse, damals hatte sie einige Kinder aus schwierigen Verhältnissen. In diesem Jahr ist sie wieder mit einer Klasse gekommen. Die Kinder sind viel selbstbewusster geworden und ihnen wurde die Angst genommen, nach Hilfe zu fragen, erzählt Anders. Während des Workshops rufen die Kinder zusammen den Kindernotruf an, in einer privaten Sprechstunde können sie sich öffnen und von zu Hause erzählen. Ohne diesen Workshop bleiben viele Täter unsichtbar, ist Anders überzeugt.

## Kritik an Kürzungsplänen Initiativen kritisieren Pläne, die Mittel für Bildungsangebote gegen Gewalt an Minderheiten zu kürzen

Eine taz-Anfrage an den Senat zu den Kürzungsplänen blieb bis Redaktionsschluss am Dienstag unbeantwortet. Dem Tagesspiegel sagte Martin Klesmann, Sprecher der Bildungsverwaltung: Die Haushaltslage ist und bleibt angespannt. Bei steigenden Ausgaben ohne wesentlich steigende Einnahmen müssen Prioritäten gesetzt werden, um Projekte und Investitionen zu ermöglichen, die bisher nicht möglich gewesen sind.

**Load-Date:** August 29, 2023

---

End of Document

## Faktenfrei und zerstörerisch; Dinah Riese über die Debatte um Asylrecht

taz, die tageszeitung

Montag 25. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 326 words

**Byline:** Dinah Riese

### Body

---

Dinah Riese über die Debatte um Asylrecht

Die deutsche Politik ergeht sich in einer weitgehend faktenfreien, aber zerstörerischen Debatte. Es brauche einen Asylkompromiss wie in den 1990er Jahren – das fordert nicht nur CDU-Chef Friedrich Merz, sondern auch FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner. Wenn es mit den Grünen nicht gehe, solle er sie rauswerfen, dann mache man das zusammen, schlägt Merz Kanzler Olaf Scholz vor. Das könnte nicht mal nötig sein, denn der Grünen-Co-Vorsitzende Robert Habeck erklärte unlängst, man müsse wohl moralisch schwierige Entscheidungen treffen.

Genau das war der Asylkompromiss von 1993, auf den sich hochrangige Politiker gerade erschreckend positiv berufen: Damals wurde das im Grundgesetz verankerte Asylrecht massiv ausgehöhlt. Vor allem Stimmen aus der Union fordern seit einer Weile, dieses Recht ganz abzuschaffen. An den Zahlen Geflüchteter würde das zwar kaum etwas ändern: Die Regelung greift nur bei weniger als einem Prozent der Menschen, die Schutz bekommen. Viel relevanter sind das europäische Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention. Moralisch hingegen hat das deutsche Grundrecht einen hohen Wert.

Eingeführt wurde es Ende der 1940er Jahre als Lehre aus den nationalsozialistischen Verbrechen. Damals war die internationale Staatengemeinschaft nicht willens, den aus Deutschland flüchtenden Jü-d\*in-nen Schutz zu bieten. Das Grundrecht auf Asyl in Deutschland ist eine direkte Folge dieses Versagens. Als es 1993 stark beschnitten wurde, war das auch eine Reaktion auf den massiven Rechtsruck und Wahlerfolge etwa der Republikaner. Was geschah, war aber bloß noch mehr rechte Gewalt.

Abschottung und Entrechtung führen nicht zu signifikant sinkenden Zahlen Geflüchteter, für unsere Demokratie aber sind sie eine enorme Gefahr. Wenn diese Gesellschaft es heute hinnimmt, dass vor Krieg und Gewalt fliehenden Menschen ihre Grundrechte genommen werden – wozu ist sie dann morgen bereit?

tazzei

**Load-Date:** September 24, 2023

---

End of Document

**Ministerium bestreitet Pushbacks; Mehrere Geflüchtete berichteten, deutsche Polizisten hätten sie rechtswidrig nach Österreich zurückgebracht. Das Innenministerium widerspricht nun die Grünen bleiben skeptisch**

taz, die tageszeitung

Freitag 04. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 400 words

**Byline:** Frederik Eikmanns

**Highlight:** Mehrere **Geflüchtete** berichteten, deutsche Polizisten hätten sie rechtswidrig nach Österreich zurückgebracht. Das Innenministerium widerspricht nun die Grünen bleiben skeptisch

## Body

---

Von Frederik Eikmanns

Das Bundesinnenministerium bestreitet, dass an der deutschen Grenze zu Österreich illegale Rückführungen, sogenannte Pushbacks, stattfanden. Entsprechenden Berichten von **Geflüchteten** widerspricht das Ministerium in der Antwort auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Julian Pahlke, die der taz vorliegt. Anders als von den **Geflüchteten** behauptet, hätten diese nicht den Wunsch geäußert, in Deutschland **Asyl** zu beantragen.

Die Vorwürfe, deutsche Polizisten hätten Geflüchtete illegalerweise zurück nach Österreich gezwungen, stammen von Ende Mai. Der Bayerische Flüchtlingsrat und weitere Organisationen hatten damals Berichte von sechs Betroffenen veröffentlicht. Einer der Geflüchteten schilderte etwa, wie er von deutschen Po-li-zis-t\*in-nen in Österreich auf der Straße ausgesetzt worden sei. Andere berichten, sie seien der österreichischen Polizei übergeben worden.

Illegal ist das, weil alle Geflüchteten berichten, sie hätten klar und im Beisein von Über-set-ze-r\*in-nen den Wunsch geäußert, Asyl zu beantragen. In diesem Fall ist Deutschland verpflichtet, einen solchen Antrag aufzunehmen und zu bearbeiten. Das gilt auch dann, wenn der Antrag aller Voraussicht nach abgelehnt wird, weil sich Geflüchtete nach dem Dublin-System dort um Asyl bemühen müssen, wo sie zuerst EU-Boden betreten haben.

Das Bundesinnenministerium bestreitet aber nun, dass die vier Geflüchteten, die man habe identifizieren können, tatsächlich die Bitte um Asyl geäußert hätten. Das Ministerium schreibt: In keinem dieser Fälle liefern die gefertigten Dokumente zum Feststellungsbericht, zur strafrechtlichen Vernehmung oder die Anhörung zur Einreiseverweigerung/Aufenthaltsbeendigung Hinweise auf eine Asylabsicht in Deutschland. Dann hätte es sich um legale Rückführungen gehandelt.

Ministerium bestreitet Pushbacks Mehrere Geflüchtete berichteten, deutsche Polizisten hätten sie rechtswidrig nach Österreich zurückgebracht. Das Innenministeri....

Julian Pahlke ist skeptisch. Er fordert gegenüber der taz: Es braucht weiter Aufklärung und ein systematisches Monitoring. Die Be-am-t:in-nen der Bundespolizei müssten hinreichend geschult sein; zudem müssten ausgebildete Sprach-mitt-le-r:in-nen zum Einsatz kommen, damit aufgegriffene Personen ohne Einschränkungen ein Asylgesuch äußern können und die entsprechenden Verfahren eingeleitet werden, so der Bundestagsabgeordnete.

Pahlke kritisiert außerdem die generelle Praxis der Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze: Binnengrenzkontrollen haben in einem offenen Europa nichts zu suchen.

asylpolitik

**Load-Date:** August 3, 2023

---

End of Document

**Das Geschäft mit der Termin-Not; Dubiose Start-ups haben einen neuen Markt erschlossen das mutmaßlich bot-basierte Abgreifen und Verkaufen der raren Termine des Landeseinwanderungsamts. Leidtragende sind die Migrant:innen, die dringend einen Aufenthaltstitel brauchen**

taz, die tageszeitung

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 951 words

**Byline:** Rainer Rutz

**Highlight:** Dubiose Start-ups haben einen neuen Markt erschlossen das mutmaßlich bot-basierte Abgreifen und Verkaufen der raren Termine des Landeseinwanderungsamts. Leidtragende sind die Mi-gran-t:in-nen, die dringend einen Aufenthaltstitel brauchen

## Body

---

Von Rainer Rutz

Für das Online-Geschäftsmodell, das darauf basiert, ein öffentlich verfügbares und kostenloses Gut zu Geld machen, wurde schon vor Jahren ein treffender Begriff geprägt: Jerk-Tech, also übersetzt in etwa Arschloch-Tech. Das berühmteste Beispiel dafür ist der florierende Handel mit den schwer zu kriegenden Terminen in Berlins Bürgerämtern. Nun hat das Phänomen nach taz-Informationen auch das Landesamt für Einwanderung (LEA) erreicht.

Zu wenig Personal für zu viele Fälle, dazu ein Online-Terminbuchungsverfahren, das als Totalausfall gilt: Die Behörde steht am Limit und eine Terminbuchung gleicht einem Lottogewinn, sagt Jian Omar, Sprecher für **Migration** und Flucht der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, zur taz.

Das Amt selbst weiß nur zu gut um die anhaltende Terminknappheit. Auf taz-Nachfrage teilt das LEA mit, dass es aktuell Wartezeiten auf einen regulären freien Termin von bis zu sechs Monaten gebe. Und die Termine, die täglich online bereitgestellt würden, seien stets binnen kürzester Zeit ausgebucht. Man sei, wie alle für die Umsetzung des Aufenthaltsrechts zuständigen Verwaltungen, eben extrem belastet, heißt es aus der Ausländerbehörde.

Nun steht das Terminvergabe-System des sich selbst als Willkommensbehörde bezeichnenden Landesamts schon länger in der Kritik. So sei es ein Unding, so Grünen-Politiker Omar, dass mehrere Termine von einer Person gleichzeitig gebucht werden können. Er spricht mit Blick auf das Online-Verfahren von gravierenden technischen Defiziten.

Das Geschäft mit der Termin-Not Dubiose Start-ups haben einen neuen Markt erschlossen das mutmaßlich bot-basierte Abgreifen und Verkaufen der raren Termine de....

Genau diese Defizite sind es letztlich, die inzwischen mehrere Start-ups auf den Plan gerufen haben, die aus der zum Teil verzweifelten Terminsuche Profit schlagen. Die Website [appointmentsberlin.com](http://appointmentsberlin.com) etwa verspricht, Termine beim LEA innerhalb von einer bis maximal drei Wochen zu organisieren jetzt für nur 50 Euro .

Das Verfahren ist simpel: Man meldet sich über ein Onlineformular mit verhältnismäßig wenigen Angaben an und bekommt eine Bestätigungsmail, in der darauf hingewiesen wird, dass die Vorauszahlung nicht zwingend erforderlich ist. Aber Kunden, die uns im Voraus bezahlen, haben Vorrang vor anderen. Letzteres sei rasch über den untenstehenden Link erledigt. Visa-Karte, Paypal oder Überweisung auf das Konto eines Online-Geldtransfer-Services in Brüssel, kein Problem. Empfehlenswert für alle, die es eilig haben , heißt es.

Und bei der Ausländerbehörde haben es eigentlich alle eilig, die einen Aufenthaltstitel beantragen oder verlängern müssen. Ohne gültigen Aufenthalt können sie nicht verreisen, keine Ansprüche geltend machen und keine Arbeit aufnehmen , sagt Jian Omar. Die Menschen befinden sich in einer frustrierenden, ohnmächtigen Warteschleife, die ihre Rechte und Möglichkeiten in Deutschland massiv einschränkt .

Auch Martina Mauer vom Flüchtlingsrat Berlin nennt es absolut inakzeptabel , dass Leistungsbehörden ihre Zahlungen einstellen, Menschen ihre Arbeit oder ihre Wohnungen verlieren, nur weil das zuständige Amt mit der Verlängerung der Aufenthaltsdokumente nicht hinterherkommt. Dass sich angesichts der Not ein Markt für kommerziellen Terminhandel entwickelt habe, wundere sie nicht.

Wir kennen viele Menschen, die extra An-wäl-t:in-nen beauftragen, um einen Termin beim Landeseinwanderungsamt zu erhalten , berichtet Mauer der taz. Das ist am Ende vergleichbar, denn die An-wäl-t:in-nen müssen auch bezahlt werden. Ob An-wäl-t:in-nen oder Jerk-Tech: Es sei ein Skandal, dass die Praxis des LEA den betroffenen Menschen kaum mehr eine andere Wahl lässt, als Geld für die Terminvermittlung zu zahlen .

Wie viele Termine letztlich über Online-Anbieter verschnerbelt werden, lässt sich nicht sagen. Bei einem Besuch der taz beim LEA am Friedrich-Krause-Ufer in Moabit wollte zwar niemand zugeben, den heiß begehrten Termin gegen Geld erhalten zu haben, dass es das Angebot gibt, ist jedoch bekannt.

Wer genau hinter den diversen Webseiten steckt, ist unklar. Ein Impressum gibt es nicht. Die Anbieter operieren vom Ausland aus, heißt es vom Landesamt. Mehr wisse man nicht. Auch die Frage, wie genau die wenigen zeitnahen freien Termine sofort abgegriffen werden können, kann man nicht beantworten: Dem LEA ist nicht bekannt, ob der Betreiber sich dabei einer bot-basierten Software zur automatisierten Terminbuchung bedient oder Arbeitskräfte aus einem Niedriglohnland zur manuellen Terminbuchung einsetzt.

Rechtlich könne man dagegen auch nichts unternehmen, heißt es weiter: Nach juristischer Prüfung des LEA ist es grundsätzlich nicht strafbewehrt, wenn kommerzielle Drittanbieter gegen ein Entgelt die Suche nach freien Terminen und das Buchen von Terminen in der Online-Terminvereinbarung des LEA übernehmen.

Jian Omar will sich mit dem Achselzucken der Behörde nicht zufriedengeben. Das Geschäft mit der Not der Menschen ist für den Grünen-Politiker ein absoluter Skandal . Ich erwarte, dass die Innenverwaltung und das Landesamt für Einwanderung umgehend tätig werden und gegen diese dubiosen Machenschaften vorgehen , sagt Omar. Der Terminhandel müsse umgehend gestoppt werden.

Auch hier streckt das LEA allerdings die Waffen. Man versuche, dem Phänomen laufend mit technischen Maßnahmen zu begegnen. Es sei aber leider festzustellen, dass die technischen Maßnahmen nach einiger Zeit wieder überwunden werden .

Für eilbedürftige Fälle , die auch ohne Zahlung von 50 Euro an suspekten Start-ups im Ausland bevorzugt und auch zeitnah bedient werden wollen, hat das Amt dann auch noch einen Tipp: In den Kontaktformularen des LEA gibt es dafür eine Rubrik eiliger Termin/Notfall . Sofern denn die Terminbuchungsseite überlastungsbedingt nicht gerade mal wieder ausgefallen ist.



Das Geschäft mit der Termin-Not Dubiose Start-ups haben einen neuen Markt erschlossen das mutmaßlich bot-basierte Abgreifen und Verkaufen der raren Termine de....

Das System hat gravierende technische Defizite

**Load-Date:** October 22, 2023

---

End of Document

## Faesers Aktionismus; Frederik Eikmanns über die Abschiebepläne der Bundesregierung

taz, die tageszeitung

Freitag 04. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 351 words

**Byline:** Frederik Eikmanns

### **Body**

---

Frederik Eikmanns über die Abschiebepläne der Bundesregierung

Wieder mal soll die deutsche Abschiebep Praxis verschärft werden. SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser will längeren Ausreisegewahrsam ermöglichen und der Polizei erlauben, weitere Räume in Flüchtlingsheimen zu betreten. Damit löst die Bundesregierung ein, was sie Ländern und Kommunen beim sogenannten Flüchtlingsgipfel versprochen hatte, nachdem diese zuvor monatelang geklagt hatten, sie seien überfordert von der Flüchtlingsaufnahme.

Doch das Versprechen war schon damals Quatsch: Schärfere Abschiebe-regeln werden die Belastung der Kommunen nicht mildern. Denn das eine hat mit dem anderen fast nichts zu tun. Der allergrößte Teil derjenigen, die nach Deutschland fliehen, ist schutzberechtigt und wird aus gutem Grund nicht abgeschoben. In den vergangenen Jahren flohen Millionen Menschen nach Deutschland – doch bundesweit gibt es derzeit nur rund 280.000 Menschen, die ausreisepflichtig sind. Und von ihnen sind knapp 220.000 derzeit geduldet. Das heißt, sie müssen Deutschland zwar eigentlich verlassen, können aber gar nicht abgeschoben werden, etwa weil sie schwer krank und nicht transportfähig sind oder ein Kind haben, das eine Aufenthaltserlaubnis hat. So bleiben etwa 50.000 tatsächlich Ausreisepflichtige; nach manchen Berechnungen sind es noch deutlich weniger. Dass deren schnellere Abschiebung an der Überforderung der Kommunen etwas ändern wird, ist unwahrscheinlich.

Wenn Faesers Vorschläge absehbar fast keinen Effekt auf die Lage in den Kommunen haben werden, was verbirgt sich dann hinter den Plänen? Die Innenministerin glaubt wohl, mit Aktionismus all denen ihr Momentum zu nehmen, die beständig nach der Verschärfung der Asylpolitik rufen. Auch Faesers Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl in Hessen dürfte eine Rolle spielen. Doch die Rechten zu bekämpfen, indem man selbst weiter nach rechts rückt, hat noch nie funktioniert. Ganz im Gegenteil: Statt diejenigen ruhigzustellen, die eigentlich das Asylrecht gleich ganz abschaffen wollen, dürften Faesers Pläne deren Eifer und Reichweite nur noch weiter befeuern.

inland

**Load-Date:** August 3, 2023

---

End of Document

**Das alltägliche Massaker im Mittelmeer; 68 Tote forderte die jüngste Flüchtlingskatastrophe vor Kalabrien. Die Herkunftsländer lassen das der EU nicht mehr durchgehen, zeigt sich bei der Solidarität im Ukraine-Krieg**

taz, die tageszeitung

Samstag 04. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 16

**Length:** 1021 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** 68 Tote forderte die jüngste **Flüchtlingskatastrophe** vor Kalabrien. Die Herkunftsländer lassen das der EU nicht mehr durchgehen, zeigt sich bei der Solidarität im Ukraine-Krieg

## Body

---

Von Christian Jakob

Die Toten von einst mussten sich mit einer einzigen Rose pro Sarg begnügen. In drei langen Reihen hatten Helfer sie aufgebahrt: 290 Säрге aus dunklem Holz, darin die 290 Opfer des Schiffsunglücks vom 3. Oktober 2013, zur Schau gestellt in einer Wellblechhalle am Rande des Hafens von Lampedusa. Ich werde diesen Anblick für den Rest meines Lebens mit mir herumtragen, sagte die damalige EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström, die zur Trauerfeier gereist war, später. Das war das Bild einer Union, die wir nicht wollen.

Die 68 Menschen, die am vergangenen Sonntag in Sichtweite des süditalienischen Küstenstädtchens Crotone ertranken, bekamen ein üppiges Bouquet aus weißen Rosen, Schleierkraut, Margeriten, halb so groß wie die Säрге, die in der örtlichen Turnhalle aufgebahrt waren. Auf einen weißen Kindersarg hatten hilflose Helfer noch ein blaues Spielzeugauto gelegt, als könne das tote Kind es noch gebrauchen.

Fast zehn Jahre und über 26.000 im Mittelmeer Ertrunkene liegen zwischen den beiden Bildern. Der Blumenschmuck für das Grab der Toten ist größer geworden, die öffentliche Anteilnahme kleiner. Von der EU kam niemand nach Crotone. Und die Bereitschaft, politische Konsequenzen aus dem andauernden Sterben zu ziehen, ist in dieser Zeit ins nicht mehr Erkennbare geschrumpft.

Es ist hier nicht die Rede von Unfällen. Das im Auftrag der EU-Grenzschutzagentur Frontex über dem Seegebiet patrouillierende Aufklärungsflugzeug Eagle 1 hatte das Schiff am 25. Februar um 22 Uhr auf offener See gesichtet. Es informierte allerdings nicht die italienische Küstenwache, sondern nur die Finanz- und Zollpolizei Guardia di Finanza. Der Schiffbruch ereignete sich nach Angaben der EU-Kommission vier Stunden später, am Sonntag um 2 Uhr morgens. Die italienische Küstenwache erhielt die ersten Notfallinformationen jedoch erst um 4.30 Uhr. Die

Das alltägliche Massaker im Mittelmeer 68 Tote forderte die jüngste Flüchtlingskatastrophe vor Kalabrien. Die Herkunftsländer lassen das der EU nicht mehr durch....

Küstenwache und die Guardia di Finanza wurden vom Parlament in Rom aufgefordert, ihre Akten zu dem Vorfall offenzulegen.

Das Ganze wäre schon erschütternd, wenn es ein Einzelfall wäre. Doch das, was vor Crotone geschah, ist heute an den europäischen Außengrenzen Alltag. Allein in diesem Jahr sind dort im Schnitt an jedem Tag fast sechs Menschen ertrunken. Wer in Not ist, kann sich nicht darauf verlassen, dass Hilfe kommt in einem der am besten überwachten Seegebiete der Welt. Der Tod durch Unterlassen zum Zweck der Abschreckung ist ein Element des europäischen Grenzschutzes geworden. Und das seit langer Zeit.

Am Donnerstag trat der Niederländer Hans Leijten sein Amt als neuer Frontex-Direktor an. Zuvor hatte er zugesichert, die Beteiligung von Frontex an rechtswidrigen Pushbacks zu beenden und versprochen, für mehr Transparenz bei der Untersuchung von Rechtsverletzungen zu sorgen. Doch wie seine Vorgänger steht Leijten vor einem Dilemma: Seine primäre Aufgabe besteht darin, irreguläre Grenzübertritte einzudämmen. Und dieses Ziel hat heute politische Priorität koste es, was es wolle.

Erst kürzlich kündigte die EU offen neue Unterstützung für die libysche Küstenwache an. Über 100.000 Menschen hat diese auf dem Mittelmeer eingefangen und in libysche Lagergefangenschaft zurückgebracht, seit Italien die Einheiten 2016 aufzubauen begann. Allein seit Beginn dieses Jahres waren es über 3.000 Menschen, wie die UN zählten. Und gerade erst wurden den Libyern dafür neue Schiffe übergeben.

Südlich des Mittelmeeres wird all das aufmerksam verfolgt. Die Partnerschaft, die Europa mit Afrika erklärtermaßen ausbauen will bei der grünen Transformation, bei der Digitalisierung, dem Kampf gegen den Dschihad, beim Handel und natürlich bei der Migrationskontrolle wird immer belasteter.

Antikoloniale Positionen mischen sich mit wachsender Wut über das Massensterben an den EU-Grenzen. Und den Afrikanern bieten sich Alternativen: Kooperationen mit neuen Gebermächten wie China, Indien, der Türkei und Russland. Mali, wo die deutsche Bundeswehr seit 10 Jahren den Kampf gegen den Islamismus unterstützt, hat sich just in der vergangenen Woche bei der UN-Abstimmung über eine Verurteilung des Ukraine-Kriegs offen auf die Seite Russlands gestellt. Solche Abwendung vom Westen nimmt zu. Und Europas Migrationspolitik ist ein Grund dafür.

Die zehn Jahre seit dem Unglück von Lampedusa waren eine Zeit, in der der Druck der rechten Konkurrenz die Parteien der Mitte dazu brachte, immer menschenverachtendere Formen des Grenzschutzes mitzutragen während die rechte Konkurrenz gleichzeitig immer stärker wurde.

Wie in Italien.

Viele sorgten sich, als dort im Oktober die Postfaschistin Giorgia Meloni ihr Amt antrat. Der ernüchternde Befund: Ihre bisherige Politik unterscheidet sich nur geringfügig von jener der Vorgängerregierungen. Das liegt nur zu einem Teil daran, dass eine Reihe von Gerichtsurteilen jüngst klar gemacht haben, dass auch Italiens Regierung das Flüchtlingsrecht nicht beliebig übergehen kann. Es liegt auch daran, dass die Vorgängerregierung vor allem bei der Behinderung der Seenotrettungs-NGOs im Mittelmeer sehr weit gegangen sind. Das Dekret, dass die Meloni-Regierung nun im November erlassen hat, um den Rettern das Leben noch schwerer zu machen, ist deshalb nur die graduelle Fortsetzung einer Entwicklung, die die Parteien der Mitte konsensual und unter der steten Versicherung, die Menschenrechte zu achten schon vor Jahren eingeleitet haben.

Die jüngste Episode war Mitte der vergangenen Woche in Berlin zu beobachten: Das FDP-geführte Verkehrsministerium kündigte an, die Sicherheitsanforderungen für kleine Schiffe zu verschärfen. Alle Wasserfahrzeuge in einer Länge von 24 bis 35 Metern sollen künftig wie große Frachtschiffe behandelt werden und deshalb unter anderem ein sogenanntes Schiffssicherheitszeugnis vorlegen müssen.

Was harmlos klingt, hätte es in sich: Sieben deutsche Seenotrettungs-NGOs erklärten, dass die Reform derartige Mehrkosten für sie bedeuten würde, dass die Mehrheit der zivilen Seenotrettungsschiffe unter deutscher Flagge ( ) ihre lebensrettende Arbeit einschränken oder einstellen müssen.

Das alltägliche Massaker im Mittelmeer 68 Tote forderte die jüngste Flüchtlingskatastrophe vor Kalabrien. Die Herkunftsländer lassen das der EU nicht mehr durch....

Es geht hier nicht um Unfälle: Das Frontex-Aufklärungs-flugzeug hatte das Schiff bereits gesichtet

**Load-Date:** March 3, 2023

---

End of Document

**Abtauchen, um zu überleben; Sami Alloush wollte Architektur in der Türkei studieren. Mit Beginn des Syrienkriegs arbeitet er als Fixer für ausländische Medien und gerät ins Visier des türkischen Geheimdienstes M T. Er weigert sich, Kolleg\*innen auszuspionieren, und muss fliehen. Jetzt lebt er auf den Philippinen und kann nicht zurück**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. VI

**Length:** 1710 words

**Byline:** Ali Çelikkan

**Highlight:** Sami Alloush wollte Architektur in der Türkei studieren. Mit Beginn des Syrienkriegs arbeitet er als Fixer für ausländische Medien und gerät ins Visier des türkischen Geheimdienstes M T. Er weigert sich, Kol-le-g\*in-nen auszuspionieren, und muss fliehen. Jetzt lebt er auf den Philippinen und kann nicht zurück

## Body

---

Von Ali Çelikkan

Sami springt ins Wasser. Kopfüber taucht er an einem Seil entlang in die Tiefe. Er ist Freitaucher. 10 Meter, 20 Meter. Sein Herzschlag verlangsamt sich. Die bösen Gedanken verschwinden. Geschichten von der türkisch-syrischen Grenze aus seiner Zeit als Journalist. 30 Meter. Der Tag, an dem er vom türkischen Geheimdienst kontaktiert wurde. Angst. 40 Meter. Der Moment, als ihn die Agen-t\*in-nen zwingen, andere Jour-na-lis-t\*in-nen auszuspionieren. Verweigerung. 50 Meter. Er ist Syrer, hat keine Rechte in der Türkei. Sie drohen ihm mit Abschiebung. Hilflosigkeit. 60 Meter. Er beschließt, die Türkei, seine Familie und Freunde zu verlassen. Depression. 70 Meter. Er ist auf den Philippinen. Die Türkei verhängt ein Einreiseverbot. Gestrandet. 80 Meter. Es gibt kein Syrien, keine Türkei mehr. Dunkelheit.

Sami Alloush\* zieht 2009 in die Türkei, um Architektur zu studieren. Als 2011 der syrische Bürgerkrieg ausbricht, ist er in Gaziantep. Er will helfen, spricht Türkisch, Arabisch, Englisch, meldet sich als Freiwilliger in einem Krankenhaus. Später arbeitet er als Fixer für ausländische Medien wie The Times, Reuters, ZDF. Sami berichtet über Grenzübertritte, Abschiebungen, Geflüchtete und Militäroffensiven der türkischen Armee. Heute lebt er auf den Philippinen. Auf seinen Social-Media-Posts sieht er glücklich aus. Am Telefon klingt er müde und erzählt von der Nacht, die sein Leben veränderte.

Es ist April 2021, sein Telefon klingelt. Der Anrufer stellt sich als Cem vor. Er arbeitet für den türkischen Geheimdienst M T und möchte sich mit ihm treffen. Sami erstarrt, weiß nicht, was er tun soll. Sein Status ist prekär.

Abtauchen, um zu überleben Sami Alloush wollte Architektur in der Türkei studieren. Mit Beginn des Syrienkriegs arbeitet er als Fixer für ausländische Medien un....

Trotz Aufenthaltsgenehmigung kann er abgeschoben werden. Eine Rückkehr nach Syrien kommt nicht infrage. Seit Jahren berichtet er kritisch über die Regierung, die Opposition, manchmal über die Türkei. Später wird ihm sein Anwalt sagen, dass er nie zu dem ersten Treffen hätte gehen dürfen. Sami sagt, er habe das Gefühl gehabt, keine Wahl zu haben: Syrer sind traumatisiert vom Geheimdienst. Wenn sie komm sagen, dann gehst du.

9. April 2021. Hilton Hotel, i li, stanbul. Sami betritt die Hotellobby. 50 Minuten später tauchen drei Personen auf. Zwei Männer, eine Frau. Sie sagen ihm, dass es keinen Grund gebe, sich Sorgen zu machen: Sie lächelten die ganze Zeit. Sie haben mich langsam gekocht, wie wir auf Arabisch sagen. Das Treffen dauert etwa zwei Stunden. Sie erzählen ihm Details aus seinem Privatleben, geben ihm zu verstehen: Solange er als Journalist arbeitet, muss er die türkische Regierung über seine Arbeit informieren.

Ein zweites Treffen findet Ende April statt. Ein drittes im Juni, ein weiteres im Juli. Sie treffen sich in schicken Restaurants. Sami gibt oberflächliche Informationen über seine Arbeit preis, um die Agen-t\*in-nen bei Laune zu halten: Innerlich habe ich geschrien, aber ich konnte niemandem davon erzählen. Die Fragen werden manipulativer. Sie wollen wissen, ob einzelne Jour-na-lis-t\*in-nen versuchen, die Türkei schlecht darzustellen .

Sie kontaktieren Sami unter dem Namen Öykü über Whatsapp, die Nachrichten liegen der taz vor. Der Ton ist herablassend. Hinter höflichem Smalltalk erkennt man Einschüchterungsversuche. Ende Juli rufen sie Sami von einer neuen Nummer aus an. Sie geben ihm Infos, die nur er kennen kann: Guten Morgen, Sami. Wir werden in Zukunft über diese Telefonleitung sprechen. Bei unserem ersten Treffen haben wir dich 50 Minuten warten lassen, bei unserem letzten Treffen haben wir den gleichen Salat gegessen;) . Sami antwortet: ;)

Ein Fotojournalist in Istanbul sucht einen Übersetzer. Wenn du jemanden kennst, der ein paar Monate Gehalt braucht, hier ist die E-Mail-Adresse. Sami fragt: Woher kommt diese Nachricht? Wir geben unsere Kontakte nicht weiter, Sami, entschuldige bitte. Sami hakt nach: Warum habt ihr mir das geschickt? Gute Frage:) Durch dich könnten wir mehr über unsere neuen Gäste hier erfahren. Sami sagt, dass er sich für die Stelle bewerben wird, tut es aber nicht. Sie fordern ihn auf, Screenshots von Gesprächen zu schicken, von denen Sami weiß, dass sie irrelevant sind. Er denkt, solange er nicht Nein sagt, sei er sicher. Ein einziges Mal habe ich Nein gesagt. Schau, wo ich jetzt bin.

In der Türkei leben derzeit 5,5 Millionen Migrant\*innen, etwa 3,5 Millionen stammen aus Syrien, davon sind 200.000 eingebürgert, weitere 100.000 besitzen eine offizielle Aufenthaltsgenehmigung. Alle anderen haben einen Status als temporärer Gast . Mi-gran-t\*in-nen können bei rechtswidrigem Verhalten abgeschoben werden. Die Stimmung gegen sie ist rassistisch aufgeladen. Populisten machen sie für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Fast alle Oppositionsparteien fordern ihre Ausweisung. Als Reaktion hat die Regierung die Zahl der Abschiebungen erhöht.

Laut dem Innenministerium wurden im Jahr 2022 etwa 110.000 Menschen abgeschoben, die meisten von ihnen nach Afghanistan. Sy-re-r\*in-nen werden offiziell nicht abgeschoben. Bei rechtswidrigem Verhalten gibt es die sogenannte freiwillige Rückkehr. Für Jour-na-lis-t\*in-nen kann jegliches Verhalten in der Türkei eine Rechtswidrigkeit darstellen. Der syrische Journalist Majed Shamaa parodierte in einem Video die Aussage eines Bürgers, er könne sich aufgrund der Wirtschaftskrise keine Bananen leisten, während Syrer kiloweise Bananen äßen. Daraufhin erstattete ein Mitglied der rechten Y Parti Anzeige, woraufhin er verhaftet wurde. Shamaas Abschiebung konnte nur durch großen öffentlichen Druck verhindert werden. Laut seinem Anwalt sei er gezwungen worden, eine freiwillige Rückkehr zu unterschreiben.

Die Beziehung zu den Agen-t\*in-nen ist einseitig. Einmal versucht Sami, etwas im Gegenzug zu bekommen. Im Oktober 2021 beantragt er eine Akkreditierung für die Überfahrt nach Syrien. Sami schreibt auf Whatsapp, er würde sich freuen, wenn der Antrag angenommen würde. Sami erklärt das als Abwehrmechanismus: Ich war hilflos. Ich wollte etwas im Gegenzug verlangen, um das Gefühl zu haben, dass ich ihnen gegenüber Macht habe. Der Antrag wird abgelehnt.

Sami glaubt, die Agen-t\*in-nen erhalten ihre Informationen vom türkischen Direktorat für Kommunikation, das 2018 unter Präsident Erdo an gegründet wurde, um regierungsfreundliche Propaganda zu verbreiten. Es akkreditiert



Abtauchen, um zu überleben Sami Alloush wollte Architektur in der Türkei studieren. Mit Beginn des Syrienkriegs arbeitet er als Fixer für ausländische Medien un....

außerdem Jour-na-list\*in-nen. Ohne einen Presseausweis des Direktorats können Medienschaffende jederzeit wegen Terrorpropaganda angeklagt werden. Sami ist akkreditiert, hat aber dennoch Angst.

Mit der Zeit werden die Anfragen immer dreister. Sie wollen Informationen über zwei französische Jour-na-list\*in-nen, die zur syrischen Grenzen reisen. Ob Sami die beiden kenne? Sie wollen, dass er mit ihnen zusammenarbeitet. Das geht Sami zu weit. Er bittet um ein Treffen. Am 4. Oktober 2021 treffen sie sich in einer Fleischerei im Stadtteil Fatih. Sie drohen ihm, seiner Mutter und seinen Geschwistern mit Gefängnis und Abschiebung.

Sami hat viel darüber nachgedacht, einfach zu tun, worum sie ihn gebeten haben. Er entscheidet sich dagegen: Sie sahen in mir einen schwachen Flüchtling, der alles tun würde. Nach diesem Treffen verändert sich alles.

Am 28. Januar 2022 schreiben sie: Hallo Sami, ich sehe auf deinen Fotos, dass du Skifahren warst, wie schön. Am 4. Februar findet eine Veranstaltung statt, an der auch N. Meyer-Landrut, der Botschafter der EU-Delegation, teilnimmt. Es wäre toll, wenn du ebenfalls hinfahren könntest. Sami fragt: Ist das ein Angebot, mit Ihnen zusammenzuarbeiten? Hast du keine Lust dazu? Sami antwortet nicht.

Fortan weicht Sami ihren Anfragen aus. Er sei nicht in Istanbul, krank, psychisch ausgelaugt. Sami lügt nicht. Er verschweigt nur die Ursache. Der Kontakt mit den Agen-t\*in-nen hat ihn depressiv gemacht. Er geht in den Südosten, wo seine Familie lebt, bittet NGOs aus dem Ausland um Hilfe, ohne Erfolg. Schließlich zieht er in die Küstenstadt Ka und beginnt mit dem Freitauchen: Es ist nicht nur gut für meine mentale Gesundheit. Ich dachte, wenn ich gut darin werde, kann ich zeigen, dass ich kein Journalist mehr bin, damit sie mich in Ruhe lassen.

Sie lassen ihn nicht in Ruhe. Am 9. November 2022 erhält Sami einen Anruf, diesmal vom Amt für Migration in Antalya. Sie sagen, sie aktualisierten die Fingerabdrücke der dort lebenden Geflüchteten. Er geht nicht zum Termin. Am 16. November ruft er das Migrationsamt an und erfährt, dass seine Fingerabdrücke bereits im System gespeichert sind. Einen Tag später erhält er einen Anruf von der Polizei in Antalya, er müsse vorbeikommen und einige Papiere unterschreiben. Am nächsten Tag geht er mit seinem Anwalt hin. Zwei Beamte nehmen ihn mit und lassen den Anwalt draußen. Bei diesem Treffen sagen ihm die Beamten, er solle sich mit den Agen-t\*in-nen in Istanbul in Verbindung setzen, sonst werde er abgeschoben.

Es gibt in der Türkei kein Leben mehr für ihn. Sami beschließt, das Land zu verlassen. Am 1. Dezember 2022 erhält er ein Visum für Thailand und die Philippinen. Am nächsten Tag sitzt er im Flieger. Am 5. Dezember 2022 verhängen die türkischen Behörden ein einjähriges Wiedereinreiseverbot. Der von seinem Anwalt geteilte Screenshot, der der taz vorliegt, zeigt, dass Wochen später seine Aufenthaltsgenehmigung widerrufen wird. Am 26. Dezember erhält er ein fünfjähriges Einreiseverbot. Die Begründung: Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit.

Sami trainiert jeden Tag. Er nimmt an Wettkämpfen teil. Was als Therapie und Täuschung begann, ist jetzt sein Leben. Eine Rückkehr in die Türkei ist derzeit ausgeschlossen. Auch bei einer Wahlniederlage von Erdo an am 14. Mai, würde das Verbot nicht aufgehoben, glaubt er. Für die Sy-re-r\*in-nen könnte es sogar noch schlimmer werden. Die Geflüchteten nach Hause zu schicken ist Teil des Wahlkampfversprechens der Opposition.

Sami fürchtet um seine Familie: Vielleicht werden sie wegen eines Strafzettels abgeschoben. Zu allem Überfluss läuft Ende des Jahres auch noch sein Reisepass ab. Da ihm die Syrer wohl keine neuen ausstellen werden, sucht er händeringend nach einem Land, das ihm ein Visum gibt, bevor er irgendwo Asyl beantragen muss. Diese Ungewissheit belastet ihn. Nur das Wasser lässt ihn zur Ruhe kommen. Lässt ihn abtauchen.

\* Name geändert.

Hinter höflichem Smalltalk erkennt man Ein-schüch-terungs-ver-suche

**Load-Date:** May 2, 2023

Abtauchen, um zu überleben Sami Alloush wollte Architektur in der Türkei studieren. Mit Beginn des  
Syrienkriegs arbeitet er als Fixer für ausländische Medien un....

---

End of Document

## Die EU bleibt erpressbar; Christian Jakob über die EU-Krisenverordnung

taz, die tageszeitung

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 16

**Length:** 341 words

**Byline:** Christian Jakob

### Body

---

Christian Jakob über die EU-Krisenverordnung

Flüchtlinge werden durchaus als politisches Druckmittel gegen EU-Staaten eingesetzt. Drei solcher Fälle hat es in der jüngeren Vergangenheit gegeben: 2020 stellte die Türkei die Bewachung der Grenze zu Griechenland ein und ermunterte einige zehntausend Menschen, sie zu überqueren. Erdo an wollte mehr Geld für die Verlängerung des EU-Flüchtlings-deals. 2021 tat Marokko dasselbe mit der Grenze zu Melilla und zwang so Spanien, Marokkos Anspruch auf die besetzte Westsahara anzuerkennen. Belarus, und wohl auch Russland, schickten im Herbst 2021 Zehntausende über die zuvor gemeinsam bewachte Grenze nach Polen wohl, um ein Ende der EU-Sanktionen gegen Minsk wegen des Wahlbetrugs zu erzwingen.

Gegen solche Fälle will die EU mit ihrer neuen Krisenverordnung reagieren, der Deutschland am Donnerstag zustimmte. Das Konzept ist: Werden Flüchtlinge als Waffe gegen Europa eingesetzt, darf man ihre Rechte einschränken.

Dass die EU sich nicht mit Flüchtlingen erpressen lassen will, ist naheliegend. Dass genau das aber überhaupt möglich ist daran trägt sie selbst die Schuld. Seit Jahren ist für die ganze Welt zu sehen, wie panisch in Europa auf Ankommende reagiert wird und welche destabilisierenden Effekte das hat: Populisten, die unter anderem Russland zugeneigt sind, geraten an die Macht, Gesellschaften driften auseinander.

Es war die EU selbst, die Flüchtlinge unter dem Eindruck der Ankünfte aus Belarus zu einer hybriden Bedrohung erklärte, einer Art softer Kriegswaffe. Wer das tut, lädt seine Gegner geradezu ein, sie entsprechend zu nutzen.

Darauf zu reagieren, indem man den Menschen Rechte entzieht nichts anderes sieht die neue Verordnung vor, ändert nichts daran. Die EU bleibt erpressbar, solange sie selbst die Flüchtlinge ständig zur größten Gefahr erklärt. Den Ankommenden mit Knast und anderen Schikanen das Leben schwer zu machen, hat allenfalls den Effekt, der Öffentlichkeit zu signalisieren, irgendetwas gegen die ganzen Flüchtlinge zu unternehmen.

eu-asylpolitik

Die EU bleibt erpressbar Christian Jakob über die EU-Krisenverordnung

**Load-Date:** September 28, 2023

---

End of Document

## Höchste Einwanderungszahl sorgt für Kritik; Großbritannien veröffentlicht die Migrationszahlen für 2022. Zugezogen sind viele Ukrainer:innen, Menschen aus Hongkong, ausländische Studierende und kaum noch EU-Bürger

taz, die tageszeitung

Freitag 26. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 461 words

**Byline:** Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

**Highlight:** Großbritannien veröffentlicht die Migrationszahlen für 2022. Zugezogen sind viele Ukrainer:innen, Menschen aus Hongkong, ausländische Studierende und kaum noch EU-Bürger

### Body

---

Aus London Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Gut 600.000 Personen mehr als das Land verließen sind im vergangenen Jahr in das Vereinigte Königreich zugezogen – die höchste jährliche Zuwanderungszahl aller Zeiten, und ein Anstieg um über 100.000 Menschen mehr im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt kamen laut des britischen Amtes für Nationale Statistik (ONS) mehr als 1,2 Millionen Menschen ins Land. Der konservative Premierminister Rishi Sunak erklärte nach Veröffentlichung, die Zahlen seien zu hoch.

Die stellvertretende Chefin des ONS, Jay Lindop, gab an, dass das Wachstum vor allem der Aufnahme von Geflüchteten aus drei Staaten geschuldet sei: aus der Ukraine mit etwa 114.000 Personen, aus Hongkong und aus dem von den radikalislamischen Taliban beherrschten Afghanistan.

Aus der EU kamen 2022 nur noch 151.000 Personen nach Großbritannien, 45.000 weniger als noch 2021. Im Jahr 2019 lag der Anteil von EU-Bürger:innen in der Zuwanderungsstatistik noch bei über der Hälfte der Gesamtzahl, inzwischen sind es nur noch 13 Prozent. Etwa 200.000 EU-Bürger:innen verließen unterdessen das Land, 36 Prozent der Gesamtzahl aller Abgewanderten.

Über 925.000 Personen – knapp unter 80 Prozent der insgesamt 1,2 Millionen neu Zugewanderten – stammten aus Nicht-EU-Staaten, ein gravierender Anstieg zum Vorjahr, in dem nur etwa 290.000 Personen aus Nicht-EU-Staaten kamen. Ein Viertel der Nicht-EU-Staatsangehörigen habe die Insel mit einem Arbeitsvisum erreicht.

Für die Tories in ihrem 13. Regierungsjahr bedeutet dies eine politisch prekäre und selbstgeschaffene Krise: Bereits 2010 wollte der damalige Premier David Cameron den jährlichen Zuwachs auf nur Zehntausende beschränken.

Höchste Einwanderungszahl sorgt für Kritik Großbritannien veröffentlicht die Migrationszahlen für 2022.  
Zugezogen sind viele Ukrainer:innen, Menschen aus Hongko....

Doch weder unter ihm noch unter seinen Nach-fol-ge-r:in-nen konnte dieses Versprechen gehalten werden. Auch Ex-Premier Boris Johnson versprach die Einwanderung deutlich zu reduzieren.

Aus diesem Kampf gegen Einwanderung entwickelte sich eines der meistzitierten Argumente für den Brexit, den Austritt des Königreichs aus der EU.

Auch Sunak sagt: Die illegale Überquerungen des Ärmelkanals zu stoppen, habe hohe Priorität. Die Regierung setzt ihren strengen Kurs fort, wie bereits in ihrem Plan, nach Ruanda abzuschieben, bewiesen.

Am Mittwoch beschloss London, dass nur noch Stu-den-t:in-nen, die zwecks Forschungsstudien ins Land reisen, in Begleitung von Familienangehörigen kommen dürfen. Ein Anstieg von ausländischen Studierenden, die nach dem Ende der Coronapandemie wieder in größerer Zahl nach Großbritannien reisten, spielt ebenfalls eine Rolle beim Anstieg der Migrationszahlen.

Die Abgeordnete der schottischen Nationalpartei, Carol Monaghan, kritisiert diese neue Regel der Regierung: Studierende würden der britische Wirtschaft umgerechnet 50 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.

**Load-Date:** May 25, 2023

**Endlich im großen Stil gegen Rassismus vorgehen!; Zwei Drittel aller Schwarzen Menschen in Deutschland sind in den letzten Jahren diskriminiert worden deutlich mehr als im Rest der EU. Die Signale, ob sich an diesem Negativrekord etwas ändern lässt, sind widersprüchlich**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 26. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 13

**Length:** 775 words

**Byline:** Frederik Eikmanns

**Highlight:** Zwei Drittel aller Schwarzen Menschen in Deutschland sind in den letzten Jahren diskriminiert worden deutlich mehr als im Rest der EU. Die Signale, ob sich an diesem Negativrekord etwas ändern lässt, sind widersprüchlich

## Body

---

talkshow

Von Frederik Eikmanns

Soll man wirklich noch überrascht sein? Drei Viertel der Schwarzen Menschen in Deutschland haben in den letzten Jahren rassistische Diskriminierung erlebt, wie aus einer neuen Studie hervorgeht.

Es ist nicht schwer, Parallelen zu erkennen: Zu Landtagswahlen etwa, bei denen die AfD Rekordergebnisse feiert. Zu einem CDU-Chef, der sich in Talkshows wie ein Rechtsradikaler über **Geflüchtete** äußert. Und einem Land, das seit Monaten wieder in einer ressentimentgeladenen Debatte über **Migration** steckt. Nein, überraschend ist es nicht, was bei der Befragung Schwarzer Menschen durch die European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) letztes Jahr herauskam. Aber es erschreckt auch deshalb, weil Deutschland im Vergleich mit anderen EU-Staaten besonders schlecht abschneidet.

Dabei sind die Ergebnisse in den anderen 13 untersuchten Ländern, in denen eine nennenswerte Zahl von Schwarzen Menschen lebt, auch nicht schön. Aber nirgendwo außerhalb Deutschlands berichtet ein größerer Anteil Schwarzer Menschen davon, in den letzten Jahren diskriminiert worden zu sein (Deutschland: 76, Schnitt aller Länder: 45 Prozent). Und nur in Finnland haben die Befragten noch öfter tätliche Gewalt erlebt als in Deutschland. Im Schnitt aller Länder berichten 30 Prozent von rassistischer Belästigung, in Deutschland sind es 54 Prozent. Und rund 60 Prozent aller Befragten berichten von Racial Profiling durch die Polizei, in Deutschland liegt der entsprechende Wert bei 69 Prozent.

Endlich im großen Stil gegen Rassismus vorgehen! Zwei Drittel aller Schwarzen Menschen in Deutschland sind in den letzten Jahren diskriminiert worden deutlich....

Ein besonders großer Teil der rassistischen Vorfälle spielt sich sowohl in Deutschland wie auch in den anderen Staaten auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt ab. Hier schlägt Rassismus direkt in materielle Benachteiligung durch. Zusammen mit der Benachteiligung im Bildungssystem und steigenden Preisen führt das dazu, dass etwa ein Drittel der Befragten sagten, sie hätten Schwierigkeiten, sich finanziell über Wasser zu halten. In der Gesamtbevölkerung gaben dies nur etwa 18 Prozent an. Mit 14 Prozent sagten zudem doppelt so viele befragte Schwarze Menschen wie im Bevölkerungsschnitt, ihre Wohnung wegen der hohen Kosten nicht heizen zu können. Besonders bedrückend: In fast allen Staaten zeigt sich insgesamt eine Verschlechterung bei den Umfrageergebnissen im Vergleich zur letzten derartigen Untersuchung aus dem Jahr 2016.

Was also tun? Die Au-to-r\*in-nen der Studie empfehlen der Politik eine Reihe von Maßnahmen. Zum einen schlagen sie schärfere Gesetze gegen Diskriminierung vor, sowie bessere Meldemöglichkeiten für rassistische Vorfälle. Auch die wissenschaftliche Datenerhebung müsse ausgebaut werden, genauso wie die Möglichkeiten für staatliche Stellen, gegen Diskriminierung in den eigenen Reihen vorzugehen. Für die Arbeitswelt, den Wohnungsmarkt, Bildungs- und Gesundheitssektor brauche es zudem gezielte Förderstrukturen für Schwarze Menschen. Und gegen Racial Profiling durch die Polizei müsse die endlich eigene kritische Strukturen bekommen.

All das scheint nachvollziehbar und machbar. An einigem davon arbeitet die deutsche Bundesregierung sogar: Noch in diesem Herbst soll die gesetzliche Basis dafür geschaffen werden, dass es mit dem SPD-Abgeordneten Uli Grötsch erstmals einen unabhängigen Polizeibeauftragten auf Bundesebene geben wird.

Für eine Reform des veralteten deutschen Antidiskriminierungsrechts macht sich die zuständige Beauftragte der Bundesregierung, Ferda Ataman, schon lange stark.

Nur: Große Teile der Ampelkoalition unterminieren diese Vorhaben konstant, indem sie eine gesellschaftliche Stimmung anfachen, die Rassismus und aktiver Diskriminierung den Boden bereitet. Sicher: Dominiert wird die derzeitige Debatte vor allem von der AfD und der Union, deren Forderungen täglich radikaler werden. Aber es ist eben SPD-Kanzler Olaf Scholz, der im Spiegel verkündet, endlich im großen Stil abschieben zu wollen. Es ist die SPD-Innenministerin Nancy Faeser, die die Gesetzeslage für Geflüchtete drastisch und öffentlichkeitswirksam verschärft, es sind FDP-Politiker\*innen, die immer noch einen draufsetzen bei ihren Forderungen nach Migrationsbegrenzung. Und dann sind da noch die Grünen, die all das ohne echte Gegenwehr zulassen.

Dabei tut es nichts zur Sache, dass es den deutschen Po-li-ti-ke-r\*in-nen um Geflüchtete geht, die derzeit vor allem aus Nahost kommen. Die laufende Diskussion, an der sich die Ampel lebhaft beteiligt, bestärkt diejenigen, die nicht nur weniger Migration fordern, sondern sich ein Land wünschen, in dem für Menschen mit nichtweißer Hautfarbe überhaupt kein gleichberechtigter Platz mehr ist.

Ein besonders großer Teil der rassistischen Vorfälle spielt sich auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt ab

**Load-Date:** October 25, 2023



## Flucht aus der Verantwortung; Kommentar von Frederik Eikmanns zum Ergebnis des Flüchtlingsgipfels

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 363 words

**Byline:** Frederik Eikmanns

### **Body**

---

Kommentar von Frederik Eikmanns zum Ergebnis des Flüchtlingsgipfels

Die Ergebnisse des sogenannten Flüchtlingsgipfels mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser sind dürrtig. Weitere Liegenschaften des Bundes sollen zu Unterkünften werden, Behörden besser zusammenarbeiten und ein Dashboard besser über Fluchtbewegungen informieren. Über Geld soll erst in einigen Monaten gesprochen werden. Anders als von Ländern und Kommunen gefordert, waren Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesfinanzminister Christian Lindner dem Treffen ohnehin gleich ganz ferngeblieben.

Dabei wäre es dringend nötig, dass die Bundesregierung das Thema Flüchtlingsaufnahme endlich richtig angeht. Das würde bedeuten, dass der Bund sofort mehr Geld in die Hand nimmt - und zwar Milliardenbeträge. Klar, mehr Geld würde nicht alle Probleme sofort lösen: Unterkunftsplätze lassen sich nicht einfach herbeizaubern und auch neues Personal muss erst eingestellt werden. Kurzfristig würde die Überforderung der Kommunen bleiben. Mittelfristig ließe sich aber wohl eine belastbare Struktur für die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aufbauen.

Das macht Sinn, weil Fluchtbewegungen nach Deutschland kein temporäres Phänomen mehr sind, das einfach wieder verschwindet. Anders als nach Kriegsbeginn zunächst gedacht, werden viele nach Deutschland geflohene Ukrai-ne-r\*in-nen nicht so bald in ihr Herkunftsland zurückkehren. Dazu kommt das Erdbeben in Syrien und der Türkei, das erneut viele Menschen aus der Region zur Flucht zwingen könnte. Und dass die sich zuspitzende Klimakrise weltweit Millionen Menschen aus ihren Herkunftsländern vertreiben wird, scheint inzwischen fast unabwendbar. Zumal die Probleme bei der Unterbringung und Versorgung nicht nur den Flüchtlingen das Leben schwer machen und die Kommunen überfordern, sondern auch die Akzeptanz der Asylpolitik in der Bevölkerung gefährden. Wenn wieder Turnhallen als Notunterkünfte genutzt werden müssen, liefert das all denen Auftrieb, die eine weitere Verschärfung des deutschen Asylrechts fordern. In Anbetracht dessen kann es sich Deutschland nicht leisten, nur Kleinstschritte zu gehen. Das, was die Bundesregierung zusicherte, reicht einfach nicht.

inland

Flucht aus der Verantwortung Kommentar von Frederik Eikmanns zum Ergebnis des Flüchtlingsgipfels

**Load-Date:** February 16, 2023

---

End of Document

## Politische Pyromanen; Die CDU nutzt die Silvester-Ereignisse für eine Neuauflage der Leitkultur -Debatte. Stattdessen sollte die deutsche Böllertradition hinterfragt werden

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 1025 words

**Byline:** Daniel Bax

**Highlight:** Die CDU nutzt die Silvester-Ereignisse für eine Neuauflage der Leitkultur -Debatte. Stattdessen sollte die deutsche Böllertradition hinterfragt werden

### Body

---

debatte

Nachdem sich der Rauch um die Silvesternacht gelichtet hat, sieht man klarer. In vielen Städten wurden Polizisten, Sanitäter, Feuerwehrleute und Unbeteiligte mit Feuerwerkskörpern angegriffen. In Berlin-Neukölln brannte ein Reisebus aus, dieses Bild war in vielen Medien zu sehen. Auch in Hamburg, Leipzig, Hagen und Essen kam es zu ähnlichen Exzessen. Im fränkischen Ostheim wurde die Polizei angegriffen, im sächsischen Borna das Rathaus attackiert.

Trotz dieses breiten Bildes der Zerstörung und der diffusen Ursachen waren die Schuldigen für manche schnell ausgemacht: Junge Männer mit Migrationshintergrund, die diesen Staat verachten, wie nicht nur SPD-Innenministerin Nancy Faeser diagnostizierte. Und der Blick richtete sich mal wieder auf Berlin, auf den Bezirk Neukölln.

Dabei war Neukölln an Silvester gar nicht der größte Brennpunkt der Stadt. Die meisten Attacken auf Polizei und Feuerwehr wurden in anderen Berliner Bezirken registriert, etwa in Mitte und Tempelhof-Schöneberg. Auch die Zahl der Festnahmen an Silvester in Berlin musste bei genauerer Betrachtung relativiert werden. Zunächst hatte die Berliner Polizei von 145 Festgenommenen mit 18 verschiedenen Nationalitäten gesprochen. Später korrigierte der Tagesspiegel die Zahl: Nur 38 Personen seien wegen Böllerattacken auf Polizisten und Feuerwehrleute festgenommen worden, die meisten davon deutsche Staatsbürger, viele minderjährig. Nun will die Polizei diese Zahl nicht bestätigen.

Das Zahlenwirrwarr zeigt, auf welcher fragwürdigen Grundlage seit Silvester Stimmung gemacht wird. Während die meisten noch im Raketennebel stocherten, führte CDU-Mann Jens Spahn die Vorkommnisse schon auf unregelmäßige Migration, gescheiterte Integration und fehlenden Respekt vor dem Staat zurück. CDU-Chef Friedrich

## Politische Pyromanen Die CDU nutzt die Silvester-Ereignisse für eine Neuauflage der Leitkultur -Debatte. Stattdessen sollte die deutsche Böllertradition hinter....

Merz polterte bei Lanz gegen kleine Paschas arabischer Herkunft und behauptete ohne jeden Beleg, zwei Drittel der Tatverdächtigen an Silvester stammten aus dem Ausland, sie hätten in Deutschland nichts zu suchen. Spahn legte noch einmal nach: Das Problem sei die Macho-Attitüde junger Männer in Berlin-Neukölln, die durch ein bestimmtes kulturell-religiöses Umfeld geprägt sei. Damit bedienen Spahn, Merz & Co rassistische Ressentiments, die leider weit verbreitet sind.

Die Silvesterrandalen sind mit Ausschreitungen vergleichbar, wie sie auch bei Fußballspielen oder Demonstrationen vorkommen: Ausnahmesituationen, in denen Gruppendynamiken und Zerstörungswut wirken und sich die Kräfteverhältnisse auf der Straße umkehren. Gewaltforscher wissen, dass Jugendgewalt oft mit der sozialen Lage zusammenhängt und sie an Orten mit viel Arbeitslosigkeit und Armut häufiger auftritt: Dort brauen sich Langeweile und jugendlicher Leichtsinn mit Wut und Frust zu einem gefährlichen Gemisch zusammen, das sich bei günstiger Gelegenheit entladen kann. Und Silvester ist eine günstige Gelegenheit. In Vierteln, in denen viele Jugendliche schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben, wird die Polizei dann zum Angriffsziel.

Seit Silvester erinnern nun viele, auch CDU-Chef Merz, an das Neuköllner Modell der verstorbenen Jugendrichterin Kirsten Heisig und fordern, die Strafe für eine Tat müsse auf dem Fuß folgen. Der Witz ist nur: Das Neuköllner Modell ist schon seit über zehn Jahren in Kraft, in ganz Berlin. Die Eskalation an Silvester hat es aber offensichtlich nicht verhindert.

Doch von Erfahrungswissen und Fakten hat sich diese Debatte längst gelöst. Sonst müsste man feststellen, dass die Jugendgewalt in ganz Berlin zuletzt wieder zugenommen hat. Auch Angriffe auf Feuerwehrleute und Polizisten haben bundesweit zugenommen. Bereits nach der Silvesternacht 2018 hatten Gewerkschafter und Politiker einen besseren Schutz von Einsatzkräften gefordert. Zuletzt gingen die Angriffe aber überwiegend von Coronaleugnern, vermeintlichen Normalbürgern oder Fußballfans aus. Eine Integrationsdebatte gab es da nicht, und auch kaum laute Rufe nach härteren Strafen.

Es wird immer deutlicher, dass die CDU dieses Silvester zum Anlass für eine konzertierte Kampagne nimmt. Sie hat sich entschieden, mal wieder auf dem Rücken von Minderheiten Wahlkampf zu machen, in der Hoffnung, damit AfD-Wähler zurückzugewinnen. Dafür holt sie ihre alten Nullerjahre-Partykracher Leitkultur, Parallelgesellschaft und Islam aus der Mottenkiste und hofft, dass diese noch zünden. Die Partei hat sich damit erfolgreich wieder ins Gespräch gebracht, mit Rezepten aus der Vergangenheit. Von der AfD hört man dagegen erstaunlich wenig: Sie wird mit ihrer eigenen Methode übertönt.

Leider spielen viele Medien dieses Spiel nur zu gerne mit. Verantwortungsvolle Journalisten sollten hinterfragen, auf welcher Grundlage populistische Schnelldiagnosen gestellt werden und welche Motive dahinterstehen. Die Silvesterdebatte zeigt auch, wie wichtig ein seriöser Umgang mit Zahlen und Statistiken ist. Und selbst wenn viele der Verdächtigen einen Migrationshintergrund haben, bleibt die Frage: Was tut das zur Sache? Einen Migrationshintergrund haben in Städten wie Berlin auch viele Feuerwehrleute, Polizisten und entsetzte Anwohner. Gerade Menschen, die aus Kriegsgebieten geflüchtet sind, können der deutschen Böllertradition oft nichts abgewinnen.

Die Silvesternacht böte Anlass, die deutsche Böllertradition zu überdenken. In anderen Ländern gibt es zentrale Feuerwerke und -konzerte. Das Böllern in die eigenen Hände zu nehmen, ist nicht erlaubt, man hält das aus guten Gründen für zu gefährlich. Nur in Deutschland gilt Böllern als eine Art Bürgerpflicht, was jedes Jahr zum Faustrecht der Straße führt. Warum eigentlich? Wir könnten vom Ausland lernen. Dann wäre Silvester wieder ein Festtag für alle. Und politische Pyromanen hätten ein Thema weniger, mit dem sie zündeln können.

Die aktuelle Silvesterdebatte zeigt auch, wie wichtig ein seriöser Umgang mit Zahlen und Statistiken ist

Daniel Bax

52, ist Autor und Journalist und schreibt unter anderem zu Migration, Integration, Religion, Rassismus und Antisemitismus. Er lebt in Berlin und hat an Silvester erlebt, wie in Schöneberg eine Wohnung wegen Böllern ausbrannte. Er sieht sich Feuerwerk lieber aus der Ferne an.

Politische Pyromanen Die CDU nutzt die Silvester-Ereignisse für eine Neuauflage der Leitkultur -Debatte.  
Stattdessen sollte die deutsche Böllertradition hinter....

**Load-Date:** January 16, 2023

---

End of Document

## Zweifel an Gewalt gegen AfDler; Weiter Ungereimtheiten im Fall des Augsburgers Andreas Jurca

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 441 words

**Byline:** Patrick Guyton

**Highlight:** Weiter Ungereimtheiten im Fall des Augsburgers Andreas Jurca

### Body

---

Von Patrick Guyton

An der Aussage des Augsburger AfD-Politikers Andreas Jurca, er sei wegen seiner politischen Tätigkeit brutal angegriffen worden, gibt es weiterhin Zweifel. Der 35-Jährige hatte berichtet, **Migranten** hätten ihn verprügelt. Fotos zeigen massive Hämatome an seinen beiden Augen. Ein Teil seines Sprunggelenks soll gebrochen sein. Die Täter hätten irgendwas mit Scheißnazi geschrien, sagte er in einem Interview.

Doch in Jurcas Darstellung gibt es Auffälligkeiten. Im Dunkeln ist weiterhin alles um seinen Begleiter, einen 32-jährigen AfD-Anhänger. Er äußert sich nicht in der Öffentlichkeit. Er soll der einzige Zeuge sein. Laut Polizei wurde er zu dem Vorfall vernommen. Der Augsburger Grünen-Landtagsabgeordnete Cemal Bozo lu sagt zur taz: Stand er nur an der Seite und hat sich das angeschaut? Falls dem so ist, müsste er ja die Täter eindeutig beschreiben können.

Auch die Fotos von den Verwundungen Jurcas kann man als merkwürdig ansehen: An beiden Augen hat er sehr gleichmäßig Hämatome, die Bereiche waren jeweils fast vollständig zugeschwollen. Augenbrauen, Stirn und vor allem Nase sind aber überhaupt nicht verletzt. Auch ist irritierend, dass er sich nicht sofort in der Klinik behandeln ließ. Er habe, so sagt er, zu Hause seine beiden kleinen Kinder sehen wollen und sei erst am nächsten Tag ins Krankenhaus gegangen.

Der Jungen Freiheit, einer Wochenzeitung am politisch rechten Rand, sagte Jurca gemäß deren Angabe, er wolle sich vorerst aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Die Zeitung schrieb ebenfalls von erheblichen Zweifeln an Jurcas Bericht über den vermeintlichen Angriff.

Gegenüber der taz hat das Polizeipräsidium Schwaben-Nord in Augsburg in einem Punkt inzwischen aber für Klarheit gesorgt: Jurca hat nicht, wie zuvor vermutet wurde, erst später die Polizei informiert. Ein Pressesprecher schreibt: Die Polizei war vor Ort und nahm dort die Anzeige entgegen. Auch seien die Verletzungen vor Ort dokumentiert worden. Als Zeitpunkt wird Samstag fünf Uhr genannt.

## Zweifel an Gewalt gegen AfDler Weiter Ungereimtheiten im Fall des Augsburgers Andreas Jurca

Die bayerische AfD-Landtagsfraktion hat den mutmaßlichen Angriff auf ihren Mitarbeiter Jurca als politisch motivierte Gewalt geißelt, der Landesverband schreibt: Kriminelle Migranten verprügeln AfD-Landtagskandidaten! Von der Bundes-AfD hingegen ist fast nichts zu hören. Sie hält sich zurück mit Verurteilungen und teilt auf Anfrage nur mit: Wir sehen dem Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen entgegen und vertrauen auf schnelle Aufklärung. Andreas Jurca wünsche man rasche Genesung. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung auch in Richtung eines möglichen politischen Ausländermilieus und in der Antifa-Szene.

**Load-Date:** August 16, 2023

---

End of Document

## Eine Genderblase, die ich gerne vorbeiziehen ließe; Peter Weissenburger Unisex

taz, die tageszeitung

Freitag 14. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** GESELLSCHAFT; S. 14

**Length:** 503 words

**Byline:** Peter Weissenburger

### **Body**

---

Peter Weissenburger Unisex

Die Genderblase macht mich müde. Aber nicht die, an die Sie jetzt denken. Ich meine eine riesige Blase aus heißer Luft, die mir Migräne macht. Nennen wir sie präziser: die Antigender-Blase.

Anlass für meine Ermattungssymptome ist ein deutscher Stadtrat. Der hat auf Antrag einer deutschen rechten Partei seinen Behörden untersagt, inklusive Sprache zu nutzen (zu gendern). Wer genau sich wo darüber streitet, das kann auf Bild nachlesen, wer sich grade frisch fühlt. Ist austauschbar, denn der Anlass könnte ein anderer sein, zum Beispiel eine Landesregierung oder ein regierender Bürgermeister, die sich zuletzt in ähnlichen Prestigeprojekten der Zeichensetzung betätigt haben. Als gäbe es sonst nichts, um die Verwaltung zu beschäftigen.

Aber Hauptsache gegen Gender positioniert. Kommt noch billiger als gegen Fußgängerzonen und Flüchtlingsheime.

Wenn ich Umfragen und persönliche Gespräche aus den letzten Jahren richtig interpretiere, dann haben merklich weniger Leute ein Problem mit Frauenthemen als mit Gender. Haben bedeutend weniger Leute Vorbehalte gegen LGBT-Personen als gegen Gender. Stört es kaum jemand, dass man sich mit Familienpolitik beschäftigt, mit der Krise der Erziehungsberufe, mit ungesunden Schönheitsidealen, mit geschlechtersensibler Medizin, mit Girls Days, mit häuslicher Gewalt dafür umso mehr, dass man sich mit Gender beschäftigt.

Und was ist noch mal Gender ?

Der ganze Oh nein, dieses Gender! -Diskurs ist kein Bläschen mehr, sondern ein schwerfälliger Ballon, der seit Jahren die Welt umkreist und zirka alle achtzig Tage irgendwo mit einem trägen Flump in den Feuilletons landet.

Dann möchte man sich als Genderkolumnist jedes Mal dazu verhalten, das Ding wegstossen oder mit einem nadelscharfen Argument kaputtpiksen, klappt aber nicht. Irgendwer pustet immer neue heiße Luft rein. Zuvorderst die Rechten in Nord-, Süd-, Ost-, West- und Mitteleuropa. Die haben sich aus diesem Gender eine prächtige Hülle



Eine Genderblase, die ich gerne vorbeiziehen ließe Peter Weissenburger Unisex

für redundantes Politikgelaber gebastelt. Da kommen dann wahlweise Ressentiments rein gegen westlichen urbanen Liberalismus, gegen Amerika, gegen das akademische Milieu, und so weiter.

Wer begeistert mitmacht, sind die Sprachhüter\*innen. Leute, die sonst beruflich Leuten vorschreiben, wie man zu reden hat und jetzt darüber schreiben, dass man Leuten nicht vorschreiben soll, wie man zu reden hat.

Und wer auch mitpumpt am Ballon, sind Progressive, die gerne not-like-other-Progressive sein möchten. Haha, keine Sorge, so ne Gender-Socke bin ich nicht! Da kommen dann noch Ressentiments rein: gegen Liberalismus, Amerika, das akademische Milieu,

Ich bin müde. Aber der Ballon kommt wieder, ich seh ihn am Horizont. Ich hab das Kicken und Kaputtpiksen satt. Würde es helfen, wenn ich ihn einfach vorbeiziehen ließe?

Das wäre schön.

Die Fünftage-vorschau

Mo., 17. 7.

Simone Dede Ayivi

Diskurspogo

Di., 18. 7.

Saskia Hödl

Kinderspiel

Mi., 19. 7.

Lin Hierse

Poetical Correctness

Do., 20. 7.

Noemi Molitor

Subtext

Fr., 21. 7.

Volkan A ar

Postprolet

kolumne @taz.de

**Load-Date:** July 13, 2023

Warschauer Will-----kom-----mens-----kul-tur; Aus dem Alltag  
ukrainischer Geflüchteter in Polen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 17

**Length:** 2170 words

**Byline:** Élisabeth Perriguer

**Highlight:** Aus dem Alltag ukrainischer Geflüchteter in Polen

## Body

---

von Élisabeth Perriguer

Das großzügige Loft ist modern eingerichtet. Auf dem schicken Sofa hopst ein Junge wie wild auf und ab, fünf weitere Kinder toben durch die ganze Wohnung. Das Loft gehört dem Warschauer Architekten Darek Goc awski. Der stellt uns die Mütter der Kinder vor: Tatjana Lewtschenko, Irina C. und Anna B. sind seine Gäste aus der Ukrai-ne.<sup>1</sup> Goc awski unterhält sich mit ihnen auf Russisch.

Der Architekt hat einen Teil seiner weitläufigen Büroetage, die sich im selben Gebäude befindet, als Bleibe für Kriegsflüchtlinge eingerichtet. Er erzählt sichtlich bewegt, wie er die Tage unmittelbar nach dem 24. Februar 2022 erlebt hat: Der Bahnhof wurde überschwemmt von Frauen und Kindern, da konnte ich nicht nichts tun. Nur 300 Kilometer von hier entfernt herrschte Krieg. Als ich mein Hilfsangebot auf Facebook postete, dachte ich noch an eine vorübergehende Notaufnahme.

Doch der Krieg ging weiter. Als im Frühjahr immer neue Geflüchtete in Polen ankamen, schickte Goc awski seine 21 Mit-ar-bei-te-r:in-nen ins Home-office. Für umgerechnet 6400 Euro ließ er in der Büroetage drei Zimmer und eine Küche einrichten. Auch an eine Schaukel für die Kinder hat der Familienvater gedacht. Jetzt hängen neben den Bauzeichnungen viele bunte Kinderbilder an den weißen Wänden.

Gleich in den ersten Kriegstagen erklärte Polen seine Solidarität mit der Ukraine. Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, das den Kriegsflüchtlingen den Zugang nicht nur zum Arbeitsmarkt, sondern auch zum Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem ermöglicht. Zudem bewilligte die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ein Finanzpaket, das private Hilfeleistungen fördern sollte. In den ersten 120 Tagen bekam jeder polnische Haushalt, der ukrainische Geflüchtete aufnahm, pro Person und Tag umgerechnet 8,50 Euro. Danach wurde die Hilfe nur für bestimmte Gruppen von Geflüchteten weitergezahlt, zum Beispiel für ältere Menschen, für Mütter mit drei und mehr Kindern oder für Minderjährige, die allein geflüchtet sind.

Darüber hinaus zahlt der polnische Staat auch Hilfen direkt an die Geflüchteten. So wird das 2016 eingeführte Erziehungsgeld 500+ , das polnischen Familien für jedes Kind monatlich 500 Zoty (knapp 107 Euro) einbringt, auch für die ukrainischen Kinder bewilligt.

Laut der polnischen Grenzschutzbehörde sind seit Februar 2022 mehr als 8,5 Millionen Ukrainer:innen nach Polen gekommen. Davon sind mittlerweile knapp 7 Millionen wieder zurückgekehrt. Insgesamt haben sich in Polen 1,4 Millionen ukrainische Geflüchtete mit einer Sozialversicherungsnummer (Pesel) registrieren lassen. 60 Prozent von ihnen sollen einen Arbeitsplatz gefunden haben. Nicht erfasst sind die Ukrainer:innen, die regelmäßig über die 535 Kilometer lange gemeinsame Grenze pendeln; ihre Zahl wird auf knapp 1 Million geschätzt. Dazu muss man wissen, dass in Polen schon vor der russischen Invasion neben Geflüchteten aus dem Donbas etwa 1,5 Millionen ukrainische Arbeitsmigranten lebten.

Viele der Geflüchteten sind nach wie vor privat untergebracht. Im April lag der Anteil der Privatunterkünfte nach Angaben des polnischen Städtetags bei 38 Prozent.<sup>2</sup> Der Architekt Gocowski hat seit Kriegsbeginn 22 Menschen beherbergt. Neun sind geblieben. Sie sind hin und her gerissen zwischen der Hoffnung auf Rückkehr in die Ukraine und einem womöglich dauerhaften Verbleiben in Polen. Die drei Mütter haben alle Vollzeitjobs gefunden, die nichts mit ihrer früheren Arbeit zu tun haben.

Tatjana ist mit ihrem Job und dem dreijährigen Sohn voll ausgelastet. Sie hat für nichts anderes mehr Zeit, klagt sie. Anna hat ihre Kinder sechs, sieben und zwölf Jahre alt in der Schule angemeldet. Die drei sprechen mittlerweile Polnisch. Ich kann es immer noch nicht, ich fang praktisch bei null an , sagt sie traurig. In Gedanken ist sie ständig in Saporischja, ihrer zerstörten Heimatstadt, wo sie als Bankkauffrau gearbeitet hat.

Irina lebte in einem Dorf nahe Saporischja und hat Bienen gezüchtet. Ihre beiden Kinder sind in Warschau anfangs auch zur Schule gegangen. Dann gab es Streit zwischen russisch- und ukrainischsprachigen Flüchtlingskindern. Danach wollten die beiden nicht mehr zur Schule gehen. Seitdem nehmen sie wie etwa die Hälfte aller ukrainischen Flüchtlingskinder am Onlineunterricht aus Kiew teil.

Annas Kinder sprechen schon Polnisch

Darek Gocowski spricht über seine schwierige Rolle als Herbergsvater: Manchmal muss ich zwischen den Frauen, die aus verschiedenen sozialen Klassen kommen, vermitteln. Wegen jeder Kleinigkeit rufen sie mich an. Ich sage ihnen immer wieder, dass ich nicht ihr Ehemann, Bruder oder Freund bin. Darek Gocowski ist erschöpft und will eigentlich keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Das gehe vielen so. In Polen habe man jetzt andere Sorgen, vorweg die Inflation. Im ersten Kriegsjahr sind die Konsumgüterpreise um 17,4 Prozent gestiegen.

Dennoch sagt Gocowski: Gerade jetzt muss man weitermachen. Nach der Zerstörung der zivilen Infrastruktur der Ukraine und den ständigen Strom- und Heizungsausfällen bereitet sich Polen auf eine neue Fluchtwelle vor. Die Ukrainer kämpfen für unsere Sicherheit , sagt der Architekt. Wenn ich dazu beitragen kann, dass sich ihre Frauen und Kinder hier zu Hause fühlen, mach ich das. Wenn sie nicht kämpfen, sind wir die nächsten, die Moskau angreift.

Solche Sätze hören wir immer wieder. Die Erschöpfung ist groß, aber das Pflichtgefühl auch, das von einer Feindseligkeit gegenüber Russland herrührt, die tiefe historische Wurzeln hat: die Polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert zwischen Russland, Preußen und Österreich; die Okkupation von 1939, die zur Aufteilung zwischen Nazi-deutschland und der Sowjetunion führte; auch das Kriegsrecht, das die Warschauer Regierung 1981 auf Druck Moskaus verhängte, um die Demokratiebewegung zu zerschlagen, ist in der Erinnerung noch sehr lebendig.

Die Einwohnerzahl Warschaus von zuvor 1,8 Millionen sei um 20 Prozent gestiegen, war in der Lokalpresse schon im Frühjahr zu lesen. Das hat den Wohnungsmangel verschärft. Wegen der besseren Jobchancen ziehe es die oft sehr gut ausgebildeten Ukrainerinnen in die Städte, erläutert Andrzej Porawski, Präsident des Polnischen Städtetags. In Warschau, Krakau und Katowice explodierten die Mietpreise; die Schulen platzten aus allen Nähten.

## Warschauer Will-----kom-----mens-----kul-tur Aus dem Alltag ukrainischer Geflüchteter in Polen

Rund 40 Prozent der in Polen registrierten ukrainischen Geflüchteten sind minderjährig. Von diesen 625 000 sind 400 000 im schulpflichtigen Alter; zur Hälfte gehen sie in Polen zur Schule, zur Hälfte nehmen sie am Fernunterricht der ukrainischen Schulen teil.

Die polnische Lehrgewerkschaft (ZNP) warnt vor einer Überforderung des Lehrkörpers. Es gibt zu wenig Unterrichtsmaterialien und keine Fortbildungen. Laut Porawski rührt auch dieser Mangel von der ungleichen Verteilung der Geflüchteten: Kleinere Städte und Dörfer werden gemieden. Die Ukrainer glauben, dort gibt es nur Armut und Isolation. Aber das ist nicht mehr so.

Jahrzehntlang war Polen ein Auswanderungsland, jetzt wird es zum Einwanderungsland. Seit den 1990er Jahren gibt es einen Geburtenrückgang, seitdem sind auch viele junge Leute ausgewandert. 2 Millionen Po-l:in-nen arbeiten in Westeuropa, vor allem in Deutschland und auf den britischen Inseln. Weil das Land in den vergangenen Jahren ein relativ stabiles Wachstum erlebt hat, herrscht inzwischen sogar Arbeitskräftemangel, was Polen für belarussische und ukrainische Auswanderer attraktiv macht.

Viele polnische Kommunen waren auf die Aufnahme der Geflüchteten gut vorbereitet, sagt Andrzej Porawski. Wobei er betont, dass die großen Städte von der Opposition regiert werden. Es gebe überall Arbeit auf dem Bau, im Dienstleistungs- und Transportsektor, auch in der Landwirtschaft. Hilfreich sei die kulturelle Nähe; zudem könnten viele auf die Hilfe ihrer Landsleute zählen, die bereits in Polen leben und die Ankömmlinge bei der Wohnungs- und Arbeitssuche unterstützen.

Wolodimir hat einen Job als Fahrer

Dank dieser Hilfe kam auch die vierköpfige Familie von Yuliya T. in das Dorf Bogdanowo bei Poznan. Yuliyas Mann Wolodimir hat schnell eine Arbeit als Fahrer gefunden. Die Wohnung gehört seinem Arbeitgeber, der zum Freundschaftspreis vermietet. Wolodimir durfte die Ukraine verlassen, weil sein 26-jähriger Sohn Rostislaw schwerbehindert ist. Zu Hause ist er in eine Tagesstätte gegangen. Aber hier haben wir nichts gefunden, seufzt Yuliya, die früher Schulsekretärin war. Ich bete zu Gott, dass wir bald wieder zurückkönnen. Im Fernseher läuft der ukrainische Sender ICTV, der ununterbrochen Aufnahmen aus ihrem zerbombten Heimatland zeigt.

Eine schnelle Rückkehr in die Ukraine ist allerdings nicht in Sicht. Darauf müssten sich die polnischen Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem einstellen, sagt die ukrainische Migrationsforscherin Myroslava Keryk. 2009 gründete sie in Warschau das Ukrainische Haus, ein Kulturzentrum, das heute dazu beitragen soll, dass sich die Flüchtlinge in Polen integrieren und ihre Herkunft bewahren. Keryk rechnet es der polnischen Regierung hoch an, dass sie im Februar 2022 getan hat, was getan werden musste. Warschau hat einen Fonds von 2,5 Milliarden Euro aufgelegt, der mit UN- und EU-Geldern aufgestockt wurde.

Im ersten Kriegsjahr war die Belegschaft des Ukrainischen Hauses, die dank internationaler Hilfe und privater Spenden von 25 auf 125 angewachsen ist, permanent im Einsatz. Zehntausende Ukrainer:innen wollten ganz schnell Polnisch lernen, brauchten psychologische Hilfe oder meldeten sich für einen der von Google angebotenen Softwarekurse an. Der US-Konzern hat dem Ukrainischen Haus kostenlos Räume überlassen in seinem gläsernen Büroturm mit Blick auf den imposanten Kulturpalast, dem Geschenk Stalins an das polnische Brudervolk.

Agnieszka Kosowicz, Leiterin des polnischen Migrationsforums, kritisiert die PiS-Regierung. Sie stehle sich aus der staatlichen Verantwortung. Zwar habe sie einige gesetzliche Regelungen getroffen, alles andere aber der Zivilbevölkerung überlassen. Doch insgesamt habe diese Regierung noch nie in Integrationspolitik investiert. Die offen migrationsfeindliche PiS habe sich bereits 2015 geweigert, syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Im Herbst 2021 ließ sie im Biaowiea-Urwald an der belarussischen Grenze eine militärische Sperrzone errichten, um Geflüchtete aus Belarus, aber auch aus anderen Weltregionen abzuwehren. Während die Ukrainer:innen mit offenen Armen empfangen wurden, hat man die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika brutal zurückgedrängt.<sup>4</sup>

Natürlich war es richtig, dass die Regierung die Grenzen zur Ukraine geöffnet hat, meint Agnieszka Kosowicz. Verstörend findet sie nur, dass viele argumentieren, Polen rette damit die Frauen der Soldaten, die für uns kämpfen. Will man sie etwa zurückschicken, wenn der Krieg vorbei ist?

Am 10. November 2022, einen Tag vor dem polnischen Unabhängigkeitstag, erschien in der französischen Tageszeitung L Opinion ein Gastbeitrag des polnischen Regierungschefs Mateusz Morawiecki, in dem er den ukrai-ni-schen Verteidigungskampf mit dem polnischen Unabhängigkeitskampf verglich.<sup>5</sup> Der vereinte Widerstand gegen den russischen Unterdrücker habe sogar die polnisch-ukrainischen Querelen in Sachen Erinnerungskultur in den Hintergrund gedrängt.

2018 hatte Polen die Leugnung von Verbrechen, die ukrainische Nationalisten im Zweiten Weltkrieg an der polnischen Bevölkerung in der Westukraine begangen hatten, zum Straftatbestand erklärt. Das hatte in Kiew heftige Proteste ausgelöst, denn drei Jahre zuvor hatte die Ukraine dieselben Personen per Gesetz zu Kämpfern für die Unabhängigkeit ernannt.<sup>6</sup>

Am 11. November 2022 beging Polen den 104. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Zehntausende beteiligten sich am Unabhängigkeitsmarsch der polnischen Nationalisten unter einem Meer rot-weißer Fahnen. Anhänger der rechtsextremen Partei Konfederacja Korony Polskiej (Konföderation der Polnischen Krone, KKP) entrollten gar ein Banner gegen die Ukrainisierung Polens. Doch dies ist nur eine extremistische Minderheit. Insgesamt ist die Solidarität mit den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine eher noch gewachsen.<sup>7</sup>

1 Die vollständigen Namen werden auf eigenen Wunsch nicht genannt.

2 Ukrai cy w 12 najwi kszych polskich miastach po 24.2.22 r. , Unia Metropolii Polskich, Juni 2022.

3 Daten der UNHCR.

4 Zu den Pushbackaktionen siehe Niels Kadritzke, Der systematische Rechtsbruch an Europas Grenzen , LMd, Januar 2022.

5 La Pologne indépendante, un fondement de la sécurité de l Occident , L Opinion, 10. November 2022.

6 Siehe Oksana Myshlovska, Regelung der Vergangenheit per Gesetz Einordnung der ukrainischen Erinnerungsgesetze , bpb, 17. April 2018.

7 Im Mai 2022 bewerteten 67 Prozent der polnischen Bevölkerung einen längeren Aufenthalt ukrainischer Flüchtlinge als gute Sache ; ein halbes Jahr später waren schon 69 Prozent dieser Meinung, siehe Gert Röhrborn, Kaczy skis Kalkül , LMd, Dezember 2022.

Aus dem Französischen von Dorothee D Aprile

Élisa Perriguer ist Journalistin.

**Load-Date:** January 12, 2023

## Ex-UN-Botschafterin Nikki Haley will 2024 US-Präsidentin werden; das portrait

taz, die tageszeitung

Mittwoch 15. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 587 words

**Byline:** Dorothea Hahn

### **Body**

---

das portrait

Nikki Haley ist wie geschaffen für die aktuelle PR-Strategie der Republikanischen Partei: Sie ist rechts (für niedrige Steuern, gegen Abtreibung und für ein hartes Vorgehen gegen Iran), sie steht für Kontinuität und Bruch mit Trump (sie hat eng mit ihm zusammengearbeitet und ihn zaghaft kritisiert), sie ist jung (51), sie hat **Migrationshintergrund** (ihre Eltern stammen aus Indien), und sie ist eine Frau. Am Valentinstag hat Haley ihre lang angekündigte Bewerbung für die republikanische Präsidentschaftskandidatur offiziell gemacht. Nach Trump ist sie die zweite Republikanerin, die sich in das Rennen für 2024 stürzt. Sie wird bei Weitem nicht die letzte sein.

Donald Trump, den Mann, der sie auf die nationale und internationale Ebene gehievt hat, und dem sie auch noch nach dem Kapitolssturm vom 6. Januar 2021 ihre Unterstützung öffentlich zugesichert hat, falls er in 2024 wieder kandidiert, erwähnt Haley in ihrem Video nicht. Stattdessen droht sie Bullies, zu denen sie China, Russland und die sozialistischen Demokraten zählt, mit der Rache ihrer Stilettos. O-Ton Haley: Stöckelschuhe schmerzen mehr.

Haley war zum zweiten Mal Gouverneurin von South Carolina, als Trump sie 2017 zur UN-Botschafterin der USA machte. Im vorausgegangenen Präsidentschaftswahlkampf hatte sie andere Republikaner unterstützt. Zunächst Marco Rubio aus Florida, dann Ted Cruz aus Texas. Aber nachdem Trump das Rennen machte, stellte sie sich in seine Dienste. In der UN fiel sie nicht durch Kompetenz in internationalen Fragen auf. Wohl aber durch ihre konsequente Vertretung sämtlicher Trump-Positionen und durch ihren persönlichen Ehrgeiz. Sie bereitete den Rückzug der USA aus der internationalen Zusammenarbeit vor vom UN-Menschenrechtsausschuss über das Pariser Klima-Abkommen bis zum Atomabkommen mit Iran. Als Haley Ende 2018 ihre Position als UN-Botschafterin aufgab, verstanden Beobachter das als deutlichen Hinweis auf eine eigene Präsidentschaftskandidatur nach der Ära Trump.

Als weder schwarz noch weiß bezeichnet Haley ihre eigenen familiären Ursprünge in ihrem Bewerbungsvideo. Anschließend spricht sie von dem Segen, in Amerika zu leben. Von dem Segen, der die USA seien.

## Ex- UN -Botschafterin Nikki Haley will 2024 US -Präsidentin werden das portrait

Genau wie Ron DeSantis aus Florida, neben Trump gegenwärtig der aussichtsreichste potenzielle republikanische Präsidentschaftskandidat für 2024, hat Haley einen Migrationshintergrund. Ihre Eltern ein Universitätsprofessor und eine Juristin kamen über Kanada in die USA. Haley selbst begann ihre Karriere als Geschäftsfrau und als Lobbyistin für Geschäftsleute. In ihre Amtszeit als Gouverneurin von South Carolina fiel das Massaker in einer schwarzen Kirche in Charleston, bei dem ein weißer Rassist mordete. Erst nach dem Verbrechen stimmte Gouverneurin Haley zu, die Konföderiertenfahne, die an das Sklavenhalterregime erinnerte, herunterzuholen.

Für die Republikanische Partei bergen Kandidaturen wie die von Haley die Hoffnung auf Generationenwechsel und eine willkommene Ablenkung von Trump. Die Erfahrung der letzten Urnengänge in den USA zeigt, dass die Partei vor allem dort Zugewinne hatte, wo sie -People of Color und Frauen ins Rennen schickte. Für die Demokratische Partei ist Haleys Kandidatur eine mehrfache Herausforderung. Sie ist nicht nur eine Generation jünger als der aktuelle Präsident, sondern auch ein republikanische Antwort auf Vizepräsidentin Kamala Harris. Auch Harris wäre sollte sie 2024 kandidieren eine weibliche Kandidatin mit Migrationshintergrund aus Südasien.

Dorothea Hahn, New York

**Load-Date:** February 14, 2023

---

End of Document

**Großbritannien hat Vorteile ; Die weltweite Zuwanderung nach Großbritannien ist stark gestiegen, entgegen der Klischees über Abschottung seit dem Brexit. Madeleine Sumption, Migrationsexpertin an der Universität Oxford, über den Zusammenhang von EU-Austritt, neuen Einreiseregeln, der Krise des Gesundheitssystems und dem globalen Wettbewerb um Fachkräfte**

taz, die tageszeitung

Dienstag 03. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 1717 words

**Byline:** Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

**Highlight:** Die weltweite Zuwanderung nach Großbritannien ist stark gestiegen, entgegen der Klischees über Abschottung seit dem Brexit. Madeleine Sumption, **Migrationsexpertin** an der Universität Oxford, über den Zusammenhang von EU-Austritt, neuen Einreise-regeln, der Krise des Gesundheitssystems und dem globalen Wettbewerb um Fachkräfte

## Body

---

Interview Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

taz: Frau Sumption, den britischen **Migrationsstatistiken** zufolge hat der Brexit die Zuwanderung nach Großbritannien nicht gestoppt, im Gegenteil. Ist das auch Ihre Wahrnehmung?

Madeleine Sumption: Der Brexit hat die Zuwanderung aus der EU verringert. Aber dies wurde durch verstärkte Zuwanderung aus anderen Ländern mehr als ausgeglichen.

Ist das ein Brexit-Effekt?

Nicht wirklich. Wenn wir das Jahr 2019, das letzte Jahr vor dem Brexit und auch vor der Pandemie, mit 2022 vergleichen, ist der größte Anstieg der in der humanitären Zuwanderung aus der Ukraine und Hongkong. Diese **Migrantenkategorien** gab es damals noch nicht. Die erleichterte Einreise aus der Ukraine ist natürlich keine Brexit-Folge und die Regelung zur erleichterten Einreise aus Hongkong ist auch nicht Teil der neuen Zuwanderungsregelungen, die an die Stelle der EU-Freizügigkeit getreten sind. Diese regeln die Zuwanderung von Arbeitskräften, und hier kommen vor allem mehr Facharbeiter. Viele sind Arzt- und Pflegepersonal. Sie wären auch unter dem alten System einwanderungsberechtigt gewesen. Ihre Zahlen steigen, weil die Nachfrage im NHS (National Health Service, Großbritanniens staatliches Gesundheitssystem) steigt.



Großbritannien hat Vorteile Die weltweite Zuwanderung nach Großbritannien ist stark gestiegen, entgegen der Klischees über Abschottung seit dem Brexit. Madelein....

Zugleich sollen viele EU-Bürger, die im NHS arbeiteten, das Land verlassen haben

Ja, aber die Personalkrise des NHS hat damit wenig zu tun. Sie liegt vor allem daran, dass immer mehr Mitarbeiter im Gesundheitsdienst kündigen. Der NHS hat sich immer weitaus stärker auf Nicht-EU-Bürger als auf EU-Bürger verlassen; der Zeitraum von 2012 bis 2015, als viele EU-Bürger zur Arbeit im NHS nach Großbritannien kamen, war eine Anomalie und endete mit dem Brexit-Referendum. Ja, es gibt EU-Bürger, die Großbritannien verlassen, aber viele wären sowieso gegangen, denn nicht jeder Arbeitsmigrant bleibt für immer, und im Gesundheitswesen gibt es auch viele Briten, die nach ein paar Jahren kündigen. Aber all dies ist nicht zu vergleichen mit der Anzahl von Nicht-EU-Bürgern, die mit Arbeitsvisa für Gesundheit und Pflege kommen. Das liegt daran, dass der NHS expandiert, zum einen um die Pandemierückstände aufzuarbeiten und dann auch aus politischen Gründen: Die Konservativen versprachen bei ihrem Wahlsieg 2019 50.000 zusätzliche Vollzeitpflegekräfte und die kann man nicht kurzfristig im eigenen Land rekrutieren, da man dafür ausgebildete Fachkräfte braucht. Für einen schnellen Ausbau des Gesundheitswesens benötigt man Zuwanderung, und darauf hat sich Großbritannien immer verlassen. Der NHS hat einen enormen Verschleiß an Arbeitskräften und es gibt nicht genügend ausgebildete Briten dafür.

Hat der Brexit das erleichtert? Wird es durch den Wegfall der EU-Regeln leichter, weltweit Arbeitskräfte anzuwerben?

Bei Ärzten und Krankenpflegern ist es nicht leichter geworden. Eine spürbare Liberalisierung gibt es in der Altenpflege und der häuslichen Pflege. Anders als zu EU-Zeiten sind diese Sektoren jetzt für die Zuwanderung mit Arbeitsvisa geöffnet, und 10.000 bis 15.000 Zuwanderer kommen jährlich in diesem Bereich ins Land keine schlagzeilenträchtige Zahl, aber ein Teil des Anstiegs.

Früher gab es in Großbritannien viele Menschen aus Osteuropa in der häuslichen Pflege, auch aus Italien und Spanien. Sind sie in ihre Heimatländer zurückgekehrt?

Es gibt dazu keine genauen Zahlen, aber es gibt anekdotische Angaben darüber, dass häusliche Pflegekräfte aus Ländern wie Ungarn und Rumänien sechs Wochen blieben und dann wieder nach Hause gingen. Das war innerhalb der EU-Freizügigkeit möglich und heute geht das nicht mehr, da man für ein Arbeitsvisum bei einer Institution oder einem Unternehmen angestellt werden muss, nicht in einem Privathaushalt. Aber typischerweise werden diese Rollen sowieso mehr von Nicht-EU-Bürgern ausgefüllt. Dass EU-Bürger das eine Zeitlang ohne Formalitäten machen konnten, hat das Grundproblem in der häuslichen Pflege nur übertüncht die schlechte Bezahlung im Vergleich zu anderen Dienstleistungsbranchen.

Der britische Unternehmerverband CBI sagt, wir brauchen mehr Zuwanderung. Premierminister Rishi Sunak und Labour-Chef Keir Starmer plädieren für Einschränkung und bessere Arbeitsbedingungen für einheimische Arbeitskräfte. Wie sehen Sie diese Debatte? Stimmt es denn, dass es einen Arbeitskräftemangel gibt, der durch Zuwanderung ausgeglichen werden muss?

Ich würde der Darstellung, dass Großbritannien mehr Arbeitskräfte braucht und die Politiker sich dem widersetzen, nicht uneingeschränkt folgen. Unter Ökonomen ist strittig, ob Großbritannien mehr schlecht bezahlte Arbeitskräfte braucht. Zuwanderung bringt am meisten, wenn es qualifizierte Arbeitskräfte sind. Mehr ungelernte Arbeitskräfte etwa im Gaststättengewerbe bedeuten, dass das Gaststättengewerbe wächst, aber der Wohlstand von Großbritannien hängt nicht von der Anzahl von Cafés ab. Zu EU-Zeiten war es für Arbeitgeber einfach, Billigarbeitskräfte zu rekrutieren, aber der Volkswirtschaft nützte das wenig. Wenn das wegfällt, werden zwar nicht unbedingt mehr ungelernte Briten angeheuert, sondern die Arbeitsplätze fallen weg und der betroffene Sektor wächst langsamer, aber das hat auch kaum volkswirtschaftliche Auswirkungen.

Kehren wir zu den Facharbeiten zurück. Gibt es da nicht ein Problem des Braindrain, wenn man hochqualifizierte Kräfte aus aller Welt nach Großbritannien holt?

Im Technologiebereich ist es eher von Vorteil, wenn gut ausgebildete Menschen weltweit unterwegs sind. Die Fachkräfte, die jetzt nach Großbritannien kommen, bleiben größtenteils nur wenige Jahre. Es gibt mehr globale Bewegung und das kann den Herkunftsländern nützen. Im Gesundheitsbereich sieht es anders aus, obwohl das

Großbritannien hat Vorteile Die weltweite Zuwanderung nach Großbritannien ist stark gestiegen, entgegen der Klischees über Abschottung seit dem Brexit. Madeleine....

nicht immer so klar ist. Manche Länder, wie die Philippinen, haben eine offizielle Politik, Pflegekräfte zu exportieren. Sie sehen das als Exportmarkt. Manche Betroffenen hätten nie eine Pflegeausbildung erhalten, wenn am Ende nicht die Chance auf Auswanderung stünde. Aber es gibt auch Länder, die ihr Gesundheitspersonal gerne halten möchten und es nicht können. Die WHO hat dafür einen Kodex, den auch Großbritannien unterschrieben hat

Die rote Liste von Ländern, in denen man nicht aktiv Arbeitskräfte anwerben darf?

Ja, genau. Und auf dieser Liste steht Nigeria. Aber Nigeria ist zugleich eines der wichtigsten Herkunftsländer für Zuwanderer im NHS! Das britische NHS darf nicht in Nigeria aktiv Arbeitskräfte anwerben, aber Nigerianer können sich einfach online beim NHS bewerben. Für Nigeria insgesamt ist das schlecht. Aber sollte Großbritannien gegen Menschen diskriminieren, weil sie von sich aus Arbeit suchen?

Aber am Ende fehlt das Personal in den Herkunftsländern, egal auf welchem Weg es nach Großbritannien ausgewandert ist. Hat Großbritannien durch den Brexit nun in diesem Bereich einen Vorteil gegenüber Deutschland? Beide brauchen dringend Arbeitskräfte.

Ich denke, Großbritannien hat Vorteile, aber nicht wegen des Brexits. Es geht darum, dass hier Englisch gesprochen wird und das englische Bildungssystem weltweit begehrt ist, es gibt viele Auslandsstudenten, alte koloniale Verbindungen, Netzwerke von Generationen früherer Migranten. Trotz Brexit behält Großbritannien seinen Ruf als Land mit Willkommenskultur. Es ist aber nicht so, dass Großbritannien jetzt Freiheiten hat, die Deutschland als EU-Mitglied fehlen.

Gibt es vielleicht in EU-Ländern Vorurteile gegen Großbritannien? Lastwagenfahrer beispielsweise sagen mir, für sie sei Großbritannien nicht mehr so attraktiv wie früher.

Sicher ist Großbritannien jetzt weniger attraktiv für EU-Bürger. Manche denken, sie seien nicht mehr willkommen, es gibt auch das politische Umfeld und den Wechselkurs. Und natürlich macht es einen Unterschied, wenn man nicht mehr einfach so einreisen und arbeiten kann, bloß mit dem Reisepass ohne Visum, sondern zur Arbeitsaufnahme einen Antrag stellen muss und an einen Arbeitgeber gebunden ist, es ist alles bürokratisch und teuer. Arbeitsvisa gibt es für Fachkräfte, aber nicht für Ungelernte; Ausnahmen etwa im Bausektor werden kaum genutzt.

Sie sagten, die jüngste Zunahme der Zuwanderung liege vor allem an Hongkong und der Ukraine. Wenn diese Ausnahmesituationen enden, werden dann auch die Zahlen sinken und die politische Debatte sich beruhigen?

Wahrscheinlich schon, aber es wird dauern. Denn es gibt auch viel mehr Auslandsstudenten als früher.

Wieso?

Manches liegt am Ende der Covidpandemie, während der es vor allem Fernstudium gab oder Kurse verschoben wurden; jetzt ist wieder Präsenz angesagt. Und das Studium in Großbritannien scheint einfach attraktiver geworden zu sein. Vielleicht macht es der gesunkene Wechselkurs billiger, vielleicht liegt es an der Möglichkeit, an das Studium ein Arbeitsvisum anzuschließen und noch im Land zu bleiben, um Geld zu verdienen. Das nutzen besonders viele Studierende aus Indien und Nigeria. Das wird sich in zwei oder drei Jahren bemerkbar machen.

Madeleine Sumption ist Direktorin des Migration Observatory an der Universität Oxford und Mitglied des unabhängigen Migration Advisory Committee, das die britische Regierung in Migrationsfragen berät.

So viel Zuwanderung nach Großbritannien wie noch nie

Die Migration ins Vereinigte Königreich hat 2022 Rekordwerte erreicht. Laut den kürzlich veröffentlichten neuesten Angaben des Nationalen Statistikamtes ONS verzeichnete das Land in den zwölf Monate bis Juni 2022 eine Nettozuwanderung (Wanderungssaldo von Zuwanderung minus Abwanderung) von 459.000 Menschen, fast dreimal mehr als im Vorjahreszeitraum und mehr als in jedem bisherigen Jahr. Während 51.000 mehr EU-Bürger

Großbritannien hat Vorteile Die weltweite Zuwanderung nach Großbritannien ist stark gestiegen, entgegen der Klischees über Abschottung seit dem Brexit. Madelein....

und 45.000 mehr Briten das Land verließen als einwanderten, waren es bei Nicht-EU-Bürgern 509.000 mehr Zuzüge als Wegzüge.

Indien war im Jahr 2021 das wichtigste Herkunftsland von Zuwanderern nach Großbritannien, gezählt nach Geburtsland, gefolgt von Polen, Pakistan, Irland und Deutschland.

Rekordzahlen gibt es auch an illegal Eingereisten, meist auf dem Seeweg aus Frankreich. Die Zahl der von der britischen Küstenwache im Ärmelkanal geborgenen und an Land gebrachten Bootsflüchtlinge erreichte im Jahr 2022 den Rekordwert von 45.728 Menschen.

In Deutschland betrug der Wanderungssaldo im ersten Halbjahr 2022 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 1,046 Millionen Menschen, fast ausschließlich auf die Flucht aus der Ukraine zurückzuführen. Im Jahr 2021 lag er bei 329.000.

**Load-Date:** January 2, 2023

---

End of Document

**Sparen an der Demokratie; Die AfD ist stark, und die Ampelkoalition klammert sich an ihre Sparziele ausgerechnet dort, wo es um den Zusammenhalt in der Demokratie geht**

taz, die tageszeitung

Samstag 02. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** POLITIK; S. 7

**Length:** 1136 words

**Byline:** Ralf Pauli, Dinah Riese, Tanja Tricarico

**Highlight:** Die AfD ist stark, und die Ampelkoalition klammert sich an ihre Sparziele ausgerechnet dort, wo es um den Zusammenhalt in der Demokratie geht

## Body

---

Von Ralf Pauli, Dinah Riese und Tanja Tricarico

### Integration

Ob nun Unterstützung im **Asylverfahren**, beim Ankommen in Deutschland, auf dem Weg in den Arbeitsmarkt und an die Uni oder bei der Versorgung traumatisierter Kriegsflüchtlinge: Die Bundesregierung will Projekte für eingewanderte oder **geflüchtete** Menschen drastisch zusammenkürzen.

Dabei geht es um Kürzungen, die das Aus für viele Projekte bedeuten und erfolgreiche Integration auf Jahre erschweren könnte. Die Mi-grationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) etwa berät bei Fragen zu Spracherwerb, Wohnungssuche oder bei der Anerkennung von Abschlüssen. Weil der Bedarf so hoch ist, bekam die MBE 2023 eine Rekordsumme von 81,5 Millionen Euro. Jetzt soll diese Aufstockung nicht nur rückgängig gemacht werden, die Summe soll deutlich geringer werden: Nur noch 57,5 Millionen Euro soll es 2024 geben, ein Minus von 30 Prozent.

Ähnliches droht den 47 psychosozialen Zentren, eine Anlaufstelle für kriegstraumatisierte Geflüchtete. Deren Mittel wollte die Ampel laut Koalitionsvertrag verstetigen. Nun sollen sie gekürzt werden: von 17 auf 7 Millionen Euro. Dabei können die Zentren schon heute nach eigenen Angaben nur etwa 4 Prozent der potenziell Behandlungsbedürftigen helfen, und die Wartelisten sind lang: Mehr als sieben Monate warten Geflüchtete auf einen Therapieplatz. Die Kürzung würde den Abbruch vieler Therapien für Folterüberlebende bedeuten, warnt Sabrina Hackmann von der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum.

Die Liste lässt sich fortsetzen. Für die Erstorientierungskurse etwa, die für das Ankommen Geflüchteter eine fundamentale Rolle spielen, soll es fast 40 Prozent weniger Geld geben. Komplette gestrichen werden soll die

Sparen an der Demokratie Die AfD ist stark, und die Ampelkoalition klammert sich an ihre Sparziele ausgerechnet dort, wo es um den Zusammenhalt in der Demokra....

Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GFH), die junge Migrant\*innen auf dem Weg in die akademische Bildung begleitet. Schon seit August werden keine Geflüchteten mehr in die Förderung aufgenommen, zu Ende des Jahres soll das Programm eingestellt werden.

Die Aufzählung ist nicht abschließend. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege üben scharfe Kritik: Durch die Kürzungen sehe man die Versorgung und Teilhabe von geflüchteten sowie anderen zugewanderten Menschen massiv gestört und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr.

### Politische Bildung

Eigentlich hatte die Bundesregierung versprochen, Projekte gegen Extremismus und für Toleranz zu stärken. Doch anstatt das Demokratiefördergesetz wie angekündigt vor dem Sommer zu verabschieden, und damit eine langfristige Finanzierung entsprechender Programme, hat die Ampel bei der politischen Bildung gekürzt.

Betroffen sind unter anderem die Bundeszentrale für politische Bildung, die freie Jugendhilfe sowie Freiwilligendienste, die jeweils auf rund ein Fünftel ihres Budgets verzichten sollen. Andere Posten sind im Haushaltsentwurf ganz gestrichen. Darunter das Programm Respekt Coaches, das seit 2018 bundesweit an rund 600 Schulen läuft und das das Familienministerium in diesem Jahr noch mit 30 Millionen Euro fördert.

Respekt Coaches organisieren Workshops zu Themen wie Diskriminierung oder Vielfalt und beraten Schüler:innen und Lehrkräfte bei Konflikten. Das Familienministerium selbst stellt ihnen ein gutes Zeugnis aus. Die positiven Bewertungen und die beobachteten Wirkungen sprechen für eine Fortführung des Präventionsprogramms, heißt es in einem Gutachten. Nach den Silvesterkrawallen wies Familienministerin Lisa Paus die Respekt Coaches im Bundestag noch als Erfolgs-story aus. Eigentlich sollte das Programm noch bis mindestens Ende 2024 laufen nun soll der Bund die Finanzierung im Januar komplett einstellen. Die zuständige Staatssekretärin Margit Gottstein verweist auf die Möglichkeit, die gewonnene Expertise in das geplante Startchancenprogramm für Brennpunktschulen einzubringen.

Von einer gravierenden Fehlentscheidung spricht die Präsidentin des Internationalen Bundes (IB), Petra Merkel. Der Bund verliere fahrlässig ein wesentliches Instrument zur Demokratiebildung. Die Diakonie-Direktorin für Berlin und Brandenburg, Ursula Schoen, warnt vor einem Vertrauensbruch gegenüber Schüler:innen und Lehrkräften. Mehrere Petitionen fordern die Regierung auf, die Respekt Coaches zu erhalten.

Kritik dürfte die Koalition kommende Woche auch im Bundestag hören, wenn ihr Haushaltsentwurf beraten wird. Auch viele Parlamentarier:innen halten es für ein gefährliches Signal, in Zeiten von AfD-Umfragehochs und vermehrten rechtsextremen Vorfällen an Schulen an der Demokratiebildung zu sparen.

### Fake-News-Bekämpfung

Seit Beginn der Pandemie haben sie Konjunktur: falsche Nachrichten über Impfschäden, Desinformationskampagnen von Putinverstehern:innen, ausgedachte Geschichten über die angebliche Strippenzieherei von Politiker:innen. Das Ganze gespickt mit einer ordentlichen Ladung Hass in sozialen Medien.

Die Bundesregierung hat die Gefahr aus dem digitalen Raum erkannt, eigentlich. Bei ihrer im Juni vorgestellten Nationalen Sicherheitsstrategie benannte sie Fake News als potenzielle Bedrohung und bezeichnete den Kampf gegen Desinformation und Hate Speech als wichtige Instrumente der Demokratieförderung. Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bekräftigt immer wieder diesen Kurs vor allem im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Seit Kriegsbeginn hätten auch Desinformationskampagnen von russischer Seite zugenommen.

Trotzdem sollen relevante Initiativen, die Aufklärungs- und Präventivarbeit leisten, künftig weniger Geld bekommen oder ganz gestrichen werden. Ein Beispiel ist das vom Bundesjustizministerium geförderte Projekt Firewall der Amadeu-Antonio-Stiftung. Vor allem Expert:innen aus der Sozialarbeit wurden darüber gecoacht und ausgebildet, um sich Wissen darüber anzueignen, wie man nicht auf Fake News hereinfällt, wie man sich gegen Hass im Netz stellt, wie Desinformation begegnet werden kann. Ihre Zielgruppe: Junge Menschen bis Mitte zwanzig. Also genau

Sparen an der Demokratie Die AfD ist stark, und die Ampelkoalition klammert sich an ihre Sparziele ausgerechnet dort, wo es um den Zusammenhalt in der Demokra....

der Personenkreis, der sich laut Umfragen am meisten im digitalen Raum aufhält. Weit über die Hälfte gibt laut Amadeu-Antonio-Stiftung an, regelmäßig auf Falschinformationen zu stoßen. Firewall wird im kommenden Jahr nicht weiter vom Ministerium gefördert.

Mit deutlichen finanziellen Einbußen muss auch die Organisation Hate Aid rechnen. Sie berät und unterstützt Personen, die von digitaler Gewalt betroffen sind. Bereits 2023 musste die Initiative um ihre Förderung aus dem Bundesjustizministerium bangen und die finanzielle Unterstützung wurde in Frage gestellt. Nur dank eines Beschlusses des Haushaltsausschusses des Bundestags konnte die Kürzung noch abgewendet werden. Für 2024 und auch 2025 sieht es allerdings schlecht aus. Laut Hate Aid handelt es sich um Einbußen von rund 600.000 Euro. Ohne die staatliche Förderung können beide Projekte nur sehr eingeschränkt oder gar nicht mehr weitergeführt werden.

**Load-Date:** September 1, 2023

---

End of Document

**Ankommen nach der Flucht: Sie schaffen das; Mehr als die Hälfte der im Jahr 2015 nach Deutschland Geflüchteten hat inzwischen einen Job, viele davon sogar als Fachkraft. Ihr Einkommen ist dennoch gering**

taz, die tageszeitung

Freitag 28. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 584 words

**Byline:** Dinah Riese

**Highlight:** Mehr als die Hälfte der im Jahr 2015 nach Deutschland Geflüchteten hat inzwischen einen Job, viele davon sogar als Fachkraft. Ihr Einkommen ist dennoch gering

## Body

---

Von Dinah Riese

Mehr als die Hälfte aller Schutzsuchenden, die 2015 nach Deutschland kamen, ist inzwischen erwerbstätig. Zwei Drittel davon arbeiten in Vollzeit, 70 Prozent gehen einer qualifizierten Beschäftigung nach – haben also eine Berufsausbildung oder ein Studium absolviert. Das zeigt eine am Donnerstag veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Sie beruht auf Daten von 2021.

Die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter sei schwieriger und langwieriger als bei anderen Migrant\*innen, zeigt die Studie auf: Diese Menschen hatten nicht vor, ihr Land zu verlassen, haben entsprechend keine Sprachkurse besucht, keine Arbeits- oder Ausbildungsplätze gesucht und seltener eine den deutschen Ansprüchen entsprechende Ausbildung. Die Erwerbstätigenquoten der Geflüchteten sind unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland gering, also während der Zeiträume, in denen sie zum Teil noch Beschäftigungsverboten unterliegen oder sich in den Asylverfahren befinden; sie steigen dann aber mit zunehmender Aufenthaltsdauer, bilanziert das IAB.

Im ersten Jahr nach Zuzug liegt die Erwerbstätigenquote demnach bei 7 Prozent, nach sechs Jahren bei 54 und nach sieben Jahren sogar bei 62 Prozent. Der Anteil der Erwachsenen, die seit ihrer Ankunft in Deutschland eine Bildungseinrichtung besucht haben, liegt nach sechs Jahren bei 33 Prozent.

Auch steigt das mittlere Bruttomonatsentgelt der beschäftigten Geflüchteten mit der Zeit deutlich – von 664 Euro in den ersten beiden Jahren auf 1.638 Euro im sechsten Jahr. Bei den Vollzeitbeschäftigten sind es 2.037 Euro. Diese Zahlen zeigen aber auch: Zwar finden viele Geflüchtete Arbeit, viele davon sogar als Fachkraft – trotzdem verdienen sie wenig.

Ankommen nach der Flucht: Sie schaffen das Mehr als die Hälfte der im Jahr 2015 nach Deutschland Geflüchteten hat inzwischen einen Job, viele davon sogar als Fa....

Der Verdienst der Geflüchteten wird vor allem durch ihr junges Alter gedrückt , erklärt Herbert Brücker vom IAB. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt verdiene man in der Regel mit zunehmendem Alter besser. Das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen sei dabei mit etwa 50 Jahren recht hoch. Die erwerbstätigen Geflüchteten sind aber meist zwischen 25 und 30 Jahre alt und stehen noch am Anfang ihrer Berufslaufbahn , so Brücker.

Eine weitere Rolle spielten die Jobs selbst: Wir finden Geflüchtete weniger in der Industrie, wo überdurchschnittlich verdient wird, und mehr in der Dienstleistung und dort oft in Branchen, in denen die Löhne trotz Fachkräfteniveau niedrig sind , sagt Brücker. Das seien etwa die Gastronomie, die Pflege oder im Transport. Mit 45 Prozent ist ein großer Teil der 2015 zugezogenen Geflüchteten nach wie vor auf staatliche Leistungen angewiesen.

Dabei sind 28 Prozent der Erwerbsfähigen aus Haushalten mit Leistungsbezug erwerbstätig. Zum einen seien wie beschrieben die Verdienste oft niedrig, sagt Brücker, zum anderen hätten junge Menschen oft kleine Kinder zu versorgen. Da reicht das Einkommen vielleicht für den Erwerbstätigen alleine, aber nicht auch noch für drei Kinder.

Auch gibt es deutliche Geschlechterunterschiede: Nach sechs Jahren sind zwar 67 Prozent der Männer erwerbstätig, aber nur 23 Prozent der Frauen. Zu erheblichen Teilen lässt sich das laut Studie durch Sorgearbeit, insbesondere durch das Vorhandensein kleiner Kinder unter drei Jahren im Haushalt, erklären.

Die Förderung von Frauen sei vordringlich , bilanziert das Institut etwa durch Zugang zu umfassender Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle oder mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Verdienst der Geflüchteten wird vor allem durch ihr junges Alter gedrückt

**Load-Date:** July 27, 2023



## Schlägereien in Tegel; Im Ankunftszentrum auf dem alten Flughafen ist mehrmals Streit zwischen Geflüchtetengruppen eskaliert

taz, die tageszeitung

Freitag 01. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 501 words

**Byline:** Plutonia Plarre

**Highlight:** Im Ankunftszentrum auf dem alten Flughafen ist mehrmals Streit zwischen Geflüchtetengruppen eskaliert

### Body

---

Von Plutonia Plarre

Das Ankunftszentrum in Tegel ist überfüllt, die Verhältnisse sind beengt. Da wundert es wenig, wenn die Nerven blank liegen. Mehrfach ist die Polizei in den letzten Tagen einigen Angaben zufolge in die Einrichtung gerufen worden.

Der erste Großeinsatz habe Sonntagnacht stattgefunden, der letzte in der Nacht zu Dienstag, sagte ein Polizeisprecher am Donnerstag zur taz. Anlass seien körperliche Auseinandersetzungen von Flüchtlingsgruppen unterschiedlicher Herkunft gewesen. Dem Vernehmen nach sollen arabisch- sowie türkisch- beziehungsweise kurdischstämmige Bewohner aneinander geraten sein. Auch mit Küchenmessern soll hantiert worden sein.

Sonntagnacht seien 100 Personen an der Schlägerei beteiligt gewesen, in der Nacht zu Mittwoch sei bei einem Alarmruf von 300 Beteiligten die Rede gewesen, so der Polizeisprecher. Die Beamten hätten bei ihrem Eintreffen in Tegel keine Schlägerei feststellen können, die Stimmung sei aber aufgeheizt gewesen. Man habe daraufhin eine der Hallen geräumt. Gesamtbilanz der Schlägereien laut Polizei: sieben Verletzte, die sich aber in der Mehrzahl nicht ärztlich behandeln ließen. Ein Mann sei ins Krankenhaus gekommen.

Ermittelt werde wegen gefährlicher Körperverletzung und wegen eines besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs. Der Betreiber der Unterkunft habe Hausverbote gegen einen syrischen und einen türkischen Tatverdächtigen erlassen, die sofort vollstreckt worden seien. Die möglichen Gründe der Auseinandersetzung seien Gegenstand der Ermittlungen, sagte der Polizeisprecher. Das gelte auch für die Frage, welche Rolle das Wachpersonal dabei spielte.

Nach Angaben von Sascha Lagenbach, Sprecher des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), soll es bereits am Sonntagabend bei der Essensausgabe zu Rangeleien gekommen sein. Als mitten in der Nacht im Schlafbereich laut Musik gespielt worden sei, sei die Situation eskaliert. Als Reaktion auf die Auseinandersetzung

## Schlägereien in Tegel Im Ankunftszentrum auf dem alten Flughafen ist mehrmals Streit zwischen Geflüchteten eskaliert

habe man die bis dahin gemischt untergebrachten Asylsuchenden am Montag nach ethnischer Zugehörigkeit getrennt. Die türkischstämmigen Männer seien mit ihren Familien in ein bis dato nicht belegtes Zelt umgezogen. Bei den Auseinandersetzungen seien auch drei Sicherheitsmitarbeiter verletzt worden.

Ferat Koçak, Sprecher für Fluchtpolitik der Linken im Abgeordnetenhaus, fordert schnelle Aufklärung darüber, ob es eine politische Motivation für die Eskalation gegeben habe. Auch die Rolle des Sicherheitspersonals müsse untersucht werden. Laut Langenbach sind drei Wachleute Sonntagnacht abgelöst worden, weil sie nicht deeskaliert hätten. In Zukunft werde man verstärkt auf eine ethnische Mischung beim Sicherheitspersonal und den Sozialarbeitern achten.

Zurzeit sind im Ankunftszentrum 5.000 Menschen untergebracht. 1.400 sind Asylbewerber, 3.600 kommen aus der Ukraine. Pro Schicht sind 270 Sicherheitsleute vor Ort. Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) kündigte am Donnerstag an, den Gründen für die Auseinandersetzung sehr schnell auf den Grund zu gehen.

**Load-Date:** November 30, 2023